

Prof. Dr. Rolf G. Heinze/Prof. Dr. Heiner Keupp

Bochum und München (Dezember 1997)

GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON TÄTIGKEITEN AUßERHALB DER ERWERBSARBEIT

**Gutachten für die »Kommission für Zukunftsfragen«
der Freistaaten Bayern und Sachsen**

Bearbeiter:

Prof. Dr. Rolf G. Heinze
Prof. Dr. Heiner Keupp
Dr. Wolfgang Kraus
Dipl.-Ök. Karin Rinne
PD Dr. Johannes Schwarze
Dipl.-Soz. Florian Straus
Dipl. Soz. wiss. Christoph Strünck

Unter Mitarbeit von:

Dipl. Soz. wiss. Frank Cerny
Marcel Erlinghagen
Ali Hamed
Dr. Irene Kühnlein
Dr. Sabine Pankofer

Zusammenfassung.....	6
Einleitung.....	13
1. Definition und Ausprägung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit.....	20
1.1 Klassifikation von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit.....	20
1.1.1. Form.....	23
1.1.2. Motivation.....	24
1.1.3. Organisation.....	25
1.1.4. Sektoren.....	26
1.2 Überblick über die wichtigsten praktizierten Modelle von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit	27
1.2.1 Selbsthilfegruppen.....	27
1.2.2 Freiwilligen-Zentren: Strukturwandel der organisierten Freiwilligkeit ..	29
1.2.3 Seniorengenossenschaften	31
1.2.4 Tausch- und Kooperationsringe: Netzwerke zwischen Markt, Selbsthilfe und Staat	32
1.2.5 Arbeitslosenprojekte.....	33
1.2.6 Organisationsmix	34
2. Quantitative und qualitative Ausprägungen von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit.....	36
2.1 Quantitativer Überblick.....	36
2.1.1 Aufgaben und Zielsetzung	36
2.1.2 Methodische Vorbemerkungen und Datenbasis.....	36
2.1.3 Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeiten: Ein Vergleich zwischen dem SOEP und der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes.....	38
2.1.4 Übersicht über Umfang und Struktur ehrenamtlicher Tätigkeiten.....	40
2.1.5 Wer ist ehrenamtlich tätig? Eine Analyse der sozio-demographischen Struktur	42
2.1.5.1 Geschlechts- und Altersstruktur der ehrenamtlich Tätigen.....	42
2.1.5.2 Der Zusammenhang zwischen Bildung und ehrenamtlicher Tätigkeit	43
2.1.5.3 Der Einfluß regionaler Strukturen.....	44
2.1.5.4 Die Bedeutung der Religionszugehörigkeit für das ehrenamtliche Engagement	45
2.1.5.5 Komplementär oder substitutiv: Ehrenamtliche Tätigkeiten im Kontext der Zeitverwendung	46
2.1.5.6 Stellung ehrenamtlich Tätiger in der Einkommensverteilung	49
2.1.5.7 Kompensation ehrenamtlicher Tätigkeiten	50
2.1.6 Zusammenfassung.....	55
2.2 Motivlagen, Sinnquellen und Identitätsrelevanz.....	56
erwerbsarbeitsunabhängiger sozialer Tätigkeiten	56
2.2.1 Sozialpsychologische Bedingungen und Bedeutung freiwilligen sozialen Engagements.....	56
2.2.1.1 Freiwilligenarbeit im Strukturwandel	56
2.2.1.2 Biographische Ausgangsbedingungen	57
2.2.1.3 Motiv- und Sinnquellen	58

Exkurs: Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit.....	60
2.2.1.4 Soziale Netzwerke als sozialstrukturell ungleich verteiltes Kapital ...	63
2.2.2 Jugendspezifische Tätigkeitsmuster und Bereitschaften	66
2.2.2.1 Synopse aktueller repräsentativer Jugendstudien.....	66
2.2.2.2 Qualitative Befunde zu Motivlagen für soziales Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und dessen Identitätsrelevanz	77
3. Internationaler Vergleich.....	80
3.1 USA	81
3.2 Großbritannien.....	83
3.3 Niederlande	85
3.4 Schweden.....	86
3.5 Dänemark	87
3.6 Belgien	88
3.7 Bulgarien/Slowakei.....	88
3.8 Fazit.....	89
4. Möglichkeiten und Grenzen von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit	91
4.1 Potential für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit.....	91
4.2 Aktuelle institutionelle, ökonomische und sozio-kulturelle Hemmnisse für eine Ausweitung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit	97
4.2.1 Aktuelle institutionelle Hemmnisse.....	97
4.2.1.1 Sozialpolitik	98
4.2.1.2 Traditionelle Wohlfahrtspflege.....	100
4.2.2 Aktuelle ökonomische Hemmnisse.....	103
4.2.3 Aktuelle sozio-kulturelle Hemmnisse.....	106
4.2.3.1 Diskursbarrieren: Als Folge von Individualisierung wird Egoismus diagnostiziert	106
4.2.3.2 Die »sozialpsychologische Infrastruktur« als Ergebnis staatlicher Sozialpolitik in Deutschland	107
4.2.3.3 Die falsche Alternative von Professionalität und Selbsthilfe.....	109
5. Maßnahmen zur Ausweitung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit	113
5.1 Individuumsbezogene Strategien	113
5.2 Gemeinwesen- und institutionsbezogene Strategien	117
5.3 Allgemeine Rahmenstrategien zur Förderung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit.....	123
Literatur	126

Zusammenfassung

Quantitative Ergebnisse

1. *Umfang des Engagements:* Die erstmalige Auswertung der Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) zu diesem Thema vermittelt ein anderes Bild vom Umfang der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit als die derzeit allenthalben zitierte Eurovol-Untersuchung zum ehrenamtlichen Engagement in Europa. Die Eurovol-Forscher haben ermittelt, daß sich in Deutschland 18 Prozent freiwillig engagieren, die Bundesrepublik damit nur noch vor dem Schlußlicht Slowakei rangiere. Gleichzeitig seien jedoch über 85 Prozent davon mindestens einmal pro Monat aktiv. Die hier vorgelegte SOEP-Analyse – die den Wandel im Vergleich zu Querschnittsanalysen offenlegt – kommt zu anderen Ergebnissen. **Im Jahr 1994 war fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung – das entspricht rund 16 Millionen Personen – in einer ehrenamtlichen Tätigkeit engagiert. Der Anteil ehrenamtlich Aktiver war damit im Vergleich zu 1985 um 5 Prozentpunkte höher.** In Ostdeutschland spielt ehrenamtliches Engagement eine nicht so große Rolle, wenngleich auch hier 1994 fast ein Fünftel der Bevölkerung – knapp 2,5 Millionen Personen – eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübte. **Für alle Altersklassen in Westdeutschland ist im Vergleich zu 1985 eine Zunahme ehrenamtlicher Tätigkeit zu beobachten.**
2. *Individualisierung und Engagement:* Die Individualisierung von Werthaltungen und Schichtenbindungen schlägt auch auf die Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit durch. Die Organisationen können viele Menschen nicht mehr voraussetzungslos in ihre Arbeit einbinden, weil die Interessenten eigene Ansprüche an Zeit und Dauer entwickeln und sich vermehrt für Einzelprojekte einsetzen wollen. Auch die Bedeutung »biographischer Passungen« nimmt zu: **Wichtiger als Orientierungsmarken durch die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu ist die Koppelung der freiwilligen Tätigkeit an eigene Erfahrungen und Fähigkeiten.** Dadurch wächst zugleich aber auch das Potential von Freiwilligen an, weil »neue Ehrenamtlichkeit« deutlich über das traditionelle Milieu und über die Mitgliedschaftsgrenzen von Sozialverbänden hinausgeht. Alle Befunde des hier vorgelegten Gutachtens sowie neueste und laufende Untersuchungen belegen, daß Individualisierung keineswegs zu einer Vereinzelung und Entsolidarisierung führt. Vielmehr entwickelt sich ein **neues Potential für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit**, das mit herkömmlichen Begriffen nicht adäquat berücksichtigt wird.
3. *Zeitdimension:* **Deutlich ist auch, daß entgegen den Resultaten der Eurovol-Studie regelmäßiges Engagement zurückgeht, während das unregelmäßige Engagement stark gewachsen ist.** Im Jahr 1985 gaben 15,4% der Befragten an, regelmäßig ehrenamtlich tätig zu sein; 8,5% waren sogar jede Woche aktiv. 1994 betrug der Anteil der regelmäßig Aktiven dagegen nur 14,9% und der Anteil der wöchentlich Aktiven noch 7,6%. Deutlich zugenommen hat dagegen die seltener

ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit, nämlich von 1985 rund 10% auf fast 15% im Jahre 1994. Dieses Muster der veränderten zeitlichen Strukturen gilt im übrigen auch für die differenziert betrachteten Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf einen Strukturwandel ehrenamtlichen Engagements hin.

4. *Erwerbsstatus:* Bestimmte Gruppen von Arbeitslosen – vor allem jüngere, arbeitslose Akademiker – engagieren sich freiwillig in Projekten und Organisationen, um sich für den regulären Arbeitsmarkt weiterzuqualifizieren und in einer Art »Arbeitsprozeß zu bleiben«. Daß derartige Tätigkeiten zugenommen haben, bestätigt unsere Auswertung der SOEP-Daten. **Demnach ist das freiwillige Engagement von arbeitslos Gemeldeten in Westdeutschland von 16,5 Prozent im Jahr 1985 auf 28,6 Prozent in 1994 gestiegen, ein so unerwartetes Ergebnis.** Zugleich ist deutlich, daß das Engagement außerhalb der Erwerbsarbeit mit steigender Erwerbsbeteiligung wächst. In Westdeutschland sind Vollzeitbeschäftigte mit etwa 35% im Jahre 1994 am häufigsten ehrenamtlich tätig, bei den Teilzeitarbeitenden sind es knapp 32%.
5. *Altersmerkmale:* Die Entstehung neuer Altengenerationen (»aktives Alter«) spiegelt sich auch in den Daten zum Engagement in politischen Organisationen. Von den 41-59-jährigen waren 1994 12,5% »politisch« aktiv, das entspricht einer Zunahme von über 3 Prozentpunkten. Noch deutlicher ist die Zunahme bei den über 60-jährigen, bei denen sich der Anteil von 3,8% auf 7,5% nahezu verdoppelt hat. Bemerkenswert ist jedoch, daß das **Engagement der Jungen in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik deutlich von 9,1% im Jahre 1985 auf 6,5% im Jahre 1994 zurückgegangen ist.**
6. *Bildungsstatus:* Die Ergebnisse zeigen, daß der »durchschnittliche« ehrenamtlich Tätige im mittleren Lebensabschnitt ist, eine gute Ausbildung besitzt und in einer gehobenen Position erwerbstätig ist. **Die Entwicklung in Westdeutschland von 1985 zu 1994 zeigt allerdings einen überdurchschnittlichen Anstieg der ehrenamtlichen Tätigkeit bei Personen ohne Schulabschluß, und zwar von 17,5 Prozent auf 26 Prozent.** Man kann von einer stärkeren Annäherung zwischen den Aktivitäten von Menschen mit hohen und niedrigen Bildungsabschlüssen sprechen, was auf der Basis allgemeiner Thesen nicht unbedingt zu erwarten war. Ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen mit unterschiedlichem Bildungsstatus bleibt dennoch bestehen.
7. *Haushaltstypen:* Bezogen auf Haushaltstypen sind Paare mit Kindern – zunehmend mit der Kinderzahl – am stärksten freiwillig engagiert. **Rund 40% der Personen in Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern sind in Westdeutschland ehrenamtlich tätig.** Dies ist nicht nur mit kinderbezogenen Aktivitäten z.B. in Vereinen zu erklären, da auch die Mitarbeit in der Politik bei dieser Gruppe am häufigsten ist. Vielmehr sind Haushalte mit mehreren Kindern stark in soziale Netzwerke eingebunden und spüren eine größere Nähe zu Problemen.

8. *Berufsstatus*: **Ein deutlicher Rückgang ehrenamtlicher Aktivitäten ist dagegen bei den Selbständigen von 43% im Jahr 1985 auf noch knapp 30% im Jahr 1994 zu beobachten.** Dies beruht vor allem auf dem Rückgang bei regelmäßiger Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Möglicherweise spiegeln sich darin höhere zeitliche Anforderungen an selbständige Tätigkeiten wider. Es könnte aber auch sein, daß sich die Struktur der Selbständigen im betrachteten Zeitraum erheblich verändert hat und der Anteil sogenannter »Scheinselbständiger“ eine größere Rolle spielt. In den neuen Bundesländern ist die Beteiligung von Selbständigen an ehrenamtlichen Aktivitäten ähnlich hoch wie 1985 im Westen. Dort übertreffen die Anteile insbesondere im Bereich der Politik die der westdeutschen Selbständigen zum gleichen Zeitpunkt deutlich. **Arbeiter sind – mit Ausnahme der Selbständigen 1994 – von allen Berufsgruppen am seltensten ehrenamtlich tätig,** was die These stützt, daß für ein Engagement Ressourcen – insbesondere in Form von Bildung und Einkommen – notwendig sind, die dieser Gruppe in geringerem Umfang zur Verfügung stehen.

Motivationsstrukturen

1. *Biographische Passung*: **Mit der Individualisierung steigt die Bedeutung biographischer »Schnittstellen« und Übergänge (Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand).** In solchen Fällen suchen viele Menschen nach gezielten Einsatzfeldern für ehrenamtliches Engagement, sie wollen thematisch und situationsbezogen aktiv werden. Hierin – und in neuen Ansprüchen an Dauer, Inhalt, Intensität, Verpflichtungsgrad sowie Befristung des Engagements – spiegelt sich die »neue Ehrenamtlichkeit«.
2. *Arbeitslose*: Nicht jede Gruppe von Arbeitslosen ist voraussetzungslos für freiwilliges Engagement aktivierbar. **Junge Akademiker nutzen Engagement häufig zur Weiterqualifizierung und als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Vor allem Personen, die bereits vor dem Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit in Netzwerken oder Projekten aktiv waren, setzen dieses Engagement fort, wenn sie nicht mehr erwerbstätig oder arbeitslos sind.** Bei Nicht-Engagierten ist dagegen kaum zu erwarten, daß sie beim Eintritt von Arbeitslosigkeit andere Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit automatisch als Option begreifen.
3. *Jugendliche*: **Jugendliche engagieren sich vor allem aus zwei Motiven: sie wollen situationsbezogen etwas anderes machen als in Schule oder Betrieb oder sie wollen projekt- und zielorientiert ihre eigenen Fähigkeiten dazu einsetzen, ein erreichbares Ziel zu verfolgen.** Ihr Engagement findet nur in Organisationen statt, mit denen aufgrund ihrer Wertorientierung eine hohe Identifikation möglich ist. Doch auch dort verändert sich der Grad der Identifikation und die *Form* des Engagements. Gerade im Umweltbereich zeigt sich eine deutliche Verlagerung vom Identifikations-

in den Sympathiebereich. Jugendliche sind dort immer weniger überzeugtes Mitglied, sondern nehmen immer häufiger die Position eines Zuschauers oder begrenzten Nutzers ein. Sehr viel häufiger engagieren sich Jugendliche über Formen nicht-institutionalisierter politischer Partizipation, d.h. punktuell, spontan und kurzfristig, z.B. bei Demonstrationen, Unterschriftenaktionen etc. Jugendliche lehnen institutionelle Aufstiegswege des Hochdienens ab und wünschen sich einen Raum, bei sich selbst bleiben zu können. Sie haben großes Unbehagen gegenüber Hierarchie, Dominanz und Macht.

4. *Ansprüche*: **Ähnlich wie die Erwerbsarbeit immer stärker mit Ansprüchen an Inhalte und Kommunikationsbezug verbunden ist, erwarten viele auch von freiwilligem Engagement mehrere Qualitäten: Sie sollen die Person fordern, Spaß machen, kommunikativ sein, sichtbare und auch zurechenbare Ergebnisse bringen und Anerkennung vermitteln.** Diese Grundsätze sind etwa in niederländischen Freiwilligen-Organisationen, aber auch in der niederländischen Volunteering-Kultur, weitaus stärker verankert als in deutschen Organisationen.
5. *Organisation und Motivation*: An neuen Organisationstypen wie Senioren-genossenschaften, Tauschringen, Freiwilligen-Agenturen oder auch der AIDS-Hilfe lassen sich auch die neuen Potentiale der Ehrenamtlichkeit ablesen. **Es ist auffällig, daß diese neuen Formen ihre Art der Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit ähnlich organisieren, wie es vergleichbare Organisationen in den Niederlanden oder den USA schon seit längerem mit Erfolg tun, nämlich mit größerem Freiraum, klaren Tätigkeitsbeschreibungen und stärkerer Projekt- als Verbandsbezogenheit.** Für die Mobilisierung der Potentiale sind neue Organisationsformen von entscheidender Bedeutung, weil Rahmenbedingungen und allgemeine Anreize nicht dafür sorgen, daß vor Ort konkrete »Angebotsstrukturen« für freiwilliges Engagement wachsen.

Entwicklungs-Hemmnisse

1. *Die ungebrochene Bedeutung von Erwerbsarbeit für Identität*: **Für die subjektive alltägliche Identitätsarbeit hat die Erwerbsarbeit gerade auch für Jugendliche nach wie vor eine herausgehobene Bedeutung.** Erst mit der Schaffung von gesellschaftlichen Alternativen, kulturell neuen Optionen und der individuellen Erreichbarkeit solcher Alternativen und Optionen werden sich in den individuellen Grundorientierungen neue Profile jenseits der Erwerbsarbeitsfixiertheit ausbilden können.
2. *Fehlende Anreize und Kompensation*: **Weder Sozialzeiten noch Zeitspenden werden in Deutschland anerkannt, um den Anreiz für freiwilliges Engagement zu erhöhen.** Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit sollten zwar nicht bezahlt, aber die durch sie entstehende Belastung sollte stärker kompensiert werden. Die Hemmschwelle ist daher häufig für viele Gruppen noch zu hoch.

3. *Traditionelle Organisationsformen:* **Das klassische Ehrenamt, zumeist in den Wohlfahrtsverbänden organisiert, ist noch immer stark auf die Verbandsbedürfnisse zugeschnitten und vereinnahmt die Ehrenamtlichen.** Projekt- oder themenbezogene Einsatzmöglichkeiten gewinnen erst langsam an Gewicht. Die starke, durch das formale Subsidiaritätsprinzip gefestigte Stellung der Wohlfahrtsverbände drängt neue Organisationsformen wie Freiwilligen-Agenturen – die auch nicht in die Förderlogik der öffentlichen Hand passen – an den Rand.
4. *Schwaches Social Sponsoring:* **In Deutschland existiert keine nennenswerte Kultur des Social Sponsoring, bei dem der Geldgeber marketingfähige Gegenleistungen erhält.** Selten ergeben sich für Unternehmen konkrete Projekt-Formen, die aus Unternehmenssicht »marketingreif« wären. In Ländern wie den USA liegt der Anteil der selbst erwirtschafteten Mittel von Sozialorganisationen bei rund 50 Prozent ihrer Gesamteinnahmen, in Deutschland nur bei 28 Prozent. Die geringe Qualität der Darstellung und Kommunikation von Projekten in der Öffentlichkeit spielt hierbei eine große Rolle, aber auch die mangelnde Kenntnis und Bereitschaft in Unternehmen. In den USA gibt es in dieser Hinsicht eine größere »Sozialkultur« von Unternehmen.
5. *Defizitorientierung der Sozialpolitik:* Dem kurativen und individualisierenden Blick der traditionellen Sozialpolitik entgeht die wachsende Bedeutung von sozialen Netzwerken, die auch sozialpolitisch stärker stabilisiert werden könnten. Hier lassen sich nicht in erster Linie Defizite behandeln, sondern neue Selbsthilfe-Ressourcen mobilisieren. **Statt solche Ressourcen innerhalb von Gemeinschaften zu fördern, konzentriert sich Sozialpolitik auf die Bereitstellung von Leistungen an individuelle Empfänger, was im übrigen die (meist überzogen karikierte) Rolle des »Wohlfahrtskonsumenten« ungewollt fördert.**
6. *Sozio-kulturelle Barrieren:* Vermittelt durch Politik und einen Teil der Medien hat sich in der Diskussion der Eindruck festgesetzt, individuelle Selbstsorge untergrabe Gemeininn-Orientierungen. Gerade amerikanische Untersuchungen zeigen jedoch deutlich, wie sehr in einer sich wandelnden Gesellschaft gerade individuelle Zielverfolgung und Wahlmöglichkeiten die Grundlage für gemeinschaftsorientiertes Handeln bilden: »In der Lage zu sein,, das zu tun, was man möchte«, 83 Prozent derer, die sich diese Formel persönlich voll zu eigen gemacht haben, halten es für wichtig, sich zu engagieren, wenn andere Menschen Hilfe brauchen. **Daß Individualisierung den wichtigen Gemeininnorientierungen nicht etwa den Boden entzieht, sondern andere Voraussetzungen dafür schafft, ist in der politischen Kultur der Bundesrepublik allerdings noch nicht verankert.**

Individuumsbezogene Entwicklungsstrategien

1. *Sozialisation*: Prägende und Werte vermittelnde Institutionen wie Kirche, Vereine oder Schule müssen für die Bedeutung und die neuen Formen freiwilligen Engagements sensibilisiert werden und lernen, daß **Sinn- und Erlebnisorientierung eine wichtige Komponente** ist. Freiwilligen-Arbeit läßt sich auch in **schulische Curricula** integrieren, ohne daß Schüler dies als »Zwangsmaßnahme« erleben.
2. *Nicht-monetäre Anreize*: Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger sollten verstärkte Anreize bekommen, sich zu engagieren, um darüber auch wieder Brücken in den Arbeitsmarkt zu finden. **Favor Credits** für die Kinderbetreuung im Tausch gegen Engagement für Dritte wären ein Beispiel, oder Ansprüche auf berufliche Wiedereingliederung gegen häusliche Pflege. Darüberhinaus sollten »**Sozialzeiten**« **auch im Lebenslauf verbindlich anerkannt** und bei Bewerbungsverfahren honoriert werden.
3. *Monetäre Anreize und Anerkennung*: Vergleichbar dem Modell der Pflegeversicherung sollten freiwillig Engagierte bessere Absicherungsmöglichkeiten in der Sozialversicherung eingeräumt bekommen, indem ihre »**Sozialzeiten**« **versichert** werden. Auch »**Zeitspenden**«, die steuerlich absetzbar sind, sind eine Form der Anerkennung und Motivation.

Gemeinwesenorientierte Strategien

1. *Organisationsformen und Infrastruktur modernisieren*: Infrastruktur und Organisationen bilden die nicht zu vernachlässigende Angebotsseite des freiwilligen Engagements. Das Qualitätsmanagement in Organisationen kann auch die Politik fördern, Kopf- und Koordinationsstellen wie auch Freiwilligen-Agenturen sollten als Institutionen mit starken Querschnittsaufgaben ebenfalls stabilisiert werden. **Auch die Wohlfahrtsverbände müssen neuen Qualitätskriterien für freiwilliges Engagement genügen und sollten zu Moderation und Koordination befähigt werden.** Die **bessere Vernetzung** ist für viele Organisationen notwendig, um ihre Innovationsfähigkeit zu erhöhen, gleichzeitig aber kaum leistbar. Auch hier ist politische Moderation und Unterstützung vonnöten. Die Fragmentierung und Kartellierung im gesamten Sektor muß aufgelöst werden.
2. *Paradox der Professionalisierung*: Obwohl sich »neue Ehrenamtliche« gegen Verregelung und Vereinnahmung sperren, ist eine »Professionalisierung« des Ehrenamtes notwendig, die neuen Gruppen von freiwillig Engagierten eigene Aufgaben einräumt und in einen professionell organisierten Rahmen stellt. **Klare Aufgabenbeschreibungen, Einarbeitszeiten und Qualifizierung gehören zu einem solchen Verständnis von Professionalisierung, das die Grundlage für selbstbewußtes Engagement schafft.** Professionalisierung in diesem Sinne ist keineswegs identisch mit einer

stärkeren »Inpflichtnahme« von potentiellen Freiwilligen, im Gegenteil: Eine solche Form der Professionalisierung verkörpert das institutionelle Pendant zum Wandel der Motivkonstellationen.

Allgemeine Förder- und Entwicklungsstrategien

1. *Gesellschaftliche Aufwertung*: Für die gesellschaftliche Anerkennung und Förderung von freiwilligem Engagement bieten sich eine Reihe von Maßnahmen an, u.a. die **Schaffung von verbindlichen rechtlichen Regelungen**, die **Kultivierung von Social Sponsoring** sowie **politische Kampagnen mit spezifischen Zielsetzungen**. Politische Kampagnen sind wichtig, dürfen aber nicht punktuelle Groß-Bereitschaft abrufen, ohne auch entsprechend differenzierte Einsatzmöglichkeiten zu bieten; solche Diskrepanzen können schnell dazu beitragen, Enttäuschungen zu langfristiger Enthaltsamkeit werden zu lassen.
2. *Förderkonzepte*: Darüberhinaus sind auch neue administrative Förderkonzepte denkbar, wie etwa **Freiwilligenfonds, die als Public Private Partnerships organisiert werden**. Gleichzeitig muß der soziale Boden breit »gedüngt« werden, d.h., es sollte eine **allgemeine Unterstützung von Netzwerken** geben, die ihre gewachsenen sozialen Bindungen ohne administrative Zuschneidung weiter stabilisieren können.

Einleitung

Schon in den 80er Jahren entspann sich um die traditionellen Formen des Ehrenamtes eine neue Debatte. Einerseits schien es sozialpolitisch und finanzpolitisch opportun, im Zeichen einer neuen Subsidiaritätspolitik ehrenamtliche Tätigkeiten als Teilsubstitution für professionalisierte Dienste anzubieten.¹ Andererseits spürte man in Untersuchungen auf, daß das Potential an klassischen Ehrenamtlichen zurückging, sich dafür aber neue Motivkonstellationen zeigten, die sogenannte »neue Ehrenamtlichkeit«.² Dahinter verbirgt sich eine individualistischere Haltung zum freiwilligen sozialen Engagement: Die Organisationen können viele Menschen nicht mehr voraussetzungslos in ihre Arbeit einbinden, weil die Interessenten eigene Ansprüche an Zeit und Dauer entwickeln und sich für Einzelprojekte einsetzen wollen. Auch die Bedeutung »biographischer Passungen« nimmt zu: Wichtiger als Orientierungsmarken durch die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu ist die Koppelung der freiwilligen Tätigkeit an eigene Erfahrungen und Fähigkeiten. Dadurch wächst zugleich aber auch das Potential von Freiwilligen an, weil »neue Ehrenamtlichkeit« deutlich über das traditionelle Milieu und über die Mitgliedschaftsgrenzen von Sozialverbänden hinausgeht.

Mitte der 90er Jahre hat die Debatte einen neuen Ton angeschlagen. Angesichts eines wachsenden Teils von Menschen, der dauerhaft oder zumindest mittelfristig von Normalarbeitsverhältnissen ausgeschlossen bleibt, stellt sich die Frage nach der Nutzung von Erwerbs- und Sozialzeit neu (»Requalifizierung von Zeit«). Zugleich bekommt die Frage nach freiwilligem sozialen Engagement durch die amerikanische Strömung des Kommunitarismus eine zusätzliche Wendung: Der Begriff des »bürger-schaftlichen Engagements« bündelt Gemeinsinn, neue Gemeinschaftsformen, Verantwortung und themenbezogenes Engagement zu einer neuen Figur des Ehrenamts, das mit diesem Namen nicht mehr richtig beschrieben wäre.³

Die Netzwerkforschung hat gezeigt, daß sich unter den Bedingungen sozialstruktureller Modernisierung zwar alte soziale Milieus teilweise auflösen, dafür aber neue Gemeinschaften »geknüpft« werden, in denen die Teilnehmer nicht nur Unterstützung bekommen, sondern diese selbst mitproduzieren.⁴ Neue Initiativen, Projekte und Netzwerke – die im kommunitaristischen Sinne auch eine Quelle für Gemeinsinn und Verantwortung sind – stützen sich auch auf die Bereitschaft, sich freiwillig außerhalb des innerfamiliären oder haushaltlichen Rahmens zu engagieren. Vor diesem Hintergrund beschreibt das Theorem der Individualisierung weder die Atomisierung von ehemals gemeinschaftsgebundenen Individuen, noch die sozial unbestimmte, unumschränkte Wahl von Handlungsalternativen, sondern vielmehr »befreite Gemeinschaften«.⁵

Die derzeitige Diskussion über Individualisierung als Spiegel der Ego-Gesellschaft hilft dem Nachdenken über freiwilliges soziales Engagement nicht weiter.

¹ Vgl. Heinze, R. G. (1986)

² Olk, T. (1987, 1989)

³ Vgl. Joas, H. (1995); Roth, R. (1995) sowie die Beiträge in Evers, A./Olk, T. (1996).

⁴ Vgl. Diewald, M. (1991); Grunow, D. u.a. (1983); Keupp, H. (1987).

⁵ Beck, U. (1986, 1997); Keupp, H. (1997).

Denn unter dem Stichwort »Individualisierung« kann man eine Negativ-Liste aufmachen, man kann ihr aber auch eine Positiv-Liste gegenüberstellen. Die Individualisierungsthese lehnt sich an einen »Mega-Trend« des sozialstrukturellen Wandels an, den man wie folgt skizzieren kann: Die Lebensläufe von Individuen werden immer weniger in sozialen Milieus vorstrukturiert, stattdessen gestalten sich Biographien offener, überraschender, weniger sozial determiniert es entwickeln sich immer mehr »Bastelbiographien«. ⁶ Das bedeutet zugleich, daß traditionelle Muster sozialer Bindung und Vergesellschaftung wie Familie, Nachbarschaft, Beruf, Arbeit, oder Religion an Einfluß verlieren. Bindekräfte, auf denen Solidarität beruht, werden in dieser dynamischen Entwicklung tendenziell aufgelöst, ⁷ auf einer globalen Ebene sind »Wertordnungen und Sinnbestände nicht mehr gemeinsamer Besitz aller Gesellschaftsmitglieder«. ⁸

In diesem Prozeß der stärkeren Freisetzung, Mischung und Offenheit erodieren traditionelle Orientierungen und Pflichtethiken für lebenslanges freiwilliges soziales Engagement immer mehr, das biographische Gerüst für das klassische Ehrenamt gerät ins Schwanken. Für die Beschreibung dieses gesellschaftlichen Wandels stehen weitere Begriffe bereit: »autistische Gesellschaft«, die »Zerstörung der lebensweltlichen Grundlagen der Daseinsbewältigung« und das »Ende der traditionellen Großgruppengesellschaft«, oder das »minimal self« als vorherrschender Persönlichkeitstypus. ⁹

Ein Teil der Wertewandel-Forschung schließt hier mit seinen Ergebnissen unmittelbar an. Statt eines stabilen Post-Materialismus, wie er lange Zeit diagnostiziert wurde, gebe es einen Roll-Back in Richtung Materialismus und Ich-Bezogenheit:

»Im Durchschnitt zeigt das Selbstportrait der Bundesdeutschen bei einem Rückgang an sozialer Anteilnahme einen Anstieg von Narzißmus, Selbstwertgefühl, Lockerheit und aggressiver Rivalitätsbereitschaft. Die Frauen sind den Männern dabei dichter denn je auf den Fersen«. ¹⁰

Vor diesem Hintergrund fällt es nicht schwer, zunächst eine Negativ-Liste der Individualisierungsfolgen zusammenzustellen. Das entscheidende Dilemma besteht demnach darin, daß freiwilliges soziales Engagement für andere einerseits immer notwendiger wird, andererseits die gesellschaftlichen Ressourcen dafür immer knapper zu werden scheinen. Wichtige Posten der Negativ-Liste sind folgende:

- *Erosion von Pflichtwerten:* Im Anschluß an die Untersuchungen von Inglehart ¹¹ wird eine allgemeine Erosion von Pflichtwerten und ein Aufstieg von Selbstverwirklichungswerten diagnostiziert. Unhinterfragte und allgemein sanktionierte Werthaltungen als Basis freiwilligen sozialen Engagements sind demnach immer weniger wirksam.

⁶ Gross, P. (1994); Hitzler, R./Honer, A. (1994)

⁷ Vgl. Hondrich, K.O./Arzberger, C. (1992)

⁸ Berger, P./Luckmann, T. (1995), S. 32

⁹ Diewald, M. (1991)

¹⁰ Brähler, E./Wirth, H.-J. (1995), S. 52

¹¹ Vgl. Inglehart, R. (1989)

- *Krise der Sinnvermittlung*: In einer Gesellschaft mit stärker pluralisierten Lebensformen und schwindender Milieuprägung verlieren traditionelle Sinn-Institutionen wie die Kirchen, aber auch Sozialverbände an Einfluß.¹²
- *Sozialpolitische Substitution und Modernisierungsfalle*: In vielen Schichten sind die ökonomischen Fähigkeiten gewachsen, soziale Bedürfnisse wie Pflege professionell abzudecken und soziale Dienste zu bezahlen. Auch die sozialen Sicherungssysteme finanzieren einen Teil dieser Dienste. Dieser Prozeß beschleunigt die Substitution freiwilliger durch professionelle Dienste. Dies ist ein wichtiger Aspekt der »Modernisierungsfalle«.¹³ Durch solche Substitutionsprozesse schwinden in vielen Haushalten die Selbsthilfefähigkeiten, was weiteren Bedarf an professionellen Diensten nach sich zieht.
- *Zuwachs an Mobilität*: Der Arbeitsmarkt erzwingt in wachsendem Maße räumliche Mobilität und löst entsprechende Verwurzelungen auf.¹⁴
- *Strukturwandel der Familienformen*: Sinkende Haushaltsgrößen, die Polarisierung von Familien mit Kindern und ohne Kinder¹⁵ sowie steigende Scheidungsziffern deuten auf eine Schwächung der Zentralinstitution »Familie« hin.¹⁶ Da sich insbesondere Personen aus Mehrpersonenhaushalten freiwillig engagieren, sind auch hiervon negative Einflüsse zu erwarten. Zugleich entsteht ein Bedarf an alternativen Netzwerken.¹⁷ Vor allem bei älteren Menschen macht sich bemerkbar, daß sie immer seltener auf Hilfspersonen aus dem eigenen Umfeld zurückgreifen können.
- *Wandel der Geschlechterrollen*: Durch wachsende Erwerbsbeteiligung und Ablösung von traditionellen Rollen sind Frauen nicht mehr automatisch eine »Freiwilligen-Armee«. Politische Mobilisierung für das Ehrenamt steht immer häufiger unter dem Verdacht, »in erster Linie potentielle weibliche Arbeitskraftanbieter aus dem offiziellen Arbeitsmarkt abdrängen und in das 'gemütliche Ghetto' sozialer Ehrenamtlichkeit einweisen«¹⁸ zu wollen.

¹² Vgl. Hitzler, R. (1996)

¹³ Offe, C./Heinze, R.G. (1986), S. 473ff

¹⁴ Bereits an diesem Punkt sei auf einen Widerspruch hingewiesen: Die USA, sicherlich eine der räumlich mobilsten Industriegesellschaften überhaupt, haben deutlich höhere Raten an Freiwilligen als die Bundesrepublik als ein immer noch vergleichsweise »immobiles« Land. In den USA hat die Mobilität womöglich sogar einen positiven Einfluß auf das freiwillige Engagement, weil viele die Erfahrung kennen, ohne Orientierung an neue Orte zu ziehen. »Helfen« nimmt daher prinzipiell schon einen größeren Stellenwert ein, was auch ein Blick in die amerikanische Geschichte mit ihren Trecks zeigt, in denen sich alle gegenseitig unterstützen mußten, ohne in Familienverbände einbezogen zu sein.

¹⁵ Vgl. Strohmeier, K.-P. (1993)

¹⁶ Auch hier wieder ein Einwand: Den steigenden Scheidungsziffern stehen ebenfalls steigende Wiederverheiratsquoten entgegen; empirische Ergebnisse deuten außerdem darauf hin, daß nach Wiederverheiratung die Ehen stabiler sind, weil die Partner eine besonders gründlich überlegte »Wahl« getroffen haben. Man könnte daher zu der paradox klingenden These kommen, daß die Individualisierung die Institution Ehe dadurch sogar eher auf- als abwertet.

¹⁷ Vgl. Pieper, R. (1989)

¹⁸ Olk, T. (1987), S. 96

Diese Diagnosen münden häufig in das Bedauern, daß Solidarität als gesellschaftliche Ressource verschwinde. Fink¹⁹ konstatiert für Deutschland – im Vergleich zu angelsächsischen Ländern – ein Defizit an »bürgerlichem Engagement«. Sowohl die Fixierung auf den Staat, als auch das Eindringen des Marktes in weite Gesellschaftsbereiche hätten Solidarität weiträumig ersetzt.²⁰

Doch der Blick auf den sehr traditionsbeladenen Begriff der Solidarität verstellt die Perspektive auf unterschiedliche Solidaritätsformen: »Aus den Trümmern der Arbeitersolidarität entsteht die Alltagssolidarität.«²¹ Daher läßt sich vor dem Hintergrund der Individualisierung auch eine Positiv-Liste qualitativ neuer Solidaritätspotentiale aufmachen:

- *Suche nach neuen sozialen Beziehungen:* Die Auflösung alter Sozialformen löst bei vielen Menschen ein dringendes Bedürfnis nach neuen, sinnstiftenden Beziehungen aus, das entsprechend stark sein kann.²² Neue Netzwerke und Projekte, in denen Helfen als »faßbarer Sinn« erlebt wird, bauen auf solchen Bedürfnissen auf.
- *Aufwertung sozialer Netzwerke:* Im Vergleich zu traditionellen sozialen Netzwerken, die oft weniger von inneren Motivationen als von äußeren Normen stabilisiert werden, können neue Netzwerke von Freunden und Partnern durchaus stabiler sein, weil sie das Resultat überlegter Lebensplanung sind. Dafür spricht auch die Erkenntnis, daß die Hilfeleistungen unter Freunden innerhalb der letzten Jahre deutlich zugenommen haben.²³ Unterstützungsnetzwerke sind nicht mehr mit dem traditionellen Netzwerk-Konzept des Haushalts identisch.
- *Neue Selbsthilfe-Potentiale im Alter:* Das Selbstbild im Alter wird zunehmend positiver, vor allem bei den »jungen Alten« und Lebensstil-Gruppen wie den »selbstbewußt-aktiven Älteren«.²⁴ Der Widerstand gegen die »Versorgungspflege« wächst, ebenso wie die Chancen, neue Selbsthilfe-Organisationen für Senioren zu gründen.
- *Chancen der »Sozialzeit«:* Die Freizeitgesellschaft offeriert eine wachsende Fülle von alternativen Angeboten, unter denen auch das freiwillige soziale Engagement zu finden ist. Daher kommt es auf die Formen und Themen an, ob ein Teil der Freizeit als »Sozialzeit« genutzt wird. Besondere Beachtung erfahren hierbei die Rentner: Das durchschnittliche Renteneintrittsalter der männlichen Sozialversicherten ist von 1973 bis Mitte der 90er deutlich unter 60 Jahre gesunken. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein großes Potential unausgeschöpfter »Sozialzeit«.
- *Mythos Ellbogengesellschaft:* Die Pauschalbehauptung einer sich stabilisierenden Ego-Gesellschaft läßt sich nicht belegen, wenn man den Wertewandel an die tat-

¹⁹ Fink, U. (1990), S. 57

²⁰ Dies ist im übrigen auch ein zentraler Ansatzpunkt der amerikanischen Kommunitarier – insbesondere von Amitai Etzioni –, was angesichts des doch eher rudimentären US- Wohlfahrtsstaates stark verwundert.

²¹ Zoll, R. (1993), S. 142

²² Vgl. Berger, P./Luckmann, T. (1995)

²³ Vgl. Diewald, M. (1989)

²⁴ Infratest/Sinus/Becker (1990) sowie Bäcker, G./Heinze, R.G./Naegele, G. (1995)

sächliche Struktur der sozialen Kontakte knüpft. Der Soziologe Thomas Gensicke (1994) hat bei solchen Untersuchungen den Negativ-Mythos von der Ellbogen- und Erlebnisgesellschaft nicht stützen können.

Weitere empirische Ergebnisse sprechen gegen die Instrumentalisierung von »Individualisierung« als allzuständigem Menetekel. So zeigen die regelmäßigen demoskopischen Befragungen von Allensbach und Emnid, daß die Zahl der einsamen Westdeutschen zwischen 1949 und 1991 von 19 auf 4 Prozent gesunken ist. Und auch viele Single-Haushalte leben nicht prinzipiell in Einsamkeit, sondern knüpfen andere Sozialbeziehungen.²⁵ Hondrich/Arzberger stimmen auch aus diesen Gründen nicht in die Cassandra-Rufe mit ein und sehen die Ressource »Solidarität« in neuem Gewand:

»Dies besonders zeichnet Solidarität als einen sozialen Tatbestand moderner Art aus: Sie wird nicht, wie traditionale Gemeinschaftsbindungen, zwangsläufig auferlegt, sondern ist Ausdruck freier Entscheidung. Individualisierung als Vervielfältigung von Optionen erlaubt zwar den Rückzug aus bestimmten Solidarbeziehungen; jedoch weit entfernt davon, Solidarität allgemein zu zerstören, schafft sie erst deren Voraussetzung. Solidarität tritt, wenn auch nicht zwangsläufig, an die Stelle von Zwangsbindungen. Daß diese zerfallen, bedeutet nicht Auflösung sozialer Bindungen, sondern deren Verwandlung.«²⁶

Die Politik kann daher nach ihrer Meinung durchaus innovative Potentiale entfalten: »Bei hinreichend subtilem Herangehen kann Solidarität eine organisierbare und für die Sozialpolitik auch steuerbare Ressource sein.«²⁷

Die Soziologie vernachlässigt gerne, daß Normen nicht einmalig in Institutionen eingepflanzt, sondern ständig kreativ geschaffen und stabilisiert werden²⁸. Ähnlich verhält es sich offensichtlich mit Gemeinschafts-Bindungen: Bestimmte soziale Gemeinschaften verblassen zwar, aber an anderer Stelle werden sie auch wieder neu und anders aufgebaut. Wie wichtig die komplementäre Beziehung von individualistischer Motivation und gemeinschaftsorientiertem Normbezug gerade für moderne Formen freiwilligen sozialen Engagements ist, hat in einer eindrucksvollen Studie der amerikanische Religionssoziologe Robert Wuthnow herausgearbeitet.²⁹

Besondere Aufmerksamkeit gewinnt das freiwillige soziale Engagement jenseits der Erwerbstätigkeit mittlerweile durch die fortdauernde Organisations- und Sinnkrise der Arbeitsgesellschaft.³⁰ Die Bedeutung der beruflich organisierten Erwerbsarbeit nimmt in Deutschland – wie auch anderswo – mindestens in zwei unterschiedlichen Dimensionen ab: Für viele Menschen stellt die Arbeitsgesellschaft keine passenden »Normalarbeitsbiographien« mehr bereit, die ihre Existenz materiell und immateriell sichern könnte. Zugleich verlieren die zentralen Normen und Routinen der Arbeitsgesellschaft an prägender Wirkung, es entsteht Freiraum für eine Vielzahl neuer Tätigkeiten und Motive, unter denen Freizeit nur der besonders öffentlichkeitswirksame

²⁵ Vgl. Bertram, H. (1994); Diewald, M. (1989)

²⁶ Hondrich, K. O./Arzberger, C. (1992), S. 114

²⁷ Ebd., S. 54

²⁸ Vgl. Joas, H. (1992)

²⁹ Vgl. Wuthnow, R. (1991, 1997)

³⁰ Vgl. Offe, C. (1997)

Teil ist. Freiwilliges soziales Engagement trägt in diesem Prozeß zwei unterschiedliche Aspekte: Es hat eine starke sozialpolitische Bedeutung für die Engagierten wie für die Adressaten und es ist gleichzeitig Katalysator für neue Vergesellschaftungsformen und Netzwerke jenseits der Erwerbsarbeit. Die Gesamtheit solcher Netzwerke und Engagementformen begreift man auch in der Bundesrepublik immer stärker als »soziales Kapital«.³¹

Und damit ist weit mehr gemeint, als der volkswirtschaftliche Wert des freiwilligen sozialen Engagements. Doch schon das ist beeindruckend: Selbst wenn man lediglich die etablierten Organisationen im Bereich der Wohlfahrtspflege, in der Jugendhilfe, im Sport sowie der Parteien und anderer Organisationen mit Erwerbsscharakter heranzieht – wie das die Bundesregierung tut –³² ergibt sich auf der Basis der Zeitbudget-Studie im Jahr 1992 für Westdeutschland ein Wert von 75 Mrd. netto bzw. 130 Mrd. brutto ehrenamtlicher Tätigkeit.³³ Daran anknüpfend ergeben sich eine Reihe von Fragen:

- Wieviele Menschen engagieren sich in Deutschland freiwillig, wie regelmäßig und in welchen Sektoren?
- Wie hat sich das Engagement in der letzten Zeit entwickelt?
- Welche unterschiedlichen Motivkomplexe existieren in der angeblichen »Ego-Gesellschaft«, sich freiwillig zu engagieren?
- Wie haben sie sich verändert?
- Welcher Strukturwandel ist beim traditionellen deutschen Ehrenamt erkennbar?
- Wie verteilt sich das Engagement über Merkmale wie Beruf, Einkommen, Alter, Geschlecht oder Bildung?
- Wie hat es sich in den letzten zehn Jahren entwickelt?
- Welche charakteristischen Trends sind dabei zu beobachten?
- Welche Rolle spielen die Angebotsformen und Träger klassischer ehrenamtlicher Arbeit für die Dynamik freiwilligen sozialen Engagements?
- Welche institutionellen und kulturellen Hemmnisse tun sich in der Bundesrepublik auf und welche politischen Strategien sind in einem solchen sensiblen und steuerungsanfälligen Sektor sinnvoll und denkbar?

Auf diese und weitere Fragen versucht die vorliegende Studie eine Antwort, bzw. mehrere Antworten zu geben. Zu diesem Zweck wurden Sekundäranalysen von Jugendstudien vorgenommen sowie Experten-Interviews³⁴ geführt, wurde das Sozio-

³¹ Immerfall, S. (1996); Meier, B. (1996); grundlegend dazu Bourdieu, P. (1983); Putnam, R. (1995)

³² Vgl. Bundesministerium (1996a), S. 20

³³ Auf der Basis der hier vorliegenden Daten des SOEP und der Erkenntnisse der Zeitbudget-Studie wären mit einem größeren Rechenaufwand noch genauere Berechnungen möglich.

³⁴ Die Experten-Interviews wurden mit Vertretern holländischer Freiwilligen-Agenturen (Lily Spaarnay, Nederlandse Organisatie Vrijwilligeswerk, Utrecht, 3. 7. 97) Mitarbeitern deutscher Freiwilligen-Agenturen (Heinz Janning, Freiwilligen-Agentur Bremen, 11. 6. 97) sowie Mitarbeitern der AIDS-Hilfe (Carlos Stemmerich, AIDS-Hilfe Köln, 12. 6. 97) geführt. Im Text werden Passagen, die auf Interview-Ergebnissen beruhen, aus Gründen der Anonymisierung lediglich mit dem Verweis »Interviews« in Klammern am Ende markiert.

Ökonomische Panel (SOEP) erstmals differenziert auf diese Fragestellungen hin ausgewertet und die einschlägige Fachliteratur aufgearbeitet. Die anschließenden Handlungsempfehlungen knüpfen an die hier herausgearbeiteten, zentralen Erkenntnisse über die Motive, Strukturen und Probleme freiwilligen sozialen Engagements in Deutschland an.

1. Definition und Ausprägung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

1.1 Klassifikation von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

Betrachtet man Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit, so teilen sie sich grob in mehrere Felder:

- Haushaltsproduktion und Subsistenzwirtschaft,
- Freizeitaktivitäten,
- Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft,
- verpflichtende, unentgeltliche Arbeit (Dienste in Hausgemeinschaft etc.),
- Naturaltausch von Dienstleistungen (Tauschringe etc.),
- ehrenamtliches Engagement/Projektorganisation für Dritte und
- Selbstorganisation in Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Schon diese Grobgliederung offenbart, daß sich zwischen Erwerbsarbeit und erwerbsfreier, individuell genutzter Zeit eine Sphäre öffnet, in der unzählige Tätigkeiten mit gesellschaftlichen Anknüpfungspunkten zu finden sind. Da sich aber nicht nur die Motivationslagen, sondern auch das Verständnis des Ehrenamts ändert, zeichnen sich auch neue Begriffe wie »Bürger-Arbeit« ab. Darunter könnte man ein nicht erwerbsarbeitsfixiertes Engagement für Dritte verstehen, das von gemeinschaftsorientierter Verantwortung getragen wird. Im Spektrum freiwilligen sozialen Engagements paßt dies nicht mehr zur Untergruppe des klassischen Ehrenamts.

Im Rahmen der vorliegenden Studie interessieren insbesondere die letzten beiden Tätigkeiten der Liste, weil sie im Vergleich zu den anderen Sektoren mehrere Kriterien erfüllen: Sie lassen sich als wesentliche Dimensionen des Oberbegriffes »freiwilliges soziales Engagement« bezeichnen (und entsprechen damit grob dem Begriff des »Volunteering«), sie dienen nicht primär einem ökonomischen bzw. subsistenzwirtschaftlichen Zweck wie Haushaltsproduktion oder Schattenwirtschaft, und sie produzieren im weiteren Sinne Kollektivgüter, anders als etwa individuelle Freizeitaktivitäten.

Sowohl Selbsthilfe und mitgliedschaftliches Engagement wie ehrenamtliche Arbeit lassen sich noch weiter aufsplitten, und zwar nach Form, Motivation, Organisation und Sektor (siehe unten). Um diesen Teilsektor in seiner anderen Qualität richtig begreifen zu können, muß man ihn jedoch zunächst vor allem gegen die beiden »Großräume« Erwerbsarbeit und Haushaltsproduktion abgrenzen.

Unter Erwerbsarbeit versteht man in westlichen Industriegesellschaften diejenigen Arbeitsformen, bei denen Menschen in unselbständiger oder selbständiger Beschäftigung Einkommen zur Existenzsicherung erzielen, bei unselbständiger Arbeit meist in stark arbeitsteiligen Organisationen. Durch die Erwerbsarbeit sind die meisten unselbständigen Arbeitnehmer außerdem in soziale Sicherungssysteme eingegliedert, definiert sich ihr beruflicher Status und wird die erwerbsfreie Zeit durch Arbeitsverträge geregelt. Charakteristika sind folglich Geldeinkommen, formelle Fremd-

organisation und Trennung von Zweck- und Prozeßnutzen, d.h., der äußere Zweck der Arbeit ist nicht identisch mit dem Nutzen, den der Erwerbstätige aus dem Prozeß der Arbeit zieht. In Extremfällen wie der Fließbandproduktion eines wichtigen Medikaments ist der Zweck von großer Bedeutung, der Prozeßnutzen jedoch minimal; bei vollkommen unrentabler und ineffizienter, aber kommunikativ organisierter Arbeit kann es genau umgekehrt sein.

»Haushaltsproduktion« hingegen stützt sich auf Naturaleinkommen, ist informell selbstorganisiert, bedingt freiwillig (sie ist keinem äußeren, sondern einem haushaltsinternen »Zwang« geschuldet), und bei ihr sind Prozeßnutzen und Zweck häufig nicht so stark getrennt, vor allem in den Bereichen der »Beziehungsarbeit«. Spricht man in einem dezidiert ökonomischen Sinn von Haushaltsproduktion, so kann man ihre Eigenschaften mit Hilfe des »Dritt-Personen-Kriteriums« beschreiben: Damit werden diejenigen Tätigkeiten als produktiv bezeichnet, die im Haushalt auch von dritten Personen wie Erzieherinnen, Hauswirtschafterinnen, Gärtnern u.a. übernommen werden könnten.³⁵ In der erweiterten Fassung von Haushaltsproduktion und ihrer »unbezahlten Arbeit« finden sich dann noch zusätzliche immaterielle Formen der Arbeit, die eher in Zeitwerten als in Geldäquivalenten ausgedrückt werden, abgesehen von dem nicht-meßbaren Prozeßnutzen für die Haushaltsmitglieder.

Zur Haushaltsproduktion gehören allerdings auch die Netzwerkhilfen für Dritte und ehrenamtliches Engagement, das seine Basis im Haushalt hat. Für unsere Zwecke halten wir jedoch an einem **engeren** Begriff von Haushaltsproduktion fest und beziehen ihn auf die »Eigen-Produktion«, d.h. Formen von Eigen-Arbeit, die auf das eigene Netzwerk bezogen sind. Das hat den Vorzug, daß wir die darüber hinausgehenden Aktivitäten mit in unsere Analyse nicht-erwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten einbeziehen können.

Was Erwerbsarbeit und Haushaltsproduktion gemeinsam von einigen der anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten unterscheidet, ist der Arbeitsbegriff. Von Arbeit – ob bezahlt oder unbezahlt – läßt sich im ökonomischen wie soziologischen Sinne erst dann sprechen, »...wenn eine Tätigkeit durch ein vorbedachtes und nicht nur von dem Arbeitenden selbst, sondern auch von anderen als nützlich bewertetes Ziel geleitet wird...«.³⁶ Diese Formulierung umschreibt die soziale Validierung der Ziele. Hinzu kommt, daß der Gebrauchswert für die Umwelt mindestens so groß sein muß wie der eigene Prozeßnutzen, wenn man von Arbeit sprechen will. Die Aktivität im Verein auf rein mitgliedschaftlicher Basis ist demnach keine Arbeit.

Der Arbeitsbegriff soll hier allerdings nicht als trennendes Kriterium eingeführt werden, da die hier interessierenden nicht-erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten nicht alle unter einen erweiterten Arbeits-Begriff subsumierbar sind, dafür aber alle in das Segment zwischen Erwerbsarbeit, Haushaltsproduktion und reine Freizeitaktivitäten passen. In diesem Segment sollen im folgenden die vier Dimensionen Form, Motivation, Organisation und Sektor mit ihren unterschiedlichen Kategorien unterschieden werden, wie in der folgenden Abbildung bereits zusammengefaßt.

³⁵ Vgl Bundesministerium (1996b), S. 23ff.

³⁶ Offe, C./Heinze, R. G. (1990), S. 105

Abbildung 1: Dimensionen

Form
soziales Ehrenamt
politisches Ehrenamt
leitendes Ehrenamt
Mitgliedschaft in Verein, Genossenschaft, Selbst- hilfegruppen
thematisches Engage- ment

Organisation
Formell vs. informell
Groß vs. Klein
Fremdorganisation vs.Selbstorganisation
situativ vs. programma- tisch

Motivation
traditions- und normge- leitet
problemorientiert
individualistisch
gesellsch. orientiert

Sektor
Sozialwesen
Gesundheitswesen
Notfalldienste
Umwelt und Natur
politische Information und Mobilisierung
Bildungswesen
Sport
Kultur

1.1.1. Form

Die »klassische« Form – derzeit in einem deutlichen Strukturwandel begriffen – ist das Ehrenamt. So deutlich noch immer die Assoziationen sind, so unterschiedlich sind die verschiedenen Funktionsbereiche ehrenamtlichen Engagements. Wir wollen hier im Unterschied zu üblichen Differenzierungen ein Dreierschema von sozialem, politischem und leitendem Ehrenamt vorschlagen.

Zum *sozialen Ehrenamt* gehören die traditionellen Felder wie Wohlfahrtspflege, Spenden- und Kleidersammlung oder Unterstützung im Gesundheitswesen. Wir wollen hierunter aber auch diejenigen ehrenamtlichen Tätigkeiten fassen, die sich in personenbezogenen Hilfen abbilden lassen – mit Ausnahme konkreter Umweltschutzprojekte, wo es »naturbezogene« Hilfen sind. Davon lassen sich Tätigkeiten abgrenzen, die man eher als *politisches Ehrenamt* titulieren sollte. Unter politischem Ehrenamt verstehen wir Aktivitäten, die nicht mit personenbezogenen Hilfen, sondern informationsbezogener Koordination und Verbreitung zu tun haben. Darunter fallen umweltpolitische Tätigkeiten, das Engagement für Menschenrechtsorganisationen und die typischen politischen Ehrenämter in Parteien und Verbänden.

Üblicherweise werden eher die leitenden Ehrenämter (siehe unten) unter der Kategorie »politisches Ehrenamt« zusammengefaßt.³⁷ U. E. ist es jedoch angemessener, die in ihrem Inhalt – nicht ihrer Funktion – nach politischen Tätigkeiten von den sozialen und leitenden Ehrenämtern abzugrenzen. Solche Tätigkeiten unterscheiden sich sowohl von sozialen als auch von den klassischen leitenden Ehrenämtern, von denen letztere im übrigen häufig auch in relativ politikfernen Bereichen angesiedelt sind. Daher trennen wir noch einmal das politische vom leitenden Ehrenamt.

Das *leitende Ehrenamt* als letzte Kategorie umfasst alle Tätigkeiten, die unentgeltlich bzw. nicht formal vergütet für die Steuerung von Organisationen unternommen werden. Die Führung eines Wohlfahrtsverbandes durch ehrenamtliche Vorstände, die Koordination von Abteilungen in einem Sportverein lassen sich hier verorten, wie auch die Leitung einer Kulturinitiative.

Während das soziale Ehrenamt zumeist klare örtliche Bezüge hat, erweitern sich die politischen häufig zu überörtlichen bis hin zu supranationalen Bezügen, etwa in umweltpolitischen Projekten oder bei Organisationen wie amnesty international. Dieser Punkt scheint bei den politischen Ehrenämtern gerade mit Blick auf neue Informations- und Kommunikationstechnologien wie das Internet immer wichtiger zu werden. Zugleich zeigt er, daß derartige Engagement mit dem tradierten Begriff des Ehrenamts kaum noch zu fassen ist. Das Kriterium der Unentgeltlichkeit ist im übrigen schon seit längerem kein gutes Abgrenzungs-Merkmal für ehrenamtliches Engagement mehr; Aufwandsentschädigungen und Teilentgelte sind gerade in letzter Zeit eine Antwort und Reaktion auf Mobilisierungsschwächen. Allerdings heißt »Aufwandsentschädigung« noch nicht »Vergütung« des Engagements.

Das deutet bereits auf andere Tätigkeitsformen außerhalb des Ehrenamts hin. Im Gegensatz zu dem hier unter Ehrenamt verstandenen Engagement agieren die an Gruppengütern interessierten Mitglieder einer Selbsthilfegruppe, einer Genossen-

³⁷ Backes, G. (1987)

schaft oder eines Vereins mit dem Ziel, eine separate Gruppe mit kollektiven Werten und Orientierungen zu bilden. Zwar ist unbestritten, daß ein Sportverein positive externe Effekte durch die Verringerung von Jugendkriminalität leistet wie auch die Selbsthilfegruppe durch Informationen für andere Betroffene. Dennoch sind diese Tätigkeitsformen – die durch ihren Gründungsanlaß und ihre öffentliche Wirkung durchaus gesellschaftliche Bedeutung haben – in erster Linie binnensorientiert. Allerdings findet man gerade in Vereinen, Genossenschaften und Selbsthilfegruppen auch typisch ehrenamtliche Tätigkeiten neben der »reinen« Mitgliedschaft.

Als eine dritte Form der Tätigkeit kann man *thematisches Engagement* nennen, die sich von den beiden ersten durch Unregelmäßigkeit und einen schwachen Formalisierungsgrad auszeichnet. Zu solchem thematischem Engagement zählen Nachbarschaftshilfe oder Stadtteilinitiativen, aber auch die zeitlich befristete Mitarbeit in Projekten von Parteien, Stiftungen, Initiativen. Thematisches Engagement ist ein zentrales Element des ehrenamtlichen Strukturwandels, der oft auch unter dem Label »neue Ehrenamtlichkeit« gefaßt wird.³⁸ Solche Tätigkeiten sind nicht in die regelförmige Bürokratie eines Verbandes eingebunden und werden auch nicht pauschal für eine Organisation zur Verfügung gestellt, sondern in Bezug auf konkrete, häufig befristete Projekte. Zur Motivation (siehe unten) bei solchen Tätigkeiten gehört auch, daß die entsprechenden Personen relativ autonom und selbständig handeln möchten.

1.1.2. Motivation

Der Begriff des *Volunteering* oder des freiwilligen sozialen Engagements ist plakativ und häufig auch paßgenauer als das »Ehrenamt«. Dennoch vernebelt er die Motivationsbasis solcher Tätigkeiten mehr, als daß er sie aufhellt. Will man unterschiedliche Motivationsbündel nur grob beschreiben, bieten sich vier Kategorien an, die allerdings als Idealtypen zu verstehen sind: Untersucht man konkrete Motivationsstrukturen, so mischen sich diese Kategorien meist in unterschiedlichem Verhältnis (siehe differenziert dazu Kap. 2.2).

Hat man die bekannten Erscheinungsformen ehrenamtlichen Engagements im Hinterkopf, so müssen *traditions- und normgeleitete Motivationen* als erste wichtige Größe für nicht-erwerbswirtschaftliches Engagement genannt werden. Zwar sind gerade sie es, deren Quellen angesichts pluralisierter Lebensformen und fortschreitender Individualisierung immer weiter versiegen, dennoch sind sie ein wichtiges Element, zu dem sogar noch neue Gruppen-Normen hinzukommen, etwa im Bereich von Kultur-Initiativen. Und zu dieser Motivationsquelle gehört auch der häufigste Grund für die Bereitschaft, sich neben der Erwerbsarbeit zu engagieren: die Anfrage von Freunden und Bekannten.³⁹

Eine andere Quelle speist sich aus *problemorientierter Motivation*. Diese Kategorie trifft man am reinsten sicherlich in Selbsthilfegruppen an, sie läßt sich aber

³⁸ Heinze, R. G./Olk, T./Hilbert, J. (1988), S. 138ff.

³⁹ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996)

ebenso in allen Sektoren des Ehrenamtes aufspüren, dort, wo sich Engagierte von ihrer Tätigkeit versprechen, persönliche Defizite ausgleichen zu können.

Auch wenn es paradox klingt, ist eine immer schon gültige, an Bedeutung zunehmende Kategorie die *individualistische Motivation*. Das verrät bereits ein Blick auf die nordamerikanische Tradition der *charity* und des *Volunteering*, in der Solidarität und Individualismus eng miteinander verknüpft sind.⁴⁰ Auch Aktivitäten mit dem Motiv der Selbstverwirklichung – wie zum Beispiel beim thematischen Engagement (siehe oben) – lassen sich hier einsortieren, ebenso wie der Faktor »Spaß«, der allerdings z. B. bei pflegerischem Engagement zum Engpaß wird; diese letzte Bemerkung deutet darauf hin, daß sich in Zukunft stärkere Verschiebungen zwischen den Sektoren ergeben könnten, weil bestimmte Arten »belastender« Tätigkeit noch immer sehr stark von mittlerweile erodierenden Sozialmilieus getragen werden.

Eine vierte Kategorie, die von Normen beeinflusst wird, ist die *gesellschaftsorientierte Motivation*. Menschen, die sich über ihren Kreis der Primär- und Sekundärgruppen hinaus für gesamtgesellschaftliche Anliegen engagieren wollen, spüren diesen überindividuellen Anreiz als eigene Motivation. Davon unberührt ist die Tatsache, daß alle anderen Motivations-Typen in ihrer *Funktion* ebenfalls auf gesellschaftsorientierte Zwecke hinauslaufen können.

In allen idealtypischen Motivations-Dimensionen spielt eine immer wichtigere Rolle, inwiefern es »biographische Passungen« gibt, um das konkrete Engagement mit den persönlichen Erfahrungswerten verkoppeln zu können. Neben der stärkeren Projektbezogenheit und dem zeitlich befristeten Engagement ist dieser Aspekt ein anderer wesentlicher Gesichtspunkt der neuen Ehrenamtlichkeit.

1.1.3. Organisation

Die Organisationen des Dritten Sektors zwischen Markt und Staat erleben momentan eine Renaissance in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung, ähnlich wie das freiwillige soziale Engagement. Für die Qualität, Zielrichtung und Reichweite gesellschaftlicher Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit ist die Organisationsform mehr als eine nur formale Einbettung, sie bestimmt mit über ihr Potential, und sie ist ihrerseits abhängig von der Form der Tätigkeit.

Die möglichen Organisationsformen – wiederum in der Gestalt von Idealtypen wie bei der Motivation – bekommt man am besten als Gegensatzpaare in den Blick. Eine erste Kategorie ist das Paar *formell vs. informell*. Soziales Ehrenamt beispielsweise bettet sich einerseits in bürokratisch organisierte Verbände, andererseits aber auch in wenig formalisierte, dafür aber weit vernetzte Gruppen.

Mit dieser Kategorie zusammen hängt die Dichotomie von *groß vs. klein*. Große Organisationen haben sich meist umfassend professionalisiert, insofern treffen sich in ihnen die Sphäre der Erwerbsarbeit und die des unbezahlten Engagements. Außerdem zeigen sie die bekannten Organisations- und Mobilisierungsprobleme von Großorganisationen, was auch auf die Potentiale unbezahlten Engagements durchschlägt. Kleine Organisationsformen bis hin zu losen Gruppen sind zwar häufig stär-

⁴⁰ Vgl. Wuthnow, R. (1997).

ker selbstorganisiert, verfügen jedoch über weniger Ressourcen. Eine weitere Kategorie, die hier direkt anschließt, ist das Gegensatzpaar *Fremdorganisation vs. Selbstorganisation*. Hiermit wird erfaßt, ob das Engagement in arbeitsteilige Organisationen mit weiteren Hauptzielen eingebunden ist oder selbst den Kernzweck der eigenen Organisation bildet. Hier ergeben sich auch Parallelen zur Dimension »Form der Tätigkeit«.

Eine letzte, eher unorthodoxe Kategorie soll dem Wachstum professionalisierter Organisationen Rechnung tragen, deren wichtiger Bestandteil weiterhin freiwilliges Engagement ist. *Situativ vs. programmatisch* meint, daß es einerseits Organisationsformen gibt, in denen sich Menschen auf konkrete Anlässe und Bedürfnisse hin engagieren, ohne den Überbau tragender Organisationsziele (situativ). Andererseits entfalten neue Großbewegungen ihre Anziehungskraft dadurch, daß sie über Einzelaktionen hinaus mit ihrer »gemeinnützigen« Corporate Identity zusätzliche Impulse und Motivationsanreize geben, etwa Greenpeace, Terre des hommes oder amnesty international (programmatisch).

Zwischen den beiden Polen der Selbsthilfe und der fremdorganisierten Hilfe haben sich eine Vielzahl von Organisationsmodellen herauskristallisiert. Im Umkreis der Seniorengenosenschaften zählen die *Frührentner-Initiativen* dazu, die teilweise sogar von Unternehmen unterstützt werden. Ein infrastrukturelles Angebot mit Anknüpfungspunkten zur Selbsthilfe sind die *Bürgerhäuser und Begegnungszentren*, in denen Gesprächskreise, Kontaktbörsen oder Stadtteilprojekte verankert sind.

Ein Bereich, der inhaltlich im vorliegenden Gutachten weitgehend ausgeklammert bleibt, ist die formell oder informell *organisierte Nachbarschaftshilfe*. Mittlerweile muß man zu diesem Bereich – unabhängig von der politischen Bewertung – auch gemeinschaftlich organisierte »Bürgerwehren« und Nachbarschafts-Patrouillen zählen. In der Grauzone zwischen freiwilligem Engagement und semi-professioneller Hilfe trifft man insbesondere teilvergütete Tätigkeiten an wie *die Betreuung von Personen im Rahmen des neuen Betreuungsrechts*, das die Nachfolge des Vormundschaftsrechts angetreten hat. In diesem Feld sind im übrigen auch Wohlfahrtsverbände als Träger von Betreuungsvereinen aktiv.

1.1.4 Sektoren

Da sich die vorliegende Studie auf nicht-erwerbswirtschaftliche Sektoren außerhalb der Haushaltsproduktion konzentriert, müssen diese Sektoren der Übersichtlichkeit halber noch einmal aufgesplittet werden. Im wesentlichen sind das die Sektoren Sozialwesen, Gesundheitswesen, Notfalldienste, Umwelt und Natur, politische Information und Mobilisierung, Bildungswesen, Sport und Kultur. In nahezu jedem dieser Sektoren kann man unterschiedliche Kombinationen von Tätigkeitsformen, -motivationen und Organisationsformen beobachten. Genauere Analysen können diverse Widersprüche in solchen Kombinationen herausarbeiten und auch Hinweise auf die politische Unterstützung nicht-erwerbswirtschaftlichen Engagements in seinen unterschiedlichen Dimensionen geben. In der oben stehenden Abbildung sind die vier Dimensionen mit ihren jeweiligen Kategorien tabellarisch zusammengefaßt.

1.2 Überblick über die wichtigsten praktizierten Modelle von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

1.2.1 Selbsthilfegruppen

Idee und Geschichte der Selbsthilfe und Selbstorganisation lassen sich historisch weit zurückverfolgen. So hatten beispielsweise die Gilden und Zünfte bereits Selbsthilfecharakter und auch das im 18. Jahrhundert sich herausbildende Vereinswesen kann als bürgerliche Variante der Selbsthilfe angesehen werden. Andere Bezüge kommen aus der Arbeiter- und der Genossenschaftsbewegung. Diese Beispiele entwickelten sich in Bereichen, in denen der Staat nicht aktiv war. Die »**neue Selbsthilfebewegung**« entsteht demgegenüber »nicht als Reaktion auf die Abwesenheit des Staates, sondern zumeist als Reaktion auf Entwicklungen im staatlichen Bereich. Selbsthilfe entwickelt sich so quasi als Pendant zur staatlichen Versorgung«. ⁴¹

Diese neue Selbsthilfebewegung hat sich in den letzten 20 Jahren **qualitativ wie quantitativ stark** entwickelt. Inzwischen gibt es bundesweit schätzungsweise ca. 70.000 Initiativen mit 2–3 Millionen Teilnehmern. ⁴² Es ist heute unbestritten, daß Selbsthilfegruppen (SHG) bei der Bewältigung von gesundheitlichen und sozialen Problemen einen wichtigen Beitrag leisten. Sie stellen für ihre Mitglieder zudem eine wichtige Quelle neu gewonnenen oder auch wieder entstandenen Selbstwertgefühls dar. ⁴³ Selbsthilfegruppen sind keineswegs auf bestimmte Themen (z.B. gesundheitliche Probleme) beschränkt, sondern finden sich in nahezu allen Bereichen (Gesundheit, Kultur, Soziales, Erziehung) und mit einem sehr unterschiedlich ausgeprägten Problem- bzw. Interessensbezug (von einer Multiple-Sklerose-Gruppe über Eltern/Kindgruppen bis hin zu 3. Welt-Gruppen). Die **Attraktivität** verdanken SHG in der Regel folgenden Aspekten:

- *Eigenbestimmte Hilfen.* Selbsthilfegruppen bieten die Möglichkeiten das eigene Leben, die eigene Gesundheit in stärkerem Maße als in den meisten anderen Organisationsformen selbst in die Hand zu nehmen. Hinter dieser Qualität steht vielfach auch eine Skepsis und Kritik an 'zuviel' Expertentum und bestimmten Varianten professionalisierter Hilfe.
- *Möglichkeit, identitätsrelevante Problemlagen und Optionen zum Thema zu machen* und darüber Beratung zu erhalten bzw. zugleich anderen Hilfe zu geben. Grundprinzipien sind der Erfahrungsaustausch in der Gruppe und gegenseitige Beratung von erfahrenen Betroffenen für Gleichbetroffene. Diese gegenseitige Beratung aus einer Betroffenenperspektive hat sich als eigene Qualität von Hilfe erwiesen, die professionelle Hilfen in dieser Form nicht haben kann.
- *Freiwilliger Zusammenschluß*, der mit einem *geringen Grad an Formalisierung* auskommt. SHG bieten die Möglichkeit in einem überschaubaren Rahmen für einen eigenbestimmten Zeitraum einen gruppenbezogenen Erfahrungsaustausch leben zu können. Der besonderer Werte dieses gemeinsamen Erfahrungsraums erklärt sich

⁴¹ Wex, T. (1995), S. 16

⁴² ISAB (1997)

⁴³ Vgl. Stark, W. (1995), S. 9

auch aus den Risiken der Individualisierung. Überall dort, wo die gesellschaftlichen Freisetzung aus traditionellen Strukturen zu sozialen Leerstellen führt, bieten SHG-Gruppen die Möglichkeit, in neuen Vernetzungen mit Unsicherheit und Krise umgehen zu können, ohne sich über formalisierte Formen der Mitgliedschaft für längere Zeit an eine Organisation binden zu müssen.

Es zeigt sich weiter, daß gerade gesellschaftlich ausgegrenzte Menschen in SHG Solidarität durch Gemeinsamkeiten und neue Formen der Gemeinschaft erproben können. Zudem scheint es in den letzten Jahren auch stärker gelungen zu sein, die Beteiligung an Selbsthilfeinitiativen über die gesellschaftlichen Schichten hinweg auf eine breitere soziale Basis zu stellen.⁴⁴ Selbsthilfe kommt heute aus der Mitte der Gesellschaft.

Für die Zukunft wird eine weitere Zunahme im Selbsthilfebereich prognostiziert. Dies gilt nicht nur für jene Bereiche, in denen sich die professionellen begleitenden Strukturen (Selbsthilfezentren, Selbsthilfeförderung) erst konstituieren, sondern auch dort, wo es seit langen Jahren eine etablierte Infrastruktur gibt, wie z.B. in München. Hier wird nach wie vor eine »massiv steigende Nachfrage konstatiert, sowohl für die Nachfrage nach der Teilnahme an SHG, als auch für Menschen, die sich von SHG beraten lassen wollen oder die das Gespräch mit Gleichbetroffenen suchen, ohne daß sie sich zu einer aktiven Teilnahme an einer Gruppe entschließen können«.⁴⁵ Die Zahl der in den verschiedenen Bereichen Tätigen beträgt in München zwischen 25.000 und 30.000 in insgesamt 1.300 SHG. Damit ist ca. jeder 40. Münchner in einer SHG, eine Zahl, die sich seit den Anfängen der SH-Förderung im Jahr 1985 fast verdreifacht hat.⁴⁶

Zunehmend stärker als der individuelle rückt auch der **ökonomische Nutzen** der SHG ins Blickfeld. Dabei lassen sich drei Effekte unterscheiden:

(a) *Das für Selbsthilfe-Initiativen ausgegebene Geld fließt zu einem großen Teil wieder zurück und fördert damit das Bruttosozialprodukt.* Es lassen sich am Beispiel der Stadt München und ihrer Selbsthilfe-Förderung deutliche Rückflüsseffekte feststellen⁴⁷. Rückfluß bedeutet, daß Ausgaben der öffentlichen Hand in der Selbsthilfeförderung direkt und indirekt wieder zurückfließen (z.B. in Form von Re-Investition im öffentlichen Sektor), so daß die Nettoausgaben im Vergleich zum Förderungsbetrag deutlich niedriger sind.

Eine Pauschalrechnung zeigt dieses Phänomen: »Pro 100 DM öffentlicher Zuschüsse werden weitere 50 DM private Ausgaben bei den Selbsthilfe-Initiativen angestoßen. Die somit von den Selbsthilfe-Initiativen ausgegebenen 150 DM führen zu einer Staatsquote am Bruttosozialprodukt von rund 50%, zu Einnahmen der öffentlichen Hand von 75%, so daß die Nettoausgaben nur 25% der Bruttoausgaben betragen«.⁴⁸

(b) *Das für Selbsthilfeinitiativen ausgegebene Geld produziert/fördert Engagement in unbezahlten, produktiven Stunden.* Die daraus entstehenden Nutzeneffekte bedeuten

⁴⁴ Fuß, R. (1993)

⁴⁵ Vgl. SHZ (1997), S. 3

⁴⁶ a.a.O.

⁴⁷ Vgl. Engelhardt u.a. (1995), S. 80

⁴⁸ Kandler, J (1995), S. 81

eine relevante finanzielle Entlastung für den Staat (z.B. Vermeidung von zusätzlichen Kosten im Gesundheitssystem). Hier geht es um die von SHG erbrachten ehrenamtlichen Stunden für Dritte, d.h. für Personen, die sich beraten lassen, aber selbst keiner SHG angehören.

Die Autoren der Münchner Studie haben vier verschiedenen Bereiche (Eltern/Kind, Wohnen, Frauen/Männer, Gesundheit/Behinderung) analysiert. Nimmt man als Beispiel den Bereich »Gesundheit/Behinderung«, so wurden im Jahr 1992 185.000 produktive Stunden geleistet (=Zeit zum Nutzen für Dritte und nicht zur Befriedigung »eigener Bedürfnisse«). Umgelegt auf ein Personalkostenäquivalent (BAT Vb) für Professionelle Helfer bedeutet dies, daß 100 DM Fördersumme 587 DM Gegenwert erbringen.⁴⁹

(c) Hinzu kommen *Effekte, die durch die SHG bei den Teilnehmern selbst bewirkt werden*, z.B. Rückgang der Erkrankungen, geringere Medikamenteneinnahme, Verminderung der Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Dienste mit den entsprechenden Nutzen für Krankenkassen und Arbeitgeber.

Eine Modellrechnung am Beispiel der Münchner Angst Selbsthilfe (MASH) ergibt Einsparungen in einer geschätzten Höhe von 1.8 Mio DM für öffentliche Hand und zirka 400.000 DM für die Arbeitgeber. Pro 100 DM Zuschuß ergibt sich ein Effekt für die öffentliche Hand in Höhe von 1.500 DM.⁵⁰

Fazit: Die Bedingungen einer individualisierten Gesellschaften fördern und fordern Formen des Engagements und der gegenseitigen Hilfe, wie sie in Selbsthilfegruppen möglich sind. Daraus erklärt sich die Attraktivität und historische Zunahme dieser Gruppen. Stärker als bisher erkennt man auch, daß SHG darüberhinaus auch wichtige ökonomische Nutzeneffekte haben.

Seit einiger Zeit schieben sich außerdem neue Formen freiwilliger Tätigkeit in das Blickfeld der Öffentlichkeit, die am Gedanken der Selbsthilfe teilweise unmittelbar anknüpfen. Das gilt vor allem für Modelle wie »Seniorenengagements«. Andere, erneuerte Formen des Engagements sind eher modernisierte Formen der Fremdhilfe, wie zum Beispiel die wiedererstarkende Hospiz-Bewegung, aber auch die in vielen Städten populäre Einrichtung von Tafeln (Einsammeln und Verteilen unverkaufter Lebensmittel an Bedürftige) oder die unbürokratische Etablierung von Bürger-Treffs. Und in Konkurrenz zu mehr oder weniger »klassischen« Beschäftigungsprojekten nach der Norm des Arbeitsförderungsgesetzes florieren exotischere Varianten solcher Initiativen, an denen sich auch Freiwillige beteiligen.

1.2.2 Freiwilligen-Zentren: Strukturwandel der organisierten Freiwilligkeit

Die sogenannten Freiwilligen-Zentren oder -Agenturen erleben momentan einen Boom in der Bundesrepublik, inspiriert durch die Vorbilder Holland, Großbritannien und USA. In Ländern wie Großbritannien oder den Niederlanden existieren solche Zentren schon seit Jahrzehnten und sind der Fixpunkt der nationalen »Volunteering«-Kultur.⁵¹ Daß sie in der Bundesrepublik erst so spät zum Leben erwachen, wirft ein grelles

⁴⁹ Vgl. Kandler, J (1995), S. 84f.

⁵⁰ Vgl. Kandler, J. (1995), S. 102

⁵¹ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996)

Licht auf die tradierten Formen ehrenamtlichen Engagements, wie sie nicht zuletzt die Wohlfahrtsverbände transportieren. Die steigende Zahl von Freiwilligen-Zentren spiegelt mit den jeweiligen Aufgabenstellungen daher sehr deutlich den Strukturwandel zum »neuen Ehrenamt« wider.

Derzeit sind etwa 20 davon aktiv, hinzu kommen noch rund 16 solcher Zentren, welche die Caritas unter dem Dach ihrer Organisation installiert hat. Die Zentren sind keineswegs reine Vermittlungs-Agenturen. Vielmehr müssen sie sich die Voraussetzungen für solche Aufgaben erst einmal selber schaffen. Denn komplexe Motivlagen müssen erst einmal erkannt und gefördert, diffuse Angebotsformen auf der Seite der Träger präzisiert und optimiert werden. Daher bieten die Agenturen neben Vermittlungsdiensten meist Bildungsmaßnahmen, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit an.⁵² Vor allem erarbeiten sie in Zusammenarbeit mit Träger-Organisationen unterschiedliche Tätigkeitsprofile (Telefonberatung, mobile Aufklärungsarbeit für die AIDS-Hilfe, Organisation von Veranstaltungen bei Kulturinitiativen u.ä.), um die Tätigkeitsbereiche der Freiwilligen abzugrenzen und somit eine Identifikation mit dem Arbeitsfeld zu erleichtern. Dazu werden Aufgaben, Zielgruppen, Pflichten und Arbeitstechniken mehrseitig beschrieben.

Die Zentren dienen generell als Anlaufstelle für Menschen, die Orientierungshilfen suchen, um sich größtenteils sehr spezifisch und auch nicht unbedingt auf Dauer – also eher thematisch – für andere Menschen oder für Projekte zu engagieren. Viele der in Deutschland gegründeten Zentren beraten jedoch ebenso die tragenden Organisationen für die Freiwilligen-Arbeit, die Kirchen und Wohlfahrtsverbände.⁵³ Sie nehmen somit eine Katalysator-Funktion wahr: Sie versuchen, die jeweiligen Kompetenzen von Interessenten auf mögliche Arbeitsfelder abzustimmen, und sie unterstützen die Träger solcher Projekte dabei, attraktive Angebote für die teilweise brachliegenden Potentiale zu entwickeln. In den seltensten Fällen vermitteln die Freiwilligen-Zentren privat von Person zu Person wie in einem Tauschring, sondern betten ihre Tätigkeit in die bestehenden Strukturen ein.

Aufschlußreich ist, daß beispielsweise der Deutsche Caritasverband mittlerweile selbst fünfzehn Freiwilligen-Zentren gegründet und auch eine eigene Zeitschrift für freiwilliges soziales Engagement (»Sozialcourage«) ins Leben gerufen hat.⁵⁴ Offenbar ist die Aktivierung neuer ehrenamtlicher Potentiale besser möglich, wenn die Organisationsformen paßgenauer auf die biographischen Besonderheiten, sozialen Kompetenzen und zeitlichen Möglichkeiten der Interessenten zugeschnitten sind und sich weniger des Bindemittels einer klar umrissenen Weltanschauung bedienen.⁵⁵

Die Zielsetzung der Freiwilligen-Zentren fügt sich in die neuen Motivkonstellationen freiwilligen Engagements. Bis auf die Caritas-Zentren versuchen die Freiwilligen-Zentren trägerunabhängig in der Region neue Potentiale zu erschließen, freiwillig Engagierte weiterzubilden, aber auch die Anbieter zu beraten, wie sie ihre Angebote auf ver-

⁵² Vgl. Stiftung Mitarbeit (1997)

⁵³ Vgl. Stiftung Mitarbeit u.a. (1997)

⁵⁴ Vgl. Deutscher Caritasverband (1997a,b)

⁵⁵ Selbstverständlich gibt es noch ganz andere Motive für Wohlfahrtsverbände, solche Zentren selbst zu gründen, u.a. das präventive Aufsaugen von Konkurrenz, neue Fördermöglichkeiten für Stellen, neue Chancen für die Öffentlichkeitsarbeit und das Fundraising u.v.a.m.

änderte Motivlagen und Interessen zuschneiden könnten. Das bedeutet für die deutsche Tradition des freiwilligen Engagements einen klaren Schnitt: weg von der verbandsorientierten Organisation, hin zur themenorientierten Organisation. Dadurch bietet sich auch die Chance, mittelfristig ein verbandspolitisch unabhängiges und damit offeneres »System« der Freiwilligen-Arbeit zu entwickeln. Auch die institutionelle Verengung auf den Sozialsektor – ein ebenfalls deutsches Phänomen – wird produktiv gesprengt.

Die Niederlande sind hierfür als Kontrastfläche wiederum sehr aufschlußreich: Experten führen den relativ großen Mobilisierungs-Erfolg der niederländischen Freiwilligen-Zentren und traditionellen Organisationen unter anderem darauf zurück, daß die **Themen und nicht der Verband im Vordergrund stehen**, und daß die Verbände ihre latente Neigung unterdrücken, die freiwillig Aktiven zu sehr organisatorisch zu vereinnahmen (Interviews). Das bedeutet aber auch, daß sich freiwilliges Engagement konkret vor Ort entscheidet; die Kooperation und Einbindung der regionalen Freiwilligen-Zentren in einen Dachverband ist politisch sinnvoll, gegenüber der Förderung lokal und regional verankerter Organisationen jedoch sekundär.

Wichtig für weiterführende Untersuchungen ist die jeweilige Organisations-Form der Freiwilligen-Zentren: Wer ist der eigentliche Träger, sind die Zentren offen für breite Kooperation oder eher eine verbandliche Vorfeld-Organisation, wie werden Interessenten angesprochen u.a. Insbesondere die Freiwilligen-Zentren der Caritas scheinen vor allem zu verbandspolitischen Zwecken eingesetzt zu werden und können somit das tatsächlich vorhandene Potential an neuem freiwilligen sozialen Engagement kaum mobilisieren (Interviews). Ein Blick auf andere Länder zeigt ohnedies, daß verbandsunabhängige Agenturen und Zentren eine der »neuen Ehrenamtlichkeit« eher angemessene institutionelle Form sind als verbandliche Träger.

1.2.3 Seniorengenossenschaften

Ein spezifischer Sektor des Sozialwesens – die Altenhilfe und Seniorenarbeit – ist eine starke Domäne freiwilliger Helfer, in der in Deutschland – noch stärker jedoch in anderen Ländern – neue Organisationsformen ausprobiert werden. In Österreich versuchen die professionellen Helfer in örtlichen Pflegezentren, die Verwandten als co-carer stärker einzubinden sowie freiwillige Hilfe und professionellen medizinischen Beistand besser miteinander zu verzahnen.⁵⁶ In den Niederlanden ist die Substitution und bewußte Förderung von informeller Pflege sowie die De-Institutionalisierung großer Altenhilfeträger eine längerfristige Strategie, die auch dort zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen professionellem Sektor und freiwilligem sozialem Engagement führen soll.⁵⁷

Die Aktivierung der eigenen Potentiale für eine größere Gemeinschaft, und auch auch für koordinierende und planende Tätigkeiten, bildet den programmatischen Kern der »Seniorengenossenschaften«. Am umfassendsten politisch begleitet wurden solche Modelle in einem Pilotversuch in Baden-Württemberg.⁵⁸ Dort sollten

⁵⁶ Vgl. Badelt, C./Holzmann, A. (1993)

⁵⁷ Vgl. Kraan, R. J. u.a. (1991)

⁵⁸ Vgl. MAGS (1993)

– bis hin zur Ausgabe von Zeitgutscheinen – Senioren die Möglichkeit bekommen, individuell zu leben, aber gemeinschaftlich professionelle, aber auch ehrenamtliche Dienste zu organisieren und auch aus ihrer Mitte sowie über Dritte Beratungsleistungen anzubieten. Sie funktionieren ähnlich wie Tauschringe (siehe Kap. 5.1.3.), in denen nicht-monetär bestimmte Dienstleistungen eines Mitgliederkreises gegen Verrechnung einer fiktiven Währung getauscht werden.

Auch wenn Dienste und Hilfen von Dritten eingeworben werden, soll dies nach den Ausschreibungsprinzipien in gemeinschaftlicher Beratung der Genossenschaftsmitglieder und mit ihrer Mithilfe geschehen. Das heißt, daß auch die finanzielle Absprache über die Verwendung von Rückstellungen und Eigenkapital in den Verantwortungsbereich der Genossenschaft fällt und somit eigene Prioritäten gesetzt werden können. In Baden-Württemberg haben sich unterschiedliche Genossenschaftsformen gegründet, bis hin zu Ausgründungen aus einem Handwerksdienst, in dessen Terrain natürlich auch handwerkliche Dienste offeriert werden.⁵⁹ Selbstverständlich gibt es Überschneidungen und Verdrängungskonkurrenzen zwischen solchen Genossenschaftsmodellen und gewerblichem Handwerk. Allerdings wäre es kaum möglich, »wasserdichte« Genossenschaften zu gründen, weil sie auch entwicklungsfähig sein müssen. Innovative Potentiale lassen sich auch dort ablesen, wo soziale Defizite bekannter Dienste in Eigenregie ausgeglichen werden, zum Beispiel durch die Etablierung von eigenen Mittagstischen statt Essen auf Rädern.⁶⁰

1.2.4 Tausch- und Kooperationsringe: Netzwerke zwischen Markt, Selbsthilfe und Staat

Ende der 80er Jahre galten sie noch als exotische Spielzeuge der Alternativ-Szene, doch mittlerweile beginnen sie sich zwischen Selbsthilfeszene und Ehrenamtlichkeit zu etablieren: die Tauschringe. In Tauschringen werden persönliche Dienstleistungen auf einer niedrigen Stufe (häufig auf der Basis von »Jedermanns-Qualifikationen«) nicht-monetär getauscht: Instandhaltung, Reinigung, Pflege, Entrümpelung, kleinere Reparaturen. Die ausgegebenen Gutscheine oder Ersatzwährungen (Taler, Talente oder auch DöMak genannt) können für andere Leistungen eingesetzt werden.⁶¹ Auf diese Weise können auch wenig qualifizierte und erwerbslose Teilnehmer eigene Leistungen anbieten, aber auch zusätzliche Dienste einkaufen und somit gleichzeitig in neue Netzwerke eingewoben werden. Inzwischen soll es in der Bundesrepublik rund 150 Tauschringe geben, eine Reihe davon auch in den Neuen Bundesländern.⁶² Tauschringe verkörpern ein plastisches Beispiel für Projekte zwischen Markt, Selbsthilfe und Staat, zu denen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung einen 'produktiven' Anstoß geben.

In den USA, Kanada, England und den Niederlanden existieren solche Tauschringe schon seit längerem. Im Zentrum steht dabei die Abschwächung und zugleich die bewußte Inkaufnahme des Marktprinzips: Für Angebote, die Menschen zwar unterstüt-

⁵⁹ Vgl. Otto, U. (1995)

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 143

⁶¹ Vgl. Offe, C./Heinze, R. G. (1990); Heinze, R. G./Offe, C. (1990)

⁶² Vgl. Blaffert, S./Claussen, W./Schulte, M. (1996); Neue Westfälische vom 09.07.1997

zen können, aber weder in unmittelbaren sozialen Netzwerken erbracht noch vom Markt zur Verfügung gestellt werden, soll ein Markt in Selbsthilfe 'inszeniert' werden. Tauschringe basieren von daher auf marktrationalen Motiven ihrer Teilnehmer. Und sie arbeiten anders als das Ehrenamt oder die Selbsthilfe mit materiellen Gegenwerten. Andererseits ist aus der Forschung bekannt, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Motivation zur Teilnahme darin liegt, Sozialkontakte zu knüpfen und sich an produktiven Gemeinschaftsformen zu beteiligen.⁶³ Die Befürchtung, diese Basis höhle solidarische und altruistische Wertorientierungen aus, geht daher in die Irre. Solche Thesen werden bemerkenswerterweise meist von Wohlfahrtsverbänden vertreten, die an der Organisation von Tauschringen normalerweise nicht beteiligt sind.⁶⁴

Die Analysen der Motive, Einstellungen und Interesseorientierungen, die Menschen in Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit führen, sind zwar mit bestimmten, traditionellen Vorstellungen eines pflichtgeleiteten Engagements nicht immer kompatibel, aber sie eröffnen dafür Chancen für neue Formen des Engagements. Und hier klinken sich auch die Tauschringe ein. Sie ermöglichen sogar in Stadtteilen mit erodierenden Nachbarschafts- und Freundesnetzwerken – wo klassische Selbsthilfe durch Ehrenamt kein Fundament mehr hat – den Aufbau alternativer Netzwerke, in denen es nicht nur um den Tausch von Dienstleistungen, sondern auch um Kommunikation und neue Sozialbeziehungen geht.⁶⁵

Bislang allerdings lassen Tauschringe ebenso wie viele Selbsthilfe-Projekte eine starke Konzentration auf Mittelschichten erkennen. Hinzu kommt, daß Erwerbslose häufig noch sehr stark von den Normen der Berufs- und Arbeitswelt geprägt sind, und Tauschringe kaum als 'Brücke' ansehen. Diese Haltung beginnt sich jedoch durch die größere Verbreitung der Tauschringe und die entsprechende Berichterstattung aufzulockern.

1.2.5 Arbeitslosenprojekte

Seit Mitte der 70er Jahre sind in der Bundesrepublik eine Vielzahl von neuen Arbeitsloseninitiativen entstanden, die unterschiedliche Organisationsformen angenommen haben. 1992 konnte man schon von etwa 1500 solcher Initiativen ausgehen.⁶⁶ Während die Initiativen häufig typische Selbsthilfe-Organisationen sind, werden die meisten Arbeitslosentreffs von Trägern wie Kirchen, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbänden organisiert. Arbeitslosenzentren sind noch stärker formalisiert und stützen sich auf die gleichen Träger.

Für die Frage nach Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit sind in erster Linie Beschäftigungsprojekte, Arbeitsloseninitiativen und Teilangebote der Arbeitslosenzentren (Werkangebote, Arbeitsgruppen) relevant, weil bei ihnen neben der Beratung der Aspekt der Aktivierung entscheidend ist. Unabhängige Projekte, wie etwa die Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger in Bremen, tragen ihre Selbsthilfeange-

⁶³ Vgl. Schulte, M. (1996)

⁶⁴ Vgl. Offe, C./Heinze, R.G. (1990), S. 335

⁶⁵ Vgl. Keupp, H./Röhrle, B. (1987)

⁶⁶ Vgl. Wolski-Prenger, F./Rothardt, D. (1996), S. 155

bote auch nach außen an die Öffentlichkeit, wenn sie etwa Zeitungen gemeinsam herausgeben.⁶⁷ Gerade an solchen Projekten wird deutlich, daß nicht alle Selbsthilfe-Formen rein innenorientiert sind.

In unserem Zusammenhang stellen Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaften einen außerhalb liegenden Fall dar, da sie meist als Auffang-Gesellschaften gegründet werden und über die Mittel des Arbeitsförderungsgesetzes spezifische Tätigkeiten übernehmen. Dieser eher klassische Bereich der Arbeitsmarktpolitik liegt quer zu den stärker selbsthilfebezogenen Initiativen, die Freiräume, Mündigkeit und Autonomie fördern wollen, um die Ressourcen der Betroffenen zu mobilisieren.⁶⁸

In den neuen Bundesländern hat sich 1991 ein von Beginn an formalisierter Verband gegründet, der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV). Der ALV hat sich schnell vergrößert und verfügt als Gesamtverband über 200 Beratungsstellen in Ostdeutschland. Für eher selbsthilfebezogene Initiativen und andere Projekte ergaben sich durch die starke Konkurrenz des ALV Engpässe bei den erforderlichen ABM-Stellen.⁶⁹

Arbeitsloseninitiativen haben von Beginn an besondere Probleme gehabt, ihre Mitglieder zu motivieren, weil diese häufig – anders als aktive, hilfeschuchende Mitglieder von Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitssektor – stark demotiviert und häufig lethargisch sind und zudem meist nicht über die mittelschichttypischen Kommunikations- und Kooperationsfähigkeiten verfügen, um sich mit eigener Motivation in der Selbsthilfe zu engagieren. An Arbeitslosenprojekten lassen sich nicht unbedingt »neue« Optionen und Motivationsstrukturen freiwilligen sozialen Engagements ablesen wie bei anderen Organisationsformen aus der Selbsthilfe-Szene. Dennoch liegt auch hier »soziales Kapital« brach. Um es zu nutzen, müssen nicht nur neue Organisationsformen – auch jenseits »reiner« Arbeitsloseninitiativen – erprobt, sondern auch andere individuelle Anreize gegeben werden (vgl. Kap. 5.1).

1.2.6 Organisationsmix

Angesichts der Heterogenität neuer Projekte nimmt es kaum Wunder, daß sich gekaufte und in Selbsthilfe erstellte Leistungen in sehr unterschiedlichem Maß und in unterschiedlicher Qualität mischen. Dennoch treffen sich in neueren Organisationsstypen Formen des selbst- und des fremdorganisierten freiwilligen sozialen Engagements, was sie unter dem Blickwinkel eines neuen Wohlfahrtsmixes bzw. Wohlfahrtspluralismus interessant macht.⁷⁰

Die wachsende Unübersichtlichkeit neuer Organisationsformen macht deutlich, daß sich nicht nur Motivation und Tätigkeitsfelder, sondern auch der formale Rahmen dafür weiter auffächert: Auch kritische Beobachter des sozialen Wandels erkennen neue Mixturen von Organisation und Engagement, deren Ressource auch individualistische Handlungsorientierungen sind. Solche neuen Aktivitäten

⁶⁷ Vgl. Krafel, F.-J. (1989)

⁶⁸ Vgl. Zoll, R. (1989)

⁶⁹ Vgl. Wolski-Prenger, F./Rothardt, D. (1996), S. 166

⁷⁰ Vgl. EversA./Olk, T. (1996)

»verbinden Eigennutz und Altruismus, Bezahlung und Ehrenamt, sie mischen informelle private Netzwerke, halb organisierte Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen sowie formell organisierte freie Trägerschaften und staatliche bzw. kommunale Einrichtungen; sie verzahnen professionelle Ganztagstätigkeit, Teilzeitarbeit und fallweise Laientätigkeit, sie kombinieren Initiativen staatlich-öffentlicher Stellen, privat-wirtschaftlicher Unternehmen, gesellschaftlicher Gruppierungen und Einzelpersonen. Hier öffnet sich ein weites Feld für organisatorische Phantasie.«⁷¹

Viele Organisationsformen, wie neue Elterninitiativen an Schulen oder Obdachlosen-Projekte, fallen bislang meist durch die Maschen empirischer Sozialforschung. Eklatant sind die Lücken in internationalen Großprojekten wie dem Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project.⁷² Die engen, an stark formalisierten Organisationen orientierten Definitionen und Kriterien erfassen die vielen kleinen Träger, die von freiwilligem sozialem Engagement getragen werden, so gut wie überhaupt nicht.⁷³ Daher kommt auch der Politik in Zukunft die wichtige Aufgabe zu, interessante Organisationsformen zu »kommunizieren« und publik zu machen, um Innovationen anzuerkennen und Imitationen zu fördern.

⁷¹ Hradil, S. (1996), S. 295

⁷² Vgl. Salamon, L. M./Anheier, H. K./Sokolowski, S. W. u.a. (1995)

⁷³ Vgl. kritisch Boris, E. T. (1997)

2. Quantitative und qualitative Ausprägungen von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

2.1 Quantitativer Überblick

2.1.1 Aufgaben und Zielsetzung

Im folgenden wird eine empirische Bestandsaufnahme von Umfang und Struktur ehrenamtlicher Tätigkeiten in Deutschland und deren Entwicklung von 1985 bis 1994 vorgelegt. Im Vordergrund stehen dabei die quantitative Bedeutung dieser Tätigkeiten in der Gesellschaft sowie die Aufdeckung wichtiger sozio-demographischer Strukturen. Dabei interessiert insbesondere, wie ehrenamtliche Tätigkeiten in den Bereich der gesamten Zeitverwendung einzuordnen sind und ob sie sich zu anderen Formen der Zeitverwendung, insbesondere der Erwerbstätigkeit, eher komplementär oder substitutiv verhalten. Den Ergebnissen dürfte vor dem Hintergrund von Überlegungen, inwieweit sich ehrenamtliches Engagement als sinnvoller Ersatz für die in Zukunft knapper werdende Erwerbsarbeit eignet, große Bedeutung zukommen.

Zunächst wird der methodische Analyserahmen vorgestellt und insbesondere der begriffliche Rahmen von ehrenamtlicher Tätigkeit im Hinblick auf eine empirische Operationalisierung diskutiert. Basis der Untersuchung sind die Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), die Angaben zum Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten enthalten und auch ein großes Spektrum sozio-demographischer Analysen erlauben. Darüber hinaus bietet das SOEP – aufgrund identischer Fragestellungen in mehreren Jahren – die Möglichkeit, ein verlässliches Bild der Entwicklung ehrenamtlicher Tätigkeiten über einen Zeitraum von zehn Jahren aufzuzeigen. Die grundlegende Konzeption des SOEP wird kurz dargestellt.

2.2.2 Methodische Vorbemerkungen und Datenbasis

Von den in Kap. 1.1 skizzierten Typen von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit bilden zwei die Grundlage für die folgenden Auswertungen des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP):

- das ehrenamtliche Engagement/Projektorganisation für Dritte und die
- Selbstorganisation in Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Diese Tätigkeitstypen sollen im Hinblick auf ihre Verbreitung und sozio-demographische Struktur untersucht werden. Beide Formen werden im folgenden unter dem Begriff *ehrenamtliche Tätigkeiten* zusammengefaßt. Im Hinblick auf die Abgrenzung zur Erwerbsarbeit handelt es sich hier um eine eher pragmatische Definition, deren Angemessenheit im Hinblick auf die sich weiter flexibilisierende Lebens- und Arbeitswelt erst in Zukunft zu beurteilen sein dürfte.

Für die durchzuführende Analyse ist das wesentliche Kriterium für beide Formen der Tätigkeit ihr *ehrenamtlicher Charakter*. Konkret bedeutet dies, daß alle Tä-

tigkeiten untersucht werden, die – bis auf eventuell anfallende Aufwandsentschädigungen – *unentgeltlich für Dritte* ausgeübt werden. Dieses Kriterium trifft konkret auch für die Selbstorganisation in Vereinen zu, was bedeutet, daß z.B. eine Tätigkeit im Tennisverein, die überwiegend auf den Zweck ausgerichtet ist, selbst dort spielen zu können, prinzipiell ausgeschlossen ist.

Das Spektrum der so abgegrenzten Tätigkeiten reicht dann von beispielsweise Hausbesuchen bei alten und kranken Menschen, um diese physisch oder psychisch zu unterstützen bis hin zur aktiven Betätigung in einem Sportverein mit dem Zweck der Jugendausbildung. Ehrenamtliche Tätigkeit ist dabei immer an eine Institution (z.B. Caritas oder Sportverein e.V.) geknüpft. Entscheidend ist darüber hinaus, daß es sich um einen Dienst an Dritten handelt, zu dem keinerlei verwandtschaftliche Beziehungen bestehen. Damit sind z.B. pflegerische oder betreuende Dienste innerhalb familialer Netzwerke aus der Analyse ausgeschlossen.

Die Operationalisierung des Begriffs der ehrenamtlichen Tätigkeit muß sich zwangsläufig an der zur Verfügung stehenden Datenbasis, also dem SOEP orientieren. Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich wiederholte Befragung bei Haushalten und Personen, durch die repräsentative Quer- und Längsschnittdaten für die deutsche Wohnbevölkerung bereit gestellt werden. Damit sind auch die in Deutschland lebenden Ausländer erfaßt. Das SOEP wurde im Jahr 1990 auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. In jedem Haushalt werden alle Personen befragt, die 16 Jahre und älter sind. Ausfälle aus der Befragung werden durch Gewichtungsfaktoren korrigiert⁷⁴. Zentral für die Analyse ehrenamtlicher Tätigkeiten für dieses Gutachten ist folgende im SOEP gestellte Frage:

»Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen:«

»Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten«
»Mithelfen, wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist«
»Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik«

mit den Antwortmöglichkeiten:

»Jede Woche«
»Jeden Monat«
»Seltener«
»Nie«

Die mittlere Kategorie »Mithelfen, wenn bei Freunden, Verwandten oder Nachbarn etwas zu tun ist« bezieht sich auf die gegenseitige Hilfe im Rahmen familialer oder bekanntschaftlicher Netzwerke. Obwohl nicht ausgeschlossen werden kann, daß auch mit den hier angegebenen Tätigkeiten ehrenamtliches Engagement im oben definierten Sinn erfaßt wird, dürfte es sich jedoch bei dem Großteil der Angaben um

⁷⁴ Vgl. zum SOEP Projektgruppe Panel 1995

»gegenseitige Hilfe« im engeren Sinn handeln, die explizit nicht Gegenstand dieser Untersuchung ist. Gleichwohl wird zu Beginn der empirischen Analyse kurz auf den Umfang dieser Tätigkeiten hingewiesen.

Für die Analyse verbleiben damit die Kategorie »Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten« und »Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik«, die zusammengefaßt als ehrenamtliche Tätigkeiten bezeichnet werden. Mit der oben wiedergegebenen Frage sind zugleich auch die Möglichkeiten der Erfassung des zeitlichen Umfangs ehrenamtlicher Tätigkeiten mit dem SOEP aufgezeigt. Dieser kann entsprechend der vier Kategorien:

- Jede Woche
- Jeden Monat
- Seltener
- Nie

ermittelt werden. Der Fragenblock zur ehrenamtlichen Tätigkeit wird seit der zweiten Erhebungswelle des SOEP 1985 in jedem zweiten Jahr wiederholt. Aktuelle Auswertungen sind derzeit für das Jahr 1994 möglich. Die zeitliche Entwicklung der Tätigkeitsbereiche wird anhand einer Analyse für 1985 nachgezeichnet. Alle Auswertungen beziehen sich auf drei Untersuchungsgruppen: Westdeutschland (einschließlich dort lebender Ausländer) 1985 und 1994 sowie Ostdeutschland 1994. Der gewichtete Stichprobenumfang betrug 10.930 für 1985 und 12.861 für 1994.

2.1.3 Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeiten: Ein Vergleich zwischen dem SOEP und der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes

Das SOEP zählt inzwischen zu den anerkannten Instrumenten der empirischen Sozialforschung, wobei sich gezeigt hat, daß viele gesellschaftlich relevante Fragestellungen auf repräsentativer Basis analysierbar sind.⁷⁵ Der Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit wurde bislang mit dem SOEP noch nicht systematisch untersucht. Deshalb dürfte es zunächst von Interesse sein, inwieweit das Datenmaterial, welches das SOEP bietet, mit dem anderer einschlägiger Untersuchungen zu diesem Thema übereinstimmt. Eine solche Untersuchung ist die Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes.⁷⁶

Die Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes wurde 1991/1992 durchgeführt und umfaßt rund 7200 Haushalte mit deutscher Bezugsperson. Anders als im SOEP werden Personen bereits ab 12 Jahre befragt. Zwei unterschiedliche Methoden werden verwendet. Zum einen die Tagebuchmethode, bei der die Befragungspersonen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen alle Aktivitäten aufschreiben. Hierdurch läßt sich der zeitliche Umfang ehrenamtlicher Tätigkeit ermitteln. Zusätzlich werden von allen Haushaltsmitgliedern Grunddaten (Alter, Geschlecht, Erwerbs-

⁷⁵ Vgl. z.B. für Fragen der Erwerbstätigkeit Schwarze, J. (1992)

⁷⁶ Vgl. Schwarz,N. (1996)

beteiligung, Bildung, Informationen zum Haushalt, u.a. auch ehrenamtliche Tätigkeit) in zwei begleitenden Interviews erhoben. Die Abgrenzung von ehrenamtlichen Aktivitäten erfolgt nach folgenden Kriterien:

- unbezahlte Aktivitäten (Kosten- oder Aufwandsentschädigung gilt nicht als Bezahlung)
- zugunsten von Dritten oder der Gesellschaft
- im institutionellen Rahmen einer Organisation außerhalb des Haushalts.

Ausgeschlossen wird explizit die nicht private Netzwerkhilfe, d.h. der Austausch von Hilfeleistungen zwischen Haushalten außerhalb eines institutionellen Rahmens. Dies entspricht damit der oben vorgenommen Abgrenzung im SOEP, insbesondere dem Ausschluß der zweiten Frage nach Mithilfe bei Freunden, Verwandten und Nachbarn.

In Tabelle 1 (*sämtliche Tabellen siehe Anhang nach der Literatur*) sind die Anteile ehrenamtlich Tätiger im SOEP 1992 – die Frage ist identisch mit der oben für 1994 diskutierten – mit den Anteilen der Personen (Beteiligungsgrad) aus den Schlußinterviews der Zeitbudgeterhebung gegenübergestellt. Aufgeführt sind die Anteile derer, die sich überhaupt ehrenamtlich engagieren und die Anteile der regelmäßig Aktiven. Unterschieden wird nach den Kriterien Geschlecht und Alter. Zu beachten ist bei dem Vergleich, daß die Zeitbudgeterhebung eine größere Population umfaßt, nämlich alle Personen ab 12 Jahren.

Die Anteile in der Zeitbudgeterhebung (ZBE) liegen zwischen denen der überhaupt ehrenamtlich Tätigen und der regelmäßig Tätigen im SOEP. Dies weist daraufhin, daß in der Tat »weniger institutionell geprägte Tätigkeiten oder sporadisch geleistete weniger gut« in der ZBE erfaßt sind.⁷⁷

Bei den Männern ist diese Differenz zwischen regelmäßig Aktiven 1992 im SOEP und den Anteilen in der ZBE besonders groß. Eine mögliche Ursache könnte in der gesonderten Fragestellung im SOEP nach der Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik liegen, wo traditionell mehr Männer aktiv sind. Außerdem wird im SOEP nur Vereins- und Verbandstätigkeit zusammen mit der Tätigkeit in sozialen Diensten erfragt. Die Beispiele bei Schwarz (1996) weisen für die Zeitbudgeterhebung ein größeres Spektrum im Bereich der sozialen Diensten auf, z.B. auch Tätigkeiten im Bildungsbereich (Elternbeirat), die möglicherweise im SOEP untererfaßt sind.

Die Untergliederung nach Altersgruppen zeigt eine relativ gute Übereinstimmung bei den mittleren Jahrgängen. Die Abweichung bei der untersten Altersgruppe dürfte darauf zurückzuführen sein, daß 12-16 jährige im SOEP nicht als Befragungspersonen erfaßt sind. Hier wird für die ZBE eine signifikante Untererfassung vermutet.⁷⁸

Die Untererfassung bei den 70jährigen und älteren im SOEP könnte daran liegen, daß es sich im SOEP um eigene Angaben der jeweiligen Befragungsperson han-

⁷⁷ Schwarz, N. (1996), S. 261

⁷⁸ Ebd., S. 261

delt, bei der ZBE um die Angaben eines Haushaltsmitglieds für alle anderen. Hierdurch könnten die für die ZBE vermuteten Verzerrungen »aufgrund von Effekten »sozialer Erwünschtheit« (positives Image)«⁷⁹ bei dieser Altersgruppe eine besonders große Rolle spielen.

2.1.4 Übersicht über Umfang und Struktur ehrenamtlicher Tätigkeiten

In Tabelle 2 sind die Häufigkeiten ehrenamtlicher Tätigkeiten und deren Entwicklung für den Zeitraum 1985 bis 1994 dargestellt. Zusätzlich sind in dieser Übersichtstabelle auch die Häufigkeiten gegenseitiger Hilfe wiedergegeben, die dann aber im Rahmen der weiteren Untersuchung ausgeschlossen werden. Die Antwortmöglichkeiten »jede Woche« und »jeden Monat« sind sowohl einzeln aufgeführt als auch zusammengefaßt zur Kategorie »regelmäßig«. Nur diese zusammengefaßte Häufigkeit wird in den nachfolgenden Tabellen verwendet, da wöchentliche oder monatliche Tätigkeit auch durch die Art der Institution bestimmt wird.

Im Jahr 1994 war fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung – das entspricht rund 16 Millionen Personen – in einer ehrenamtlichen Tätigkeit engagiert. Der Anteil ehrenamtlich Aktiver war damit im Vergleich zu 1985 um 5 Prozentpunkte höher. In Ostdeutschland spielt ehrenamtliches Engagement eine nicht so große Rolle, wenngleich auch hier 1994 fast ein Fünftel der Bevölkerung – knapp 2,5 Millionen Personen – eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübte.

Zum Vergleich: In den 80er Jahren wurden mehrere Erhebungen zu ehrenamtlicher Tätigkeit durchgeführt, deren Werte den Ergebnissen des SOEP für die regelmäßig tätigen Ehrenamtlichen (mindestens einmal im Monat) entsprechen. So ermittelte der »Wohlfahrts-Survey 1980« einen Wert von 13, 1 Prozent,⁸⁰ während INFAS für 1984 eine Zahl von 16 Prozent angab, die ehrenamtlich aktiv seien.⁸¹ Im Unterschied zu früheren Befragungen⁸² umfassen die Daten des SOEP auch den Bereich politischen Ehrenamtes in Initiativen und Parteien sowie die Vereinstätigkeit außerhalb des Sozial- und Gesundheitswesens.

Die hier vorgelegten Ergebnisse weichen von der neuesten, international vergleichenden Untersuchung zum freiwilligen Engagement deutlich ab. In der Eurovol-Studie⁸³ lautete das Kernergebnis in bezug auf Deutschland, daß der prozentuale Anteil an Freiwilligen mit 18 Prozent an zweitletzter Stelle vor der Slowakei rangiere, dafür aber die Intensität deutlich höher sei: 85 Prozent der Befragten engagierten sich danach mindestens einmal im Monat, während die SOEP-Daten eher auf ein Verhältnis von 1 zu 1 sowohl in Ost wie in West verweisen (siehe unten).

Die Werte der Eurovol-Studie kamen auf der Basis eines Fragebogens zustande, der bei vielen Einzelfragen eine suggestive Verbindung von regelmäßiger Tätigkeit und ihrer Bewertung als freiwilligem Engagement herstellte. Daher ist es mög-

⁷⁹ Ebd., S. 260

⁸⁰ Vgl. Glatzer, W. (1984)

⁸¹ Vgl. INFAS (1984)

⁸² Vgl. auch Engels, D. (1991)

⁸³ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996)

lich, daß viele unregelmäßig Tätige sich als überhaupt nicht freiwillig engagiert eingestuft haben. Aufgrund einiger methodischer Schwächen und Engführungen der Studie (der Organisations-Fragebogen wurde beispielsweise ausschließlich über Verteiler der Wohlfahrtsverbände verschickt) müssen die Ergebnisse daher trotz unbestreitbarer Verdienste an manchen Stellen kritisch betrachtet werden.

Auch die Bundesregierung orientiert sich in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU- und FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag an einem Richtwert von 17 Prozent, was ca. 12 Mio. Menschen entspricht,⁸⁴ Die Daten des SOEP zu diesem Bereich, die hier erstmals differenziert aufgearbeitet werden, kommen zu höheren Werten, weisen aber auch klar auf das Wachstum unregelmäßigen Engagements hin (siehe unten).

Für Ost- und Westdeutschland gilt, daß die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten deutlich ausgeprägter ist als die Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen oder in der Kommunalpolitik.⁸⁵ In Westdeutschland betrug der Anteil der Bevölkerung, die in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten ehrenamtlich tätig war 1994 rund 28%; verglichen mit 1985 entspricht dies einer Zunahme von 5 Prozentpunkten. In Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik waren dagegen nur rund 10% der Bevölkerung aktiv, wobei auch die Zunahme im betrachteten Zeitraum mit 1,2 Prozentpunkten deutlich geringer ausfällt.

Als interessanter Befund ergibt sich, daß die Zunahme der Aktivitätsraten ehrenamtlicher Tätigkeiten mit einer Abnahme des zeitlichen Umfang einhergeht.⁸⁶ Diese Entwicklung spiegelt nicht nur ökonomische und zeitliche Restriktionen der Haushalte wieder, sondern deutet auch auf die Motive einer »neuen Ehrenamtlichkeit« hin, bei der punktuelles und thematisches Engagement im Mittelpunkt stehen, weniger das dauerhafte, häufig auf Mitgliedschaft beruhende Verhältnis zu einer Organisation.

Im Jahr 1985 gaben 15,4% der Befragten an, regelmäßig ehrenamtlich tätig zu sein; 8,5% waren sogar jede Woche aktiv. 1994 betrug der Anteil der regelmäßig Aktiven dagegen nur 14,9% und der Anteil der wöchentlich Aktiven noch 7,6%. Deutlich zugenommen hat dagegen die seltener ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit, nämlich von 1985 rund 10% auf fast 15% im Jahre 1994. Dieses Muster der veränderten zeitlichen Strukturen gilt im übrigen auch für die differenziert betrachteten Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf einen Strukturwandel ehrenamtlichen Engagements hin.

Tabelle 2 gibt auch Auskunft über den Anteil mithelfender Personen in familialen und bekanntschaftlichen Netzwerken. In diesem Bereich waren in Ost- und Westdeutschland etwa 85% der Bevölkerung aktiv, wobei sich für Westdeutschland

⁸⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1996a)

⁸⁵ Die Spalte »ehrenamtlich Tätige« gesamt enthält alle Personen, die in Vereinen, Verbänden, sozialen Diensten oder in Bürgerinitiativen, Parteien, der Kommunalpolitik engagiert sind. Da eine Aktivität auch in beiden Bereichen möglich ist, sind die addierten Anteile der Einzelbereiche im allgemeinen größer als der Anteil der ehrenamtlich Tätigen insgesamt.

⁸⁶ Ein analoges Phänomen zeigt sich bei der Entwicklung der Nebenerwerbstätigkeit (vgl. Schwarze 1997).

eine deutliche Zunahme um etwa 17 Prozentpunkte zeigt. In den folgenden Analysen wird der Bereich der gegenseitigen Hilfe nicht weiter betrachtet. Eine eigene Analyse wert wäre jedoch die Frage, inwieweit zwischen institutionell gebundenem, formellem Ehrenamt und informellem Engagement in einem kleineren, überschaubaren Umfeld Verschiebungen stattgefunden haben.

2.1.5 Wer ist ehrenamtlich tätig? Eine Analyse der sozio-demographischen Struktur

Im folgenden wird das Engagement in ehrenamtlicher Tätigkeit im Hinblick auf einige als relevant erscheinende sozio-strukturelle Merkmale analysiert. Der Charakter dieser Analyse ist eher explorativ und soll als Basis späterer hypothesengeleiteter Untersuchungen dienen. Im Text werden deshalb die wichtigsten Befunde nur beschreibend dargestellt und auf eine inhaltliche Interpretation der Ergebnisse weitgehend verzichtet. Die Struktur der ehrenamtlichen Tätigkeit wird immer nur eindimensional – d.h. bezogen auf ein Merkmal – ausgewertet, jedoch werden auch Hinweise gegeben, wo eine multivariate Analyse sinnvoll wäre. Die Zunahme der ehrenamtlichen Tätigkeit einerseits und die Abnahme des zeitlichen Umfangs andererseits gilt für nahezu alle betrachteten sozio-demographischen Gruppen. Auf dieses Phänomen wird deshalb im folgenden nur in Ausnahmefällen noch einmal hingewiesen.

2.1.5.1 Geschlechts- und Altersstruktur der ehrenamtlich Tätigen

Männer waren zu beiden Zeitpunkten im Westen und auch im Osten zu einem deutlich höheren Anteil ehrenamtlich tätig als Frauen (vgl. Tabelle 3). Bei Frauen überwiegt zudem in 1994 das unregelmäßige Engagement, im Gegensatz zu Männern, die zu einem höheren Anteil regelmäßig aktiv sind. Dies hängt in erster Linie wohl damit zusammen, daß die Domäne der Männer eindeutig im leitenden, weniger im sozialen Ehrenamt liegt. Das leitende Ehrenamt ist meist regelmäßiger strukturiert und vermittelt einen höheren sozialen Status; die Einbindung in weitere soziale Netzwerke ist damit ebenfalls verbunden. Als weiterer Grund kommen vermutlich die weitaus stärkeren familiären Verpflichtungen und die gewachsene Erwerbsneigung von Frauen hinzu, die ein regelmäßiges Engagement erschweren.

Tabelle 3 zeigt aber auch, daß sich die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im betrachteten Zeitraum verringert haben. In Westdeutschland hat der Anteil aktiver Frauen zwischen 1985 und 1994 überproportional zugenommen. So ist der Anstieg bei den Frauen mit 5,2 Prozentpunkten bei ehrenamtlicher Tätigkeit insgesamt größer als bei den Männern (4 Prozentpunkte). Auch in den beiden Teilbereichen, »Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten« sowie »Beteiligung in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik«, ist die Zunahme der Aktivität bei Frauen größer als bei Männern. Zudem zeigt sich bei den Frauen im Westen entgegen dem allgemeinen Trend eine leichte Zunahme regelmäßigen Engagements.

Im Ost-West-Vergleich ist zu beobachten, daß die Differenz zwischen männlichem und weiblichem Engagement im Osten noch etwas größer ist als im Westen zum gleichen Zeitpunkt. Der Anteil regelmäßig aktiver Männer ist in den neuen Bundesländern mehr als doppelt so hoch wie der Anteil der Frauen. Dieser Befund könnte mit der – im Vergleich zu Westdeutschland – noch immer höheren Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen zusammenhängen. Die Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Haushalt läßt dann oft keine Zeit für breites ehrenamtliches Engagement.

Die Altersstruktur der ehrenamtlich Tätigen weist für Westdeutschland kaum nennenswerte Unterschiede auf (vgl. Tabelle 4). Lediglich die 60 Jahre und älteren sind mit rund 20% weniger aktiv als Personen der anderen Altersklassen, bei denen sich die Anteile zwischen 32% und 34% bewegen. Für alle Altersklassen ist im Vergleich zu 1985 eine Zunahme ehrenamtlicher Tätigkeit zu beobachten. Dies gilt auch für die jüngere Bevölkerung bis 25 Jahre. **Die These von einer zunehmenden »Egozentriertheit« der jüngeren Bevölkerung kann damit nicht gestützt werden.** Bemerkenswert ist jedoch, daß das Engagement der Jungen in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik deutlich von 9,1% im Jahre 1985 auf 6,5% im Jahre 1994 zurückgegangen ist.

Dieser Befund stützt durchaus die These, daß das allgemein- und parteipolitische Engagement bei Jugendlichen abgenommen hat. Es ist jedoch zu vermuten, daß das Engagement der Jugendlichen insgesamt nicht schwindet, sondern sich in andere Bereiche verlagert. Der Zulauf bei Umweltorganisationen, AIDS-Organisationen oder Menschenrechtsgruppen unterstreicht diese These. Daher läßt sich aus den Daten eher eine Organisationskrise traditioneller politischer Institutionen herauslesen als eine generelle De-Politisierung der Jugend.

In abgeschwächter Form gilt der Befund einer Abnahme des Engagements in politischen Organisationen auch für die Altersgruppe der 26-40 jährigen. Dagegen zeichnet sich für die »ältere« Bevölkerung ein entgegengesetzter Trend ab: Von den 41-59 jährigen waren 1994 12,5% »politisch« aktiv, das entspricht einer Zunahme von über 3 Prozentpunkten. Noch deutlicher ist die Zunahme bei den über 60-jährigen, bei denen sich der Anteil von 3,8% auf 7,5% nahezu verdoppelt hat.

Die Alterstruktur der ehrenamtlich Tätigen in Ostdeutschland weicht von der vergleichbaren Struktur für Westdeutschland ab. Besonders fällt das für die Gruppe der bis 25-jährigen auf, die mit einem Anteil von 15,4% ein deutliches unterdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement aufweisen. Die 26-40jährigen sind dagegen im politischen Bereich nahezu ebenso aktiv wie die gleichaltrigen Westdeutschen.

2.1.5.2 Der Zusammenhang zwischen Bildung und ehrenamtlicher Tätigkeit

Mit steigendem Niveau der Schulbildung nimmt der Anteil ehrenamtlich tätiger Personen zu (vgl. Tabelle 5). Dieses gilt sowohl für Personen in West- als auch in Ostdeutschland und spiegelt sich ebenfalls in den drei Kategorien »Ehrenamtlich Tätige insgesamt«, »Ehrenamtlich Tätige in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten« und »Ehrenamtlich Tätige in Parteien, Bürgerinitiativen oder in der Kommunalpolitik« wider. Deutlich überdurchschnittlich aktiv waren 1994 in West- und Ostdeutschland

Personen mit einem Realschulabschluß oder mit Abitur. In Westdeutschland fällt darüber hinaus der mit fast 44% sehr hohe Anteil ehrenamtlich Tätiger unter den Personen mit einer Fachhochschulreife auf.

Die Entwicklung in Westdeutschland von 1985 zu 1994 zeigt einen überdurchschnittlichen Anstieg der ehrenamtlichen Tätigkeit bei Personen ohne Schulabschluß. Eine Besonderheit bilden ebenfalls Personen, die eine Hochschulreife besitzen und politisch tätig sind. Hier nahm der Anteil der Aktiven von 1985 zu 1994 um etwa 30% ab. Allerdings liegt diese Gruppe mit 15,3% noch immer deutlich über der Grundgesamtheit aller ehrenamtlich Tätigen in Parteien oder Bürgerinitiativen, die etwa 9,6% der westdeutschen Bevölkerung im Jahr 1994 umfaßte.

Der Ost-West-Vergleich zeigt eine im allgemeinen identische Bildungsstruktur der ehrenamtlich Tätigen, allerdings auf fast durchgehend geringerem Niveau. Eine Ausnahme bilden lediglich die Personen mit Abitur, bei denen es zwischen West- und Ostdeutschland kaum einen Unterschied gibt.

Auch bei der Analyse der ehrenamtlichen Tätigkeit nach der Berufsausbildung ist bei Personen mit einer höheren Berufsbildung ein deutlich ausgeprägteres ehrenamtliches Engagement erkennbar als bei Personen mit einem niedrigeren beruflichen Bildungsniveau (vgl. Tabelle 6). Dieser Zusammenhang gilt für Ost- und für Westdeutschland. **Deutlich über dem Durchschnitt ehrenamtlich engagiert sind Personen mit einer Beamtenausbildung (44%) oder mit abgeschlossenem Hochschulstudium (42%), während ein deutlich unterdurchschnittliches Engagement bei Personen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung festzustellen ist.** Im Vergleich zu 1985 hat das ehrenamtliche Engagement auch in dieser Gruppe allerdings – wie oben anhand der Schulbildung festgestellt worden war – am deutlichsten zugenommen. Man kann also von einer stärkeren Annäherung zwischen den Aktivitäten von Menschen mit hohen und niedrigen Bildungsabschlüssen sprechen, was auf der Basis allgemeiner Thesen nicht unbedingt zu erwarten war. Ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen mit unterschiedlichem Bildungsstatus bleibt dennoch bestehen.

Noch deutlicher sind die Unterschiede in Ostdeutschland, wo nur knapp 12% der Personen ohne Berufsausbildung eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben, während der Anteil bei den Personen mit Hochschulausbildung 42% beträgt. Ostdeutsche Akademiker sind sogar stärker politisch ehrenamtlich tätig als die vergleichbare Bildungsgruppe im Westen.

2.1.5.3 Der Einfluß regionaler Strukturen

Neben der recht groben regionalen Unterscheidung in Ost- und Westdeutschland bietet das SOEP auch die Möglichkeit, differenziertere regionale Strukturen zu analysieren. Dazu werden hier die Gemeindegrößenklassen nach einer Abgrenzung der *Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR)* betrachtet. Allerdings ist eine Analyse hier nur für das Jahr 1994 möglich.

Tendenziell läßt sich für Westdeutschland feststellen, daß der Anteil ehrenamtlich Tätiger mit steigender Gemeindegröße abnimmt (vgl. Tabelle 7). Während in Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern fast 40% der Bevölkerung eine ehrenamtli-

che Tätigkeit ausübt, sind es in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern nur knapp 24%. Eine Ausnahme bilden mittelgroße Städte und Gemeinden zwischen fünfzig- und hunderttausend Einwohnern, wo ehrenamtliches Engagement am geringsten ausgeprägt ist. Allerdings sind Städte und Gemeinden dieser Größenordnung in bezug auf ihre räumliche Agglomeration recht heterogen: sie können sich sowohl im ländlichen Raum aber auch innerhalb größerer Verdichtungsräume befinden. Eine differenziertere Betrachtung dieser Strukturen sollte bei späteren Analysen beachtet werden.

In Ostdeutschland ist der Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und ehrenamtlicher Tätigkeit nicht so deutlich ausgeprägt. Auch hier ist die Aktivitätsrate in den kleinen Gemeinden am größten; allerdings gefolgt von den Großstädten mit mehr als 500000 Einwohnern. Dort ist die Aktivitätsrate in »Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik« ebenso hoch wie in westdeutschen Großstädten.

2.1.5.4 Die Bedeutung der Religionszugehörigkeit für das ehrenamtliche Engagement

Im allgemeinen wird davon ausgegangen, daß ehrenamtliches Engagement eng mit der Religionszugehörigkeit verknüpft ist, da derartige Tätigkeiten in vielen Religionsgemeinschaften als Basis eines eigenständigen sozialpolitischen Engagements gelten. Darüber hinaus unterhalten beispielsweise die beiden großen Konfessionen in Deutschland – die katholische und die evangelische Kirche – Institutionen, die insbesondere dem Laien Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements bieten (etwa die Caritas der katholischen Kirche).

Im SOEP wurde das Merkmal »Religionszugehörigkeit« nur im Befragungsjahr 1990 erhoben. Unterstellt man jedoch, daß sich die Religionszugehörigkeit der untersuchten Personen zwischen 1990 und 1994 nicht geändert hat, dann erlaubt der Panelcharakter der Daten die Bildung einer speziellen Stichprobe, in die alle Personen eingehen, die sowohl 1990 als auch 1994 an der Befragung teilgenommen haben. Damit können die Zusammenhänge zwischen Religionszugehörigkeit und ehrenamtlichem Engagement für das Jahr 1994 analysiert werden. Die Ergebnisse dieser Analyse zeigt Tabelle 8.

In Westdeutschland ist für Personen mit katholischer Religionszugehörigkeit das stärkste ehrenamtliche Engagement zu beobachten. Gut ein Drittel von ihnen war 1994 ehrenamtlich aktiv, wobei dieser Anteil auch für die Tätigkeit im Rahmen von Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten gilt. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung (27,8%, vgl. Tabelle 2) ist dies ein überdurchschnittlicher Wert und dürfte wohl insbesondere auf den ehrenamtlichen Dienst in den kirchenspezifischen Institutionen zurückzuführen sein.

Personen, die einer evangelischen Kirche angehören sind mit knapp 29% deutlich weniger häufig ehrenamtlich aktiv und liegen damit sogar leicht unter dem westdeutschen Durchschnitt. Gleichwohl unterscheiden sie sich von Personen, die einer sonstigen Religionsgemeinschaft angehören oder die sich als konfessionslos bezeichnet haben. Insgesamt kann also ein Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und ehrenamtlicher Tätigkeit nicht ausgeschlossen werden, wenngleich da-

zu noch weitere Merkmale im Rahmen einer multivariaten Analyse zu berücksichtigen wären. Die Altersstruktur und das Geschlecht dürften dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Auch in Ostdeutschland läßt sich ein Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und ehrenamtlicher Tätigkeit feststellen. Allerdings sind hier die Personen mit evangelischer Religionszugehörigkeit deutlich aktiver als katholische Personen (22,4% bzw. 16,2%). Das ist sicherlich auch dadurch begründet, daß die evangelische Kirche in vielen Regionen der DDR eine »politische Mobilisierungs- und Organisationsinstanz« gewesen ist, anders als die katholische Kirche. Konfessionslose Personen, die in Ostdeutschland den weitaus größten Anteil an der Bevölkerung ausmachen, weisen mit 18,5% eine etwa durchschnittliche Aktivitätsrate auf.

2.1.5.5 Komplementär oder substitutiv: Ehrenamtliche Tätigkeiten im Kontext der Zeitverwendung

Im folgenden sollen ehrenamtliche Tätigkeiten im Hinblick auf solche soziodemographischen Merkmale analysiert werden, die Hinweise darauf geben könnten, inwieweit ehrenamtliches Engagement als eine komplementäre oder substitutive Tätigkeit zu betrachten ist. Die Ergebnisse dürften vor allem für die zur Zeit geführte Diskussion von Interesse sein, ob ehrenamtliche Tätigkeiten ein sinnvoller Ersatz für die in Zukunft zu erwartende Verknappung der Erwerbsarbeit sein könnten. Dabei sind zwei Dimensionen zu unterscheiden: Zunächst der reine Zeitfaktor. Zeit ist ein knappes Gut und muß entsprechend der individuellen Präferenzen unter Beachtung von Budgetrestriktionen auf verschiedene Aktivitäten verteilt werden. Grob gegliedert lassen sich die Aktivitätsformen Erwerbsarbeit, Haushaltsarbeit, Freizeit und ehrenamtliches Engagement unterscheiden. Demnach können Personen, die beispielsweise erwerbstätig sind und zugleich noch eine große Belastung durch Haushaltsarbeit und Kindererziehung haben (klassische Doppelbelastung erwerbstätiger Frauen) c.p. nur noch einen geringen Zeitanteil für ehrenamtliches Engagement aufwenden. Die Analyse ehrenamtlicher Tätigkeit nach den Merkmalen Haushaltstyp, Haushaltszusammensetzung und Erwerbsstatus kann unter diesem reinen Zeitverwendungsaspekt interpretiert werden.

Ein zweiter Aspekt, der im Rahmen der Frage komplementär oder substitutiv von Bedeutung zu sein scheint, ist die Frage, inwieweit die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit mit der ökonomischen und sozialen Stellung verbunden ist. Kann die Ausübung eines Ehrenamtes unabhängig von sozio-ökonomischen Merkmalen erfolgen oder sind hier ganz bestimmte Wechselwirkungen zu beobachten? Überspitzt formuliert: Sind Einkommen und Status Ressourcen, die eine ehrenamtliche Tätigkeit erst ermöglichen? Zum Teil läßt schon die Analyse des Zusammenhangs zwischen Bildung und ehrenamtlicher Aktivität eine Antwort vermuten. Darüber hinaus wird hier ergänzend eine Analyse des Berufsstatus und der Einkommensposition vorgenommen.

Die Haushaltstypen werden danach unterschieden, ob es sich um einen Einpersonenhaushalt, einen Alleinerziehendenhaushalt oder einen Paarhaushalt handelt. Bei den Paarhaushalten wird zusätzlich nach der Zahl der Kinder differenziert.

Im Hinblick auf den reinen Zeitaspekt ist das ehrenamtliche Engagement bei Einpersonenhaushalten in Westdeutschland mit knapp einem Fünftel erstaunlicherweise am geringsten; entgegen dem allgemeinen Trend ist hier sogar zwischen 1985 und 1994 ein leichter Rückgang des Anteilswerts zu verzeichnen (vgl. Tabelle 9). Hier wäre sicherlich im Rahmen einer mehrdimensionalen Analyse auch die Altersstruktur detaillierter zu analysieren.

Fast ebenso gering ist die ehrenamtliche Aktivitätsrate im Jahre 1985 bei Paaren ohne Kinder. Bei dieser Gruppe ist zwischen den beiden Zeitpunkten allerdings die stärkste Zunahme in beiden Aktivitätsbereichen zu verzeichnen, bei der »Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik« um rund 50%. Dadurch ist 1994 bei Alleinerziehenden mit 25% die zweitniedrigste Beteiligung von allen Haushaltstypen festzustellen, die allerdings immer noch deutlich höher als bei den Einpersonenhaushalten ist.

Das stärkste Engagement findet sich bei Paaren mit Kindern und zwar zunehmend mit der Zahl der Kinder. Rund 40% der Personen in Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern sind in Westdeutschland ehrenamtlich tätig. Dies ist nicht nur mit kinderbezogenen Aktivitäten z.B. in Vereinen zu erklären⁸⁷, da auch die Mitarbeit in der Politik bei dieser Gruppe am häufigsten ist.

Die Unterschiede zwischen den Haushaltstypen in Ostdeutschland sind ähnlich wie in Westdeutschland. Auch hier ist die Aktivitätsrate von Paaren mit bis zu zwei Kindern deutlich höher als in den übrigen Haushaltsformen. Unterdurchschnittlich engagiert im Vergleich zu Westdeutschland sind allerdings Haushalte mit drei und mehr Kindern. Allerdings ist dies – wie auch die deutlich niedrigere Beteiligungsquote bei Alleinerziehenden im Vergleich zum Westen – aufgrund der geringen Fallzahl nur mit Vorsicht zu interpretieren.

Der Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus und ehrenamtlicher Aktivität ist zum einen im Hinblick auf den reinen Zeitaspekt von Interesse. Vollzeitbeschäftigten steht c.p. weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement zur Verfügung als beispielsweise Teilzeit- oder Nichterwerbstätigen (Aspekt der Substitution). Die Stärke dieses Zusammenhangs könnte aber zum Teil kompensiert werden, wenn sich berufliche und ehrenamtliche Tätigkeit zum Teil bedingen – z.B. durch erforderliche soziale Beziehungen -, also komplementär sind.

Die Ergebnisse der Analyse zeigt Tabelle 10. Danach scheint der Effekt der Komplementarität sogar zu überwiegen. **In Westdeutschland sind Vollzeitbeschäftigte mit etwa 35% im Jahre 1994 am häufigsten ehrenamtlich tätig, bei den Teilzeiterwerbstätigen sind es knapp 32%.** Deutlich unter dem Durchschnitt liegt das Engagement von Rentnern mit 21% – ein in Anbetracht des schon diskutierten Alterseffektes kein überraschender Befund. **Von den arbeitslos gemeldeten Personen sind 29% ehrenamtlich aktiv. Für diese Gruppe ist zugleich die deutlichste Zunahme ehrenamtlicher Tätigkeiten im betrachteten Zeitraum – nämlich um fast 13 Prozentpunkte – zu konstatieren.** Dieser Befund ist interpretationswürdig, angesichts weitverbreiteter Annahmen zur politischen Apathie und Resignation

⁸⁷ Vgl. Schwarz, N. (1996)

von Arbeitslosen. Eine multivariate Analyse würde hier weitere Erkenntnisse über die Bildungs- und Altersstruktur der ehrenamtlich aktiven Arbeitslosen liefern.

Es läßt sich jedoch vermuten, was auch durch unsere Interviews mit Vertretern der AIDS-Hilfe Köln und andere qualitative Ergebnisse gestützt wird, daß Qualifikationsmotive für viele Gruppen von Arbeitslosen entscheidend sind. Demnach nutzen bestimmte Gruppen von Arbeitslosen (relativ jung, höhere Bildungsabschlüsse) eine ehrenamtliche Tätigkeit, um soziale und organisatorische Qualifikationen zu erwerben und das Engagement im Lebenslauf zu dokumentieren, um ihre Chancen für einen regulären Arbeitsplatz zu verbessern. Daher spielt der Grad an »professionalisierter« ehrenamtlicher Arbeit in einer Organisation sowohl für die Mobilisierbarkeit bestimmter Gruppen von Arbeitslosen als auch für deren spätere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Zugleich ist zu vermuten, daß es einem Teil der Arbeitslosen gelingt, durch ehrenamtliche Tätigkeiten den Verlust sozialer Beziehungen zu vermeiden bzw. zu kompensieren.

Ganz allgemein fällt auf, daß die Zunahme ehrenamtlichen Engagements bei den Gruppen der Nichterwerbstätigen – Rentner, Arbeitslose, sonstige Nichterwerbstätige – am deutlichsten ausfällt. Hier deutet sich möglicherweise ein Strukturwandel vom »klassischen Ehrenamt«, das an einen hohen gesellschaftlichen Status gebunden ist, hin zu verstärkter Aktivität im Rahmen von Selbsthilfeorganisationen im Versorgungsbereich an.

Auch in Ostdeutschland sind die Vollzeitwerbstätigen mit 23% am häufigsten ehrenamtlich tätig, während sich für die übrigen Gruppen ein von Westdeutschland abweichendes Bild zeigt. Die Aktivitätsraten dieser Gruppen bewegen sich um die 16%, wobei Teilzeiterwerbstätige mit 15,5% am wenigsten häufig ehrenamtlich tätig sind.

Um den Zusammenhang zwischen Berufsstatus und ehrenamtlicher Tätigkeit deutlich zu machen, werden ausschließlich vollzeiterwerbstätige Personen berücksichtigt (vgl. Tabelle 11). Am häufigsten ehrenamtlich tätig sind in Westdeutschland die Beamten mit über 50%. Immerhin ein Fünftel der Beamten ist auch in Parteien, Bürgerinitiativen oder in der Kommunalpolitik tätig, wobei sich jedoch im Vergleich zu 1985 ein leichter Rückgang zeigt.

Ein deutlicher Rückgang ehrenamtlicher Aktivitäten ist dagegen bei den Selbständigen von 43% im Jahr 1985 auf noch knapp 30% im Jahr 1994 zu beobachten. Dies beruht vor allem auf dem Rückgang bei regelmäßiger Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Über die Gründe kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Möglicherweise spiegeln sich darin höhere zeitliche Anforderungen an selbständige Tätigkeiten wider. Es könnte aber auch sein, daß sich die Struktur der Selbständigen im betrachteten Zeitraum erheblich verändert hat und der Anteil sogenannter »Scheinselbständiger« eine größere Rolle spielt. In den neuen Bundesländern ist die Beteiligung von Selbständigen an ehrenamtlichen Aktivitäten ähnlich hoch wie 1985 im Westen. Dort übertreffen die Anteile insbesondere im Bereich der Politik die der westdeutschen Selbständigen zum gleichen Zeitpunkt deutlich.

Bei den Angestellten hat das ehrenamtliche Engagement im Westen entsprechend dem allgemeinen Trend leicht zugenommen. Im Ost-West-Vergleich fällt

auch bei dieser Gruppe die hohe Beteiligung in der Politik auf, insbesondere bei regelmäßiger Aktivität.

Arbeiter sind – mit Ausnahme der Selbständigen 1994 – von allen Berufsgruppen am seltensten ehrenamtlich tätig, was die These stützt, daß für ein Engagement Ressourcen – insbesondere in Form von Bildung und Einkommen – notwendig sind, die dieser Gruppe in geringerem Umfang zur Verfügung stehen. Im Westen hat allerdings die regelmäßige Beteiligung in »Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten« entgegen dem Trend leicht zugenommen. Im Osten der Republik ist das Engagement von Arbeitern mit etwa halb so hohen Anteilen sogar vergleichsweise noch geringer als im Westen.

2.1.5.6 Stellung ehrenamtlich Tätiger in der Einkommensverteilung

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, daß der »durchschnittliche« ehrenamtlich Tätige im mittleren Lebensabschnitt ist, eine gute Ausbildung besitzt und in einer gehobenen Position erwerbstätig ist. Diese knappe Charakterisierung deutet darauf hin, daß er auch über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügt. Trotzdem soll hier die Stellung der ehrenamtlich Tätigen in der personellen Einkommensverteilung noch etwas ausführlicher analysiert werden. Das Einkommen, das dazu betrachtet wird, ist das Haushaltsnettoeinkommen, also die Summe aller Erwerbs-, Kapital- und Transfereinkommen aller Haushaltsmitglieder abzüglich gezahlter Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Dieses dem Haushalt zur Verfügung stehende Einkommen wird in ein sogenanntes Äquivalenzeinkommen umgerechnet, um Haushalte mit unterschiedlicher Anzahl von Haushaltsmitgliedern vergleichbar zu machen. Das Haushaltseinkommen wird dazu durch die gewichtete Anzahl der im Haushalt lebenden Personen dividiert und das resultierende Einkommen jeder Person im Haushalt zugewiesen⁸⁸.

Als Meßgröße für die Einkommensverteilung dienen Quintile des äquivalenten Haushaltsnettoeinkommens: Die Personen werden nach der Höhe ihres Haushaltseinkommens geordnet und zu Klassen von jeweils 20% zusammengefaßt. Im untersten Quintil befinden sich dann die 20% »ärmsten«, im obersten Quintil die 20% »reichsten« Personen. Die Quintile wurden für jedes betrachtete Jahr und für Ost- und Westdeutschland jeweils getrennt berechnet.⁸⁹

⁸⁸ Eine Extremform der Äquivalenzskala ist das Pro-Kopf-Einkommen. Dabei werden aber mögliche Kostendegressionseffekte, die bei einer gemeinsamen Haushaltsführung auftreten, nicht berücksichtigt. Deshalb wird hier eine von der OECD vorgeschlagene Skala verwendet, die der ersten erwachsenen Person im Haushalt ein Gewicht von eins zuordnet, weiteren Erwachsenen im Haushalt ein Gewicht von 0.5 und für Kinder ein Gewicht von 0.3 vorsieht.

⁸⁹ Die Quintilsgrenzen des Haushaltsäquivalenzeinkommens betragen in den einzelnen Jahren (in DM):

	unterstes Quintil	2tes Quintil	3tes Quintil	4tes Quintil	oberstes Quintil
1985 West	bis 1100	1101-1500	1501-1800	1801-2300	2301 und mehr
1994 West	bis 1560	1561-2020	2021-2500	2501-3181	3182 und mehr
1994 Ost	bis 1400	1401-1750	1751-2078	2079-2500	2501 und mehr

In Tabelle 12 sind die Anteile ehrenamtlich Tätiger nach ihrer Zugehörigkeit zu den Quintilen der Einkommensverteilung wiedergegeben. Der aus den bisherigen Befunden zu vermutende Zusammenhang zwischen Einkommen und ehrenamtlicher Tätigkeit wird hier bestätigt. **Während von den Personen im obersten Einkommensquintil fast 36% eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben, beträgt dieser Anteil im untersten Quintil nur 22%. Ganz generell gilt, daß mit zunehmendem Einkommen der Anteil der ehrenamtlich Tätigen zunimmt.**

Bis auf das mittlere Quintil, für das der Anteil ehrenamtlich Tätiger 1985 und 1994 jeweils 26,5% betrug, hat das ehrenamtliche Engagement im betrachteten Zeitraum zugenommen, allerdings nicht gleichmäßig in allen Einkommensgruppen. Die Zunahme war in den beiden obersten Quintilen mit 6,5 bzw. 5,2 Prozentpunkten am höchsten, während die Zunahme in den beiden untersten Quintilen mit 3 bzw. 4,2 Prozentpunkten eher moderat ausfiel. Insgesamt hat dies dazu geführt, daß der Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und ehrenamtlicher Tätigkeit 1994 stärker war als 10 Jahre zuvor.

Auch in Ostdeutschland ist ein Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und ehrenamtlichem Engagement zu beobachten. Der Abstand der Anteile ehrenamtlich Aktiver zwischen dem untersten und obersten Quintil ist in Ostdeutschland mit etwa 10 Prozentpunkten zwar genauso groß wie Westdeutschland. Berücksichtigt man jedoch das insgesamt niedrigere Niveau, sind anteilmäßig fast doppelt so viele im oberen Einkommensquintil ehrenamtlich tätig wie im untersten Einkommensquintil.

2.1.5.7 Kompensation ehrenamtlicher Tätigkeiten

Angaben zur Kompensation der ehrenamtlichen Tätigkeiten werden im SOEP generell nicht erhoben. Im Hinblick auf eine monetäre Kompensation kämen hier definitionsgemäß auch nur etwaige Aufwandsentschädigungen in Frage. Wichtiger erscheint zudem die Frage nach einer möglichen »imaginären Kompensation«, die jedoch direkt kaum zu erfragen sein dürfte. Eine Möglichkeit den »Wert« einer imaginären Kompensation zu bestimmen wäre, die Höhe entstehender Opportunitätskosten zu ermitteln. Dazu könnten beispielsweise entgangene Erwerbseinkommen in Abhängigkeit von der Qualifikation und anderen einkommensbestimmenden Merkmalen geschätzt werden. Diese Schätzungen könnten auch als Grundlage zur Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Tätigkeiten herangezogen werden. Die Berechnung derartiger Opportunitätskosten gestaltet sich relativ aufwendig, sollte aber für zukünftige Analysen vorgesehen werden.

Ein nicht monetärer Aspekt der Kompensation ist der subjektive Zugewinn an Lebensqualität, der möglicherweise durch die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit realisiert wird. Hierdurch könnte ermittelt werden, welcher Zuwachs an Zufriedenheit (an subjektiver Lebensqualität) durch derartige Tätigkeiten erzielt wird. Im SOEP werden subjektive Indikatoren in Form von Einstellungs- und Zufriedenheitsfragen erhoben. Die Zufriedenheit mit dem Leben gegenwärtig und der erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren sowie mit verschiedenen Lebensbereichen (Erwerbs- und Hausarbeit, Freizeit, Wohnsituation u.a.) wird dabei auf einer elfstufigen

Skala gemessen mit 0 = »ganz und gar unzufrieden« bis 10= »ganz und gar zufrieden«. Für den Vergleich zwischen nicht ehrenamtlich Tätigen, seltener und regelmäßig Aktiven werden die Antworten auf die Frage nach der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit, der erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren – als Indikator für eine eher optimistische oder eher pessimistische Einstellung – und nach der Zufriedenheit mit der Freizeit herangezogen.

Falls eine »psychische Kompensation« des zeitlichen Aufwands ehrenamtlicher Tätigkeit existiert, müßte sich dies in höheren Zufriedenheitswerten äußern. Um eine anschauliche Größe zu erhalten, sind in Tabelle 13 jeweils die Anteile derer ausgewiesen, die acht, neun oder zehn angegeben haben, also die jeweils sehr Zufriedenen.

Die Zufriedenheit mit dem Leben steigt tendenziell mit der Häufigkeit des ehrenamtlichen Engagements. Im Westen ist die Lebenszufriedenheit zwischen 1985 und 1994 generell zurückgegangen, aber gleichmäßig über die hier betrachteten Gruppen verteilt. Während sich die Zufriedenheitsanteile zwischen nie und seltener Engagierten nur wenig unterscheiden, sind deutlich mehr regelmäßig Aktive mit ihrem Leben zufrieden. Dies gilt insbesondere für die regelmäßige Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik, die einzige Gruppe, bei der sich der Anteil sehr Zufriedener zwischen 1985 und 1994 deutlich erhöht hat. Auch hier läßt sich wieder vermuten, daß gerade die regelmäßigen leitenden und politischen Tätigkeiten – in denen Männer überrepräsentiert sind – mit einem relativ hohen sozialen Status verkoppelt sind, der sich auch positiv auf den Grad der Lebenszufriedenheit auswirkt.

Die Lebenszufriedenheit ist in den neuen Bundesländern generell geringer, und die Unterschiede zwischen den hier betrachteten Gruppen sind weniger ausgeprägt als im Westen. Für ehrenamtliche Tätigkeit insgesamt gilt, daß nicht die Häufigkeit, sondern das Engagement als solches zu etwas höheren Zufriedenheitsanteilen führt. Dies hängt mit der Besonderheit der Bewertung der Lebenszufriedenheit von politisch Aktiven im Osten zusammen: Anders als im Westen sind mehr sporadisch Engagierte mit ihrem Leben zufrieden. Bei der Gruppe der regelmäßig in diesem Bereich Tätigen ist dieser Anteil jedoch mit Abstand am geringsten. Mit Ausnahme der eher »frustrierten« politisch Hochaktiven in Ostdeutschland scheint es also Hinweise zu geben, daß ehrenamtliches Engagement »psychischen Nutzen« stiftet, der den zeitlichen Aufwand anscheinend überkompensiert.

Bei der erwarteten Zufriedenheit mit dem Leben in fünf Jahren zeigt sich, daß im Westen der Rückgang zwischen 1985 und 1994 von sehr Zufriedenen generell noch größer ist als bei der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit. Das heißt, weniger Personen haben eine optimistische Einschätzung bezüglich ihrer persönlichen Situation für die nächsten fünf Jahre. Bei den Aktiven ist dieser Rückgang noch etwas stärker als bei den Nichtaktiven. Dadurch sind die Anteile Zufriedener in allen drei Gruppen 1994 nahezu gleich. Bei der kleinen Gruppe der politisch Aktiven ist die Tendenz umgekehrt: Hier fand bei nahezu gleichen Zufriedenheitsanteilen 1985 eine Ausdifferenzierung statt, bei der 1994 im Vergleich zu den Inaktiven *weniger* der unregelmäßig Engagierten eine hohe Lebenszufriedenheit in fünf Jahren erwarten, aber *mehr* der regelmäßig Aktiven.

In Ostdeutschland zeigt sich generell eine optimistischere Einstellung, d.h. mehr Personen sehen optimistisch in die Zukunft als gegenwärtig mit ihrem Leben zufrieden sind. Geringfügig höhere Anteile als die jeweils übrigen Gruppen zeigen die regelmäßig Aktiven in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten sowie die seltener in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik Engagierten.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Freizeit ist *a priori* nicht eindeutig zu entscheiden, ob die Befragten bei der Beantwortung ihre ehrenamtliche Aktivität als Teil der Freizeit verstehen oder die »Restfreizeit« meinen. Die Ergebnisse zeigen, daß bei regelmäßig Aktiven die Freizeit Zufriedenheit am höchsten ist. Dies weist darauf hin, daß ehrenamtliches Engagement von dieser Gruppe als befriedigende Freizeitaktivität empfunden wird, was die Hypothese einer »psychischen Kompensation« stützt.

Bei seltener Aktiven ist die Zufriedenheit mit der Freizeit dagegen am geringsten. Besonders bei sporadischem Engagement in politischen Gremien sind 1994 die Anteile sehr Zufriedener in Ost- und Westdeutschland deutlich niedriger als sowohl bei den Nichtaktiven als auch den regelmäßig Engagierten. Möglicherweise wird bei dieser Gruppe die ehrenamtliche Tätigkeit eher als Verpflichtung und Reduktion der Freizeit gesehen, ohne daß sich kompensierend »Erfolgslebnisse« aufgrund der Tätigkeit einstellen. Da nun die Lebenszufriedenheit wiederum eng mit dem Einkommen und dem Status korreliert und für Freizeitaktivitäten komplementäre Güter erforderlich sind, drängt sich auch bei dieser Frage die Notwendigkeit multivariater Analysen auf, die sehr fruchtbar sein könnten.

Verläßt man den Rahmen der SOEP-Datenbasis, fallen eine Reihe weiterer Varianten materieller Kompensation in den Blick. Kennzeichnend für einen Großteil der gegenwärtigen Motivlagen, sich jenseits der Erwerbsarbeit zu engagieren, ist eine Mischung aus selbstbezogenen und gemeinschaftsbezogenen Werten. Das deutlich gestiegene Selbstbewußtsein spiegelt sich auch in der gewachsenen Erwartung wieder, zumindest eine Aufwandsentschädigung für das eigene Engagement zu erwarten. Allerdings unterstreichen die wenigen Erkenntnisse, die zur Frage materieller Kompensation in einschlägigen Studien zu finden sind, daß im Vergleich zur immateriellen Kompensation die materielle Anerkennung noch immer von weitaus geringerer Bedeutung für die Freiwilligen ist. Betrachtet man das Spektrum möglicher materieller Kompensationen, so fächert sich schon das Instrument der Aufwandsentschädigung weiter auf. Drei Formen lassen sich unterscheiden.⁹⁰

- Kompensation der Barauslagen,
- Entschädigung des Zeitaufwandes,
- Kompensation für entgangenen Verdienst.

Solche geldlichen Entschädigungen sind auch in der Form von partiellen Steuerbefreiungen denkbar. Neben diesen formalrechtlich vorgesehenen Geld-Lösungen existieren in der Praxis jedoch noch weitere nicht-geldliche, materielle Kompensationsformen wie Verpflegung, Geschenke, der Abschluß von Haftpflicht- oder Unfall-

⁹⁰ Vgl. Igl, G. (1994), S. 44

versicherungen sowie vergünstigte Tickets für den Nahverkehr bzw. Eintrittskarten für kommunale Kultureinrichtungen. Auch Weiterbildungsangebote gehören letztlich zu den materiellen Kompensationen, ebenso wie die unentgeltliche Nutzung von trägereigenen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Sälen o.ä. Die in Tauschringen zirkulierenden persönlichen Dienstleistungen lassen sich hingegen nicht als Kompensationsform beschreiben; sind vielmehr konstitutiver Bestandteil der Tauschring-Logik und knüpfen sich an Gegenseitigkeit.

In der Praxis spielen solche Kompensationsformen bei den Trägern keine entscheidende Rolle: In der Bundesrepublik wird nur einem Fünftel der Engagierten überhaupt eine Aufwandsentschädigung regulär angeboten.⁹¹ Entscheidender als dieser empirische Hinweis auf das Angebot an Kompensation ist jedoch die Nachfrage nach Kompensationsformen. Sowohl quantitative als auch qualitative Studien – kaum eine behandelt das Segment materieller Kompensation ausführlich – kommen zu übereinstimmenden Ergebnissen: die Verbesserung geldlicher, materieller Kompensation würde kaum zusätzliches Potential an Engagierten jenseits der Erwerbsarbeit beschern⁹².

Leider sind Ergebnisse – wenn überhaupt – nur für bestimmte Teilgruppen verfügbar. So hat die Begleitforschung zum Modellprojekt »Seniorenbüros« des Bundesfamilienministeriums ergeben, daß von den ehrenamtlich tätigen Senioren siebzig Prozent eine Aufwandsentschädigung wünschen – ihre Bereitschaft zum Engagement ist davon allerdings unabhängig -, aber nur 30 Prozent ein kleines Anerkennungshonorar⁹³. Geschenke, die zu den gängigen Typen von Kompensation und Gratifikation gehören, rangieren an allerletzter Stelle in der Wertschätzung der Engagierten: nur jeder zehnte schätzt diese Form als wertvoll ein.

Deutlich höhere Werte erzielen die immateriellen Kompensationsformen. Von den westdeutschen Senioren beurteilen 93 Prozent Gesprächskreise als attraktivste Form der Kompensation (Ostdeutschland: 96 Prozent). Noch 80 Prozent (Ostdeutschland: 92 Prozent) wünschen sich Reisen und Ausflüge als Entschädigung. Und an dritter Stelle steht mit rund 70 Prozent (Ostdeutschland: 75 Prozent) der Vorteil, im Bedarfsfalle vom Träger des Dienstes, bei dem man sich engagiert, bevorzugt behandelt zu werden.

Auch wenn bestimmte Bedürfnisse bei älteren Freiwilligen anders ausgeprägt sind als bei jüngeren, verweisen qualitative, biographieanalytische Studien über Ehrenamtliche auf vergleichbare Grundmuster: organisierter Erfahrungsaustausch, Mitsprache und Einflußmöglichkeiten, Weiterbildungsangebote sowie Anerkennung durch die Hauptamtlichen sind die wesentlichen Formen der Kompensation, die von den freiwillig Engagierten hochgeschätzt werden; die geldlichen, materiellen Kompensationsformen sind dagegen von untergeordneter Bedeutung. Es gibt sogar eine Teilgruppe, die jede Form der materiellen Entschädigung als eine Entwertung ihres Engagements empfindet.⁹⁴

⁹¹ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 96

⁹² Vgl. Jakob, G. (1993)

⁹³ Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (1997), S. 108

⁹⁴ Vgl. Jakob, G. (1993)

Solche eindeutigen Aussagen sind jedoch sehr rar, weil Studien (quantitative wie qualitative) zu diesem Teil-Thema so gut wie gar nicht vorliegen. Daher besteht ein großer Forschungsbedarf, was die materielle und immaterielle Kompensation von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit anbelangt:

- Völlig ungeklärt ist, wie sich die Wertschätzung bestimmter materieller Kompensationsformen auf verschiedene sozio-demographische Gruppen verteilt. So ist anzunehmen, daß unter Arbeitslosen eine (nicht voll ange-rechnete) pauschale Aufwandsentschädigung durchaus einen zusätzlichen Motivationsschub auslösen könnte. Allerdings trifft das nur auf Arbeitslose zu, die vor dem Stadium der Erwerbslosigkeit schon einmal einschlägige Er-fahrungen gesammelt haben und noch weiterhin in bestimmte soziale Netze eingebunden sind; die Aufwandsentschädigung ist hier ein evtl. notwendi-ger, aber kein hinreichender Grund für das Engagement.
- Außerdem müßte bei der Analyse unterschiedlicher Bedeutungsgrade mate-rieller Kompensationsformen stärker nach Tätigkeitsfeldern differenziert werden. Relativ unattraktive Arbeitsfelder wie Hilfe beim Mahlzeitendienst (im Vergleich zur Mitarbeit in Beratungsstellen, wo man sich weiterqualifi-zieren kann) legen es nahe, daß konkrete Anerkennung und entsprechende Motivationsförderung durchaus über bestimmte Gratifikationen erreichbar wäre.
- Von den nicht-geldlichen Kompensationsformen sollten vor allem die Wei-terbildungsangebote näher untersucht werden. Gerade für Arbeitslose ist diese Komponente besonders attraktiv, weil sie Anerkennung und individu-ellen Nutzen zugleich spendet. Und entsprechend strukturierte Angebote könnten dabei helfen, verlorengegangene Sozialkompetenzen wieder zu re-aktivieren, um auch die Bewerbungschancen für den formellen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Solche Angebote würden allerdings ein klar definiertes Ver-ständnis von freiwilligem Engagement beim Träger voraussetzen.
- Besonders aufschlußreich wären Studien, die deutsche Organisationen mit starkem Freiwilligen-Anteil analysierten, deren Konzepte unmittelbar aus den USA übernommen worden sind (etwa die AIDS-Hilfe oder Drogenber-atungs-Projekte). Solche Organisationen legen auf die Professionalisierung und institutionalisierte Anerkennung (meist jedoch nicht-geldlich und im-materiell) des freiwilligen Engagements großen Wert. Ein Vergleich mit den amerikanischen Vorbildern könnte insbesondere aufzeigen, warum be-stimmte Elemente nicht eins zu eins übernommen worden sind und welche institutionellen, kulturellen oder ökonomischen Hemmnisse in Deutschland besonders relevant sind.

Zusammenfassend muß allerdings betont werden, daß konzeptionelle Weiterent-wicklungen materieller Anreize bzw. Kompensationen keinen sehr großen Einfluß auf die Potentiale an Freiwilligen haben werden. Dazu sind die Motivlagen zu breit gefächert und die Bedürfnisse nach individueller, inhaltlicher Anerkennung zu groß. Weitaus erfolversprechender erscheint eine Strategie, die sozialen Gratifikationen

stärker zu entwickeln, weil gerade sie die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit mit spezifischer Bedeutung und Sinn ausfüllen.⁹⁵ Doch auch indirekte materielle Kompensationen wie zusätzliche Versicherungen oder Mitnutzung von Einrichtungen sind Optionen, die kreativ gefördert werden müssen.

2.1.6 Zusammenfassung

Die vorliegenden Analysen stellen eine erste Bestandsaufnahme des Umfangs und der Struktur ehrenamtlicher Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nach sozio-demographischen Merkmalen dar. Unter allen Vorbehalten kann der »durchschnittliche« ehrenamtlich Tätige als männlichen Geschlechts, im mittleren Alter, mit guter Schul- und Berufsbildung, vollzeitbeschäftigt als Angestellter oder Beamter im oberen Bereich der Einkommensverteilung charakterisiert werden. Allerdings zeigt sich, daß eine stärkere Untergliederung nach mehreren Merkmalen notwendig ist, insbesondere multivariate Analyse, bei der mehrere Effekte auf einmal betrachtet werden können.

Die Analysen zeigen außerdem erstmals die Veränderung zwischen den Jahren 1985 und 1994 repräsentativ für die alten Bundesländer. In diesem Zeitraum fanden Verschiebungen zwischen den Aktivitätsraten einzelner sozio-demographischer Gruppen statt, die eine nähere Untersuchung nahelegen. Der Panelcharakter könnte so genutzt werden, um die Bedingungen, unter denen Individuen eine ehrenamtliche Tätigkeit aufnehmen – oder reduzieren – zu analysieren. So dürfte beispielsweise die zunehmende Mobilität einen Einfluß auf ehrenamtliche Tätigkeit haben, der nur in der Längsschnittbetrachtung zu untersuchen ist.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, daß ehrenamtliche Tätigkeiten ein für die Gesamtgesellschaft nicht zu unterschätzendes Potential darstellen. Davon dürften volkswirtschaftliche Effekte ausgehen, die sich wirksam auch in einer Entlastung der staatlichen Sozialpolitik niederschlagen. Mit Hilfe einiger Annahmen über den zeitlichen Umfang ehrenamtlicher Tätigkeit – oder in anderen Umfragen erhobenen Daten wie der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes – könnten die Daten als Grundlage genutzt werden, das volkswirtschaftliche Potential dieses Bereichs näher zu quantifizieren.

⁹⁵ Dieser Hinweis mag einem Arbeitslosen, der die Sinnvermittlung viel lieber in der Erwerbssphäre suchen würde, zynisch erscheinen. Doch für die Aktivierung von Menschen, denen ein Teil ihrer sozialen Netze gerissen ist, sind erwerbsferne Sektoren eine Möglichkeit, sich ohne Druck neu zu integrieren und soziale Kompetenzen aufzubauen.

2.2 Motivlagen, Sinnquellen und Identitätsrelevanz erwerbsarbeitsunabhängiger sozialer Tätigkeiten

2.2.1 Sozialpsychologische Bedingungen und Bedeutung freiwilligen sozialen Engagements

2.2.1.1 Freiwilligenarbeit im Strukturwandel

Das Ehrenamt befindet sich in einem grundlegenden Strukturwandel, der mit der zunehmenden Professionalisierung sozialer Arbeit einerseits und dem Prozeß der Individualisierung in modernen Gesellschaften andererseits einhergeht. Mit diesem Wandel sind veränderte Motivationen für freiwilliges soziales Engagement verbunden, die zu einem Rückgang der Aktivitäten in den traditional strukturierten Bereichen führen.

Das traditionale Ehrenamt zeichnete sich durch eine verbandliche Organisation aus (z.B. Caritas, Rotes Kreuz). Das ehrenamtliche Engagement war häufig religiös motiviert durch eine altruistisch-caritative Grundhaltung. Es wurde als selbstverständliche Pflichterfüllung angesehen, die grundsätzlich unentgeltlich ausgeführt wurde. Kennzeichnend war ein darüberhinaus langjähriges kontinuierliches Engagement. Im traditionellen Ehrenamt ist eine deutliche geschlechtsspezifische Verteilung zu beobachten: Das politische' Ehrenamt, das Organisations- und Verwaltungsaufgaben beinhaltet, wurde überwiegend von Männern ausgeführt, während die pflegerischen und helfenden Tätigkeiten des 'sozialen' Ehrenamtes fast ausschließlich von Frauen übernommen wurden.⁹⁶

*Das moderne Ehrenamt*⁹⁷ zeichnet sich aus durch höhere Anteile selbstorganisierter Zusammenschlüsse (z.B. in Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen). Die Unterordnung in die Strukturen eines Wohlfahrtsverbandes und die damit einhergehende Weisungsgebundenheit werden häufig abgelehnt. Das Engagement ist individualisiert und selbstreflexiv. Es basiert auf bewußten Entscheidungen für bestimmte Tätigkeiten, die in Hinblick auf Inhalt der Tätigkeit, zeitlichen Einsatz u.ä. immer wieder neu überdacht und verändert werden können. Eine wesentliche Folge dieser Entwicklung ist die Pluralisierung von Motiven: wann sich jemand in einer bestimmten Form und Tätigkeit engagiert, variiert zwischen den Personen, aber auch bei einer Person im Lebensverlauf.

Vorrangig angestrebt wird eine Reziprozität in der Tätigkeit: Geben *und* Nehmen. Grundeinstellung dabei ist: Indem ich etwas für andere tue, tue ich auch etwas für mich selbst. Ausschlaggebend ist nicht mehr die Pflichterfüllung, sondern Eigeninteresse und persönliche Befriedigung. Die geschlechtsspezifische Verteilung der Aufgabenübernahme wird durchlässiger.⁹⁸ Für die Organisationen folgt daraus die Forderung nach einem offenen Umgang mit der Frage des Eigeninteresses und eine Überprüfung von Geschlechterstereotypen in ihrer internen Organisation und Rollenverteilung.

⁹⁶ Vgl. Bock, T. (1994), BMFSFJ (1995), Heinze, R. G./Bucksteeg, M. (1996), Hofer, B. (1996)

⁹⁷ Siehe Bock, T. (1994), Prokop, E. u.a. (1996)

⁹⁸ Vgl. Jung, H. (1994), S. 57; Prokop, E. u.a. (1996)

Diese systematische Verschiebung des Engagements ist keineswegs nur als quantitative Veränderung (Abnahme der Bereitschaft zu ehrenamtlichen Aktivitäten) zu interpretieren, wie Jung (1994) ausführt:

»Es gibt eine wesentlich geringer gewordene Bereitschaft, sich in dauerhafter und kontinuierlicher Form zu engagieren, insbesondere dann, wenn es sich bei den Engagements um Aktivitäten handelt, die ein Eintreten für übergeordnete, der Allgemeinheit dienende Ziele bedeuten. In Umkehrung dazu gibt es aber eine deutlich gestiegene Bereitschaft in quantitativer und qualitativer Form für ein Engagement in neuen, primär informellen Strukturen, möglichst ohne Rechtsform mit egoistischen, interessenpartikularistischen Komponenten, bei denen sich die Mitglieder vielfach in ad-hoc-Zusammenschlüssen nur für eine bestimmte Zeit und räumlich begrenzt zusammenfinden. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, daß die dabei verfolgten Ziele eher als untergeordnet, das heißt der eigenen Person oder der Peergroup dienend, anzusehen sind«⁹⁹.

2.2.1.2 Biographische Ausgangsbedingungen

Die biographischen Ausgangslagen im *traditionalen sozialen Engagement* waren stärker an konkrete biographische Ausgangssituationen gebunden. Es lassen sich hier zwei zentrale Motivkonstellationen unterscheiden:¹⁰⁰

- a) Die herausragende Variante der traditionellen ehrenamtlichen Tätigkeit wurde von Frauen ausgeführt, die in helfenden Aufgaben und zumeist in untergeordneten Funktionen tätig waren.¹⁰¹ Hier wirkt eine im Verlauf der familiären Sozialisation übernommene Form der selbstverständlichen Pflichterfüllung, die lebenslang wirksam ist.
- b) Bei der zweiten traditionellen Variante von Tätigkeiten handelt es sich um Aktivitäten im Bereich von Organisations- und Leistungsaufgaben. Hier engagieren sich überwiegend Männer in engem lebensgeschichtlichen Zusammenhang von Beruf und Ehrenamt: Beide Bereiche profitieren wechselseitig voneinander.

Im *modernen Ehrenamt* haben sich die biographischen Ausgangslagen pluralisiert. Zentral ist nun die »biographische Passung«, daß nämlich Motiv, Anlaß und Gelegenheit zum Engagement in einer bestimmten biographischen Phase zusammentreffen. Aus den vielfältigen Lebenslagen, aus denen heraus sich Menschen zu einem Engagement entscheiden, stehen besonders Phasen biographischer Übergänge im Blickwinkel der Diskussion: Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand. Die individuellen biographischen Passungen sind von persönlichen und auch von gesellschaftlichen Bedingungen abhängig: Ganz allgemein haben gesellschaftliche Werte (vgl. Kap. 2.2.2.1 zu Jugendstudien), Zugang und Verbleib im Erwerbssystem, Struktur des Erwerbssystem, Professionalisierung von helfenden Tätigkeiten, sozialstaatliche Erwartungen, generell höheres Lebensalter etc. einen Einfluß auf das soziale Engagement.

⁹⁹ Jung, H. (1994), S. 59

¹⁰⁰ Vgl. auch: Heinze, R. G./Bucksteeg, M. (1996)

¹⁰¹ Siehe Jakob, G. (1994), S. 223: Typus »Ehrenamtliches Engagement als Resultat eines familiären Handlungsschemas mit fremdaufgelegter biographischer Relevanz«

Beispielsweise hat das typisch weiblich dominierte traditionale Ehrenamt, bei dem sich Frauen aus gut situierten sozialen Verhältnissen und mit einer guten finanziellen Absicherung durch die Erwerbsarbeit des Ehemannes lebenslang (und verstärkt nach Beendigung der Erziehungsphase) engagierten, u.a. auch deshalb abgenommen, weil zunehmend mehr Frauen eine unabhängige Erwerbsarbeit anstreben. Mutterschaft wird seltener zum Anlaß, lebenslang aus dem Erwerbssystem auszusteigen, sondern wird zunehmend als eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit gehandhabt.

Andererseits erweitert eine steigende Lebenserwartung den Zeitraum *nach* der Erwerbstätigkeit und regt zu einer aktiven Gestaltung dieser biographischen Phase an. Die Aktivierung und die Integration von älteren Menschen in ein soziales Engagement durch sog. Seniorenbüros ist deshalb auch ein aktueller Schwerpunkt der politischen Planungen des BMFSFJ¹⁰².

2.2.1.3 Motiv- und Sinnquellen

(1) Motivlagen

Die jeweiligen Motive zu ehrenamtlichen Tätigkeiten sind äußerst vielfältig, je nach konkreter Aufgabe, Lebenslage und Persönlichkeit können sie unterschiedlich kombiniert werden.¹⁰³ »Studies of the motives of volunteers have shown that it is notoriously difficult to pinpoint accurately the reasons for participation in voluntary work.«¹⁰⁴ Mehrere empirische Untersuchungen haben die Motive ehrenamtlich Tätiger analysiert und sind zu Typologisierungen gekommen, die allerdings nur eingeschränkt miteinander vergleichbar sind.¹⁰⁵

Übereinstimmend zeigt sich, daß diese Motive in einer individualbiographischen Logik verankert sind, die jeweilige Form des ehrenamtlichen Engagements dementsprechend auch genützt wird und nicht zufällig oder willkürlich entsteht. Im folgenden wurden die unterschiedlichen empirischen Typologien in einer übergreifenden Form zusammengefaßt und auf weitere Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit erweitert. Die dabei rekonstruierten drei Hauptgruppen von Motiven für ehrenamtliche Tätigkeiten können in unterschiedlichen Variationen und kombiniert miteinander auftreten.

a) Realisierung einer religiös oder weltanschaulich fundierten Grundüberzeugung

Zu diesem Motivtypus gehören die Grundhaltungen des *traditionalen Ehrenamtes*. Wie Jakob (1993) ausführt, handelt es sich dabei um tradierte familiäre Handlungsschemata, die die gesamte Biographie mitbestimmen. Die Erfordernisse der kirchlichen bzw. verbandlichen Milieus sowie die selbstverständliche Pflichterfüllung dominieren über individuelle Motive.

¹⁰² Siehe BMFSFJ (1996)

¹⁰³ Vgl. Wuthnow, R. (1991, 1997), der die Vermischung unterschiedlicher Motivationslagen an Einzelfallstudien nachzeichnet

¹⁰⁴ Bulmer, M. (1987), S. 170

¹⁰⁵ Vgl. Heinze, R. G./Bucksteeg, M. (1996); Jakob, G. (1993, 1994); Müller-Kohlenberg, H. u.a. (1994); Nandai, E. (1996); Prokop, E. u.a. (1996)

Doch auch im *modernen Ehrenamt* finden sich vergleichbare Motivstrukturen: Es geht dann um die Realisierung kulturell tradierter Werte, wie Mitmenschlichkeit und Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft, die als bewußter Beitrag des Einzelnen zum Sozialstaat geleistet werden. Hintergrund ist ein soziales Verantwortungsbewußtsein und der Wunsch zu einem aktiven Beitrag zu gemeinschafts- bzw. gesellschaftsbezogenen Aufgaben.¹⁰⁶ Entscheidender Impetus für das Engagement ist das Gefühl einer moralischen Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber, das einer Abwägung von Rechten und Pflichten entspringt. Mit dieser modernen Variante hat das freiwillige soziale Engagement außerhalb der Erwerbsarbeit auch eine politische Komponente. Es ist nicht mehr selbstverständliche Pflichterfüllung christlich-moralischer Werte, sondern die bewußte Lebensgestaltung gemäß einer als gültig anerkannten Maxime. Biographische Grundlage des ehrenamtlichen Engagements auf dieser motivationalen Basis ist eine stabile Lebenssituation.

Auch bei den übrigen Tätigkeitsfeldern jenseits der Erwerbsarbeit, bspw. bei der *Öffentlichen Eigenarbeit* wird die Umsetzung einer ökologischen Gegenkultur als ein Motiv rekonstruierbar. Die grundsätzliche Kritik richtet sich in diesem Falle gegen Konsumgewohnheiten moderner Gesellschaften, in denen zeitaufwendiges Reparieren und individuelles handwerkliches Gestalten nicht mehr angemessen wertgeschätzt würden. Argumentiert wird, daß das Kaufen fertiger Waren gleichzeitig auch die Gestaltbarkeit übergeordneter Lebensbereiche normiere und eigene Ideen und Fertigkeiten unterdrücke.

b) Bewältigung von Lebenskrisen bzw. aktuellen Problemlagen

Ausgangspunkt für eine ehrenamtliche Tätigkeit dieses Typus ist eine persönliche Problemlage oder eine Lebenskrise. Es geht zentral um die Bewältigung von biographischen Bruchsituationen. Das freiwillige soziale Engagement dient als »Form einer Bearbeitungsstrategie für biographische Verletzungs- und Verlusterfahrungen«¹⁰⁷ und als »Problembearbeitungsstrategie bei eigener Betroffenheit«¹⁰⁸. Das Motiv für die Bereitschaft anderen zu helfen ist mit dem eigenen Bedürfnis verknüpft, neue Sinnhorizonte erschließen zu können, Bewältigungsmöglichkeiten für die eigene Problematik zu finden oder auch dazu, von den eigenen Problemen abgelenkt zu werden. Die Ergebnisse von Jakob (1994) weisen auch darauf hin, daß gerade ganz spezifische soziale Engagements, z.B. die ehrenamtliche Mitarbeit der Sterbebegleitung, Problembearbeitungen für Menschen ermöglichen, denen institutionalisierte Formen der Selbstthematizierung (wie Psychotherapie oder Selbsthilfegruppen) nicht angemessen erschienen.

Diese motivationale Grundlage ist auch bei anderen Tätigkeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit zu finden. So ist z.B. eine Krankheit oder eine Behinderung der eigenen Person oder im Familienkreis und das Scheitern bzw. die Ablehnung professioneller Helfer der klassische Auslöser für die Teilnahme an einer *Selbsthilfegruppe*. Hier steht die

¹⁰⁶ Der von Nadai (1996) rekonstruierte »Typus Gesellschaftsethos« stellt eine solche moderne Variante der Realisierung einer Grundüberzeugung dar.

¹⁰⁷ Jakob, G. (1994), S. 227

¹⁰⁸ Heinze, R. G./Bucksteeg, M. (1996), S. 110

Bewältigung eindeutig im Vordergrund. Die direkte oder antizipierte eigene Betroffenheit ist auch häufig der Ausgangspunkt für den Zusammenschluß von *Bürgerinitiativen*.

c) Erreichen persönlich wichtiger Ziele

Diese individualistische Motivlage kann mit sehr verschiedenen Zielrichtungen und Lebenslagen verbunden sein. In diesem Fall ist eine Nähe bzw. ein fließender Übergang zu professionellen Tätigkeiten durchaus erwünscht. Konzentration auf effektive Zielerreichung, Neuerwerb von Fertigkeiten und Qualifizierung sind wichtige Folgemotivationen. Zentrales gemeinsames Merkmal dieser Motivlage ist die biographische Neu- bzw. Umorientierung. Wesentlich dafür ist eine Grundhaltung der aktiven biographischen Gestaltung, wie sie Jakob in ihrer Typologie beschreibt: Die Lebensgeschichte dieses Personenkreises ist von einem »Ineinandergreifen von selbständiger biographischer Planung und der dazu parallel verlaufenden Entwicklung »passender« kollektiv-historischer Gesellschaftsveränderungen geprägt.«¹⁰⁹

In einer ersten Variante dieser Motivlage stehen gemeinschaftsbezogene Ziele im Vordergrund, an die sich jedoch ein konkreter persönlicher Bedarf knüpft. Die jeweiligen Ziele liegen bei *Vereinen und Bürgerinitiativen* auf der Hand: Sie sind die zentrale Grundlage des Zusammenschlusses und der Aktivität der einzelnen Mitglieder. Gerade in modernen projektförmigen Formen des Engagements in Bürgerinitiativen stehen häufig diese konkreten Ziele im Vordergrund. Die meisten von ihnen vereinigen sich zur Erreichung von konkreten Zielen, die jeweils den einzelnen Mitgliedern dient. Sie führen zu Zusammenschlüssen auf Zeit, z.B. die Gründung bzw. Teilnahme an einer Elterninitiative zur privaten Kinderbetreuung oder Aktivitäten in einer Bürgerinitiative zur Abwehr einer Mülldeponie in unmittelbarer Nachbarschaft. Nicht selten lösen sich solche Gemeinschaften auch mit Zielerreichung (oder deren entgültigem Scheitern) auf, z.B. die Kinder kommen in die Schule oder die Mülldeponie ist abgewehrt bzw. wird unabwendbar gebaut.

In ihrer zweiten Variante dient die Aufnahme eines ehrenamtlichen Engagements der biographischen Neu- bzw. Umorientierung im Sinne einer Zusatzqualifizierung. Diese Motivlage entsteht häufig bei Statuspassagen: Jugendliche in einer Orientierungsphase vor dem Berufseinstieg, Mütter nach der Erziehungsphase oder Erwerbstätige in der Übergangsphase in den Ruhestand. Manchmal wird das ehrenamtliche Engagement sogar als Übergang in den Arbeitsmarkt und damit als »Sprungbrett zur eigenen Professionalisierung«¹¹⁰ aufgenommen. Die ehrenamtliche Tätigkeit kann auch als adäquater Ersatz für den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben aufgenommen werden.

Exkurs: Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit

Freie Zeit ist eine wichtige Voraussetzung jeder Form des freiwilligen sozialen Engagements, jedoch sicherlich nicht die zentrale. Der theoretisch naheliegende Schluß, bei

¹⁰⁹ Jakob, G. (1994), S. 225 bezeichnet diesen Typus des ehrenamtlichen Engagements als »selbstgeschaffenes Handlungstableau zur diskursiven Bearbeitung von Konflikten und aktuellen Problemlagen«, was unserem Typ (b) näher stehen würde – u.E. steht hier aber in ihrer ausführlicheren Beschreibung des Typus das Veränderungsmoment im Vordergrund.

¹¹⁰ Prokop, E. u.a. 1996

Arbeitslosigkeit könne »volunteering zur Erneuerung der Kompetenz beitragen«¹¹¹ und damit den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben erleichtern, hat bislang keine große praktische Relevanz. Arbeitslose sind in allen Bereichen der Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit deutlich unterrepräsentiert.¹¹² Als eine Interpretation dieses sehr einheitlichen Befundes bietet sich die unterschiedliche biographische Perspektive an: »Während die Berufstätigen durch Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit häufig eine Um- und Neuorientierung ihrer Lebensgestaltung anstreben, ist Arbeitslosigkeit für die meisten eine Situation, die mit dem Wunsch nach Wiedererlangung eines Erwerbsarbeitsverhältnisses verknüpft ist, also letztlich auf die Wiederherstellung eines vergangenen Zustandes ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß *nach* dem Eintritt der Arbeitslosigkeit die Perspektive der Betroffenen darauf eingeengt ist, wieder in das Erwerbsarbeitssystem und auch möglichst in den erlernten Beruf zurückzukehren. Die Umorientierung auf unbezahlte Tätigkeiten ist genau in solchen Zeiten äußerst schwierig.«¹¹³

Nimmt man zusätzlich aber die Befunde zur »Dynamischen Arbeitslosigkeit«¹¹⁴ ernst, dann muß sich eine – zukünftig sogar noch steigende – Vielzahl von Personen auf mehrere kürzere oder längere Phasen der Arbeitslosigkeit im Laufe ihres Berufslebens einstellen. Hinzu kommt, daß es zunehmend weniger »monogame Beschäftigungsverhältnisse«¹¹⁵ geben wird, d.h. daß sich der Einzelne nicht länger darauf einstellen kann, lebenslang in *einem* Beruf und in *einem* Arbeitskontext erwerbstätig zu sein. »Deshalb brauchen auch diejenigen, die heute erwerbstätig sind, das Vertrauen in die Gestaltbarkeit ihrer Lebensführung und die Fähigkeit, sich immer wieder mit neuen Arbeits- und Lebensbedingungen auseinanderzusetzen, um besser für zukünftige Arbeitslosigkeits- und/oder berufliche Umorientierungsphasen gerüstet zu sein.«¹¹⁶

Aus der Untersuchung »Öffentliche Eigenarbeit«¹¹⁷ zeigt sich, daß Personen, die bereits vor dem Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit dort aktiv waren, diese Aktivitäten auch dann weiterführen, wenn sie nicht mehr erwerbstätig sind. Das in der Eigenarbeit gewonnene Selbstvertrauen in praktisch verwendbare Fähigkeiten *außerhalb* des eigenen Berufs fördert zudem die Zuversicht, notfalls auch in anderen Feldern beruflich tätig werden zu können. Ähnliche Effekte sind auch bei anderen Tätigkeitsfeldern jenseits der Erwerbsarbeit zu beobachten.

(2) Sinnquellen

In ihrer Übersicht über die »Helferrückwirkung« postuliert: Helfer »profitieren« durch ihre Hilfeleistungen oft mehr als der »Hilfsempfänger«.¹¹⁸ Dies gilt für professionelle HelferInnen ebenso wie für ehrenamtliche. Sie warnt jedoch vor der Versuchung, »soziales

¹¹¹ Paulwitz (1995), S. 2

¹¹² Für die Ehrenämter siehe Bock, T. (1994), S. 13; für die aktive Vereinsarbeit siehe Scheuch, E. (1993), S. 170; für die Öffentliche Eigenarbeit siehe Mutz, G. u.a. (1997)

¹¹³ Mutz, G. u.a. (1997), S. 103

¹¹⁴ Mutz, G. (1996)

¹¹⁵ Gross, P. (1995, 1996)

¹¹⁶ Mutz, G. u.a. (1997), S. 103-104

¹¹⁷ Mutz, G. u.a. (1997)

¹¹⁸ Müller-Kohlenberg, H. (1990), S. 212

Engagement allein deshalb zu propagieren, weil der Anbieter der Hilfe daraus für sich Vorteile ziehen kann«,¹¹⁹ denn »die Helferrückwirkung gehört zu den Phänomenen, die – wie Jon Elster es formuliert – als »Zustände, die wesentlich Nebenprodukt« sind, angesehen werden müssen. Diese psychischen (oder gesellschaftlichen) Zustände haben danach die Eigenschaft, daß sie *nur* als Nebenprodukt zu Handlungen entstehen können, die zu anderen Zwecken unternommen werden.¹²⁰

Die folgenden Sinnquellen sind weniger ausschlaggebend beim Beginn einer Tätigkeit jenseits der Erwerbsarbeit. Sie entsprechen dem Bedürfnis moderner Freiwilliger nach Reziprozität ihrer Tätigkeit und unterstützen die Fortführung des Engagements.

a) Kommunikativer Aspekt

In den meisten Studien wird an zentraler Stelle die Teilhabe an einer Gemeinschaft, der Gewinn durch die außerhäusliche Aktivität und damit die verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten als individueller `Rückgewinn` von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit genannt. Das Treffen und der kommunikative Austausch mit den anderen Aktiven sind dabei ebenso wichtig wie der persönliche Kontakt zu den Hilfebedürftigen.

b) Steigerung der eigenen Lebensqualität

Hier steht die Genugtuung, durch das soziale Engagement anderen eine Freude bereitet zu haben und eine Notsituation gelindert zu haben, im Vordergrund. »Wer Güte zeigt, indem er hilft, und dabei zugleich das Gefühl hat, aus eigenem Antrieb einer sozialen Norm oder kulturellen Wertvorstellung gerecht zu werden, die ihm persönlich wichtig ist, belohnt sich – psychosozial – selbst«¹²¹. Weitere wichtige Aspekte sind bspw. der Spaß an der Tätigkeit, die Befriedigung durch die Erfüllung einer Aufgabe, die Strukturierung des eigenen Alltags oder die Steigerung des Selbstwertgefühls durch den Kompetenzzuwachs.

c) Effekte der Tätigkeit

Hierbei geht es um den subjektiv nachvollziehbaren und relevanten Sinn im sozialen Engagement, um effektive und zielgerichtete Hilfeleistung. Gebraucht zu werden, erhält eine sehr wichtige Bedeutung. »Die Aktivität oder der Sozialkontakt allein sind nicht die entscheidenden Dimensionen, sondern die Überzeugung, in ein Sozialsystem eingebunden zu sein und darin etwas Sinnvolles leisten zu können; nützlich zu sein, um einen gemiedenen Ausdruck zu gebrauchen.«¹²² Dies gilt nicht nur für die ehrenamtlichen Tätigkeiten alter Menschen, für die Müller-Kohlenberg diese Aussage getroffen hat, sondern für eine große Zahl von ehrenamtlich Tätigen jeder Altersstufe.

d) Freiwilligkeit als zentrale Steuerung

Die Abwesenheit von ökonomischem, sozialen oder moralischem Zwang zur Aufnahme und Durchführung der ehrenamtlichen Tätigkeit ist ein weiterer wichtiger sinnstiftender

¹¹⁹ Ebd., S. 218

¹²⁰ Ebd., S. 218, mit Bezug auf Elster (1987), S. 141ff

¹²¹ Hegner, F. (1990), S. 42; zitiert nach Heinze, R. G./Bucksteeg, M. (1996), S. 92

¹²² Müller-Kohlenberg, H. (1990), S. 218

Faktor. Wird dieser Aspekt des sozialen Engagements z.B. durch von außen gesetzte Verpflichtungen eingeschränkt, dann verändert sich auch die innere Struktur des Ehrenamtes. In ihrem Vergleich zwischen bezahlter und unbezahlter Laienhilfe fanden Meyer/Budowski¹²³ deutlich unterschiedliche Motive der Helfer, sowie unterschiedliche Wünsche in bezug auf Tätigkeits- und Zeitstruktur sowie auf den Inhalt der Tätigkeit: So stand bei den (gering) bezahlten ehrenamtlichen Tätigkeiten der Professionalisierungsaspekt mehr im Vordergrund, die Tätigkeiten wurden längerfristiger und regelmäßiger unternommen. Als Einsatzzeit wurden Wochentage gewünscht. Inhalte der Tätigkeiten waren Haushalts- und Pflegehilfe. Bei den unbezahlten Helfern waren die Einsätze unregelmäßiger und weniger verbindlich, gewünscht wurden Aktivitäten am Wochenende für gemeinsame Unternehmungen mit den Hilfebedürftigen. Die Autoren betonen die gute Ergänzung beider Aktivitätsformen.

e) **Selbstbestimmung**

Ein zentraler positiver `Rückgewinn` des modernen Ehrenamtes ist die Freiheit, sich in bezug auf Dauer, Inhalt, Intensität, Verpflichtungsgrad etc. der jeweiligen Tätigkeit immer wieder neu orientieren zu können. Das soziale Engagement aus freien Stücken, gemäß der eigenen Entscheidung und ohne äußeren Zwang auszuüben, ist eine wichtige sinnstiftende Qualität der Tätigkeit.

2.2.1.4 Soziale Netzwerke als sozialstrukturell ungleich verteiltes Kapital

Soziale Netzwerke verkörpern das zentrale Beziehungsgeflecht eines Individuums und haben für dieses vielfältige Funktionen. In Modifikation einer Klassifikation von Walker/McBride/Vacon¹²⁴ unterscheiden wir folgende fünf Funktionen. Demnach sind soziale Netzwerke Orte/Gelegenheitsstrukturen

- für die Vermittlung von Information und sozialer Kontakte,
- für affektive, kognitive und materielle Unterstützungen,
- für die Organisation von Anerkennung und die Entwicklung von Identität,
- für soziale Kontrolle und
- für gruppenbezogenes Handeln und gemeinschaftliches, solidarisches Engagement.

Diese Qualität sozialer Beziehungen läßt sich unter einer sozialstrukturellen Perspektive auch als **soziales Kapital** begreifen, das einer Person zur Verfügung steht bzw. das sie im Laufe ihrer Biographie erwirbt und gestaltet. Mit Bourdieu wollen wir unter dem Sozialkapital »die Gesamtheit aller aktuellen und potentiellen Ressourcen verstehen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind; oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen«. ¹²⁵ Für die Reproduktion von Sozialkapital ist eine unaufhörliche Beziehungs-

¹²³ Meyer, P./Budowski, M. (1993), S. 243ff

¹²⁴ Walker, K. W./McBride, A./Vacon, M. L. S. (1977)

¹²⁵ Bourdieu, P. (1983), S. 190

arbeit in Form von ständigem Austauschakten erforderlich, durch die sich die gegenseitige Anerkennung immer wieder neu bestätigt. Bei der Beziehungsarbeit wird Zeit und Geld und damit indirekt auch ökonomisches Kapital verausgabt.¹²⁶

Eine andere, stärker auf die *System- als auf die Personenebenen bezogene Definition von sozialem Kapital* stammt aus der (sozioökonomischen) Theorie sozialen Handelns.¹²⁷ Hier wird das Sozialkapital als öffentliches Gut verstanden, das zur qualitativen Entwicklung des Humankapitals im weitesten Sinne bei(trägt), indem mit ihm zugleich Verpflichtungen, Erwartungen und Vertrauen zwischen Menschen vermittelt und erzeugt werden.¹²⁸ Die Höhe des Sozialkapitals ist abhängig vom aktiven sozialen Engagement des einzelnen für das Allgemeine.

Entgegen der zum Teil romantisierenden Vorstellung von 'einer besonderen Unterstützungsqualität sozialer Netzwerke in den unteren Schichten zeigt sich, daß auch das **soziale Kapital ungleich verteilt** ist. Diesen Befund haben eine Vielzahl empirischer Untersuchungen immer wieder bestätigt und differenziert¹²⁹. Obwohl mit sehr unterschiedlichen Schichtmodellen gearbeitet wird ist die Tendenz eindeutig: Je niedriger die soziale Schicht,

- desto kleiner und weniger vielfältig sind die sozialen Netzwerke,
- desto weniger an Unterstützungspotential gibt es,
- desto weniger werden die vorhandenen Unterstützungspotentiale genutzt,
- und desto schlechter ist die gesamte Hilfebilanz.

Grad und Struktur der sozialen Netzwerke: Die Ergebnisse zeigen eine »Globalisierung im Kleinen«: Menschen mit einer höheren Bildungs- und einem höheren Einkommen haben Netzwerke, die im Schnitt größer, multiplexer und räumlich weiter verstreut sind. Diese enthalten vor allem auch mehr Freundschaft- und Bekanntschaftsbeziehungen¹³⁰. Demgegenüber besitzen Angehörige unterer sozialer Schichten vergleichsweise kleinere, dichte soziale Netzwerke.¹³¹ Mit abnehmenden Bildungsstand reduziert sich auch die Zufriedenheit mit dem eigenen Netzwerk.¹³²

Unterstützungspotential: Dies ist die bislang am besten untersuchte Funktion sozialer Netzwerke. Hier gibt es besonders zahlreiche Befunde, die zeigen, daß soziale Netzwerke mit zunehmender Schicht insbesondere »mehr an kognitiv-affektiven Formen der sozialen Unterstützung vermitteln«.¹³³ Auch wird ein umfassenderes Engagement von Hilfeleistungen sowohl im Freundes- wie auch Verwandtschaftskreis konstatiert.¹³⁴ Demgegenüber benennen Unterschichtsangehörige deutlich weniger Quellen informell-

¹²⁶ Ebd., S. 193

¹²⁷ Vgl. u.a. Coleman, J. (1988), Fukuyama, F. (1995)

¹²⁸ Meier, B. (1996), S. 14

¹²⁹ Vgl. zur Übersicht Belle, D. (1983), Vaux, A. (1988), Keupp, H./Röhrle, B. (1987), Keupp, B. (1988), Diewald, M. (1991), Röhrle, B. (1994)

¹³⁰ Fischer, C. S. u.a. (1977), Fischer, C. S. (1982), Diewald, M. (1986), Mayr-Kleffel, V. (1991)

¹³¹ Röhrle, B. (1994)

¹³² Weinberger, M./Hiner, S. L./Tierney, W. M. (1987)

¹³³ Diewald, M. (1991), S. 117

¹³⁴ Ebd., S. 242

er Hilfe und berichten über eine vergleichsweise geringere Menge an sozialer Unterstützung, insbesondere bei schweren Krisen oder Krankheiten.¹³⁵ Dies gilt von der Tendenz für beide Geschlechter, wobei Männer gegenüber Frauen insgesamt weniger Unterstützungspotentiale haben.

Nutzung der Unterstützungspotentiale: Unterschiede ergeben sich auch im Umgang mit den Unterstützungsmöglichkeiten eines sozialen Netzwerkes. Die Nutzung der verschiedenen Funktionen/Potentiale ist offensichtlich von Kompetenzen und Fertigkeiten abhängig, die mit zunehmenden Bildungsniveau steigen:

»Wir haben Anhaltspunkte dafür, daß informelle Hilfen von Angehörigen der unteren sozialer Schichten sowohl im allgemeinen als auch speziell bei Belastungen ... vergleichsweise weniger gut verwertet werden.«¹³⁶

Insgesamt fällt dadurch die **Hilfebilanz** für Personen niedriger sozialer Schichten ungünstiger aus. Es zeigt sich, daß eine höhere Schulbildung vor allem mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einher geht, daß die betreffende Personen in beiden Richtungen in die informelle Netzwerkhilfe eingebunden sind, d.h. daß sie sowohl Hilfe leisten, als auch welche erhalten. Im Hinblick auf die Einseitigkeit der Hilfebilanz gibt es noch eine interessante geschlechtsspezifische Variation: Frauen mit höherer Schulbildung sind signifikant seltener in Beziehungen eingebunden, in denen sie einseitig Hilfe leisten, ohne auch welche zu erhalten.¹³⁷

Auch beim **Engagement in Vereinen, Initiativen und Parteien** zeigen sich analoge soziale Unterschiede. Frühere Untersuchungen bestätigen unsere SOEP-Analysen. Bei einer Auswertung von Daten des Familiensurveys zeigt Mayr-Kleffel¹³⁸ für Frauen, daß das Engagement in Vereinen und Initiativen mit der Schichtzugehörigkeit zunimmt. Diese Ergebnisse sind unter einer Perspektive sozialer Ungleichheit doppelt relevant, weil die Ergebnisse einer Substitutionsthese widersprechen:

- Es ist *nicht* so, daß diejenigen die erwerbstätig sind, Nebentätigkeiten ausüben oder in Vereinen aktiv sind, keine informelle Netzwerkhilfe leisten (das wäre im Sinne der Substitutionsthese), sondern umgekehrt sind es »gerade die allgemein engagierten, aktiven Menschen, die sich auch in informellen Netzwerkhilfen engagieren und zwar in besonderem Maße sowohl für Verwandte als auch für Freunde«¹³⁹.
- Die Mitgliedschaft in Vereine, Initiativen und Parteien ersetzt nicht andere verlässliche enge Beziehungen, sondern kreierte im Gegenteil solche. Das freiwillige soziale Engagement birgt also einen Schatz an 'starken' und schwachen Bindungen¹⁴⁰.

Fazit: Diese Befunde zu **Soziale Netzwerken als sozialstrukturell ungleich verteiltes Kapital** gewinnen ihre Relevanz vor allem auch durch den gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß. Gemeint ist damit zum einen die allgemeine Erosion der Integrations-

¹³⁵ Röhrle, B. (1994)

¹³⁶ Röhrle, B. (1994), S. 201

¹³⁷ Diewald, M. (1991), S. 202

¹³⁸ Mayr-Kleffel, V. (1991)

¹³⁹ Diewald, M. (1991), S. 242

¹⁴⁰ Mayr-Kleffel, V. (1991), S. 188; vgl. auch Fischer, C. S. (1982)

kraft sozialer Großgruppen, in deren Folge die kleinen soziale Netzwerke der Individuen immer wichtiger werden. Zum zweiten verlieren die biographisch mitgelieferten Beziehungsmuster (wie Verwandtschaft) gegenüber den aktiv erworbenen (Freundschaften) an Bedeutung. Zwar zeigen Vergleichsdaten von 1978 bis 1988, daß die Zunahme der Freundschaftsbeziehung über die Schichten von der Zahl her in etwa gleich hoch ist, allerdings auf unterschiedlichem Niveau bleibt¹⁴¹. Bedenkt man allgemein die zunehmende Bedeutung haushaltsübergreifender Unterstützungspotentiale und zwar vor allem zwischen Nichtverwandten nehmen damit heute genau jene Netzwerkeile an Bedeutung zu, bei denen der Unterschied zwischen den verschiedenen Schichten besonders deutlich ausfällt.¹⁴² Wer hier über geringere Potentiale verfügt oder/und die Kompetenzen nicht hat, diese zu nutzen, hat in einer sich individualisierenden Gesellschaft entscheidende Nachteile.

2.2.2 Jugendspezifische Tätigkeitsmuster und Bereitschaften

2.2.2.1 Synopse aktueller repräsentativer Jugendstudien

(1) Werte – Orientierungen – Politik

Die Frage, ob Jugendliche Wertorientierungen haben, die ihnen nahelegen, sich außerhalb von Erwerbsarbeit zu engagieren, läßt sich trotz oder gerade aufgrund einer hohen Selbstbezogenheit bejahen. Wertehierarchien zeigen den von Inglehart beschriebenen Effekt, daß in Industriegesellschaften bei ihrem Übergang zu Dienstleistungsgesellschaften materielle oder materialistische Werte immer mehr an Relevanz verlieren, während Werte, wie z.B. Selbstverwirklichung und Mitbestimmung an Bedeutung zunehmen¹⁴³. Damit bestätigen sich für Deutschland Trends, die im internationalen Vergleich konstatiert werden¹⁴⁴. Bezogen auf die Frage nach dem sozialen Engagement von Jugendlichen zeigt sich folgendes Bild:

»Gegenwelt«. Die Shell-Studie¹⁴⁵ konstatiert, daß Jugendliche für sich und andere Werte aufstellen, die eine »Gegenwelt zur verfaßten Politik« darstellen. In einer Liste von Werten von Jugendlichen¹⁴⁶ sind zwei Schwerpunkte zu erkennen: große Relevanz haben für Jugendliche Werte, die den zwischenmenschlichen Bereich und die Kommunikation betreffen (z.B. Offenheit, Ehrlichkeit, Toleranz, Akzeptanz, Gewaltfreiheit, Kompromißfähigkeit etc.). Diese Werte sind jedoch nicht nur in ihrem Binnenbereich für sie wichtig, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Jugendlichen gehen davon aus, daß eine Erfüllung dieser Werte eine Aufgabe der Politik sein sollte – jedoch aus ihrer Sicht nicht ist. Deshalb fühlen sich die meisten Jugendlichen von PolitikerInnen

¹⁴¹ Diewald, M. (1991), S. 246

¹⁴² Ebd., S. 249

¹⁴³ Silbereisen, R. K. u.a. (1996), S. 49ff; Hanns-Seidel-Stiftung (1996), S. 18

¹⁴⁴ Wilkinson, H. (1997), S. 116

¹⁴⁵ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 35

¹⁴⁶ Ebd., S. 65

ge- und enttäuscht und mißtrauen ihnen. Dieses Ergebnis wird in allen Jugendstudien hervorgehoben.¹⁴⁷

Dichotome Weltsicht. Politik/PolitikerInnen bieten für Jugendliche nur wenig Orientierungsmöglichkeiten. Eine »dichotome Weltsicht« – »die da oben – wir da unten«¹⁴⁸ – zeigt eine eher ohnmächtige Haltung der Jugendlichen gegenüber Staat und Politik. Mögliche Vermittler, wie z.B. Gewerkschaften oder Kirchen, werden zwar wahrgenommen, jedoch als nicht so einflußreich wie z.B. die Wirtschaft eingeschätzt. Die Vorstellungen der Gewerkschaften etwa werden an sich positiv beurteilt; gleichzeitig wird ihnen aber bei der Lösung des größten Problems – der Arbeitslosigkeit – wenig zugetraut (Emnid, 1997, 15).

Macht als Anathema. Eine Auseinandersetzung mit Macht wird von den Jugendlichen umgangen, um sich selbst nicht schmutzig und unglaubwürdig zu machen. »Vermieden wird damit eventuell, sich dem Thema 'Macht' überhaupt zu stellen«¹⁴⁹. Auch die Ebene gesellschaftlicher Ideologien wird von ihnen mit großer Distanz betrachtet. Insgesamt zeigt sich, daß Jugendliche sich nicht an vorhandenen Gesellschaftsentwürfen wie Kommunismus, Sozialismus oder Kapitalismus orientieren, vielmehr herrscht eine generelle Skepsis gegenüber Gesellschaftsideologien¹⁵⁰.

(2) Soziales und gesellschaftliches Engagement

(2.1) Einschätzung der Wichtigkeit vs. konkretes Handeln

Alle Studien stützen die Feststellung, daß Jugendliche soziales Engagement für wichtig halten. So zeigt sich beispielsweise in der IBM-Jugendstudie eine hohe Zustimmung bei der Frage nach der Wichtigkeit von sozialem/gesellschaftlichem Engagement. 70% halten gesellschaftliches Engagement des Einzelnen in der Gesellschaft für wichtig. 8% bezeichnen sich als »stark« und 59% als »etwas engagiert«. Insgesamt 32% jedoch empfinden sich selbst als »überhaupt nicht engagiert«.¹⁵¹

Die große Mehrheit erkennt also die Bedeutung von gesellschaftlichem Engagement für sich an. Festzustellen ist allerdings bei einer Vielzahl von Themen eine Diskrepanz zwischen Interesse an einem Engagement und der tatsächlichen Umsetzung. Dies wird auch von den Jugendlichen selbst wahrgenommen und selbstkritisch vermerkt¹⁵². Für die Kirchen gilt diese Diskrepanz jedoch – laut IBM-Studie – nicht. Ein Engagement wird dort von 10% der Jugendlichen als »wichtig« angesehen, und tatsächlich sind auch 10% aktiv. Am häufigsten engagieren sich Jugendliche in ihrem *privaten Umfeld* (wichtig: 50%, aktiv: 53%), aber vor allem auch im *Umweltschutz* (wichtig: 84%, aktiv: 21%) und im *sozialen Bereich* (wichtig: 62%, aktiv: 22%). Der Anteil der Mädchen bzw. Jungen Frauen ist dabei fast durchgehend höher.¹⁵³ Festzustellen ist auch,

¹⁴⁷ stellvertretend: Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 34ff u. S. 295ff; Emnid (1997), S. 4f

¹⁴⁸ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 52

¹⁴⁹ Ebd., S. 53

¹⁵⁰ Ebd., S. 57

¹⁵¹ IBM-Jugendstudie (1995), S. 66f

¹⁵² Hanns-Seidel-Stiftung (1996), S. 23

¹⁵³ IBM-Jugendstudie (1995), S. 67ff

daß Jugendliche aus dem Osten ihr Engagement deutlich häufiger in Handeln umsetzen als Jugendliche aus dem Westen, obwohl letztere höhere Ansprüche formulieren¹⁵⁴.

Über die Auslöser für ein aktives Engagement besteht wenig Klarheit. Die Aussage einer Jugendlichen zu Beweggründen von Engagement ist bezeichnend: »Es gibt so vieles an Motivation.«¹⁵⁵ – und anscheinend muß vieles zusammenkommen, damit aus der Motivation ein Handeln wird. Wissen allein jedenfalls führt offensichtlich nicht zum aktiven Engagement. Anstöße können von den Eltern und von Institutionen kommen, indem z.B. konkrete Angebote an die Jugendlichen herangetragen werden (Beispiel: Schulsprecher). Einen der wichtigsten Beweggründe stellen Freunde aus dem Peer-Netzwerk dar, die bereits aktiv sind.¹⁵⁶ Die Autoren der Shell-Studie stellen zudem die These auf, daß frühe(re) Erfahrungen mit Engagement sich positiv auswirken, sich weiter sozial und gesellschaftlich zu engagieren. Andererseits bedeutet das Fehlen solcher frühen Erfahrungen offensichtlich nicht, daß nie Engagement entwickelt wird. Und: einmal engagiert gewesen sein, kann heißen, sich immer wieder zu engagieren oder gar kein Engagement mehr zu entwickeln. Festzuhalten bleibt, daß die Jugendlichen auch in ihrem Engagement flexibel, je nach ihrer aktuellen privaten Situation reagieren.¹⁵⁷

(2.2) Vergleich mit früheren Jugendstudien

Ein Vergleich der aktuellen Befunde mit früheren Shell-Studien aus den Jahren 1981, 1985 und 1992 zeigt in der Tendenz qualitative und quantitative Veränderungen des Engagements von Jugendlichen. Allerdings liegen aus diesen Studien weder absolute Zahlen vor, noch wurden identische Instrumente eingesetzt. Deswegen sagen sie mindestens ebensoviel über die jeweils zeitgenössische Jugendforschung wie über die Jugendlichen selbst. Vergleicht man die Ergebnisse der Shell-Studien, stellen sich folgende Fragen:

- Hat sich etwas in der Orientierung, Handlungen oder auch den Begründungsmustern von Jugendlichen hinsichtlich der Bedeutung von Arbeit und sozialen Engagements etwas verändert?
- Welche Tendenzen oder Veränderungen lassen sich in den Bereichen des Engagements von Jugendlichen erkennen?

Shell-Studie: Jugend '81

Der Jugendprotest zu Beginn der 80er Jahre zeigt sich vor allem in alternativen Gruppen. Das Motto für die Jugendlichen war u.a.: »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv.«¹⁵⁸ Die Jugendlichen werden aufgeteilt in diejenigen, die einen engagierten Protest zeigen, und diejenigen, die in eine konservative Richtung tendieren und vor allem in Vereinen, Sport und Freizeitorientierung ein eher abgewendetes politisches Engagement zeigen.¹⁵⁹

¹⁵⁴Ebd., S. 69

¹⁵⁵ Jugendwerk der Deutschen Shell, (1997), S. 88

¹⁵⁶ vgl. div. Porträtstudien in der Shell-Studie (1997)

¹⁵⁷ vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 64

¹⁵⁸ Zinnecker, J. (1981), S. 448

¹⁵⁹ Zinnecker, J. (1981), S. 506ff; Fischer, A./Fuchs, W. (1982)

Dabei bestimmen bei den in der Alternativbewegung Engagierten eher nonmaterielle Werte (Lebensqualität, Freiheit, non-materialistisches Lebensgefühl, während für die »Konservativen« der Erwerb von modernem Berufswissen einen sehr hohen Stellenwert hat.¹⁶⁰ Insgesamt zeigen 50-80% (je nach Altersgruppe) Sympathie für engagierte Protestbewegungen.

Die Studie sieht einen Zusammenhang von Zuversicht in die Zukunft und gesellschaftlichem und politischem Engagement: eher pessimistische Jugendliche zeigten ein deutlich höheres Engagement, v.a. in den sich zu dieser Zeit aufkommenden Protestbewegungen.¹⁶¹ Auch ein höherer Bildungsgrad führt zu höherem Engagement.¹⁶²

Shell-Studie: Jugend '85

In der Shell-Studie von 1985 bildet sich der Lehrstellenmangel in der ersten Hälfte der 80er Jahre ab. Für 2/3 der Jugendlichen der 80er Jahre steht das Thema des Mangels an Ausbildungsplätzen und Arbeit im Vordergrund.¹⁶³ Die Tendenzen der politischen Orientierung von 1981 bleiben erhalten: die Polarität von eher Konservativen (CDU/CSU-Anhänger) einerseits, und Alternativen (Grün/Alternative) andererseits zeigt sich weiterhin, wobei das Veränderungspotential der Grünen-Anhänger hoch, das der CDU/CSU-Anhänger deutlich schwächer ausgeprägt ist. »Der eher unkonventionellen Lebensplanung der Grünen-Anhänger entspricht ihr unkonventionelles politisches Engagement.«¹⁶⁴ Auch der Zusammenhang von pessimistischer Beurteilung der gesellschaftlichen Zukunft und der Bereitschaft zu sozialem und politischem Engagement läßt sich trotz einer Tendenz zu vermindertem Pessimismus weiterhin feststellen.¹⁶⁵

Die Bereitschaft zum Widerstand ist eines der Hauptkennzeichen der Anhänger der Grünen¹⁶⁶. Diese Gruppe sieht auch am ehesten Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft, obwohl es Unklarheit bzw. Uneinigkeit über genaue Schritte oder Möglichkeiten gibt, Veränderungen herzustellen.¹⁶⁷

Insgesamt bringt die Shell-Studie 1985 sehr wenige präzise Informationen über Umfang und Formen sozialen Engagements von Jugendlichen. Sie bestätigt in erster Linie die Tendenzen der '81er Studie hinsichtlich des Zusammenhangs von Engagement und politischer Orientierung.

In der Zusammenschau der Shell-Studien 1981 und 1985 zeigt sich, »daß die westdeutsche Jugend zu Beginn der achtziger Jahre die Qualität einer *eigenen Generationsgestalt* gewonnen hat. (...) Diese Jugendgeneration erfährt sich als (Mit-) Träger einer Welle von sozialen Protestbewegungen, die ihren Ausgangspunkt bei den Hausbesetzern 1980/81 und ihren vorläufigen Höhepunkt in der Friedensbewegung fand. Diese Generation provozierte eine in der Geschichte der Bundesrepublik herausragende Generaldebatte über Jugend, die die beiden vorangegangenen Jugenddebatten – Halb-

¹⁶⁰ Zinnecker, J. (1982), S. 504

¹⁶¹ Vgl. Fischer, A./Fuchs, W. (1982), S. 385ff

¹⁶² Ebd., S. 372

¹⁶³ Fischer, A. u.a. (1985), S. 21

¹⁶⁴ Ebd., S. 27

¹⁶⁵ Ebd., S. 27

¹⁶⁶ Fischer, A. (1985), S. 129

¹⁶⁷ Ebd., S. 132

starken-Debatte Ende der fünfziger und Debatten über die Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre – an Umfang und prinzipiellen Gewicht deutlich übertrifft. Schließlich sah diese Jugendgeneration noch die Etablierung einer Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik, die die in ihr lebendigen Werte und Lebensstile wenigstens als Minderheitenposition auf der Bühne der öffentlichen Rhetorik formulierte, die politisch-offizielle Durchsetzung der grünen Partei.«¹⁶⁸

Shell-Studie: Jugend '92

Die Shell-Studie 1992 beschreibt die Einstellung der Jugendlichen zu sozialem Engagement pointiert in der Formulierung: »Soziale Bewegung und politische Aktion: Ja – aber ohne mich!«¹⁶⁹ Trotzdem unkonventionelle und basisnahe Formen politischen Handelns weiterhin breite Zustimmung erfahren, läßt sich erkennen, daß für Jugendliche soziale Bewegungen an mobilisierender Kraft verloren haben. Nach wie vor werden vor allem Gruppen unterstützt und attraktiv gefunden, die sich als soziale Bewegungen verstehen (z. B. Umweltschutz, Friedensbewegung, Kernkraftgegner), aber »1991 sind soziale Bewegungen Teil der Allgmeinkultur« der Jüngeren geworden und haben keinen Differenzierungs- und Polarisierungseffekt mehr.¹⁷⁰

»Mit dem Rückgang des Engagements für soziale Bewegungen korrespondiert der zwischen 1981 und 1991 der kleiner gewordene Anteil der Jugendlichen, die sich für die Grünen als Partei erwärmen, ebenso wie der gewachsene Anteil derer, die für keine Partei Sympathie empfinden.«¹⁷¹

Bemerkenswert ist, daß die lebensgeschichtliche Verortung sozialer Bewegungen innerhalb der Jugendphase sich in interessanter Weise von den jungen Erwachsenen auf die *jungen Jugendlichen* hin verschoben hat. Die Aktivisten der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre waren ältere Adoleszente. 1984 finden wir 22% der 21-24jährigen im Vergleich zu 10% der 15-17jährigen darunter. Dagegen lauten die Prozentzahlen im Jahre 1991: 13%, jeweils bei Jüngern und Älteren im Westen, 18% Jüngere und 16% Ältere im Osten. Die Verjüngung der Bewegung geht mit dem Bild zusammen, das die Golfkriegs-Demonstrationen 1991 zeigten. Es waren vielfach jüngere Schüler, die aus den Schulen auf die Straßen zogen.¹⁷²

Die Studie zeigt Unterschiede in sozialen Engagement zwischen Ost- und Westjünglichen. Zusammenfassend wird festgestellt, daß Ost- und Westjünglichen zwar ähnlich politisch bzw. unpolitisch sind, die Ostjünglichen allerdings »einen Tick ›politischer‹(sind), was Interesse und Engagement ... anbelangt«.¹⁷³ Auffällig ist, daß die Ostjünglichen schon kurz nach der Maueröffnung in ihren Sympathien für unkonventionelle Beteiligungsformen den Westjünglichen kaum nachstehen.¹⁷⁴ Sie engagierten sich dabei vor allem an den Rändern der evangelischen Kirchen, teilweise im

¹⁶⁸ Ebd., S. 27

¹⁶⁹ Zinnecker, J./Fischer, A. (1992), S. 216

¹⁷⁰ Ebd., S. 217

¹⁷¹ Ebd., S. 217

¹⁷² Ebd., S. 219

¹⁷³ Ebd., S. 220

¹⁷⁴ Kühnel, W. (1992), S. 68

Schatten staatlich verwalteter Organisationen (z.B. Umweltschutzgruppen und FDJ-Jugendklubs), wie überhaupt in halböffentlichen Nischen und privaten Räumen.¹⁷⁵ Sympathie und Engagement zeigten die Ostjünglichen vor allem für die Ökologiebewegung (18,6% rechnen sich dazu und 59,2% sympathisieren damit).¹⁷⁶ Zusammenfassend können folgende Tendenzen festgestellt werden:

- Zu Beginn der 80er Jahre gab es einen qualitativen und quantitativen Schub im Bereich des Engagements von Jugendlichen im Zuge der veränderten politischen Partizipationsformen der neuen sozialen Bewegungen. Für die Jugendforschung stellte sich daher eher die Frage, in welchen Bereichen sich Jugendliche engagieren bzw. zu welchen Gruppen sich Jugendliche zuordnen.
- Die Frage, warum Jugendliche sich engagieren, stellte sich in diesem Maße gar nicht, da sie sich gerade in dieser Phase in hohem Maße engagierten, wenngleich aus den Shell-Studien nicht klar hervorgeht, wie, wann und in welchem Umfang Jugendliche sich engagierten. Diese Frage tauchte erst zu Beginn der 90er Jahre auf, als sich der 'Aktivitäts-Level' und die Orientierungen der Jugendlichen verändert.
- In dem Maße, wie sich die Artikulationsformen der Jugendlichen verändert haben, mußte sich auch die Jugendforschung darauf einstellen und andere Fragen formulieren: es geht nicht nur um den Umfang des sozialen Engagements, das als gegeben angenommen wird, sondern um die Frage, warum, wann, wie und in welchem Umfang Jugendliche sich tatsächlich engagieren.

(2.3) Warum, wofür und in welcher Form engagieren sich heute Jugendliche?

Die aktuellsten deutschen Jugendstudien bestätigen internationale Trends. Danach engagieren sich Jugendliche und junge Erwachsene zum einen bei bestimmten politischen Einzelthemen, bei denen sie eine unmittelbare Wirkung erwarten können, und zum anderen in Fragen der »Politik der Lebensführung« im Gegensatz zu sozialen oder wirtschaftlichen Themen.¹⁷⁷ Die Engagements sind vor allem themenorientiert. Es lassen sich zwei *Motivbündel* für soziales Engagement erkennen, die altersspezifisch differenziert sind:¹⁷⁸

1. Jüngere zeigen eher eine *situationsbezogene Motivation*, d.h. sie wollen mit Freunden etwas machen und zwar etwas anderes, als was sie in der Schule oder im Betrieb machen müssen. Auch hier zeigt sich, daß bestimmte Nutzenmotive, wie z.B. mehr Geld oder Freistellung von Schule/Arbeit, nur eine nachrangige Rolle spielen (vgl. die Thesen von Inglehart zum Wertewandel).
2. Ältere haben vor allem eine *projekt- und zielorientierte Motivation*. Darunter ist der Wunsch nach Mitbestimmung und nach Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten einzubringen, zu verstehen. Besonders wichtig ist, daß das Ziel erreichbar ist.

¹⁷⁵ Ebd., S. 68

¹⁷⁶ Ebd., S. 69

¹⁷⁷ Wilkinson, H. (1997), S. 115

¹⁷⁸ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 70f

Die Shell-Studie beschreibt die zugrundeliegende individualisierte Begründungslogik Jugendlicher folgendermaßen: »Ich muß etwas ändern, damit sich insgesamt etwas ändert«. Grundlegend für ihr Engagement ist, daß es Chancen zur Veränderung von sich selbst, der Gesellschaft und des Staates bieten muß. Das ist aus Sicht der Jugendlichen nur oder vor allem im direkten sozialen Kontakt und mit kleinen Schritten möglich und nicht in der verfaßten Politik. Das Engagement der Jugendlichen ist geprägt von der Vorstellung, durch das eigene Verhalten auf andere direkt einzuwirken bzw. von anderen direkt zu lernen. Ihr Handeln ist geleitet von einer hohen Werterwartung bezüglich Ehrlichkeit, Authentizität, Verstehen, Akzeptieren und Dialog: »Man muß bei sich selbst anfangen, muß selbst sozusagen Vorbild für andere sein, damit sich langsam aber sicher auch insgesamt, gesellschaftlich gesehen etwas zum Positiven verändert, so lautet – zusammengefaßt – die Devise.«¹⁷⁹

Als Themen sind in Deutschland v.a. soziale Fragen und der Umwelt- und Tierschutz wichtig.¹⁸⁰ Engagement findet nur in Organisationen statt, mit denen aufgrund ihrer Wertorientierung eine hohe Identifikation möglich ist¹⁸¹. Doch auch dort verändert sich der Grad der Identifikation und die Form des Engagements. Gerade im Umweltbereich zeigt sich eine deutliche Verlagerung vom Identifikations- in den Sympathiebereich.¹⁸² Jugendliche sind dort immer weniger überzeugtes Mitglied, sondern nehmen immer häufiger die Position eines Zuschauers oder begrenzten Nutzers ein.

Sehr viel häufiger engagieren sich Jugendliche über Formen nicht-institutionalisierter politischer Partizipation, d.h. punktuell, spontan und kurzfristig, z.B. bei Demonstrationen, Unterschriftenaktionen etc.¹⁸³ Festzustellen ist: »Jugendliche engagieren sich dann in Politik und Gesellschaft, wenn dies in ihrem unmittelbaren, direkten Bezugskreis möglich ist, da sie dort davon ausgehen, etwas konkret und direkt bewirken zu können, ohne korrumpiert und vereinnahmt zu werden. Sie finden »kleine Schritte« in einer möglichst hierarchiefreien Umgebung wesentlicher als den großen öffentlichen Erfolg.«¹⁸⁴

(3) Interessen der Organisationen vs. Interessen der Jugendlichen

Jugendliche haben grundsätzliches Interesse an einer Mitarbeit in Vereinen und Organisationen.¹⁸⁵ Eine Sozialisation durch Verhaltensnormen dieser Vereine oder Organisationen lehnen sie jedoch strikt ab.¹⁸⁶ Daraus folgt, daß sich Strukturen der Vereine/-Organisationen an Bedürfnissen der Jugendlichen orientieren müssen.

Glaubwürdigkeit. Zentrale Bedingung für Engagement im Rahmen einer Organisation ist, daß diese, wie z.B. Naturschutzorganisationen, Bürgerinitiativen, Tierschutz, aber auch Kirchen, Glaubwürdigkeit ausstrahlen müssen. Für Jugendliche ist es wichtig, sich für eine

¹⁷⁹ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 70f

¹⁸⁰ IBM-Jugendstudie (1995), S. 67

¹⁸¹ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 35; Schmidtchen, G. (1997), S. 270f

¹⁸² Ebd., S. 21

¹⁸³ Ebd., S. 18f; Silbereisen, R. K. u.a. (1996), S. 104 u. S. 108

¹⁸⁴ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 35

¹⁸⁵ Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung (1996), S. 23

¹⁸⁶ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 18

Sache zu engagieren, die sie inhaltlich gut und richtig finden, d.h. aus »idealistischen Gründen« und nicht wegen persönlicher Erfolge wie Geld und Erfolg¹⁸⁷.

Sinn. Eine weitere zentrale Forderung ist, daß das Engagement sinnvoll erscheinen muß.¹⁸⁸ Ein Erfolg muß sichtbar und möglich sein und wird verstanden als Effekt von kleinen Schritten.

Sich selbst treu bleiben dürfen. Organisationen machen »Angst vor Vereinnahmung« und negativer Persönlichkeitsveränderung¹⁸⁹. Jugendliche lehnen institutionelle Aufstiegswege des Hochdienens ab und wünschen sich einen Rau, bei sich selbst bleiben zu können. Sie haben großes Unbehagen gegenüber Hierarchie, Dominanz und Macht: »Man will sich dem nicht aussetzen und umgeht dies, indem man sich gar nicht erst in eine solche Situation bringt.«¹⁹⁰.

Überschaubarkeit. Ausmaß und Dauer einer organisatorischen Bindung müssen überschaubar bleiben.

Verbindung zur eigenen Lebenswelt. Das Engagement darf nicht mit anderen erlebnisorientierten Freizeitbeschäftigungen in Konkurrenz treten, sondern soll sich womöglich umgekehrt mit diesen verbinden lassen (vgl. Formen der Selbstorganisation in der Rave- und Techno-Szene).

Spaß. Viele Organisationen sind den Jugendlichen zu unlustig: »Ohne Spaß kein Engagement.¹⁹¹ Wilkinson fordert daher, in Politik und Organisationen neue Formen der Beteiligung zu entwickeln, z.B. auch mit Hilfe neuer Technologien (Chance der Vernetzung/Kommunikation durch neue Technologien).¹⁹²

(4) Gesellschaftliches Engagement und Individualisierung

Alle Studien machen deutlich, daß sich gerade an den Einstellungen und dem Verhalten der jeweils befragten Jugendlichen bezüglich des sozialen und politischen Engagements außerhalb von Erwerbsarbeit konsequente Umsetzungen von Faktoren des Individualisierungsprozesses zeigen: Jugendliche zeigen hohe Mobilität und Flexibilität, ob psychisch oder räumlich, ohne dabei traditionelle Lebensentwürfe total in Frage zu stellen – im Gegenteil. Festzustellen ist ein hoher Grad an Selbstreflexivität, was subjektiv einerseits zu großer Ernüchterung und weitverbreiteten Zukunftsängsten (bezüglich Arbeitslosigkeit, der größten Angst der Jugendlichen)¹⁹³ führt, andererseits – und als Gegenpol dazu – aber auch zu einem großen Bedürfnis nach Selbst- und Fremdwahrnehmung, nach

¹⁸⁷ Vgl. Emnid (1997), S. 8

¹⁸⁸ vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 71

¹⁸⁹ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 76

¹⁹⁰ Ebd., S. 77

¹⁹¹ Ebd., S. 83

¹⁹² Wilkinson, H. (1995), S. 8

¹⁹³ Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (1997)

Erlebnissen und nach Spaß im Sinne von Lebensfreude. Dies zeigt sich in den Vorstellungen der Jugendlichen zur Erwerbsarbeit, vor allem aber an den von ihnen gewählten Formen sozialen Engagements.

Die Motivationen, sich sozial zu engagieren, sind eher intrinsisch und Zeichen von Individualisierung. Soziales Engagement ist für Jugendliche eine Möglichkeit, Leben für sich selbst sinnvoll und sinnvoll zu gestalten. Das soziale Engagement beinhaltet dabei für Jugendliche auch und vor allem Individualismus, allerdings im gesellschaftlichem Zusammenhang: auch Jugendliche wollen »Schwimmer in einer Schar von Schwimmern« sein.¹⁹⁴ Und insofern sind Individualismus und Engagement – unter gewissen Voraussetzungen – zu verbinden:

Engagement muß sich lohnen. »Die Sache muß sich lohnen« für einen selbst und auch für die Organisation. Individualismus im Engagement bedeutet, engagiertes Verhalten auch unter einer Nutzenperspektive zu betrachten – denn: »Hinter jedem Engagement steckt eine gehörige Portion Eigennutz.«¹⁹⁵ Jugendliche sind sich darüber sehr klar, daß sie durch soziales oder politisches Engagement für ihre spätere Berufstätigkeit etwas lernen können, z.B. Durchsetzungs- und Argumentationsfähigkeit, Teamgeist, Kooperationsformen etc. – d.h. »Lernen für das Leben.« Dort erlernte Verhaltensweisen sind relevante Eigenschaften für das Berufsleben.¹⁹⁶ Denn auch das haben Jugendliche gelernt: »Wer etwas will, der muß sich darum kümmern. Wer bloß wartet, bekommt nichts.«¹⁹⁷ Engagement kann auch als Hobby betrachtet werden.¹⁹⁸ Der Übergang vom Privatleben (Bsp.: Haustier) ins öffentliche Engagement (Tierschutz) ist dabei manchmal fließend.

Engagement muß Spaß machen. Es braucht persönliche Nähe und muß Spaß, Lebensfreude, Humor und Lockerheit bieten, um spielerisches Einüben von Fertigkeiten möglich zu machen, die das eigene Selbstbewußtsein heben (»Ohne Spaß kein Engagement«)¹⁹⁹ Denn: Im selbstgewählten Engagement wird die Chance gesehen, »erwachsen« zu werden, ohne auf das spielerische Moment verzichten zu müssen. Das soziale Umfeld des Engagements hat hier bei vielen Jugendlichen den Charakter einer »zweiten Heimat«. Eingebunden zu sein schafft Vertrauen und Stabilität und gibt Motivation für weiteres Engagement.²⁰⁰

Engagement muß dem Ego gut tun. Für Jugendliche ist es eine wichtige Erfahrung, dabei zu sein, vorne zu stehen, etwas zu sagen zu haben – frei nach der Formel: »Ich bewege etwas und weiß, daß ich es bin, der etwas bewegt, und andere sollen Kenntnis nehmen, daß ich etwas bewege.«²⁰¹ Engagement im Dienst einer guten Sache ist gut für das

¹⁹⁴ Wilkinson, H. (1997), S. 118

¹⁹⁵ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 82

¹⁹⁶ Emnid (1997), S. 13

¹⁹⁷ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 96

¹⁹⁸ Ebd., S. 88

¹⁹⁹ Ebd., S. 83

²⁰⁰ Ebd., S. 100

²⁰¹ Ebd., S. 87

Selbstbewußtsein, denn es ist gerade für die Jugendlichen selbst wichtig, gebraucht zu werden oder gut anzukommen. Das ist im übrigen auch im Nicht-Engagement möglich, z.B. indem man einen Sport sehr gut kann (Snowboard, Rollerblades).

Engagement muß sichtbar sein. Jugendliche haben großes Interesse an der Herstellung von Öffentlichkeit, denn »Publicity schafft Befriedigung.« Jugendliche haben ihre Lektion gelernt, daß ein gewisses Maß an Selbstinszenierung – am besten medial verstärkt – nicht schaden kann.²⁰² Dies zeigt erneut die realistische und zukunftsorientierte Nutzung, aber auch die Lust und Spaßperspektive der Jugendlichen. Deutliches Zeichen davon ist, daß ein großer Berufswunsch eine Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit ist. Denn: »Alle haben kapiert, worauf es ankommt in dieser Gesellschaft: Sich selbst und das eigene Anliegen möglichst optimal zu verkaufen.«²⁰³

Insgesamt kann mit Wilkinson festgestellt werden, daß Engagement dann als persönliche Bereicherung erlebt wird, wenn es das Gefühl vermittelt, daß es sich für die Person »lohnt«. Dies kann zu einer neuen Ethik führen, die darauf abzielt, einen Stolz darauf zu entwickeln, außerhalb und doch gleichzeitig innerhalb des System zu sein.²⁰⁴

(5) Jenseits von Erwerbsarbeit: Freiwilligenarbeit als alternativer Referenzpunkt der Identitätsbildung?

In allen aktuellen Jugendstudien finden sich Indikatoren für eine gestiegene Zukunftsunsicherheit von Jugendlichen. Meist sind die Befürchtungen an eine pessimistische Beurteilung der Arbeitsmarktlage gekoppelt. Alle Jugendstudien stellen unisono fest: Die Bindung an Erwerbsarbeit ist hoch, ob für benachteiligte Jugendlichen, Mädchen oder Jungen, Ost- oder Westjugendliche.²⁰⁵ Arbeit hat eine große Bedeutung im Leben von Jugendliche aller Alterstufen.²⁰⁶ Dies deckt sich mit den Ergebnissen unserer Längsschnittuntersuchung.²⁰⁷ Danach hat die Erwerbsarbeit einen außerordentlich hohen Stellenwert für die Identitätsbildung. Es überwiegen die subjektiv-sinnhaften Arbeitsorientierungen. Das ist selbst bei Jugendlichen der Fall, die extrem schlechte Startbedingungen haben, wo also ein Sich-bescheiden plausibel erschiene (»Ich muß froh sein, überhaupt etwas zu kriegen«).

Im Zentrum der Arbeitsidentität steht der Wunsch nach Authentizität. Anzeichen für eine Identitätsbildung jenseits von Erwerbsarbeit gibt es u.E. nicht. Im Gegenteil: die Jugendlichen versuchen, sich relevante Eigenschaften für das Berufsleben anzueignen und sich damit individuell gegen die Arbeitslosigkeit zu wappnen.²⁰⁸ Sie haben dabei ein sehr hohes politisches Problembewußtsein, ohne selbst Lösungen im Visier zu haben.²⁰⁹ Eben weil die Bedeutung von Erwerbsarbeit für die Identitätsbildung so groß ist, ist die

²⁰² Ebd., S. 86

²⁰³ Ebd., S. 87

²⁰⁴ Wilkinson, H. (1997), S. 122

²⁰⁵ u.a. Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 14

²⁰⁶ Vgl. Emnid (1997), S. 12

²⁰⁷ Keupp, H. u.a. (1996)

²⁰⁸ Vgl. Emnid (1997), S. 13

²⁰⁹ Ebd., S. 5

Angst vor Arbeitslosigkeit aktuell die bestimmende Zukunftsangst von Jugendlichen. Es herrscht großer Zukunftspessimismus, vor allem bei älteren Jugendlichen und im Osten.²¹⁰

Private soziale Netze. Fraglich ist, worin die Jugendlichen für sich Zukunftsperspektiven, auch jenseits von Erwerbsarbeit sehen. Was wollen sie einmal machen, wie planen sie in die Unsicherheit? Zentrale Wünsche für die Zukunft sind der Wunsch nach Freunden und nach sozialer Einbindung in einer Gruppe. Lebensziele sind Familie, gut bezahlte Arbeit und ein zuverlässiger Freundeskreis mit Spaß und Raum für Auseinandersetzung,²¹¹ d.h. die Zukunftsbilder sind – egal ob bei Jungen oder bei Mädchen – eher privater Natur (Familie, Arbeit, Freunde). Die Herstellung sozialer Anerkennung und Integration findet im privaten Bereich, in lebensweltbezogenen sozialen Netzen statt. Für die Pflege dieser Netze wird ein hoher kommunikativer und zeitlicher Aufwand betrieben. Private soziale Netze brauchen viel Aushandlungszeit und lassen daher wenig Raum für anderes (»children of freedom without time«). Nach diesem Argument wäre die Distanz zu formalen Organisationsstrukturen außerhalb der Erwerbsarbeit also weniger eine demonstrative Abkehr, sondern, zumindest zum Teil, auch die Konsequenz einer Identitätsarbeit, die sich auf zeitaufwendige Aushandlungsprozesse in kleinteiligen sozialen Netzen stützt und dort auch das findet, was für die Identitätsbildung zentral ist, nämlich soziale Integration und Anerkennung. Demgegenüber sind gerade diese Ziele von individualisierter Identitätsarbeit in traditionellen Vereinen keineswegs leicht zu realisieren.

Situative Orientierung. Eine lebenslange Planung ist für die Jugendlichen nicht möglich – und sie wissen das. Sie sind deshalb bereit, mit erhöhten Planungsunsicherheiten zu leben und z.B. in mehrere Ausbildungen zu investieren. Die Verkürzung von Zukunftsperspektiven resultiert in einer situativen Orientierung von Identitätsbildung, die besonders bei Jugendlichen mit schlechter Ressourcenlage ausgeprägt ist. Sie sehen sich in sehr geringem Maße als Gestalter ihres Lebens und verweigern sich langfristigen Festlegungen. Im Hinblick auf formalisierte Formen von freiwilligem sozialen Engagement bedeutet dies eine Distanz zu längerfristigen Bindungen mit Verpflichtungscharakter, eine Bevorzugung von solchen Bindungen, die »anfallen«, d.h. »sich ergeben«, das Bedürfnis nach einer individualisierten, situationsgebundenen Form des Angefragtwerdens. »Neue, übergreifende (»vernetzende«) politische Organisationsstrukturen, die über das unmittelbare Bezugsfeld hinausgehen, und die nicht mit Verbürokratisierung, Intrigen und undurchschaubaren Interessenkämpfen verbunden werden, werden bislang von Jugendlichen weder in der Phantasie ausgemalt, noch gedanklich gefaßt.«²¹²

²¹⁰ Vgl. Silbereisen, R. K. u.a. (1996), S. 199ff; Schmidtchen, G. (1997), S. 315ff

²¹¹ Jugendwerk der Deutschen Shell (1997), S. 63

²¹² Ebd., S. 35

2.2.2.2 Qualitative Befunde zu Motivlagen für soziales Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und dessen Identitätsrelevanz

Die Ergebnisse unserer qualitativ angelegten Längsschnittuntersuchung²¹³ bestätigen, daß soziales Engagement bei Jugendlichen heute nur dann eine Chance hat, wenn es mit eigenen Interessen und biographischen Verläufen kompatibel ist. Auch in klassisch ländlich strukturierten Regionen verliert ein lediglich 'traditional orientiertes Engagement' seine selbstverständliche Orientierungskraft. Neue Orte sozialen Engagements fehlen weitgehend oder wurden von diesen Jugendlichen nicht wahrgenommen. Dies liegt daran, daß im ländlichen Raum vielfach die Gelegenheitsstrukturen hierfür nicht vorhanden sind. Im städtischen Kontext wiederum konkurrieren vielfältige Szenen und andere interessante Angebote. Auch stehen die Jugendlichen etwaigen Vereinnahmungstendenzen sehr kritisch und mißtrauisch gegenüber.

Diese Befunde²¹⁴ bedeuten **nicht**, daß sich die von uns im Längsschnitt begleiteten Jugendlichen nicht im sozialen Raum engagieren. So finden wir bei fast der Hälfte zumindest zu einem der drei Erhebungszeitpunkte eine Mitgliedschaft in einem Verein, einer Initiative bzw. – in wenigen Fällen – auch in einer Partei oder Gewerkschaft. Ein nahezu ebenso großer Kreis an Jugendlichen definiert sich als einer losen Clique zugehörig. Bei den losen Cliquen handelt es sich um nicht formal organisierte Gruppen von Jugendlichen, die sich gleichwohl in einem für sie identifizierbaren Zeit und Raumgefüge und Gruppenzusammenhang treffen und gemeinsam handeln. In Kontrastierung zur Vernetzungsform solcher »loser Cliquen«, die wir noch zum sozialen Engagement rechnen, ergeben sich für das Engagement in Vereinen folgende Detailbefunde:²¹⁵

Vereine sind nach wie vor bedeutsam

Es zeigt sich, daß diese Jugendliche sich keineswegs aus den Vereinen zurückziehen. Insgesamt sind 42% der interviewten Jugendlichen während des untersuchten Zeitraums zumindest für einen gewissen Zeitraum in Vereinen gewesen. Der Organisationsgrad geht allerdings mit dem Alter zurück (1. Welle: 34% – 2. Welle: 26% – 3. Welle: 22%). Die Zahl der über den **gesamten Zeitraum** unserer Längsschnittstudie in Vereinen Engagierten liegt bei 20%. Hier dominieren eindeutig die Männer.

Das Vereinsmodell »Dienstleister – Kunde« dominiert

Blättert man – nach dem Modell einer Zwiebel – die Vereinskultur derjenigen auf, die immer in einem Verein waren, so zeigt sich, daß ein großer Teil die Vereine nur als Mittel zum Zweck sehen (vor allem um bestimmte Sportarten zu betreiben oder/und Musik zu spielen). Die Frage ist, ob dieser Dienstleistungsbezug von den Jugendlichen so

²¹³ Keupp, H. u.a. (1996)

²¹⁴ Sonderauswertung von N=85 Jugendlichen aus 3 Regionen (zwei unterschiedlich strukturierte ländliche und eine städtische Region) Westdeutschlands. Diese Jugendlichen wurden zwischen 1991 und 1996 dreimal interviewt und waren zu Beginn im Durchschnitt 19 Jahre alt. Vom Bildungsniveau her handelt es sich um Jugendliche mit maximal Realschulabschluß.

²¹⁵ Eine weitere, hier nicht näher analysierte Spielart sind sog. "jugendspezifische Szenen". Hier handelt es sich um soziale Gefüge, die sich durch die Art der Inszenierung identifizieren und bestimmte Varianten aktueller Jugendstile zuordnen lassen. Ähnlich wie "lose Cliquen" haben sie keine formalisierte Teilnahmestruktur. Im Unterschied zu den "losen Cliquen" ist der Gruppenbezug weniger personen- als stilgebunden und in der Regel auch räumlich weniger klar umgrenzt.

intendiert ist, oder ob die Vereine darüber hinaus nichts 'im Sortiment' haben, was die Jugendlichen auch in anderen Interessensbereichen animieren könnte.

Eine Minderheit aktiver Mitglieder

Der Anteil der **aktiven Vereinsmitglieder** liegt bei knapp 1/5 (bzw. etwa 8% auf alle Jugendlichen bezogen). Knapp jede/r fünfte (Vereins-)Jugendliche sieht den Verein weniger funktional (Mittel zum Zweck), sondern beteiligt sich aktiv am Vereinsleben bzw. engagiert sich über diverse ehrenamtliche Tätigkeiten. Für diese ist der Verein und sein Vereinsleben ein Teil ihrer sozialen Identität.

Vereine ermöglichen soziale Integration in schwierigen Lebenslagen

Daneben gibt es eine dritte Gruppe, bei der sich das Engagement aus einer bestimmten – **schwierigen Lebenslage** heraus begründet. Die Vereinskultur hat in diesen Fällen eine integrative Wirkung. Auch hier hängt es von den Ressourcen des einzelnen ab, wie sehr diese Mitgliedschaft geprägt ist von dem Aspekt des Ressourcennehmens oder einem Austausch.

Zwei Beispiele: Unser Interviewpartner 'Walter' darf z.B. aus gesundheitlichen Gründen nicht Fußball spielen. Da er intelligent und sozial gewandt ist und ein relative hohes Bildungsniveau hat, wird er als Trainer der Schülermannschaft eingesetzt und hat die Kas senführung übernommen. 'Michail' hat wesentlich weniger eigene Ressourcen einzubringen: Er hat eine leichte geistige Behinderung und ist arbeitslos. Für ihn ist der örtliche Fußballverein zum zentralen Ort im Leben geworden und phasenweise ist er eine Art Maskottchen des Vereins.

Warum werden Vereine verlassen?

Betrachtet man diejenigen, die im Laufe unserer vierjährigen Untersuchung einen Verein wieder verlassen haben, so zeigen sich vor allem zwei Gründe:

- Zum einen ist es der **Eintritt ins Berufsleben**, der einige zwingt, ihre zeitintensiven Vereinstätigkeiten aufzugeben. Das Zeitbudget wird noch weiter reduziert, wenn Berufsanfänger in oft mehrjährige Fortbildungsmaßnahmen integriert sind. Diese sind oft verbunden mit Abendterminen, Hausaufgaben, Kurstagen u.ä.
- Der zweite Grund sind Beziehungen, die zu einer zunehmende **Partnerorientierung** führen (Freund/innen sind attraktiver als Vereine).

Erleichtert wird der Austritt dadurch, daß er in der Regel keine 'sozialen Löcher' entstehen läßt. Er wird vielmehr im Netzwerk sehr leicht wieder ausgeglichen. In einigen Fällen ist der Austritt auch Ergebnis einer Neuorganisation und -strukturierung der sozialen Umwelt und führt dazu einen großen Teil des Freundes- und Bekanntenkreis auszutauschen. Es sind also eher 'Pull'-Motive im Gegensatz zu 'Push'-Motiven, die den Austritt provozieren. Der Verein wird **vergleichsweise** weniger interessant.

Fazit: Mit Ausnahme eines Kerns an aktiv Engagierten sind also Vereine für Jugendliche Orte der interessenorientierten Freizeitaktivität. Werden sie zur Belastung, wechselt das Interesse oder/und ist der neue Partner attraktiver (was in der Regel der Fall ist), dann wird der Verein verlassen. Vereine verkörpern eine traditionelle Freizeit-

gestaltung. Individualisierte, Freizeitgestaltung finden sich eher in Szenen und losen Cliques.

Die Identitätsrelevanz erwerbsunabhängiger sozialer Tätigkeiten

Ein zweiter Befund betrifft die Identitätsrelevanz erwerbsunabhängiger sozialer Tätigkeiten im allgemeinen. Sie kann u.E. nur verstanden werden unter Bezug auf den Stellenwert, den Erwerbsarbeit für die Identität Jugendlicher heute hat. Hier zeigen unsere Ergebnisse in Übereinstimmung mit jenen der Forschungsgruppe um Baethge, daß Erwerbsarbeit in der persönlichen Identitätsentwürfen der Jugendlichen nach wie vor einen hohen Stellenwert bezieht. Identitätsbezogen lassen die Ergebnisse zweierlei erkennen: Einerseits die Relativierung der subjektiven Bedeutsamkeit von Arbeit im Lebenszusammenhang und zugleich erhöhte, subjektivierte Ansprüche an Arbeit. »Immer mehr Arbeitende wollen ihre Identität nicht an der Garderobe abgeben, sondern sich mit ihrer Arbeit identifizieren.«²¹⁶ Diese Aussage gilt selbst für benachteiligte Jugendliche, d.h. eine Gruppe, deren bisherige Schul- und Arbeitsbiographie erwarten ließe, daß ihre Ansprüche an Arbeit eher auf materiell reproduktionsorientierte Orientierungen beschränkt wären.

Aber auch für diese Jugendliche gilt, was sich als Trend für Jugendliche generell formulieren läßt: Sie beziehen sich nicht mehr auf Arbeit, sondern Arbeit auf sich. Es kommt zu einer zunehmenden normativen Subjektivierung des Arbeitsprozesses. Und mangels anderer sinnstiftender Instanzen rückt Arbeit oft an deren Stelle, d.h. muß gerade auch bei dieser Gruppe von Personen das ersetzen, was Kultur, Religion und auch politische Loyalitäten nicht mehr hergeben: das Gefühl des Gebrauchtwerdens, von Zugehörigkeit in Kombination mit dem Gefühl der Selbstbestätigung und der gesellschaftlichen Integration.²¹⁷ Für **erwerbsunabhängige Tätigkeiten** kann man daraus **dreierlei folgern:**

- Wenn Erwerbsarbeit die oben beschriebene identitätsstiftende Funktion erfüllt, dann können andere Tätigkeiten bzw. das freiwillige soziale Engagement durchaus partikularer und punktueller sein. Hier wird biographische Kohärenz weitgehend über Arbeit vermittelt.
- Dort wo Erwerbsarbeit fehlt oder diese Funktionen nicht vermitteln kann, verlagern sich diese Erwartungen auf die anderen Lebensbereiche (die aber oft ebenfalls nicht in der Lage sind, diese Erwartungen zu erfüllen).
- Die an Arbeit angelegten Sinnorientierungen (in denen der arbeitsinahlliche und kommunikative Bezug dominieren) gelten allgemein, d.h. sie bilden auch das Qualitätsprofil für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Auch an diese werden, insbesondere wenn ein Engagement eine längerfristige Perspektive haben soll, ein Bündel an verschränkten Erwartungen angelegt: Sie sollen die Person fordern, Spaß machen, kommunikativ sein, sichtbare und auch zurechenbare Ergebnisse bringen und Anerkennung vermitteln.

²¹⁶ Baethge, M. (1994), S. 245

²¹⁷ Vgl. ausführlicher Höfer, R./Straus, F. (1997)

3. Internationaler Vergleich

Will man Verbreitung, sozio-demographische Merkmale sowie andere strukturelle Dimensionen freiwilligen sozialen Engagements in frühindustrialisierten Länder vergleichen, so steht eine Erkenntnis direkt am Beginn: Verlässliche Daten existieren so gut wie gar nicht. Für sozialpolitische Felder, die eng mit der Sozialversicherung verwoben sind, sind die Möglichkeiten hingegen nahezu unbegrenzt: Weil eine Reihe von Bürokratien an der Sozialversicherung und ihren Maßnahmen beteiligt ist, findet man unzählige Datenbestände zu Merkmalen von Arbeitslosigkeit, dem Gesundheitszustand bestimmter Bevölkerungsgruppen oder der Verteilung von Armut. Aber sobald man sich dem Sektor der sozialen Dienste und seiner Umgebung nähert, dünnt die Informationen aus; die historische »Spaltung des Sozialstaates«²¹⁸ in »Arbeiterpolitik« einerseits und »Armenpolitik« andererseits teilt die Sozialversicherung und den Rest der Sozialpolitik in wohlbekannte Orte und weiße Flecken.

Da im Randgebiet von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit noch weniger institutionelle Interessen vertreten sind als bei den sozialen Diensten, ist die Datengrundlage in diesem Bereich äußerst spärlich, was sich auch auf die Vergleichbarkeit von Ländern niederschlägt. Bezeichnenderweise haben vor allem die USA seit Jahrzehnten eine sehr gut ausgebaute Berichterstattung über Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit.²¹⁹ Dies hängt auch mit der starken Stellung von Nonprofit-Organisationen in den Vereinigten Staaten zusammen.

Seit langem ist 1994 mit der Eurovol-Studie²²⁰ erstmals eine breitere Untersuchung dazu vorgelegt worden, die aber die USA beispielsweise nicht miteinbezieht. Zugleich hat diese erste umfassende Studie einige methodische Schwachstellen. Der extrem hohe Grad der Regelmäßigkeit des Engagements in Deutschland (85 Prozent mindestens einmal im Monat) deutet darauf hin, daß der Fragebogen die unregelmäßigen Aktivitäten nur am Rande erfaßt hat. Wesentliche Trends sind dennoch auf dieser Basis zu ermitteln, nimmt man weitere Einzelstudien hinzu; ausführliche Daten über sozio-ökonomisch und -demographische Merkmale fehlen jedoch leider.

Dieses Manko gilt weiterhin für Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, materieller Existenzbasis oder Berufsgruppen und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Die im vorliegenden Gutachten präsentierten Auswertungen des Sozio-Ökonomischen Panels machen erstmals eine solche Korrelation möglich und lassen Wachstumspfade hervortreten. Für den internationalen Vergleich ist dies noch nicht gewährleistet. Das Erscheinen der Eurovol-Studie als erster großer Vergleichs-Studie fällt auffälligerweise zusammen mit einem wachsenden Interesse der Politik und der Öffentlichkeit an freiwilligem sozialem Engagement.

Ein zweites großangelegtes Projekt, in dem freiwilliges soziales Engagement eine Variable darstellt, ist das »Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project« der Johns Hopkins University in Baltimore, USA, ist das ambitionierteste Projekt zur

²¹⁸ Vgl. Leibfried, S./Tennstedt, F. (1985)

²¹⁹ Vgl. Independent Sector (1990)

²²⁰ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996)

vergleichenden Analyse von Nonprofit-Organisationen in den wichtigsten frühindustrialisierten Ländern und einer Reihe von Entwicklungsländern²²¹. In den Nonprofit-Organisationen werden auch die Quoten von freiwilligem sozialem Engagement erhoben. Allerdings ist bereits die Definition der einbezogenen Nonprofit-Organisationen so eng, daß eine Vielzahl von Selbsthilfe-Aktivitäten und anderen Bereichen herausfällt. Damit sind vor allem die Angaben zum freiwilligen sozialen Engagement nicht sehr aussagekräftig.

Im folgenden soll daher auf Basis der Eurovol-Studie sowie einiger zusätzlicher Studien und Quellen ein Überblick über die Entwicklung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit in ausgewählten frühindustrialisierten Ländern präsentiert werden. Bestimmte, für die deutsche Situation besonders instruktive Vergleichsländer wie die USA, Großbritannien und die Niederlande werden etwas breiter dargestellt.

3.1 USA

In den USA ist das *Volunteering* (aber auch das *giving* mittels Spenden und Schenkungen) ein scheinbar integraler Bestandteil der nationalen Kultur, obgleich die Vereinigten Staaten zugleich von einem prägnanten Individualismus geprägt sind. Dieser scheinbar paradoxe Zusammenhang ist insbesondere von zwei amerikanischen Studien eingehend analysiert worden, die vor allem die Motivkonstellationen der *volunteers* untersucht haben.²²²

Schon die quantitativen Ausmaße des amerikanischen *Volunteering* sind beeindruckend: In einer Gallup-Umfrage von 1990 wird von 54 Prozent berichtet, die sich regelmäßig freiwillig engagieren, vierzehn Prozent davon fünf Stunden oder mehr pro Woche; vier Stunden pro Woche sind es im Durchschnitt.²²³ Im Vergleich zu früheren Jahren ist das freiwillige soziale Engagement noch weiter gewachsen und hat sich in den USA auch stabilisiert. Zum Vergleich: Im in dieser Hinsicht »aktivsten« Land Europas, den Niederlanden, engagieren sich 38 Prozent freiwillig, in Deutschland nur 20 Prozent,²²⁴ nach unseren Ergebnissen allerdings deutlich mehr, nämlich 30 Prozent im Westen und knapp 20 Prozent im Osten.²²⁵ Zudem fällt auf, daß es zwar auch in den USA den klassischen Typus des Engagierten (berufstätig, relativ gutes Einkommen und hoher Bildungsstatus) gibt, daß er aber nicht dominiert. Das Engagement streut stärker über Berufs- und Statusgruppen, was wiederum einen Hinweis auf die starke Verankerung der Freiwilligkeits-Kultur gibt.

Wenn es auch bei quantitativen Analysen zahlreiche methodische Vorbehalte gibt, so ist doch der qualitative Aspekt des *Volunteering* in den USA deutlich er-

²²¹ Vgl. Salamon, L.M./Anheier, H.K. (1994)

²²² Vgl. Bellah, R. u.a. (1985); Wuthnow, R. (1991), (1997)

²²³ Vgl. Independent Sector (1990)

²²⁴ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 65.

²²⁵ Hier muß man allerdings differenzieren. Derselbe Report betont, daß in Deutschland deutlich weniger Menschen engagieren, dafür aber intensiver als in anderen Ländern. Diese Erkenntnis muß in dieser Pauschalierung allerdings in Zweifel gezogen werden. Andere empirische Daten, etwa die hier analysierten des Sozio-Ökonomischen Panels, deuten eher auf ein absolutes Wachstum bei gleichzeitiger Abnahme der Regelmäßigkeit hin (siehe v.a. Kap. 2.1).

kennbar.²²⁶ *Volunteering* erstreckt sich dort erstens über viel mehr Sektoren als in Deutschland, das reicht von der Telefonberatung, über Klienten-Lobbying bis zur aktiven Gemeinwesenarbeit. Zweitens hat sich in den USA das *Volunteering* stärker »professionalisiert«. Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, gehen nach einem Schema vor, das sich idealtypisch wie folgt beschreiben läßt:²²⁷

- Hauptamtliche werden sofort miteinbezogen,
- Tätigkeitsprofile für Freiwillige werden entworfen,
- Ideen für die Rekrutierung von Freiwilligen werden gesammelt,
- Interviews mit Freiwilligen werden geführt,
- Freiwillige werden gezielt ausgewählt und weitervermittelt,
- Rechte und Pflichten werden festgelegt,
- Freiwillige werden eingearbeitet und weitergebildet,
- es wird Supervision zur Verfügung gestellt,
- die Freiwilligen werden nicht dauerverpflichtet,
- es werden zahlreiche Möglichkeiten geschaffen, Freiwillige zu ehren.

Ein wichtiger Aspekt dieser professionellen Organisation von freiwilligem sozialem Engagement liegt darin, daß die Tätigkeitsfelder der Freiwilligen klar von den Bereichen der Hauptamtlichen abgegrenzt sind, so daß bei den Hauptamtlichen keine Verdrängungsängste entstehen und die Freiwilligen andererseits ein eigenes fachliches Selbstbewußtsein entwickeln können.

Diese Professionalisierung macht sich auch institutionell bemerkbar. Anders als in der Bundesrepublik existieren in den USA auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene eigene Volunteer-Bureaus, deren Spezialgebiet das *Volunteering* ist. Diese Büros betreiben eine Art Marktforschung, versuchen Profile und Interessierte zusammenzubringen und betreiben auch Öffentlichkeitsarbeit. Auch die großen Wohlfahrts-Organisationen wie United Way bezahlen Koordinatoren, die für das *Volunteering* zuständig sind. Auf diese Weise sind die Freiwilligen auch innerhalb der Organisationen sichtbar als eigenständiger Bereich verankert und können daraus fachliches Selbstbewußtsein schöpfen. Bezeichnend ist, daß es in den USA einen Berufsverband der Volunteers gibt (Interviews). Anders als in der Bundesrepublik wird die Koordination von freiwilliger Arbeit als ein eigenes, wichtiges Feld verstanden, das ausgebaut werden muß. Um jedoch nicht sogleich an den Kosten zu scheitern, werden auch für diesen Sektor Freiwillige geschult.²²⁸

Hinzu kommt, daß wichtige Organisationen und Unternehmen das *Volunteering* als biographischen Faktor fördern und auch bewerten. Bei der Einstellung in Unternehmen, aber auch öffentliche Einrichtungen werden freiwillige Tätigkeiten als »credits« bewertet und häufig auch vorausgesetzt²²⁹. Zugleich organisieren und fi-

²²⁶ Vgl. auch Etzioni, A. (1995); Putnam, R.D. (1996)

²²⁷ Vgl. Paulwitz, I. (1988), S. 160.

²²⁸ Solche Modelle sind in Deutschland noch die Ausnahme. Eine solche ist etwa das Freiwilligen-Zentrum in der Stadt Herten in NRW, das ausschließlich von Freiwilligen geleitet wird.

²²⁹ Vgl. Paulwitz, I. (1988), S. 106.

finanzieren amerikanische Unternehmen über ihre Arbeitnehmer das *Volunteering* mit. Auf sogenannten pay rolls werden Lohnabzüge angespart, mit denen gemeinnützige Aufgaben finanziert werden. Einige Unternehmen organisieren zusammen mit Organisationen wie United Way sogenannte »Days of Caring«, für sämtliche Arbeitnehmer mehrerer Unternehmen freigestellt werden, um beispielsweise Sanierungsarbeiten in der Gemeinde zu übernehmen (Interviews). Die Beteiligung der Unternehmen an den Aktionen wird veröffentlicht und somit marketingwirksam.

Zugleich hat sich in den USA ebenfalls eine Selbsthilfeszene entwickelt, die sich allerdings zum Teil in ganz anderen Sektoren manifestiert, als man es aus der Bundesrepublik kennt. So ist etwa die Gemeinwesen-Arbeit ein zentraler Ort für Selbsthilfe-Initiativen, die sich von klassischen Selbsthilfe-Gruppen schon dadurch unterscheiden, daß sie nicht nur die Mitglieder der Gruppe, sondern ganze Stadtteile aktivieren wollen.²³⁰ Derartige Selbsthilfeprojekte ragen weit über das enge Terrain der Selbsthilfe im Gesundheits- und Sozialbereich hinaus; letztlich ist auch die Kooperation mit dem Einzelhandel, Wohnungsunternehmen und anderen Akteuren möglich.

Als charakteristische Merkmale des amerikanischen *Volunteering* lassen sich zusammenfassen: Professionalisierung, Koordination, Komplementarität, Gegenseitigkeit, Befristung und Projektbezogenheit. Organisationen wie die AIDS-Hilfe Köln, deren Partnerorganisationen in den USA Vorreiter auf diesem Terrain sind, haben große Teile dieser Programmatik übernommen. Sicherlich trägt auch dieses Konzept – und nicht nur das Thema – dazu bei, daß in Köln bei jedem der halbjährlichen »Bewerbungsverfahren« ein so großer Andrang herrscht, daß die AIDS-Hilfe sogar Freiwillige abweisen muß und auswählen kann (Interviews). Auffällig ist außerdem, daß der Ehrenamts-Koordinator der AIDS-Hilfe zunächst mündliche Verträge mit den Interessenten abschließt, um die Schwelle abzusenken und keine Verpflichtungsfesseln entstehen zu lassen. Mit diesem Instrument arbeiten vor allem die holländischen Agenturen (siehe Kap. 3.3).

3.2 Großbritannien

Die Struktur der englischen Freiwilligenarbeit ist den amerikanischen Prinzipien aus historischen Gründen stark verwandt. Quantitativ ist in England das Engagement ambivalent zu bewerten: 34 Prozent der Bevölkerung betätigen sich als volunteers, aber nur 50 Prozent davon mindestens einmal im Monat.²³¹ Das ist deutlich geringer als der Wert für Deutschland (85 Prozent), liegt aber auch klar unterhalb der Werte der sonstigen Spitzenreiter Niederlande (77 Prozent) und Schweden (64 Prozent). Auffällig in Großbritannien ist, daß hier die Frauen insgesamt stärker jenseits der Erwerbsarbeit aktiv sind (36 Prozent) als die Männer (31 Prozent). Das ist sonst nur noch in Belgien der Fall.

Im Vergleich zu Deutschland fällt eine Altersgruppe besonders ins Auge: Die 35- bis 44jährigen sind zu 40 Prozent engagiert, sechs Prozent mehr als der Durch-

²³⁰ Vgl. FOCO (1996)

²³¹ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 65.

schnitt. In Deutschland liegt diese Altersgruppe genau im Durchschnitt. Ansonsten gilt jedoch auch hier, daß sich die jüngeren Jahrgänge häufiger engagieren als die älteren. Das Verhältnis von Verheirateten zu Einzelpersonen ist ausgeglichen.

Die Landschaft der Organisationen weist starke Unterschiede zu Deutschland auf. Besonders stark ins Auge fällt in Großbritannien, daß der Sektor der institutionalisierten sozialen Dienste breiter ist und auch den Bereich der Rechtsberatung und des Bildungswesens umfasst.²³² Der britische Wohlfahrtsstaat ist weniger stark auf dem Prinzip der lohnäquivalenten Sozialleistungen aufgebaut als der deutsche Sozialstaat und zeichnet sich stärker durch steuerfinanzierte Grundabsicherung sowie ein allgemeines, breites Angebot an sozialen Dienstleistungen aus, an dem sich auch Freiwillige beteiligen.

Daraus leitet sich ebenfalls eine größere Streuung freiwilligen sozialen Engagements ab, dem allerdings in der Phase nach dem zweiten Weltkrieg zunächst keine so große politische Bedeutung beigemessen wurde, weil staatliche Standards und Rechtsansprüche im Zentrum des Interesses standen. Bemerkenswert jedoch erscheint die Einschätzung vieler Experten, daß der britische Verzicht auf ein formales Subsidiaritätsprinzip dazu beigetragen habe, daß »die Vitalität und Unabhängigkeit des Freiwilligen-Sektors aufrechterhalten und gestärkt werden konnte«.²³³ Auf diese Weise hat sich ein weitaus bunteres Gemisch von Freiwilligen-Initiativen entwickelt als in der abgezielten Sphäre der deutschen Wohlfahrtsverbände.

Ein solches Urteil spricht allerdings nicht per se gegen das Subsidiaritätsprinzip, sondern eher gegen eine starke Formalisierung dieses Prinzips; denn der Effekt des britischen Verzichts ist, daß sehr viel mehr Probleme in Freiwilligen-Organisationen als den jeweils kleineren Einheiten behandelt werden als in der Bundesrepublik. Die starke Fragmentierung und Pluralisierung spiegelt sich auch darin, daß anders als in den USA keine standardisierten und umfassenden Analysen über *Volunteering* in GB existieren.

Auffällig ist weiterhin eine Doppelstruktur aus großen Verbänden – den deutschen Wohlfahrtsverbänden vergleichbar – und einem davon unabhängigen Netz kleinerer Dachorganisationen. Auf staatlicher Seite existiert zudem in den Städten meist eine Koordinationsstelle für freiwilliges soziales Engagement sowie häufig ein privates Gegenstück, die *Voluntary Bureaux*. In der stark pluralisierten Landschaft der Organisationen hat sich bislang allerdings keine den USA vergleichbare »Professionalisierung« ehrenamtlicher Arbeit herausgebildet. Dies steht im Gegensatz zur Professionalisierung der Organisationen selbst, in denen stärker und eher als etwa in der Bundesrepublik neue Management-Konzepte, Fundraising-Modelle und Controlling-Systeme eingeführt wurden.

Auch die kulturelle Verankerung von Fördermechanismen im Wirtschaftssystem ist nicht so stark wie in den Vereinigten Staaten. Pointiert ließe sich formulieren: In Großbritannien tun viele in vielen unterschiedlichen Organisationen jeweils »wenig«. Charakteristika in Großbritannien sind organisatorischer Pluralismus, institutionelle Koordination und geringere Formalisierung.

²³² Vgl. Häring, D./Seibel, F.-W. (1987)

²³³ Olk, T. (1991), S. 22.

3.3 *Niederlande*

Faßt man die Indikatoren Häufigkeit und Regelmäßigkeit zusammen, so sind die Niederlande in Europa eindeutige Spitzenreiter: Es engagieren sich nicht nur 38 Prozent freiwillig, sondern von diesen auch noch 77 Prozent regelmäßig.²³⁴ Auch wenn frühere Untersuchungen zu niedrigeren Werten kommen, steht fest, daß die Niederlande in Europa zu den Ländern zählen, in denen freiwilliges Engagement mit die höchsten Raten erzielt: Nach den skandinavischen Ländern kam in den letzten Jahren Holland stets auf den nächsten Platz bei der Häufigkeit von *volunteering*.

Bei den Anteilen von Männern und Frauen schlägt sich auch in den Niederlanden das Gewicht der leitenden und politischen Ehrenämter nieder: Männer sind zu 43 Prozent engagiert, Frauen zu 34 Prozent. In den älteren Jahrganggruppen bleibt das Engagement stabil: Die 55- bis 64jährigen liegen mit 44 Prozent sogar sechs Prozent höher als der Durchschnitt, die über 65jährigen sind immerhin auch noch zu 37 Prozent aktiv. Die Daten über Verheiratete und Einzelpersonen waren in den Niederlanden nicht vorhanden.

In den Organisationsformen freiwilligen sozialen Engagements haben sich die Niederlande sowohl an Großbritannien als auch den USA orientiert. Die politische Kultur der Niederlanden, in der möglichst vielen Gruppen Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt wurden, hat zur sogenannten »Versäulung« geführt: Statt einiger großer Verbände und Institutionen existiert eine Vielzahl von unterschiedlichsten Organisationstypen mit sehr divergenten weltanschaulichen Traditionen. Diese Vielzahl von Organisationen hat sich jedoch in unterschiedlichen Säulen (»zuilen«) gebündelt: dem katholischen und protestantischen Lager, dem liberalen und sozialdemokratischen Lager sowie den Anliegen kleinerer Kommunen. Daraus ist in der Nachkriegszeit der wohlfahrtsstaatliche Kompromiß entstanden.

Auffällig ist, daß diese Versäulung auch mit Hilfe staatlichen Einflusses immer stärker auflockert und seit einiger Zeit sowohl allgemeine Organisationen entstehen – wie die Freiwilligen-Agenturen – als auch kleine Organisationen auf politische Moderation hin zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden²³⁵. Mittlerweile hat die eingesetzte Entsäulung ihre Spuren hinterlassen. Nach Meinung von Experten spielen religiöse Überzeugungen und andere weltanschauliche Bindungen kaum noch eine Rolle für das freiwillige soziale Engagement.

Gerade in den Niederlanden sei der Faktor »Spaß und Zufriedenheit« eine immer stärkere Motivationsgrundlage.²³⁶ Übersehen werden darf dabei aber nicht, daß in den Niederlanden im Vergleich zu allen anderen Ländern einige sehr spezialisierte Einsatzfelder von Freiwilligen entstanden sind, etwa in der Altenpflege. Hohe Professionalisierung und niedrige Einstiegsschwellen bilden ein Paar im niederländischen Profil des Freiwilligen-Sektors.

Am auffälligsten ist bei der Organisation der Freiwilligen-Arbeit, daß es nationale und regionale Agenturen gibt, die sich ausschließlich der Vermittlung, Beratung, Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit widmen. Diese Organisationen agieren ne-

²³⁴ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 69.

²³⁵ Vgl. Evers, A./Leichsenring, K. (1996)

²³⁶ Vgl. Social and Cultural Report (1997), S. 507.

ben den traditionellen Wohlfahrts- und Sozialorganisationen.²³⁷ Vermittelt durch diese klaren Organisationsformen hat sich auch eine stärkere Projektbezogenheit des Engagements herausgebildet. Anders als in der Bundesrepublik wird stärker mit projektbezogenen Themen für die Rekrutierung von Freiwilligen gearbeitet als mit verbandlichen Positionen. Und die Rekrutierung ist entsprechend weniger als Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder angesetzt, wodurch der Abschreckungsgrad durch »Vereinnahmung« geringer ist. Zugleich werden die Projekte – und damit auch das Engagement – immer häufiger befristet, was die Zahl der Interessierten erhöht habe (Interviews).

Auch in den Niederlanden beginnt sich – inspiriert durch das Vorbild der USA – eine stärkere Professionalisierung freiwilligen sozialen Engagements abzuzeichnen. In einigen Organisationen sind sogar Betriebsräte für Ehrenamtliche installiert worden. Auf staatlicher Ebene wird das Engagement zwar durch Kampagnen, aber auch steuerliche und versicherungsrechtliche Sonderregelungen gestützt, jedoch nicht ausreichend mit anderen Politikfeldern wie etwa der Gemeinwesenarbeit verknüpft. Im Gegensatz zu den USA und Großbritannien, wo eine solche institutionelle Vernetzung überhaupt kein Thema ist, gäbe es im politischen System der Niederlande durchaus Ansatzpunkte dafür (ähnlich wie in Deutschland), die aber der Fragmentierung und Ressortorientierung (ebenfalls ähnlich wie in Deutschland) zum Opfer fallen²³⁸. Zusammenfassende Charakteristika für die Niederlande sind die institutionelle Koordination, Projektbezogenheit, Befristung und beginnende Professionalisierung.

3.4 Schweden

Schweden nimmt zusammen mit den Niederlanden den Spitzenplatz ein, wenn es um Aktivitäten jenseits der Erwerbsarbeit geht: 32 Prozent sind hier aktiv, davon 64 Prozent auch regelmäßig. Auch wenn die Schweden in der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern nahezu Parität erreicht haben, gilt das nicht für Tätigkeiten jenseits der Erwerbstätigkeit. Bei den Männern sind 38 Prozent aktiv, bei den Frauen 32 Prozent. Im Vergleich zu allen anderen Ländern, mit Ausnahme der Niederlande, entspricht in Schweden das Engagement der über 65jährigen genau dem Durchschnitt und liegt damit sehr hoch; in den anderen Ländern sind die über 65jährigen meist zu rund fünf Prozent seltener engagiert als der Durchschnitt.

Ein besonderes Merkmal in Schweden: Es engagieren sich deutlich mehr Verheiratete jenseits der Erwerbsarbeit als in den anderen Ländern, nämlich 41 Prozent. Dieses Ergebnis lässt sich vor dem Hintergrund des »öffentlichen Status« von Ehe und Familie in Schweden interpretieren: Dadurch sind die Familien stark in die lokale Gemeinschaft eingebunden und integrieren sich etwa auch über freiwilliges Engagement.

Schweden hat, trotz seiner klar etatistischen Tradition und seiner erwerbszentrierten Politik, zugleich ein klares Verständnis von der Funktion und Rolle von Tätig-

²³⁷ Vgl. Tijdschrift voor de Sociale Sector (1995)

²³⁸ Vgl. van Loon, T. (1994)

keiten jenseits der Erwerbsarbeit entwickelt. Dieser Sektor gilt als eine wichtige Säule der Demokratie und ist daher in Schweden seit langem »bürgerschaftlich« aufgeladen.²³⁹ Diese gesellschaftliche Verankerung in einem Land mit »öffentlicher Kultur« trägt auch zu den hohen Raten an Freiwilligen bei. Eine Besonderheit in Schweden sind die »Identitäts-Bewegungen«, die sich dort zu Interessenvertretungen von Behinderten, Jugendlichen u.a. gebildet haben und in der derzeitigen Reform der sozialen Dienste in Schweden eine Art »Nachfragemacht« darstellen.

Die Politik in Schweden beginnt verstärkt, einen Teil des Freiwilligen-Sektors aktiv in die Reform des Wohlfahrtsstaates miteinzuplanen und damit den Pfad der »Nicht-Einmischung« zu verlassen. Dazu trägt auch die hohe Arbeitslosenzahl bei, die mit dem schwedischen Weg der Arbeitsmarktpolitik kaum noch zu bewältigen ist. Da aber in Schweden gemeinschaftlichen Mechanismen der sozialen Integration ein großer Wert beigemessen wird, rückt nun auch der Sektor freiwilligen Engagements ins Blickfeld der Arbeitsmarktpolitiker. Konkrete Konzepte sind allerdings noch nicht entwickelt worden.

3.5 Dänemark

Dänemark liegt mit einer Quote von 28 Prozent, die Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit nachgehen, im oberen Mittelfeld der frühindustrialisierten Länder. Zusammen mit den Niederlanden und Deutschland engagieren sich hier die meisten auch regelmäßig: 71 Prozent. Auch in Dänemark schlagen politische und leitende Ehrenämter, auch in Skandinavien häufiger von Männern bekleidet, auf das Verhältnis von Frauen zu Männern durch. Männer sind zu 29 Prozent freiwillig aktiv, Frauen zu 27 Prozent.

Bei den Jahrgängen fallen in Dänemark insbesondere die 35- bis 44jährigen auf, die mit 43 Prozent um fünfzehn Prozent stärker freiwillig engagiert sind als der Durchschnitt. Diese Jahrgänge sind in der entscheidenden Berufsphase, so daß in Dänemark für die gesellschaftliche Verankerung auch im Berufsleben bestimmte freiwillige Tätigkeiten offensichtlich wichtig sind. Der Unterschied zwischen Verheirateten (30 Prozent) und Einzelpersonen (24 Prozent) ist nicht stark ausgeprägt.

In Dänemark hat sich vom 19. Jahrhundert an eine politische Philosophie verbreitet, die auf einer pragmatischen Linie der »Nicht-Einmischung« beruhte. Auf diesem Sockel hat sich eine breite, individualistische Kultur von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit formiert, die noch »bunter« ist als die Freiwilligen-Landschaft in Schweden.²⁴⁰ Der politische Pragmatismus in Dänemark erinnert stark an die gegenwärtige Politik in den Niederlanden, wo etwa Diskussionen um mögliche Substitution von professioneller durch ehrenamtlicher Arbeit nicht so stark ideologisch aufgeladen sind wie in der Bundesrepublik.

Allerdings scheint die Regierungspolitik in Dänemark den Freiwilligen-Sektor mittlerweile als feste Ressource in ihr Umbauprojekt des Wohlfahrtsstaates eingeplant

²³⁹ Vgl. Jeppson Grassman, E. (1993)

²⁴⁰ Vgl. The Danish Volunteer Centre u.a. (1995)

zu haben.²⁴¹ Dabei wird von Experten gleichzeitig betont, daß in den schwierigeren Versorgungsbereichen Freiwillige nur sehr begrenzt eingesetzt werden könnten. Eine Überforderung dieses Sektors könne daher seine Wirkungen untergraben.²⁴²

3.6 Belgien

Das Königreich Belgien gehört zur Spitzengruppe um Schweden, Großbritannien und die Niederlande, was die Verbreitung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit angeht. 32 Prozent engagieren sich hier, davon allerdings nur 60 Prozent regelmäßig. Bemerkenswert ist der Anteil der Frauen: Entgegen dem Trend in den meisten anderen Ländern sind Frauen zu 35 Prozent engagiert, Männer hingegen nur zu 27 Prozent. Verteilt nach Altersgruppen hat sich in Belgien eine klare Pyramide gebildet: Je älter, desto weniger engagiert. In der jüngsten Gruppe von bis zu 24 Jahren sind mit 37 Prozent sogar fünf Prozent mehr als der Durchschnitt vertreten, bei den über 65jährigen sind es nur noch 22 Prozent. Anders als in den anderen Ländern sind in Belgien Einzelpersonen (38 Prozent) häufiger engagiert als Verheiratete (31 Prozent).

1976 hat der belgische Staat erstmals ein Förderprogramm für freiwilliges Engagement aufgelegt; bis heute ist das Verhältnis staatlicher Institutionen zu diesem Sektor sehr zurückhaltend. Vor fünfzehn Jahren begannen staatliche Stellen, Arbeitslose in bestimmte Tätigkeiten bei Nonprofit-Organisationen zu integrieren. Trotz eines gewissen Integrations-Erfolges hatte das Programm den Effekt, daß das Ansehen freiwilligen Engagements dadurch in der Bevölkerung noch weiter verlor und als pauschal niedrigstehende Tätigkeit eingestuft wurde.²⁴³

Erst seit einer generellen Spardiskussion ist in Belgien der Freiwilligen-Sektor wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt worden, wird aber in erster Linie instrumentell betrachtet. Es ist durchaus bemerkenswert, daß der relativ hohe Wert von Freiwilligen in Belgien (bei allerdings unterdurchschnittlicher Regelmäßigkeit) nicht in eine entsprechend entwickelte Kultur des Engagements eingebettet ist.

3.7 Bulgarien/Slowakei

Erstmals sind jetzt auch Daten über einige osteuropäische Länder verfügbar, die vor allem zwei Faktoren widerspiegeln: die staatlich angeordnete Verpflichtung zu ehrenamtlichem Engagement in den Zeiten des Staatssozialismus sowie die Existenz-Probleme in den Zeiten der Systemtransformation. Die Slowakei hat in der Eurovol-Studie mit 12 Prozent die niedrigste Quote derjenigen, die sich freiwillig engagieren. Bulgarien liegt dagegen mit 19 Prozent sogar einen Prozent über der für Gesamtdeutschland ermittelten – die so allerdings nicht haltbar ist, siehe die SOEP-Auswertung – von 18 Prozent.

²⁴¹ Vgl. Cox, R.H. (1996a,b)

²⁴² Vgl. Habermann, U. (1993)

²⁴³ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 42.

Die Verteilung auf Männer und Frauen ist in der Slowakei gleich, in Bulgarien sind Männer zu drei Prozent häufiger engagiert. Auffällig ist, daß in der Slowakei die getrennt lebenden Personen überproportional häufig freiwillig engagiert sind, nämlich zu 18 Prozent. Dieser Wert weicht deutlich von denen aller anderen Länder ab. Sowohl die Slowakei als auch Bulgarien verfügen über ein Potential an Menschen, das häufiger aktiv ist als etwa in Großbritannien.

In Bulgarien existiert zwar eine rigide Gesetzgebung für Stiftungen, alle anderen Organisationsformen werden jedoch so gut wie gar nicht bedacht. Es gibt keine Anreiz-Regelungen und andere Möglichkeiten verstecken sich allgemeinen Gesetzen, deren Potential für den Freiwilligen-Sektor nicht genutzt wird. Die bulgarische Gesellschaft wird weiterhin von schweren ökonomischen und sozialen Krisen geschüttelt; Erwerbsarbeit ist – gerade weil sie immer seltener wird – das große Ziel. Attraktivität und Ansehen freiwilligen Engagements sind entsprechend niedrig; die dennoch hohen Raten lassen erkennen, daß Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit offenbar eine informell wichtige Größe sind, um soziale Netzwerke zu stabilisieren.

Außerdem gilt für Bulgarien wie für die meisten anderen osteuropäischen Reformstaaten auch, daß die Nonprofit-Organisationen mit ihren ehrenamtlichen Aktivitäten als bewußter Gegenpol zum ehemaligen Staatspaternalismus wachsen, allerdings vom Staat nicht entsprechend wahrgenommen werden.²⁴⁴ Zugleich ist ein Widerspruch erkennbar: Auch im Staatssozialismus gabe es »Engagement«, allerdings mit starkem Pflichtcharakter. Im Vergleich zum Erbe des staatlich organisierten Paternalismus, das eher förderlich für die Kultur von Nonprofit-Organisationen ist, dämpft das Erbe der Zwangsdienste die individuelle Bereitschaft zum Engagement.

Die Entwicklung in der Slowakei ist damit vergleichbar. Zwar sind eine Reihe von Gesetzen erlassen worden, die das individuelle Engagement fördern sollen. Doch der Status systematischen Engagements ist auch in der Slowakei angesichts früherer Zwangsdienste relativ niedrig. Größere Organisationen werden zudem von staatlichen Stellen beargwöhnt, weil ihre Geldquellen nicht offenliegen.²⁴⁵

3.8 Fazit

Vergleicht man Entwicklung und Struktur des Freiwilligen-Sektors der porträtierten Länder mit der Bundesrepublik und den bereits analysierten Eigenschaften des deutschen Falles, so fallen mehrere Besonderheiten ins Auge. Zum einen ist in Deutschland vor allem in den konfessionell geprägten Milieus nach wie vor ein kleiner Stamm von sehr regelmäßig aktiven Menschen vorhanden. Die Aktivitäten dieses Stammes konzentrieren sich auf klassische Felder der Wohlfahrtspflege, wie Alten- und Behindertenhilfe und Krankenbetreuung. Im direkten Vergleich dazu sind in Großbritannien zwar weitaus weniger Leute regelmäßig aktiv, dafür verteilt sich das Engagement jedoch auf viel mehr Sektoren und sensibilisiert damit ganz unterschiedliche Felder wie Bildungseinrichtungen, Rechtsberatungen oder Gesundheits-

²⁴⁴ Diese Erkenntnis läßt sich der bislang einzigen, vergleichenden Studie über Sozialpolitik in osteuropäischen Staaten entnehmen (vgl. Götting 1997).

²⁴⁵ Vgl. Bútorová, Z./Daniel, D.P. (1995)

hilfe für den Bedarf an freiwilligem Engagement. Ähnliches gilt für die Niederlande und die USA. Die freiwillig Engagierten in Deutschland sind zudem im Schnitt jünger als in den anderen Ländern. Dieses Ergebnis offenbart, daß es neben den klassischen – und enger werdenden – Milieus weitere Potentiale gibt. Daß sich in Deutschland insgesamt weniger Menschen engagieren als in anderen Ländern, ist ein Ergebnis der Eurovol-Studie, das durch unsere Auswertungen des SOEP nicht gestützt werden kann.

Im Vergleich zu den USA, aber auch Schweden ist der Freiwilligen-Sektor bislang nicht als eine besondere Stütze der Demokratie begriffen worden. Neue Begriffe wie »bürgerschaftliches Engagement« sind daher Anleihen aus der vornehmlich amerikanischen Diskussion. In Deutschland verengen sich die Einsatzfelder auf zwei große Bereiche: Sport und soziale Dienste. Dazwischen gibt es keine nennenswerte Kultur der Freiwilligkeit. Auch die öffentlichen Förderprogramme sind entsprechend strukturiert, wodurch neue Organisationsformen wie etwa Freiwilligen-Agenturen durch ihre Maschen fallen.

In den meisten anderen Ländern ist die Organisations-Landschaft bunter. In der Bundesrepublik spiegelt sich die Konzentration auf die sozialen Dienste auch in der Organisations-Kultur wieder, die von den sechs Wohlfahrtsverbänden beherrscht wird. Sogar im etatistisch veranlagten Schweden agieren im Sozialektor eine Vielzahl von Interessenvertretungs-Organisationen, die sich in die Reform der sozialen Dienste derzeit produktiv einmischen.²⁴⁶ Zugleich ist der Professionalisierungsgrad freiwilligen Engagements in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern geringer. Die klare Trennung in Hauptamt und Ehrenamt bei den Wohlfahrtsverbänden hat diesen Effekt unterstützt. Daher findet man in Deutschland auch kaum derartig spezialisierte Einsatzfelder, wie es sie in den Niederlanden etwa in der Altenpflege gibt. Dadurch werden Entwicklungspotentiale von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit nicht genutzt. Diese Situation ist zum Teil auch der in Deutschland dominanten Substitutions-Debatte geschuldet: ob hauptberufliche Tätigkeiten nicht schleichend durch ehrenamtliche Arbeiten ersetzt werden, interessiert oft stärker als die Frage danach, wie neue Einsatzfelder von Freiwilligen überhaupt geschnitten sein müßten, um mehr Attraktivität auszustrahlen.

²⁴⁶ Vgl. Evers, A./Leichsenring, K. (1996)

4. Möglichkeiten und Grenzen von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

4.1 Potential für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

Das Potential für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit wird in Deutschland noch immer sehr voluntaristisch eingeschätzt. Wird einmal das Ende des Ehrenamtes beschworen, weil bei einigen Organisationen die Rekrutierung von ehrenamtlichen Helfern stagniert oder zurückgeht, kann man andererseits die Meldung hören: »Mehr Ehrenamtliche denn je!«²⁴⁷

Seriöse Daten liegen seit 1992 vor. Mit einer Zeitbudgeterhebung hat das Statistischen Bundesamt die dato präzisesten Ergebnisse zur ehrenamtlichen Tätigkeit in Deutschland erhoben. Sie kam auf einen durchschnittlichen Wert von 17 % der deutschen Bevölkerung im Alter zwischen 12 und über 70, die sich in Vereinen, sozialen Diensten oder öffentlichen Ämtern engagiert. Die Eurovol-Studie kam zu einem ähnlichen Befund (18%) und hat Deutschland im europäischen Vergleich die vorletzte Position zugewiesen. Für die USA oder die Niederlande wird geschätzt, daß fast die Hälfte der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert sei. Weicht die Situation in Deutschland tatsächlich so weit von diesen Vergleichsdaten ab? Aktuelle Daten lassen Zweifel an dieser Vermutung zu.

(1) 18,5 Millionen Deutsche engagieren sich.

Die im Rahmen dieses Gutachtens ausgewerteten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) von 1994 zeigen, daß das Potential freiwilliger sozialer Tätigkeiten in Deutschland als sehr viel höher einzuschätzen ist: Fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung, also rund 16 Millionen Personen, hat sich 1994 in irgendeiner Form freiwilliger sozialer Tätigkeit engagiert. In Ostdeutschland ist der prozentuale Anteil geringer, aber er beläuft sich immerhin noch auf ein Fünftel der Bevölkerung (also knapp 2,5 Millionen Personen). Dieses Engagement wird vor allem in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten erbracht. Dieser Bereich ist dreifach so groß wie Aktivitäten bei Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik.

(2) Freiwilligenarbeit nimmt zu – auch in einer sich individualisierenden Gesellschaft.

Im Widerspruch zu öffentlich verhandelten »Diagnosen«, die einen dramatischen Rückgang gemeinschaftsorientierter Engagements in einer individualisierten Gesellschaft unterstellen, bilden freiwillige soziale Tätigkeiten einen Wachstumsbereich. Den SOEP-Daten zufolge haben sie zwischen 1985 und 1994 um 5 Prozentpunkte zugenommen. Um fast 20 % zugenommen haben die unterschiedlichen Formen der Alltagssolidarität in familialen, nachbarschaftlichen und Freundschaftsnetzwerken.

²⁴⁷ Deutsche Gesellschaft für Freizeit (1995)

(3) Vom regelmäßigen zum punktuellen Engagement.

Für eine realistische Einschätzung des Tätigkeitspotentials außerhalb der Erwerbsarbeit ist bedeutsam, daß die regelmäßigen und zeitintensiven Formen des Engagements abgenommen haben und Muster des punktuellen und thematisch eingegrenzten Einsatzes häufiger werden.

(4) Geschlechterunterschiede: Größere Zuwächse bei den Frauen, mehr Kontinuität bei den Männern.

Im traditionellen Ehrenamt im Sozialbereich war der Frauenanteil überproportional hoch. Berücksichtigt man jedoch das Gesamtfeld freiwilligen Engagements zeigt sich, daß Männer einen höheren Anteil an diesem Bereich haben als Frauen. Bei Frauen überwiegt das unregelmäßige Engagement, während Männer bei den kontinuierlich geleisteten Tätigkeiten überrepräsentiert sind. Ursache dafür dürfte die höhere Repräsentanz der Männer bei Vorstandstätigkeiten in Vereinen und Verbänden und ihr geringeres Engagement im Sozialbereich sein. Hinzu kommt die gewachsene Erwerbsneigung von Frauen, die ein regelmäßiges ehrenamtliches Engagement erschwert. Bei den Wachstumsraten freiwilligen Engagements liegen die Zuwächse bei den Frauen leicht über jenen der Männer und das gilt auch für die Bereiche Vereine und politisches Engagement.

(5) Alterstypische Muster des Engagements, aber: Zuwachs auch bei der Jugend.

Die öffentlich immer wieder erhobene Behauptung, Jüngere würden sich weniger engagieren und sich mehr egozentriert verhalten, wird durch alle verfügbaren Daten, vor allem auch durch die neueste empirische Jugendforschung, eindeutig widerlegt. Außer bei Personen, die über 60 Jahre sind – bei ihnen sinkt das Engagement auf rund 20% –, liegen die Anteile bei allen übrigen Altersklassen bei ziemlich genau einem Drittel. Für alle Altersklassen, also auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist eine Zunahme bürgerschaftlichen Engagements zu registrieren. Bemerkenswert ist allerdings ein Rückgang des allgemein- und parteipolitischen Engagements bei den Jüngeren. Dieser Effekt zeigt sich in abgeschwächter Form auch bei der Altersgruppe der 26 – 40jährigen. Bei den höheren Altersklassen hingegen zeigt sich eher ein gegenläufiger Trend: Ihr politisches Engagement steigt, am deutlichsten bei den über 60jährigen.

(6) Bildungstand fördert Engagement, aber: Überdurchschnittliche Zuwächse bei den Personen ohne Schulabschluß.

Für das freiwillige Engagement sind offensichtlich das Bildungs- und das ökonomische Kapital entscheidende Voraussetzungen. Arbeiter sind von allen Berufsgruppen am wenigsten ehrenamtlich tätig. Sie verfügen offensichtlich zu wenig über die zentralen Ressourcen für Engagement: Bildung und Einkommen. Eine gehobene Beamtenausbildung, abgeschlossenes Hochschulstudium und ein gutes Einkommen sind

wohl die beste Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement. Bemerkenswert ist allerdings der überdurchschnittliche Zuwachs von Engagement bei Personen ohne Schulabschluß. Sie zeigen auch ein verstärktes Engagement bei Parteien und Bürgerinitiativen. Der genau gegenläufige Trend zeigt sich bei Personen mit Hochschulreife. Sie sind zwar im Durchschnitt noch immer die aktivste Gruppe im politischen Bereich, aber in der Dekade von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre ist ihre Engagementbereitschaft um fast ein Drittel gesunken. Es zeichnet sich also eine stärkere Annäherung zwischen Menschen mit hohen und niedrigeren Bildungsabschlüssen ab.

(7) Religion schafft – nach wie vor – Motivation.

Die vermutete Abnahme religiöser Motivations- und Sinnstiftungsbasis für ehrenamtliche Tätigkeiten läßt sich auf der Basis der vorhandenen Daten nicht belegen. Ein vollkommener Bedeutungsverlust ist jedenfalls nicht festzustellen. Im Gegenteil: Personen mit religiöser Bindung zeigen höhere Aktivitätsbereitschaft als konfessionslose Personen. Die höchsten Werte weisen in Westdeutschland Personen mit katholischer Religionszugehörigkeit auf. Gut ein Drittel von ihnen beteiligt sich an ehrenamtlichen Aktivitäten. Deutlich geringer ist das Aktivitätspotential bei evangelischen Kirchenmitgliedern.

(8) Die verfügbare Zeit allein ist ein schlechter Indikator für bürgerschaftliches Engagement.

Unter der Fragestellung, ob ehrenamtliches Engagement vor allem für Menschen mit einer geringen oder gar keiner Erwerbsarbeit ein sinnvoller Ersatz sein könnte, zeigt die Befundlage immer noch einen eher gegenteiligen Effekt. Aber es zeigen sich auch bemerkenswerte Trends, die von den üblichen Interpretationsmustern deutlich abweichen. Zunächst erweist sich, daß Vollzeiterwerbstätige den höchsten Aktivitätsgrad an Freiwilligentätigkeiten aufweisen, teilzeiterwerbstätige Personen folgen knapp dahinter und – wiederum nur durch wenige Prozentpunkte getrennt – dann kommen arbeitslos gemeldete Personen. Im Zeitvergleich weist aber die Gruppe der Arbeitslosen die höchste Zuwachsrate auf. Generell scheint sich ein deutliche Steigerung im freiwilligen Engagement bei Nichterwerbstätigen entwickelt zu haben. »Zeitwohlstand« ist wohl auch bei Familien mit mehreren Kindern kaum eine erklärende Variable dafür, daß Paare mit Kindern das stärkste Engagement aufweisen und zwar zunehmend mit der Zahl der Kinder. Die geringste Aktivitätsrate ist bei Einpersonenhaushalten zu verzeichnen und der Anteilswert ist weiter rückläufig. Nur geringfügig höher war Mitte der 80er Jahre der Anteil bei Paaren ohne Kinder. 10 Jahre später verzeichnet dieser Haushaltstypus die höchsten Zuwachsraten.

(9) »Arbeitslose Zeit« muß als Ressource gezielt entwickelt werden.

Das wachsende Engagement der Arbeitslosen darf nicht darüber hinweg täuschen, daß das »Mehr an verfügbarer Zeit« allein für die meisten von ihnen keinen echten

Anreiz dafür darstellt, sich außerhalb der Erwerbsarbeit stärker zu engagieren. Will man eine größere Breitenwirkung erreichen, muß sowohl von der sozialen Wertigkeit, wie auch von den finanziellen und institutionellen Konsequenzen her ein dem Arbeitsstatus zumindest annähernd vergleichbare Basis geschaffen werden. Gelingt dies, dann können freiwillige soziale Tätigkeiten nicht nur eine Ressource für Arbeitslose sein, sondern umgekehrt das Potential einer hohen Arbeitslosigkeit – dies legt der Vergleich mit dem Selbsthilfebereich nahe – nicht nur Kosten, sondern auch einen gesellschaftlichen Nutzen produzieren.

(10) *Freiwilliges Engagement schafft Lebenszufriedenheit.*

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die durchschnittliche Lebenszufriedenheit und der Zukunftsoptimismus in Deutschland in den letzten Jahren rückläufig ist, zeigt sich ein eindeutiger Trend, daß Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren, eine höhere Lebenszufriedenheit und einen positiveren Zukunftsbezug entwickeln. Die Zufriedenheit steigt tendenziell mit der Häufigkeit des ehrenamtlichen Engagements. Die zeitlichen Kosten für dieses Engagement werden offensichtlich psychisch kompensiert.

(11) *Vom religiös motivierten Altruismus zum biographisch eingebetteten »bürgerschaftlichen Engagement«.*

Das klassische Ehrenamt schöpfte sehr stark aus einer religiös motivierten altruistisch-karitativen Grundhaltung, die als selbstverständliche Pflichterfüllung innerhalb des religiös-institutionellen Feldes kodiert war. Aber auch hier gab es sicherlich schon eine motivationale »Überdetermination«. Biographische Situationen mußten zu den ehrenamtlichen Aufgaben passen. Diese Passungsfrage wird für das bürgerschaftliche Engagement noch zentraler. Motiv, Anlaß und Gelegenheit zum Engagement müssen in einer bestimmten biographischen Phase zusammentreffen. In den Motivstrukturen finden sich kulturell tradierte Werte wie Mitmenschlichkeit, Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft genauso wie Wünsche nach mehr Authentizität und Selbstgestaltung, aber auch die Bewältigung eigener Lebenskrisen und schließlich auch der bewußte politische Gestaltungswille. Scheinbar unvereinbare Motivstränge können sich durchaus synergetisch verknüpfen: Etwas für andere und zugleich etwas für sich tun.

(12) *Die ungebrochene Bedeutung von Arbeit für Identität: Bürgerschaftliches Engagement ist eine neue Option, wenn es vergleichbare Erfahrungen vermitteln kann.*

Die aktuelle Forschung zum subjektiven Stellenwert der Erwerbsarbeit zeigt, daß diese in ihrem Stellenwert für die subjektive alltägliche Identitätsarbeit eher an Bedeutung gewonnen hat. Das gilt gerade auch für Heranwachsende. Postmaterielle Werte werden nicht nur außerhalb der Arbeitssphäre zu realisieren versucht, sondern sie werden in hohem Maße auf die Arbeit selbst bezogen. Das bezieht sich sowohl auf

arbeitsinhaltliche Ansprüche als auch auf kommunikativen Bedürfnisse, die im Arbeitsbereich befriedigt werden sollen. Für Tätigkeiten innerhalb des Handlungsfeldes der Erwerbsarbeit, aber auch für solche außerhalb, kann man eher ein gemeinsames Bündel miteinander verschränkter Erwartungen annehmen: Sie sollen die Person fordern, sie sollen Spaß machen, kommunikative Möglichkeiten eröffnen, der eigenen Tätigkeit zurechenbare Produkte erbringen und soziale Anerkennung vermitteln. Diese Motivstränge beziehen sich auf grundlegende Bedingungen individueller Identitätsarbeit. Sie sind nicht ontologisch an die Erwerbsarbeit gebunden. Sie werden sich allerdings so lange mit diesem Fokus industriegesellschaftlicher Entwicklung verknüpfen, wie Erwerbsarbeit zentraler Baustein materieller Reproduktion und sozialer Sicherung bleibt. Erst mit der Schaffung von gesellschaftlichen Alternativen, kulturell neuen Optionen und der individuellen Erreichbarkeit solcher Alternativen und Optionen werden sich in den individuellen Grundorientierungen neue Profile jenseits der Erwerbsarbeitsfixiertheit ausbilden können.

(13) *Potentiale freiwilligen sozialen Engagements: Zuwächse bei Vereinen und neuen Formen.*

Der erste Blick zeigt eine »Entpolitisierung« des bürgerschaftlichen Engagements. Die im Rahmen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen erbrachten Leistungen nehmen ab. Auch im kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich geht das ehrenamtliche Engagement zurück. Zuwächse verzeichnen Vereine, Selbsthilfeinitiativen und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen, Tauschringe etc. Im Bereich der lebensweltlich erbrachten Alltagsolidarität scheinen sich die freiwilligen Aktivitäten immer stärker zu entfalten. Das könnte als stärkere »Pri-vatisierung« von Engagement erscheinen. Zunächst drückt es wohl nur eine wachsende Disjunktion zwischen gemeinwohlorientierten Handlungsbereitschaften und einem öffentlichen Raum aus, in dem diese Potentiale keine geeigneten Kristallisationspunkte finden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die These von Helmut Klages, daß ein »ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft« existiere,²⁴⁸ empirisch durchaus gehaltvoll ist. Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Allerdings – und das kommt in der Formulierung vom »frei flottierendes Potential an Gemeinsinn« gut zum Ausdruck – speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten läßt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschau-

²⁴⁸ Körber-Stiftung (1993), S. 40.

baren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden »bowling alone«-Effekt gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses »soziale Kapital« ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, daß ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, daß Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potential freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tiefgreifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren »Grundbedürfnis« einer wachsenden Anzahl von Personen, »Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinwohl in Widerspruch steht«²⁴⁹. Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung tragen.

²⁴⁹ ebd.

4.2 Aktuelle institutionelle, ökonomische und sozio-kulturelle Hemmnisse für eine Ausweitung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

In der Bundesrepublik ist besonders die Verknüpfung von institutionellen und sozio-kulturellen Hemmnissen entscheidend dafür, daß sich neue Tätigkeitsformen außerhalb der Erwerbsarbeit nur punktuell kristallisieren. Die ökonomischen Hemmnisse sind demgegenüber im Ausland kaum anders zu bewerten, eher noch gravierender, etwa in Großbritannien.

Daß neue Motivationslagen potentiell Engagierter nicht adäquat in der Förderung freiwilligen Engagements bedacht werden, ist ein Effekt der traditionellen Organisationsformen des Ehrenamts in Deutschland. Die subsidiäre Vorrangstellung der Wohlfahrtsverbände hat bestimmte Arbeitsfelder besonders stark entwickelt; die Verbände konnten sich dabei bislang auf passende soziale Milieus stützen, die aber einem spürbaren Strukturwandel ausgesetzt sind.

Diese Vorrangstellung hat auch eine »Kultur des Ehrenamts« gepflegt, aus der andere, auch aktivere Formen des freiwilligen Engagements größtenteils herausfallen (siehe Kap. 4.2.1.2). Dabei bilden gerade die Wohlfahrtsverbände ein großes Potential für neue Projektformen und gemeinschaftliche Initiativen (siehe Kap. 5.2). Außerdem entstammt der Sphäre der Wohlfahrtsverbände auch der klassische Abwehrreflex gegen neue Formen des Engagements, indem Selbsthilfe und Professionalität als Pole zu sich gegenseitig ausschließenden Formen stilisiert werden (siehe Kap. 4.2.3).

Zugleich sind die institutionellen Förderstrukturen der Sozialpolitik klar auf den Sektor des klassischen Ehrenamts abgestimmt; nachdem die Selbsthilfe sich infrastrukturelle Unterstützung teilweise gesichert hat, treten nun neue Organisationsformen wie Freiwilligen-Zentren auf den Plan, die erneut durch das Raster der Sozialpolitik fallen (siehe Kap. 4.2.1.1). Und sie haben einen viel zu weiten thematischen Zuschnitt, der mit der deutschen Ehrenamts-Kultur, die sich neben politischen und Vereinsämtern auf Sozial- und Gesundheitshilfe verengt, kaum kompatibel ist; angesichts neuerer und bunterer Motivationen für freiwilliges Engagement ist diese institutionelle Verengung kaum noch tragbar.

Die für das gesamte System der sozialen Sicherung in Deutschland zunehmend prekärer werdende Lohnarbeitsfixierung schlägt auch auf die Strukturen freiwilligen Engagements durch: Hier fehlen weitere Möglichkeiten, auch Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit sozialrechtlich abzusichern. Aus diesen Gründen bildet sich aus der Verquickung von institutionellen und kulturellen Hemmnissen die entscheidende Barriere für neue Tätigkeitsformen außerhalb der Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik.

4.2.1 Aktuelle institutionelle Hemmnisse

Unter den institutionellen Hemmnissen in Deutschland lassen sich zwei unterschiedliche Dimensionen ausmachen: die politischen Rahmenbedingungen und die organisatorischen Angebotsformen von freiwilligem sozialem Engagement. Zu den ersteren

gehören insbesondere die Lohnarbeitszentriertheit der Sozialpolitik und die versicherungsrechtliche Dominanz des Faktors Geld gegenüber dem Faktor Zeit, zu den letzteren insbesondere die Dominanz der Wohlfahrtsverbände und des formalen Subsidiaritätsprinzips. Beide Dimensionen wirken sich sowohl auf die Konsolidierung und Anerkennung des vorhandenen Engagements aus als auch auf die Chancen, neue Formen freiwilligen sozialen Engagements zu mobilisieren.

4.2.1.1 Sozialpolitik

Obgleich die Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Zahl von nicht-standardisierten Erwerbsbiographien den Orientierungspunkt der Vollbeschäftigung nicht mehr realistisch erscheinen lassen, ist sie für die sozialpolitischen Institutionen noch immer die wichtigste Wegmarke. Die Sozialversicherung baut auf dem Normalarbeitsverhältnis auf und überläßt somit viele sozialpolitische Anliegen mehr und mehr den nachgeordneten Sicherungssystemen, die dafür nicht konstruiert sind.²⁵⁰

Offenkundig ist, daß eine Kombination aus Teilzeitarbeit und ehrenamtlichem Engagement in Deutschland weniger attraktiv ist als etwa in den Niederlanden, wo es ein Grundsicherungssystem gibt. Die Debatte um ein Alternativ-System zur Sozialhilfe erhält daher auch im Kontext freiwilligen sozialen Engagements neuen Auftrieb. Biographien, in denen Erwerbsarbeit und freiwilliges soziales Engagement nicht zu einer ökonomischen Belastung werden, sind in Deutschland typischerweise in erster Linie in den gut verdienenden Mittelschichten präsent. Eine stärkere Entkopplung von Erwerbseinkommen und sozialer Ab- bzw. Grundsicherung könnte helfen, diesen »Mittelschicht-Bias« zumindest etwas abzuschwächen.

Einen kleinen Schritt zur konstruktiven Aufweichung der starken Lohnarbeits- und Beitragsbezogenheit der Sozialversicherung hat das Pflegeversicherungsgesetz markiert, das Pflegezeiten wie Kindererziehungszeiten behandelt und entsprechend als Beitragsjahre zur Rentenversicherung verrechnet (§ 19 SGB XI). Wenn jedoch zugleich mit Recht gefordert wird, »versicherungsfremde« – also nicht lohnarbeitsgestützte – Leistungen über Steuern zu finanzieren, so stellt sich einmal mehr die Frage nach einer steuerfinanzierten Grundabsicherung, anstatt jeweils den Bundeszuschuß zu erhöhen.

Eine weitere institutionelle Barriere hat das Arbeitsförderungsgesetz errichtet. Die Chance, auch Arbeitslose für ein teilweises Engagement zu mobilisieren, kollidiert mit der an sich verständlichen Forderung des AFG, dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung stehen zu müssen (§ 103 AFG). Die Arbeitslosenversicherung hält aber auch für Ehrenamtliche, die nach längerem, zusätzlichem Engagement arbeitslos werden, keine ausreichende Sicherung bereit. Und für eine eventuelle Rückkehr ins Arbeitsleben, für die das freiwillige soziale Engagement womöglich eine Vorbereitung war, sind bislang keine besonderen Regelungen für berufliche Bildung und Fortbildung vorhanden.²⁵¹

²⁵⁰ Vgl. die Beiträge in Fricke, W. (1995), Riedmüller, B./Olk, T. (1994) sowie in Schulte, D. (1996)

²⁵¹ Vgl. Igl, G. (1996), S. 86f.

Qualifizierung ist generell ein Thema, das auch für freiwillig Engagierte an Bedeutung gewinnt, besonders dann, wenn sie ihr Engagement stabilisieren wollen. Die Tatsache, daß das Engagement insgesamt anwächst, die Regelmäßigkeit jedoch abnimmt, darf über eines nicht hinwegtäuschen: Neben der Mobilisierung neuer Potentiale ist die »Bestandspflege« eine genauso wichtige, aber weniger öffentlichkeitswirksame politische Aufgabe. Die gesetzliche Flankierung von Sonderurlauben ohne Zusatzbelastungen des Arbeitgebers sowie von Weiterbildungsmaßnahmen sollte daher gerade auch in diesem Sektor unterstützt werden.

Die institutionellen Barrieren in der Sozialversicherung vereiteln eine gesellschaftspolitisch wünschenswerte Anerkennung – und entsprechende Stabilisierung – freiwilligen sozialen Engagements, sie blockieren aber zugleich auch neue Anreize für solches Engagement. Es liegt in der Logik der Sozialversicherung, daß in ihr der Faktor »Geld« als input und output dominiert, nicht der Faktor »Zeit«. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und sinkender Gesamtarbeitszeit trifft die Idee einer »Requalifizierung von Zeit« bzw. der Anerkennung von »Sozialzeit« auch die Reform der Sozialversicherung. Will man »Sozialzeiten« in ihrem produktiven Wert wirklich anerkennen und zusätzliche Anreize setzen, dann muß der Faktor »Zeit« in den erwerbsarbeitszentrierten Sicherungssystemen stärker berücksichtigt werden.

Systeminterne Reformansätze sind denkbar – von der Anrechnung von Beitragszeiten bis zur Anerkennung von »Zeitspenden«; dennoch bleibt die Frage, ob nicht in langfristiger Perspektive eine Grundsicherung der bessere Weg wäre, Sozialzeiten anzuerkennen und aufzuwerten.²⁵²

Problematisch hingegen ist der Weg, nur bestimmte Gruppen von Ehrenamtlichen durch höhere Aufwandsentschädigungen oder steuerliche Befreiungen zu fördern. Einzelne Gruppen herauszuheben, wird auf die Mobilisierung neuer Freiwilligen-Potentiale eher negative Effekte haben und unerwünschte Sog-Wirkungen auslösen.

Das Steuerrecht zeigt eine Reihe von Einseitigkeiten zugunsten etablierter Träger. So werden etwa Aufwandsentschädigungen für die nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen nur dann steuerfrei gestellt, wenn die Personen bei einem verbandsorganisierten Träger arbeiten (§ 3 Nr. 26 EStG), nicht, wenn die Gruppe selbstorganisiert ist. Zugleich ist die Einschränkung auf den engen Bereich der Pflege ein weiteres Beispiel für die Verengung der staatlichen Förderung auf das Sozial- und Gesundheitswesen. Andere Regelungen im engeren Pflegebereich, wie die Pauschbeträge für Pflegepersonen (§ 33b Abs. 6 EStG) sind recht niedrig angesetzt und reichen kaum aus, um pflegetätigkeitsbedingte Ausgaben zu finanzieren²⁵³.

Zur Verfügung gestellte Zeit läßt sich nicht so einfach kontrollieren wie ausgegebenes Geld. Dasselbe Problem stellt sich bei der Berücksichtigung von als Beitragszeiten Engagement in der Sozialversicherung. Dennoch ist es für die Entwicklung des Potentials an freiwilligem sozialen Engagement kontraproduktiv, wenn Geldspenden steuerlich absetzbar sind, »Zeitspenden« dagegen nicht. Auch hier ist gesetzgeberische Kreativität gefragt.

²⁵² Vgl. Heinze, R.G./Olk, T./Hilbert, J. (1988); Vobruba, G. (1991)

²⁵³ Vgl. Igl, G. (1996), S. 100.

4.2.1.2 Traditionelle Wohlfahrtspflege

Gemäß dem formalisierten Subsidiaritätsprinzip in Paragraph 10 des Bundessozialhilfegesetzes genießen die sechs Wohlfahrtsverbände²⁵⁴ in Deutschland eine Vorrangstellung im Bereich sozialer Dienste. Diese Vorrangstellung wird zwar indirekt und direkt stärker infragegestellt,²⁵⁵ dennoch sind die Verbände gerade für ehrenamtliches Engagement noch immer ein zentraler Akteur.

Vor allem aber werden die Wohlfahrtsverbände in hohem Maße aus Geldern der öffentlichen Hand bzw. durch Leistungsentgelte der Sozialgesetze finanziert. Kritische Beobachter schätzen die tatsächlichen Eigenmittel der Verbände auf nicht mehr als zehn Prozent.²⁵⁶ Über Landeslotterien und Bußgeldkassen werden pauschale, nicht-zweckgebundene Subventionen gezahlt, während die Sozialgesetze oder kommunale Vorgaben konkrete Leistungen vergüten. Vor allem die Gelder aus Lotterien sind wichtige Organisationshilfen des Staates für die Verbände²⁵⁷. Denn sie sind ein geeignetes Instrument, um neue Mitglieder zu gewinnen: Ohne die Mitgliedschaft in einem Spitzenverband ist Projekten und Initiativen der Zugang zu solchen Mitteln praktisch versperrt. Bedenkt man gleichzeitig, daß die Mittel nicht zweckgebunden sind, so wird deutlich, daß die Wohlfahrtsverbände hier eindeutige Privilegien eingeräumt bekommen haben. Und es wird deutlich, daß auch andere Organisationen, etwa Freiwilligen-Agenturen, daran partizipieren könnten.

Einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Bedeutung der Wohlfahrtsverbände sollen ihre Bedeutung illustrieren: Die Wohlfahrtsverbände beschäftigen bundesweit mehr als 937.000 hauptamtliche Mitarbeiter, davon fast 642.000 vollzeitbeschäftigte sowie an die 70.000 voll- und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter in den neuen Bundesländern. Dies entspricht rund einem Sechstel des gesamten öffentlichen Dienstes einschließlich der Soldaten (1992) in Ost- und Westdeutschland und übertrifft damit beispielsweise den Bund mit seinen gut 600.000 Mitarbeitern erheblich.²⁵⁸ Sie sind aus diesem Grunde ebenfalls ein wichtiger Faktor auf dem Arbeitsmarkt; mit rund 40 Mrd DM Jahresumsatz bzw. einem Anlagevermögen von rund 70 Mrd DM bilden sie einen ansehnlichen Wirtschaftszweig.²⁵⁹

Seit 1990 haben die Wohlfahrtsverbände in den neuen Bundesländern zahlreiche Einrichtungen neu gegründet und einige alte Einrichtungen übernommen; dieser Zuwachs spiegelt sich auch im erneuten Wachstumsschub zwischen 1990 und 1993. Hinter den Zahlen verbergen sich allerdings auch Rationalisierungsprozesse in der alten Bundesrepublik. So ist von 1985 bis 1990 die Zahl der Beschäftigten prozentual zurückgegangen, während die Zahl der Plätze gestiegen ist. Auch die Verschie-

²⁵⁴ Dazu gehören: die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritas Verband, das Diakonische Werk, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden.

²⁵⁵ Vgl. Backhaus-Maul, H./Olk, T. (1994); Heinze, R.G./Schmid, J/Strünck, C. (1997)

²⁵⁶ Vgl. Goll, E. (1991)

²⁵⁷ Vgl. Borgmann-Quade, R. (1986), S. 160.

²⁵⁸ Vgl. BAG (1994) mit weiteren Daten

²⁵⁹ Goll (1991: 260) kommt in seiner Untersuchung auf höhere Werte: Die Summe aller Arbeitsleistungen in den Wohlfahrtsverbänden beträgt dann umgerechnet knapp 900.000 fiktive Ganztagsbeschäftigte. Auch beträgt s.E. das Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen rund 200 Mrd DM. Pabst (1994: 11) berichtet, daß sich die Bruttolohnsumme der Wohlfahrtsverbände auf über 30 Mrd DM beläuft und einen Anteil von 2,8% (im früheren Bundesgebiet) ausmacht.

bungen im Verhältnis von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigten können in allgemeinen Wachstumsdaten nicht wiedergegeben werden.²⁶⁰

Bemerkenswert ist, daß die Wohlfahrtsverbände seit nun über 20 Jahren immer ein und dieselbe Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter nennen: 1,5 Mio. sollen es sein. Politische Taktik der Verbände und schwache institutionelle Rückendeckung des Ehrenamtes haben lange Zeit eine seriöse Analyse des Umfangs ehrenamtlicher Arbeit erschwert, was sich erst jetzt langsam lockert. Die hier präsentierten Zahlen des SOEP lassen klar erkennen, daß die Gesamtzahl ehrenamtlich Tätiger die Grenzen der Wohlfahrtsverbände deutlich überschreitet. Das heißt jedoch keineswegs, daß die Wohlfahrtsverbände nur als randständiges Phänomen betrachtet werden sollten, im Gegenteil. Für die Organisationsform, das Verständnis und die Kultur von Ehrenamtlichkeit sind sie nach wie vor ein entscheidender Schrittmacher. Daher können sie Katalysator oder auch Barriere neuen freiwilligen sozialen Engagements sein.

Spezifische Erkenntnisse der Eurovol-Studie über die Organisation ehrenamtlicher Arbeit sind gerade deswegen interessant, weil sie sich – methodisch fragwürdig – beinahe ausschließlich auf Wohlfahrtsverbände als Träger stützen und damit die Organisationsprobleme wohlfahrtsverbandlich getragenen Ehrenamtes wiedergeben. So vertritt nur in Deutschland keine Mehrheit der befragten Organisationen die Ansicht, daß Freiwillige spezielle Qualitäten einbrächten, die die hauptamtlichen Mitarbeiter nicht anbieten könnten²⁶¹. Dieses Ergebnis spiegelt wider, daß es bei wichtigen Trägern freiwilliger Arbeit kaum Vorstellungen von komplementären Beziehungen zwischen Haupt- und Ehrenamt gibt, ganz anders als in den USA oder den Niederlanden. Die klare Abgrenzung und Beschreibung freiwilliger Tätigkeiten ist jedoch Voraussetzung gerade für neue Formen der Ehrenamtlichkeit, die in eigenem Selbstbewußtsein, eigenen Kompetenzen und projektbezogenem Engagement verankert sind.

Weiter untermauert wird das »deutsche Modell« von einem anderen Ergebnis: In der Bundesrepublik werden die Vorteile durch die Mitwirkung von Freiwilligen anders eingeschätzt als in vielen anderen Ländern. An erster Stelle rangiert die Aussage, daß viele Projekte sonst gar nicht möglich seien, danach folgen jedoch nicht etwa »Motivation, Begeisterung« oder »Fertigkeiten und Ideen«, sondern »Tradition«, »nahe der Zielgruppe« und »Mitarbeiterentlastung«, eine plastische Illustration des »alten Ehrenamtes«²⁶².

Biographieanalytische Studien haben gezeigt, daß das Verhalten von Hauptamtlichen in Wohlfahrtsverbänden viele Ehrenamtliche entmutigt und Ehrenamt nur als »abgeleitete Variable« des Hauptamtes betrachtet wird²⁶³. Auch wenn umgekehrt sich einige Hauptamtliche als Büttel ehrenamtlicher »Höhenflüge« mißbraucht vorkommen, deutet die Verbandskultur in den Verbänden an, daß solche unvermeidbaren Konfliktfelder nicht produktiv angegangen werden.

²⁶⁰ Vgl. Hegner, F. (1992); Rauschenbach, T./Schilling, M. (1995)

²⁶¹ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 177.

²⁶² Gaskin, K. u.a. (1996), S. 167.

²⁶³ Vgl. Jakob, G. (1993); Olk, T. (1995)

Zugleich gibt eine ungewöhnlich hohe Zahl von Nicht-Freiwilligen in Deutschland (30 Prozent) als Grund für Nicht-Engagement an, »nie gefragt« worden zu sein.²⁶⁴ Die Gewinnung von neuen Freiwilligen in Deutschland läuft zudem stärker als in Holland und Großbritannien über Mitgliedschaft.²⁶⁵ Anhand dieser Indikatoren öffnet sich der Blick auf die Probleme, welche die traditionellen Strukturen der Wohlfahrtsverbände aufwerfen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die wachsende Verbreitung von Freiwilligen-Agenturen zusätzliche Bedeutung.

Gestützt auf die wesentlichen Merkmale des *Volunteering* in anderen Ländern (siehe Kap. 3) und angelehnt an Erkenntnisse über die Motivlagen der »neuen Ehrenamtlichkeit« muß die Rolle der Wohlfahrtsverbände neu überdacht werden²⁶⁶. Paradoxerweise verlangt die Professionalisierung hauptamtlicher Arbeit – die die traditionelle Beziehung zwischen Verbänden und sozialen Milieus weiter gelockert hat – als Gegengewicht ebenfalls nach einer »Professionalisierung des Ehrenamtes«. Insbesondere das Beispiel USA zeigt, daß hierdurch Ängste und Abwehrhaltungen der Hauptamtlichen gelockert und Zufriedenheit wie Selbstbewußtsein der Ehrenamtlichen gestärkt werden können. Hierzu gehört allerdings auch der Aufbau einer institutionalisierten Mitbestimmungs- und Konfliktkultur etwa über bessere Vertretungsinstanzen von Ehrenamtlichen.

Die Professionalisierung des Hauptamtes steht in scharfem Kontrast zur mangelnden Professionalisierung des Ehrenamtes. Neueste Untersuchungen zu älteren Ehrenamtlichen beleuchten den Umgang der Träger mit ehrenamtlichen Mitarbeitern:²⁶⁷ Die Unterstützung für Ehrenamtliche ist dann hoch, wenn sie möglichst informell ist (Austausch, Rat von Hauptamtlichen) und dann deutlich niedriger, wenn sie formalisierter wird (Einbezug von Vorgesetzten, Teilnahme an Dienstbesprechungen, Supervision). Besonders grell ist der Kontrast zwischen den vorherrschenden Motiven vieler älterer Ehrenamtlicher – eigene Interessen zu realisieren, neue Qualifikationen zu erwerben sowie etwas ganz anderes als früher zu tun – und der weit aus geringeren Anerkennung dieser Motive durch die Dienste.²⁶⁸

Nicht zuletzt die in der vorliegenden Studie herausgearbeitete Vielfalt der Motive, Bedürfnisse und Angebotsformen bringt es jedoch mit sich, daß eine solche Professionalisierungsstrategie keineswegs in jeder Konstellation die richtige Lösung ist. Erstens ist es gerade in Deutschland nicht unwahrscheinlich, daß künftige Professionalisierungsstrategien des Ehrenamts wiederum nur »abgeleitete« Professionalisierungsansprüche von Hauptamtlichen sind, die damit die komplette Organisation mit ihren Konzepten umfassen wollen. Zweitens gibt es eine Reihe neuer, inszenierter Netzwerke – wie etwa Bürger-Treffs als erweiterte Selbsthilfeform – die nach ganz anderen Logiken arbeiten, und für die eine solche Strategie kontraproduktiv wäre. Dieser Einwand beleuchtet noch einmal, daß es keine »General-Kampagne« oder Mobilmachung für freiwilliges soziales Engagement geben kann, weil die

²⁶⁴ Vgl. Gaskin, K. u.a. (1996), S. 107.

²⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 159.

²⁶⁶ Vgl. Dettling, W. (1995) sowie die Beiträge in Evers, A./Olk, T. (1996)

²⁶⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1997), S. 24.

²⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 117.

Strukturen vor Ort wachsen und zu unterschiedlich in der Organisation, Motivation und im Teilnehmerspektrum sind. Allerdings ist Professionalisierung im hier diskutierten Sinne keineswegs identisch mit einer stärkeren »Inpflichtnahme« von potentiellen Freiwilligen, im Gegenteil: Die Professionalisierung schafft die Grundlage für selbstbewußtes und individuelleres *Volunteering*; sie verkörpert ein institutionelles Pendant zum Wandel der Motivkonstellationen.

Die erfolgreiche Mobilisierung neuer Potentiale freiwilligen sozialen Engagements – auch in schwierigen Sektoren wie etwa Gruppen von Arbeitslosen – wird sehr häufig von politischen Rahmenbedingungen, zentralen Kampagnen und einer gesellschaftlichen Aufwertung des Ehrenamtes abhängig gemacht. Diese Faktoren sind ohne jeden Zweifel wichtig. Häufig lassen sie jedoch vergessen, daß die komplexe Mischung aus individuellem Interesse, projektbezogener Tätigkeit und gesellschaftlicher Anerkennung nur dann aktiviert werden kann, wenn die Angebotsseite, sprich Verbände und Träger, entsprechend darauf eingestellt ist. Maßnahmen auf dieser Ebene sind politisch weniger sichtbar, dennoch ebenfalls politisch gestaltbar. So ist beispielsweise immer weniger einzusehen, daß ehrenamtliche Arbeit nach Verbandsgrenzen organisiert (und finanziert) wird und nicht **übergeordnet** und **gemeinsam** nach **Themen** und **Projekten**. Hier kann auch die Politik neue Akzente setzen. Und hier können das formale Subsidiaritätsprinzip und der passive Wohlfahrtsstaat zu einem lebendigen Subsidiaritätsprinzip umgebaut werden.

4.2.2 Aktuelle ökonomische Hemmnisse

Der Kernsatz amerikanischen Volunteerings lautet: »Volunteering ist not for free«. Das ist nicht nur, aber auch ökonomisch gemeint. Nicht das Engagement selbst soll bezahlt werden, aber eine Rahmeninfrastruktur, vor allem Koordinations-Stellen. Trotz der manifesten Krise öffentlicher Haushalte – insbesondere auf der wichtigen kommunalen Ebene – stehen daher die plakativen Bekenntnisse der Politik zur Aufwertung der Freiwilligen-Arbeit in einem merkwürdigen Kontrast zur ebenso häufigen Weigerung, zweckgebundene Mittel für die Förderung der Freiwilligen-Arbeit abzustellen. Ökonomische Hemmnisse bei der Entwicklung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit lassen sich in mehrere Dimensionen aufteilen:

- öffentlicher Sektor: Krise der Haushalte, v.a. der Kommunen, sozialpolitische Handlungsfähigkeit der Kommunen ist gering;
- private Einkommen: geringe Bereitschaft bei Haushalten mit unregelmäßiger Beschäftigung, mehreren Niedrigeinkommens-Quellen, durchschnittlich niedrigem Haushaltseinkommen;
- Kultur des Marktes: kaum entwickeltes Verständnis von Social Sponsoring auf Anbieter- und Nachfragerseite, begrenzte »Marketingfähigkeit«.

Ohne jeden Zweifel ist die Krise der öffentlichen Haushalte ein Hemmschuh für die Entwicklung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Besonders relevant ist dabei, daß die Strangulierung der kommunalen Haushalte durch überbordende Sozialhilfe-

zahlungen – auch die Pflegeversicherung hat diese Situation nicht nennenswert verbessert – die Möglichkeiten lokaler Unterstützung wegschmilzt. Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit sind meist in lokale Netze eingebunden, und auf dieser Ebene sind Projekte zur Förderung des Engagements auch am erfolgversprechendsten. Doch die Kommunen sind sozialpolitisch kaum mehr handlungsfähig.

Dieses ökonomische Hemmnis macht sich bei der mangelnden Infrastruktur für freiwillige Projekte besonders stark bemerkbar. Daneben gilt auf der individuellen Ebene das, was in Kap. 2.1.5.6 zu den typischen Engagierten bemerkt wurde: Bis auf auffällige Sondergruppen wie arbeitslose Akademiker sind charakteristischerweise diejenigen jenseits der Erwerbsarbeit aktiv, die über ein relativ gutes Einkommen verfügen, unabhängig von der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit. Wenn die individuelle Einkommenssituation unsicher ist, haben die Betroffenen kaum Anreize über alternative Tätigkeiten zur Erwerbsarbeit nachzudenken, weil diese sie möglicherweise noch weiter vom »regulären Arbeitsmarkt« entfernen würden. Auch wenn die meisten tatsächlich Engagierten betonen, daß sie ihre Arbeit nicht regulär vergütet bekommen möchten, verbergen sich für niedrigere Einkommensgruppen hinter »Aufwandsentschädigungen« durchaus Anreize, sich noch zusätzlich zu engagieren.

Auf der anderen Seite machen sich gerade auf der individuellen Ebene Hemmnisse bemerkbar, die nicht mehr »ökonomisch« sind: Die Motivationslage von Geringverdienern, sich jenseits der Erwerbstätigkeit zu engagieren, hängt noch von ganz anderen Faktoren ab, etwa davon, wieweit die Menschen noch in intakte soziale Netze eingebunden sind und sich am kulturellen Leben beteiligen können und wollen, und inwieweit sie vor der Phase der Arbeitslosigkeit schon freiwillig engagiert gewesen sind.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für ökonomische Hemmnisse findet sich im Grenzbereich zwischen Ökonomie und Kultur. Gemeint ist das in Deutschland (noch) unterentwickelte System des Social Sponsoring. Social Sponsoring ist – anders als Spenden oder Mäzenatentum – eine Beziehung zwischen privatem Geldgeber und sozialer Organisation, die auf dem marketingfähigen Prinzip von Leistung und Gegenleistung beruht.²⁶⁹ In der Praxis gibt es unterschiedliche Beispiele für solche Marketing-Projekte. Einmal nutzen Flüchtlingsgruppen in Anzeigen Produkte eines Spielzeugherstellers, ein andermal bilden kleine Träger einen Pool, in den Unternehmen Prozente ihres Werbebudgets einzahlen und für den sie Gütesiegel als Aufkleber erhalten.²⁷⁰ Unter dem Oberbegriff »freiwilliges soziales Engagement« verbergen sich – wie bereits diskutiert – immer häufiger auch Tätigkeiten außerhalb des Gesundheits- und Sozialwesens, etwa im Umwelt- oder Kulturbereich.

Daher sollte man zusätzlich zum engeren Social Sponsoring auch die Marktentwicklung und -potentiale für das Kultur- und Ökosponsoring ins Auge fassen. Hier allerdings ist zu beachten, daß gerade im Bereich des Kultursponsoring die Masse der Gelder in prestigeträchtige, kommerzielle Veranstaltungen fließen und weniger in Projekte, die auch von Freiwilligen getragen werden. Ähnliches gilt auch für einen Teil des Öko-Sponsoring, in dem auch Produkte gesponsort werden. Lei-

²⁶⁹ Vgl. Lang, R./Hauert, F. (1995)

²⁷⁰ Vgl. Hauert, F./Lang, R. (1995)

der gibt es bislang kaum repräsentative und differenzierte Untersuchungen zu diesem Feld; häufig werden die Kategorien Spenden und Sponsoring nicht richtig getrennt sowie Öko- und Social Sponsoring vermengt. Außerdem sind viele Projekte, die darüber gefördert werden, keine typischen Projekte für freiwilliges Engagement, sondern häufig auch professionelle Projekte mit mehr oder weniger entscheidender Mitarbeit von Freiwilligen. Dennoch liegen im Social Sponsoring auch für freiwilliges Engagement, dessen Präsentation und infrastrukturelle Unterstützung Potentiale, was ein Blick auf die Sponsoring-Kultur der USA deutlich macht.

Im Vergleich zum Wachstumstrend des Sponsoring in der Bundesrepublik (zwischen 1985 und 1988 von 400 Mio. auf 1 Mrd.) ist das Social-Sponsoring bisher nur ein Mauerblümchen.²⁷¹ Aktuelle Erhebungen des Basica Forschungsinstituts Hamburg weisen allerdings schon auf höhere Summen hin: Demnach gaben in 1996 Unternehmen mit einem Werbebudget über 7,5 Mio. DM rund 180 Mio. DM für Social Sponsoring aus.²⁷² Auch beim prozentualen Anteil hat das Social Sponsoring aufgeschlossen: Mit 22,9 Prozent des Werbebudgets liegt es fast gleichauf mit der Kultur (24,4 Prozent); Sport dominiert weiterhin mit 44,7 Prozent, hat aber Anteile verloren.²⁷³ Für die Kommunikation der Social-Sponsoring-Aktionen war die lokale Presse von herausragender Bedeutung, was indirekt wiederum darauf hinweist, daß freiwilliges soziales Engagement vor Ort verankert ist und dort entsprechende Infrastruktur notwendig ist. Optimistische Prognosen – zu denen es eine Reihe von »Gegenprognosen« gibt – gehen davon aus, daß bis zum Jahre 2000 der Gesamtbetrag für Öko- und Social Sponsoring auf bis zu 400 Mio. Mark ansteigen könnte,²⁷⁴ aber dafür fehlen einige kulturelle und strukturelle Voraussetzungen.

Für das Geschäft des Social Sponsoring trägt vor allem der Träger von Freiwilligen-Arbeit die Verantwortung, weil er dem potentiellen Zusatzfinanzier die mögliche »Gegenleistung« (innovative Einsatzfelder, neue Zielgruppen von Freiwilligen u.a.) deutlich machen muß. Es spiegelt sich sogar ein wichtiges Element der »neuen Ehrenamtlichkeit« in der Erwartungshaltung von Unternehmen: Diese sind selten bereit, ganze Organisationen zu sponsorn, sondern versprechen sich von Einzelprojekten eine leistungsfähigere Beziehung.²⁷⁵

Die Darstellung von einzelnen Projekten gerät daher zum Lackmus-Test für den Erfolg von Social Sponsoring. Daß die Infrastruktur – nicht das freiwillige soziale Engagement selbst – kofinanziert werden muß, ist in der vorliegenden Studie mehrfach erörtert worden. Dafür fehlen allerdings vielen Initiativen die Ressourcen. Und die Präsentation von freiwilligem sozialem Engagement in der Öffentlichkeit ist nicht kompatibel mit den Ansprüchen von Unternehmen: Anders als die Politik, die gesellschaftliche Anerkennung für freiwilliges soziales Engagement mobilisieren will, sind Unternehmen auf spezifische Profile von Projekten angewiesen, um mit dem charakteristischen Ziel auch für sich »werben« zu können. So fördern beispielsweise

²⁷¹ 1988 ca. 30 bis 70 Mio.; alle Daten bei Bruhn, M. (1990)

²⁷² Vgl. Weißenberg, P. (1997)

²⁷³ Vgl. ebenda, S. 65.

²⁷⁴ Vgl. Morgenwelt PR (1994)

²⁷⁵ Vgl. Burmeister, J. (1994)

Computer- und Softwarefirmen häufig AIDS- oder Drogenprojekte.²⁷⁶ Freiwillige werden in solchen »gesponsorten« Projekten noch zusätzlich motiviert. Und die öffentlichkeitswirksamen Beziehungen zwischen Unternehmen und Projekten sind ein gutes Vehikel, um neue Zielgruppen für vergleichbare Projekte zu mobilisieren.

Im Vergleich zu den USA ist das Social Sponsoring als Gesamtkonzept jedoch immer noch unterentwickelt; dort begreifen im übrigen die Unternehmen ihr eigenes »bürgerschaftliches« Engagement als Grundlage für erfolgreiche Marketing-Konzepte.²⁷⁷ In Deutschland finanzieren sich vor allem die Nonprofit-Organisationen im Gesundheits- und Sozialbereich weit weniger aus privaten Mitteln als in den USA. In den Vereinigten Staaten liegt der Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel bei rund 50 Prozent der Gesamteinnahmen, in Deutschland nur bei rund 28 Prozent; selbst im internationalen Durchschnitt liegen sie noch immer bei 47 Prozent.²⁷⁸ Die bislang größte international vergleichende Studie zu Nonprofit-Organisationen – das Johns Hopkins Comparative Non-Profit-Sector-Project – kommt daher zu dem Schluß, daß die enge Anlehnung der großen Wohlfahrtsverbände an den Staat für die vergleichsweise schwache Entwicklung des Spendenwesens und Mäzenatentums in Deutschland mitverantwortlich ist.²⁷⁹ Dem Dreieck zwischen Sport, Wirtschaft und Politik sollte man demnach ein kleineres Dreieck zwischen freiwilligem Engagement, Wirtschaft und Politik hinzufügen.

Außerdem läßt sich Social Sponsoring auch zu einer neuen Art von Public Private Partnership ausbauen. Zum Beispiel existiert in Wolfsburg eine Freiwilligen-Agentur (siehe Kap. 1.2.1 sowie 5.1.2), an der auch das Unternehmen Volkswagen beteiligt ist (Interviews). Hier verquicken sich materielle und ideelle Kooperation zu einem neuen Typ der Förderung freiwilligen sozialen Engagements.

4.2.3 Aktuelle sozio-kulturelle Hemmnisse

Zur Beantwortung der Frage, warum Potentiale für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland nicht ausgeschöpft werden, wird man neben aktuellen rechtlich-politischen und ökonomischen auch soziokulturelle Barrieren in Betracht ziehen müssen. Angesprochen sind hiermit soziokulturelle Werthaltungen, die als einsozialisierte Imprägnierungen spezifische Handlungsbereitschaften fördern und andere behindern können.

4.2.3.1 Diskursbarrieren: Als Folge von Individualisierung wird Egoismus diagnostiziert

In den öffentlichen Diskursen über den Zustand der Gegenwartsgesellschaft wird immer wieder darüber geklagt, daß uns moralische Prinzipien verloren gingen, die den uns Menschen innewohnenden Egoismus zähmen könnten. Jetzt, da sich eine

²⁷⁶ Vgl. Weissenberg, P. (1997)

²⁷⁷ Vgl. Smith, C. (1994)

²⁷⁸ Vgl. Salamon, L.M./Anheier, H.K. (1994) sowie die Beiträge in Schauer, R./Anheier, H.K./Blümle, E.-B. (1997)

²⁷⁹ Vgl. ebenda

gemeinschaftsverpflichtende Moral auflöse, könnte sich dieser eigensüchtige »innere Schweinehund« ungehemmt entfalten. Achtsamkeit für andere und die Verfolgung eigener Interessen und Wünsche werden als Gegensätze konstruiert.

Wie Richard Rorty herausgearbeitet hat, holt uns hier die traditionelle abendländische Moralphilosophie immer wieder ein. Deren »Hauptfehler« sieht Rorty in dem Mythos begründet, »daß das Ich etwas Nichtrelationales und dazu imstande (sei), frei von jeglicher Sorge um andere als kalter Psychopath zu existieren, der dazu gezwungen werden muß, die Bedürfnisse anderer in Betracht zu ziehen.«²⁸⁰ »Die religiöse, die platonische und die kantianische Tradition haben uns eine Unterscheidung zwischen dem wahren Ich und dem falschen Ich aufgehalst: zwischen dem Ich, das den Ruf des Gewissens vernimmt, und dem Ich, das sich rein »ichbezogen« verhält.«²⁸¹

Mit dieser moralischen »Imprägnerung« werden Motivlagen, die auf eine Selbstsorge schließen lassen, als dem Motivbündel »Egoismus« zugehörig kodiert. Gesellschaftliche Individualisierungsfolgen, die eine reflektierte und gelungene Selbstsorge erfordern, können in diesem polaren Kodierungsschema immer nur als Quelle von Intentionen und Handlungen eingestuft werden, die einer Gemeinwohlorientierung widersprechen.

Reflektierte und gelungene Selbstsorge, danach zu fragen, was man will und was für einen gut ist, ist nicht nur kein Widerspruch zur Bereitschaft, im Alltag praktische Solidarität zu üben, sondern sogar ihre Voraussetzung, gerade und speziell in einer individualisierten Gesellschaft. Individualisierung entzieht Gemeinsinnorientierungen und -handlungen nicht automatisch den Boden, wie oft unterstellt wird, sondern schafft andere Voraussetzungen dafür. Robert Wuthnow, der sich in den USA am intensivsten mit freiwilligem sozialen Engagement beschäftigt hat, hat das ganz klar herausgearbeitet. In seiner Studie verdichtet er den zentralen Wert einer individuellen Selbstsorge auf die Formel: »In der Lage zu sein, das zu tun, was man möchte«. 83 % derer, die sich diese Formel persönlich voll zu eigen gemacht haben, halten es für wichtig, sich zu engagieren, wenn andere Menschen Hilfe brauchen. Bei jenen, die diese Formel für sich ablehnten, war die Engagementbereitschaft um einiges geringer (79%).²⁸²

Es wird darauf ankommen, die denunziatorische Unterstellung zu überwinden, daß eine Politik der Lebensführung, die eine reflektierte Selbstsorge realisiert, gegen kommunale Werte verstößt.

4.2.3.2 Die »sozialpsychologische Infrastruktur« als Ergebnis staatlicher Sozialpolitik in Deutschland

Die bestehende Sozialpolitik wird von spezifischen Leitbildern und Menschenbildannahmen geprägt, die historisch begründet sind. Sie bilden in ihren spezifischen

²⁸⁰ Rorty, R. (1995), S. 73.

²⁸¹ ebenda, S. 74.

²⁸² Wuthnow, R. (1997), S. 57.

Akzentsetzungen nicht gerade ein förderliches Milieu für bürgerschaftliches Engagement:

(1) »Kinder in Not«: Ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen gegenüber, die unfähig sind, ihr eigenes Leben zu bewältigen, ist sozialstaatliche Hilfe erforderlich. Zugleich aber ist eine Haltung »fürsorglicher Belagerung« notwendig.

(2) »Entstörung«: Sozialpolitik hat die Funktion sozialer Kontrolle abweichenden Verhaltens zu erfüllen. Unangemessene Verhaltensweisen/Persönlichkeitsstrukturen sind zu korrigieren oder zu therapieren bzw. veränderungsresistentes Störpotential ist so zu verwalten, daß es gesellschaftlich möglichst wenig Schaden anrichtet.

(3) »Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen«: Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich Probleme manifestiert haben. Dieses »kurative Modell« konzentriert sich auf Kompensation/Reparatur von Krankheit, Behinderung, psychischen Störungen.

(4) »Symptomträger ist immer das Individuum«: Dienstleistungen staatlicher Sozialpolitik erfordern die Individualisierung der Probleme. Nur Notlagen, Symptome oder Leidenszustände, die eine einzelne Person geltend machen kann oder ihr zugerechnet werden können, sind sozialstaatlich bearbeitbar.

(5) »In den Blick gerät nur, was eine Person nicht kann«. Sozialstaatliche Leistungen gehen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen aus.

Die Maßnahmebündel und Dienstleistungen, die aus diesen Annahmen folgen, haben keinen unwesentlichen Anteil an der immer wieder kritisch konstatierten individualistischen Konsumentenmentalität der Bürger der Bundesrepublik gegenüber den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In machen Kritiken werden sie wie verwöhnte Wohlstandskinder karikiert, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien, aber nicht dazu bereit wären, etwas für die Gemeinschaft zu geben. Die individualistische Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ist in der Logik bestehender sozialpolitischer Leistungsstrukturen selbst begründet: Kodifiziert sind an individuelle Leistungen gekoppelte individuelle Rechtsansprüche auf staatliche Risikosicherung. Bestehende Sozialpolitik sozialisiert die Bürger zu einer solchen Haltung, und dadurch entsteht das, was Guldemann u.a.²⁸³ als die »Sicherung der sozialpsychologischen Infrastruktur« unserer Arbeitsgesellschaft bezeichnet haben.

Eine alternative Herangehensweise an ein Zukunftsprojekt Sozialpolitik müßte stattdessen von jenen basalen Prozessen ausgehen, die alltägliche Lebens- und Krisenbewältigung ins Zentrum rückt. Eine zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist die Herstellung bzw. die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität. Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag, nennen wir es »Alltagssolidarität«. Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen Umgehens mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen und dem individuellen oder mikrosozialen Umgang mit diesen Problemlagen: Welche Ressourcen können aktiviert werden, um mit ihnen möglichst

²⁸³ Guldemann, T. u.a. (1978), S. 27.

effektiv umgehen zu können? In der Erforschung dieser Prozesse ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.

Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik ist Netzwerkförderung. Die heute relevanten Netzwerke sind in abnehmendem Maße die »traditionellen Ligaturen«, also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Sie verlieren in dem tiefgreifenden Prozeß gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen die »posttraditionellen Ligaturen« oder »Gemeinschaften«. Darunter sind Selbsthilfegruppen, selbstorganisierte Initiativen, Freiwilligenagenturen etc.. Sie stellen auch die »vermittelnden Strukturen« zwischen Alltag oder Lebenswelt und professionell-institutionellen Strukturen staatlicher Sozialpolitik dar.

Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft braucht neue Leitbilder für politisches Handeln: Bürgerinnen und Bürger sind in ihren Wünschen nach Mitgestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ernst zu nehmen. Sie wollen weder als »Kinder in Not«, als Objekte staatlicher Kontrolle, noch als bloße Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen angesehen werden. Staatliche Aktivitäten sollen soziale Dienste und Leistungen nicht einfach zur Verfügung zu stellen, sondern sich darum bemühen,

»die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren«. (...) »Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den Ressourcen (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und nicht an ihren Defiziten. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern.«²⁸⁴

4.2.3.3 Die falsche Alternative von Professionalität und Selbsthilfe

Ehrenamt oder »freiwilliges Engagement« – und das gilt sicherlich auch schon längst für das »bürgerschaftliche Engagement« – lösen fast zwanghaft einige konditionierte Reflexe aus. Zunächst gibt es Abwehr- und Entwertungsreflexe: Aus der Sicht von Professionellen und Verbände ist es die Angst vor dem Verlust angestammter Aufgaben. Die könnten ja jetzt durch Freiwilligen-Dumping gefährdet werden. Ja die Sorgen gehen noch tiefer: Wenn z.B. durch gut gesicherte Untersuchungen nachgewiesen werden kann, daß Laienhelfer bei schwer gestörten schizophrenen Patienten bessere Rehabilitationsergebnisse aufweisen als professionelle Ärzte, Psychologen oder Sozialarbeiter dann geht das natürlich an den Kern der eigenen professionellen Identität. Wenn Dienstleistungen der Altenpflege, der psychiatrischen

²⁸⁴ Dettling, W. (1995), S. 21 ff.

Nachsorge oder der Erwachsenenbildung von ehrenamtlich Tätigen erbracht werden, dann fürchten die Träger um ihre Pfründe.

Und es gibt die Sparreflexe, die vor allem im politischen und Verwaltungssektor gut entwickelt wurden, vor allem in Zeiten knapper werdender Ressourcen: Könnten nicht Ehrenamtliche dort gewonnen werden, wo wir uns spezifische Dienstleistungen nicht mehr leisten können?

Diese beiden Typen von konditionierten Reflexen passen zusammen und verstärken sich gegenseitig. Die Berechtigung dieser Reflexe ist gar nicht prinzipiell in Frage zu stellen. Hinter ihnen stehen oft genug reale Ängste und Zwänge. Es wäre trotzdem von allergrößter Relevanz an die Stelle von Reflexen die Reflexion zu setzen: Eine offene Aufmerksamkeit für andere Argumente und Begründungen, die für eine aktive Förderung bürgerschaftlichen Engagements stehen. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit müßte die Frage der Förderung einer zukunftsfähigen Gesellschaft rücken, einer Zivilgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger zunehmend in die Lage versetzt werden, sich für ihre eigenen Belange und eine lebenswerte Stadt zu engagieren, sich einzumischen und den Zustand und die Zukunft der eigenen städtischen Lebenswelt zu ihrem Anliegen zu machen. Freimachen muß man sich auch von der Vorstellung, es ginge nur um den Hilfebereich, den Sektor der Sozialpolitik. Um den geht es natürlich auch, um die Frage einer echten Politik des Empowerment für Menschen, die über die Ressourcen für eine selbstbestimmte Lebensweise nicht verfügen. Aber es geht auch um all die anderen Fragen, die in einer demokratischen Stadtgesellschaft gelöst werden müssen, damit sie ihre Zukunftsfähigkeit gewinnen kann: Multikulturelle Lebensformen, ökologisch bestimmte positive Lebensstile, Gesundheit.

4.2.3.4 Aktuelle Motivationshemmnisse

(1) Mangelnde öffentliche Anerkennung

Mangelnde öffentliche Anerkennung, Geringschätzung und Unterbewertung freiwilliger sozialer Tätigkeiten sind zentrale Barrieren ehrenamtlichen Engagements, auch wenn die biographischen Ausgangslagen günstig und die Motive vorhanden sind. Von mehreren Autoren wird eindringlich davor gewarnt, Ehrenamt als einen kostengünstigen Ersatz für Professionalität zu behandeln mit dem vorrangigen Ziel, Sozialkosten einzusparen. »Dieses Engagement darf nicht ungefragt für Sozialstaatsverpflichtungen instrumentalisiert werden.«²⁸⁵

Die gesellschaftliche Aufwertung und Anerkennung ist nur äußerst eingeschränkt auf materieller Ebene zu suchen: Eine finanzielle Entlohnung des Ehrenamtes schmälert dessen »hohen symbolischen Gehalt in bezug auf die Grundwerte Mitmenschlichkeit und Solidarität«²⁸⁶. Eine Bezahlung verwischt die Grenze zwischen ehrenamtlichen Helfern und den im Sozialbereich beruflich Tätigen. Eine

²⁸⁵ Paulwitz, I. (1995), S. 2.

²⁸⁶ Hofer, B. (1996), S. 29.

Aufwandsentschädigung ist jedoch, insbesondere als Anreiz für finanziell schlecht gestellte Helfer, positiv zu beurteilen. Sie hat auch für die jeweilige Institution durchaus Vorteile: »Das Geld ist zusätzlich willkommen – als Taschengeld für die eine Seite und als Mittel, etwas mehr Stetigkeit und Berechenbarkeit verlangen zu können, für die andere Seite«²⁸⁷.

(2) Über- bzw. Unterforderung der Helfer

Ehrenamtliche sind nicht selten bei den ihnen übertragenen sozialen Tätigkeiten überfordert und fühlen sich dann ausgebeutet, wenn sie von Seiten der Institution keine Unterstützung erhalten. Bei sehr großem Engagement – dies ist vor allem bei selbstorganisierten Aktivitäten wie Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen der Fall – besteht auch die Gefahr der Selbstausbeutung²⁸⁸. Dies kann zur Begrenzung oder Einstellung der Aktivitäten führen. Auch negative gruppensdynamische Prozesse können im negativen Falle die Arbeit sehr behindern. Wichtig ist eine fundierte Begleitung der Tätigkeit, sowie das Angebot an Austausch, Supervision oder einer begrenzten Ausbildung zum Umgang mit schwierigen Situationen.

Jakob (1994) sowie Heinze/Bucksteeg (1996) weisen zudem auf eine Entwicklung im sozialen Ehrenamt in Richtung auf eine zunehmende Professionalisierung, Verrechtlichung und Bürokratisierung sozialer Dienste hin, die gegenläufig zu den Wünschen der Aktiven ist. Dies führt zu »Marginalisierungs- und Funktionalisierungstendenzen im Umgang mit dem Ehrenamt«²⁸⁹, die zu Unzufriedenheit und Rückzug ehrenamtlicher MitarbeiterInnen aus dieser Form des Engagements führen. Ehrenamtliche sollten nicht vorrangig für einfache Hilfstätigkeiten eingesetzt werden. Werden Ehrenamtliche auch noch von den verbandsinternen Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen, dann wird das Engagement »auf eine Handlanger-Dienstbereitschaft«²⁹⁰ reduziert. »In Folge eines derartigen verbandlichen Vorgehens erleben sich die Ehrenamtlichen zunehmend als »Lückenbüßer« und »Ausputzer««²⁹¹

(3) Zwangssolidaritäten

Sozialstaatliche Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Pflicht zur Gemeinschaftsarbeit, vermindern soziales Engagement, weil der eigentliche Sinn freiwilliger Tätigkeiten durchkreuzt wird:

»Die Angebote sollen frei sein von einem Zwang zur Mitgliedschaft, ferner die Möglichkeit zu einem zeitlich begrenzten Engagements eröffnen und eher das Angebot einer Unterstützung

²⁸⁷ Evers, A. (1994), S. 121.

²⁸⁸ Vgl. Schattenhofer, K. (1992); Stark, W. (1996)

²⁸⁹ Jakob, G. (1994), S. 230ff.

²⁹⁰ Ebd., S. 231.

²⁹¹ Ebd., S. 231.

beinhalten, ohne daß damit das Ziel der 'Vereinnahmung' eines freiwilligen Engagements verfolgt wird«²⁹².

Zentral ist die Anerkennung und Förderung von Eigeninitiative jenseits der Abwägung ihres unmittelbaren sozialen Nutzeffektes für die Entlastung des Versorgungssystems. »Sobald das Ehrenamt erst einmal unter dem Begriff 'Sparpolitik' subsumiert ist, muß damit gerechnet werden, daß die Idee insgesamt diskreditiert wird«²⁹³.

²⁹² Jung, H. (1994), S. 60.

²⁹³ Müller-Kohlenberg, H. (1990), S. 220.

5. Maßnahmen zur Ausweitung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

5.1 Individuumsbezogene Strategien

(1) Freiwilliges soziales Engagement als Sozialisationsaufgabe

Bei der Frage danach, wie freiwilliges soziales Engagement gesichert und gesteigert werden kann, geht ein Blick in die Richtung der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen und der Arbeit der daran beteiligten Sozialisationsinstanzen. Unsere eigenen Analysen sowie eine Sichtung aktueller empirischer Studien aus den USA²⁹⁴ lassen folgendes Bild erkennen: Jugendliche zeigen grundsätzlich eine relativ hohe Bereitschaft, ehrenamtliche Arbeit zu übernehmen oder sich sozial zu engagieren, wenn folgende Bedingungen gegeben sind:

(a) Allgemeine Bedingungen für eine Sozialisation von freiwilligem sozialen Engagement

- Je früher Jugendliche freiwillig und ehrenamtlich tätig werden, desto eher bleiben sie dabei und engagieren sich weiterhin in den verschiedensten Bereichen. Umgekehrt gilt, je länger sich Jugendliche in keiner Form engagieren, desto unwahrscheinlicher wird ein späteres Engagement.
- Kontakte zu bereits ehrenamtlich Tätigen, z.B. in ihrer Familie oder peer group, erhöhen signifikant die Chance, daß Jugendliche sich selbst auch engagieren.
- Je mehr das in der ehrenamtliche Tätigkeit repräsentierte Wertesystem mit ihrem eigenen übereinstimmt, desto eher engagieren sich Jugendliche.
- Jugendliche engagieren sich häufiger, wenn die Möglichkeiten ehrenamtlicher Arbeit sinn- oder erlebnisorientiert sind und sie das Gefühl haben, dort etwas zu lernen.
- Jugendliche möchten sich gebraucht fühlen.
- Bietet ehrenamtliche Arbeit die Möglichkeit der Selbstverwirklichung und der – sichtbaren – Selbstinszenierung, ist sie – vor allem für männliche – Jugendliche attraktiv.
- Jugendliche wollen persönlich gefragt oder angesprochen werden; persönlicher Kontakt zu Mediatoren ist ein zentraler Faktor.
- Es gibt nicht »die typischen Jugendlichen«, die sich ehrenamtlich engagieren, wenn gleich ein höherer sozioökonomischer Status (durch das Elternhaus) ein Engagement in ehrenamtlicher Arbeit wahrscheinlicher macht; ausschlaggebend ist die persönliche Charakteristik, Wertvorstellungen und die Einbindung der Jugendlichen in soziale Kontexte, in denen ehrenamtliche Arbeit verankert ist (z.B. in der Familie, Freundeskreis etc.).

²⁹⁴ Hodkinson, V.A./Weitzman, M.S. (1992); Knauff, E.B. (1992); Sundeen, R.A. (1995)

- Ehrenamtliche Arbeit kann für Jugendliche vielfältige Formen haben. Die Palette reicht vom kurzfristigen 'Freundschaftsdienst' zum langjährigen Engagement z.B. in kirchlichen Organisationen.
- Die Gründe dafür, daß Jugendliche aufhören bzw. phasenweise aufhören, sich zu engagieren, bestehen nur zu einem geringen Teil darin, daß sie kein Interesse mehr haben; Gründe sind vielmehr das Projektende, der Mangel an Zeit und auch, daß sie nicht weiter gefragt wurden.

An die Sozialisationsinstanzen lassen sich daraus folgende konkreten Forderungen zur Förderung von sozialem Engagement bei Jugendlichen ableiten:

- **Mediatoren sensibilisieren.** Bewußtseinsarbeit mit den Mediatoren hinsichtlich ihrer großen Bedeutung bei der Motivation (»Ihr seid wichtige Vermittler!«). Organisationen wie Kirchen, Vereine, Pfadfinder usw. spielen eine ganz zentrale Rolle in der Förderung von Freiwilligenarbeit. Wenn sie z.B. Vermittlungsstellen, Clearinghouses einrichten und aktiv auf die Jugendlichen zugehen, kann ein positiver Effekt erzielt werden.²⁹⁵
- **Sinn- und Erlebnisorientierung.** Soziales Engagement als 'In- oder Outdoor-Activity' mit einer Sinn- und Erlebnisorientierung (z.B. gemeinsames Müllsammeln in den Isaraueen).
- **Vernetzung von Institutionen.** (z.B. Kooperation eines Altenheims mit einem Jugendzentrum, z.B. durch »Oral-History-Treffs«: »Wir erzählen Euch etwas von uns und Ihr erzählt etwas von Euch!« als persönliche Basis von ehrenamtlicher Arbeit).
- **Transparenz herstellen zwischen Altruismus und Individualismus.** Ein offener Umgang mit den Fragen: Was bringt *mir* das? Was bringt *Euch* das? Was gehört alles dazu, wenn sich jemand für soziales Engagement entscheidet? Darf man einfach so wieder aufhören, wenn man nicht mehr will oder keine Zeit hat? Kann man später wieder einsteigen? Gibt es eine ideologische Botschaft? Muß ich mich ändern (z.B. in meinem Kleidungsstil), wenn ich mich engagieren will?

(b) Integration von Freiwilligenarbeit in schulische Curricula

Auch Institutionen, wie z.B. Schule, können Rahmenbedingungen liefern, die zu einem sozialen Engagement führen. Dies geschieht z.B. in den deutschen Waldorf-Schulen, wo von den Schülern der gymnasialen Oberstufe ein dreiwöchiges Praktikum im sozialen Bereich verlangt wird. Dies soll ein wirkliches Sich aussetzen sein: die Idee und Forderung ist, es sich nicht zu einfach zu machen.

In den USA wird mit diesem Instrument in den Colleges in breitem Umfang gearbeitet. Es gibt dort vier Formen, »Community Work« zu fordern:

- In Freizeitclubs, Neigungsgruppen, extracurricularen Aktivitäten werden die Studenten zum sozialen Engagement ermuntert, oder

²⁹⁵ Vgl. America's teenagers as volunteers (1994)

- Das College richtet eine Vermittlungsstelle ein, die die Studenten auf die vielen Möglichkeiten aufmerksam macht und Kontakte herstellt. Wenn einen Studenten etwas interessiert, überprüft er es und schließt evtl. einen formalen »Vertrag« für sein Engagement, oder
- Studenten müssen für eine bestimmte Zahl von Stunden Freiwilligenarbeit leisten (z.B. einmalig 100 Stunden in einem Semester). Die Teilnahme kann obligatorisch sein oder alternativ (quasi als Wahlpflichtfach), oder
- Das College bietet ein Seminar über Community Service an. Dabei gibt es eine Kombination von theoretisch-reflexiver Arbeit im Seminar und praktischer Erfahrung in der Community. Ein typisches Beispiel: Seminar »Social Studies«, 10 Stunden pro Woche, davon 2 Stunden im Seminar und 8 Stunden im Feld.

Diese Modelle sind nicht bei allen College-Studenten beliebt. Gegen die Festschreibung im Lehrplan sind Klagen anhängig. Allerdings zeigen Untersuchungen, daß die Programme dennoch wirksam sind.²⁹⁶

(2) Austauschökonomische Modelle

Neben den sozialisationsbezogenen Überlegungen werden austauschtheoretische Konzepte diskutiert und praktiziert. Sie versuchen im Sinne eines Gebens und Nehmens Einfluß auf die individuelle Kosten-Nutzen-Bilanz zu nehmen. Es lassen sich in dieser Gruppe nicht-monetäre und monetäre Strategien unterscheiden.

(2.1) Nichtmonetäre Anreizsysteme für Freiwilligenarbeit

a) »**Favor credits**«: Nach Fung²⁹⁷ liegt gerade im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfempfänger viel Sozialkapital brach. Die Idee ist, eine parallele Austauschökonomie zu schaffen, die Empfängern von staatlichen Leistungen (Arbeitslosenhilfe, Sozialleistungen) bei Freiwilligenarbeit Vorteile (*favor credits*) verschafft, ohne Leistungen zu kürzen.

Beispiel (nach Fung, 1995): Marian hat 2 Kinder, bekommt Sozialhilfe. Sie arbeitet in einem städtischen Kindergarten mit, in dem auch ihre beiden Kinder sind. Sie bekommt kein Geld, sondern »favor credits«. Zwei Tage pro Woche geht sie in einen Kurs für Pflegeheferinnen. An diesen beiden Tagen bezahlt sie für die Versorgung ihrer Kinder mit den favor credits. Bis zum Ende ihrer Ausbildung wird sie soviel favor credits gespart haben, um ein Jahr lang ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken.

Beispiele bei uns wären auch im Bereich häuslicher Pflege denkbar: Jemand, der eine häusliche Pflege übernimmt, bekommt nicht nur Geld (Pflegegeld), sondern erwirbt auch Ansprüche auf Hilfe zur beruflichen Wiedereingliederung.

Abgesehen von motivationstheoretischen Überlegungen verweist Fung auch darauf, daß eine längere Arbeitslosigkeit vielleicht überhaupt erst die Zeit für eine biographische Umorientierung schafft. Wenn man die Arbeitslosen möglichst schnell wieder

²⁹⁶ Vgl. America's teenagers as volunteers (1994)

²⁹⁷ Vgl. Fung, K.K. (1995)

in – irgendeine – Arbeit drängt, ist dies möglicherweise längerfristig kontraproduktiv. Man verhindert dadurch, daß sie sich über Fortbildungsmaßnahmen und persönliche Neu- und Umorientierungen persönlich auf die Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt einstellen und qualifizieren.

Die *favor credits* verwandeln die Einwegtransfers von staatlichen Leistungen in einen Zweiwegaustausch zwischen Steuerzahler und Leistungsempfänger. Die Teilnehmer erhalten soziale Anerkennung, werden auf den Arbeitsmarkt vorbereitet und zudem wird ihr Wiedereinstieg unterstützt, indem sie sich z.B. das Anrecht auf Kinderbetreuung in der *favor economy* verdienen.

b) Ein weiteres Handlungsfeld für nichtmonetäre Strategien zielt darauf, die **Anerkennungsformen für freiwilliges soziales Engagement aktiv zu entwickeln**, neue Formen dafür zu finden und alte wiederzuentdecken. Als Beispiele werden hier genannt:

- Eine gesellschaftliche Aufwertung des sozialen Ehrenamtes und der Abbau von Hemmschwellen. Dies könnte z.B. dadurch bewirkt werden, daß ehrenamtliche Tätigkeiten auf den Rentenanspruch angerechnet werden (siehe unten) oder daß Möglichkeiten geschaffen werden, die Erwerbsarbeit für eine zeitlich befristete ehrenamtliche Tätigkeit zu unterbrechen oder einzuschränken zu können. Für eine solche Verknüpfung mit Lebensarbeitszeitmodellen gibt es in den USA bereits sehr positive Beispiele.
- Aufwertung von 'Sozialzeiten' im Lebenslauf. Dies könnte über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft geschehen: Wer sich engagiert hat, hat Vorteile in einem Bewerbungsverfahren.
- Formen der 'symbolischen Politik': Preisverleihungen u.ä., demonstrative Gesten auf der politischen Ebene
- Lokale und regionale Öffentlichkeitsarbeit. Politische Kampagnen sind wichtig, schaffen aber in erster Linie generelle Anerkennung. Gleichzeitig laufen sie Gefahr, Interesse zu wecken, ohne auf entsprechende Angebote verweisen zu können. Sie mobilisieren auch selten die 'neuen Ehrenamtlichen', deren Interessen stärker an konkrete Projekte und Themen geknüpft sind. Wichtig ist eine lokale und regionale Öffentlichkeitsarbeit, die konkrete Projekte vorstellt und deren Charakteristika bekanntmacht. Anerkennung beginnt damit, daß man Initiativen überhaupt erst einmal präsentiert. Auf dieser Ebene sollten mehr Ressourcen gebündelt werden. Wichtig ist dabei, sich nicht auf den Gesundheits- und Sozialbereich zu konzentrieren, um auch neue Zielgruppen von Freiwilligen ansprechen zu können.

(2.2) Monetäre Anreizsysteme

Die monetären Strategien zielen darauf, einen unmittelbaren Geldnutzen durch freiwilliges soziales Engagement zu erzeugen.

- a) **Sicherungsmöglichkeiten in der Sozialversicherung** für sozial Engagierte. Das wichtigste Merkmal des Sozialkapitals sind die 'Sozialzeiten', die Menschen in freiwilliges Engagement investieren. Es ist daher notwendig, Anreize und Anerkennung

auch in den sozialen Sicherungssystemen besser zu verkoppeln. Das freiwillige Engagement ist ein wesentlicher sozialpolitischer, aber auch wirtschaftlicher Faktor. Daher müssen – aus Steuermitteln finanziert oder umgeschichtet – für Freiwillige ohne eigene sozialpolitische Ansprüche bessere Sicherungsmöglichkeiten in der Sozialversicherung eingerichtet werden. Ähnliche Überlegungen gibt es im **Selbsthilfebereich**, wenn dort gefordert wird,

- Überlegungen zu intensivieren wie man Beratungs- und Unterstützungsleistungen von Selbsthilfeinitiativen für Dritte angemessen honorieren kann (**Teilhonorierung**) und
- Möglichkeiten der sozialen Absicherung (Krankenversicherung, Anrechnung der Zeiten auf die Rentenberechnung) für Koordinatoren und aktiven Mitglieder in SHG zu schaffen und andere Formen der steuerlichen oder sozialen Vergünstigung für die geleistete Arbeit zu ermöglichen.

b) **Steuerliche Abzugsfähigkeit von »Zeitspenden«**. Es ist eine kontraproduktive Ungleichbehandlung, Geldspenden steuerlich zu privilegieren, »Zeitspenden« jedoch nicht, auch wenn diese schlechter kontrollierbar sind. Daß Schmiergeld-Zahlungen im Ausland in Deutschland steuerlich begünstigt werden, freiwilliges Engagement jedoch nicht, ist kaum zu vermitteln. Der Hinweis darauf, daß Wohlfahrtsverbände als gemeinnützige Träger bereits steuerlich privilegiert seien, nützt den freiwillig Engagierten kaum und wird den neuen Formen des Engagements auch nicht gerecht.

b) **Weitergehende Modelle einer direkten Vergütung (»Bürgergeld«)** für soziales Engagement bedürfen einer genauen Überprüfung auf Systemeffekte im Verhältnis zu anderen Formen sozialer Sicherung (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Rentenansprüche, Bafög etc.). Ihre Wirksamkeit wird wesentlich davon abhängen, ein System zu entwickeln, das die intendierte austauschtheoretische Überlegung: »Freiwilliges soziales Engagement findet Anerkennung und macht mich nicht ärmer«, nicht opfert für andere Abwägungsszenarien gegenüber der Sozialhilfe bzw. dem Arbeitslosengeld usw.

5.2 Gemeinwesen- und institutionsbezogene Strategien

(1) Infrastruktureinrichtungen für Vereine, Initiativen schaffen/ausbauen

Aufgabe: Qualitätsmanagement. Vereine werden im Sinne von Qualitätsmanagement in Zukunft die Qualität ihrer Arbeit verstärkt nachweisen müssen. Die Qualität ihrer internen Organisation, ihre Fähigkeit, ihre Arbeitsprozesse zu steuern und zu optimieren, und v.a. auch ihre Ergebnisse bzw. Erfolge werden präziser belegt werden müssen. Dies zeigt sich an einer Reihe von Entwicklungen. So fordern im Wohlfahrtsbereich die Zuschußgeber (Kommunen, Kreisen) zunehmend, daß sich die geförderten Einrichtungen entsprechend den Konzepten des Qualitätsmanagement reorganisieren und dieses

nachweisen.²⁹⁸ Diese Entwicklung zeigt sich auch im öffentlichen Interesse am »Spenden-TÜV«, d.h. einer Überprüfung der Verwendung von Spendengeldern durch das Deutsche Spendeninstitut und dem Eintrag des Vereins in das Deutsche Spendenregister. Verschärft wird die Situation noch, wenn ein Verein eine Bezuschussung von der Europäischen Union beantragt. Auch hier wird die Frage der Qualitätsmangements immer wichtiger werden.²⁹⁹

Aufgabe: Vernetzung. Viele innovative Formen bürgerschaftlichen Engagements gehen mit einem hohen Vernetzungsaufwand einher (z.B. Agenda 21). Dieser ist für Vereinsmitglieder bzw. Teilnehmer von Initiativen nur in sehr beschränktem Maße ehrenamtlich leistbar. Das hat sich im übrigen auch im Selbsthilfesektor gezeigt.³⁰⁰ Vereine brauchen ihre Ressourcen in der Regel für die innenorientierte Arbeit. Für Vernetzung bleibt wenig Kapazität übrig. Andererseits ist Vernetzung extrem wichtig, um die Dynamik und Innovationsfreudigkeit zu fördern.³⁰¹

Aufgabe: Infrastruktur schaffen. Wie man am Selbsthilfebereich exemplarisch sehen kann, hängt die Kontinuität der Initiatarbeit und die Schärfe des Initiativprofils eng mit der Unterstützung durch professionelle Servicezentren zusammen. Diese übernehmen Vernetzungsarbeiten und unterstützen bei der Erarbeitung einer Passung zwischen dem vorhandenen Engagement und seiner Nachfrage. Die Erfahrung zeigt, daß in Relation zum Output vergleichsweise geringe Infrastrukturleistungen notwendig sind. Wichtig ist aber v.a. die 'kritische Masse', d.h. darauf zu achten, daß die Unterstützungseinrichtung in der Tat die Kapazität dazu hat. Wenig ist hier manchmal nichts, etwas mehr dagegen sehr viel.

Gleiches gilt für die Freiwilligen-Agenturen, die in lokalem und regionalem Rahmen »Marktforschung« betreiben und die Angebots- und Nachfrageseite zusammenbringen. Auch sie brauchen Infrastrukturhilfen. Solche Hilfen können auch kostenneutral finanziert werden, wenn die örtlichen Wohlfahrtsverbände sich mit einem Teil ihrer Globaldotationen am Aufbau der Agenturen beteiligen. Die Politik muß hier einen Beitrag leisten, um die organisatorische Fragmentierung der Träger von freiwilligem Engagement aufzulösen. Und von den Angebotsformen freiwilligen Engagements hängt stärker noch als von politischen Rahmenbedingungen ab, ob sich Gruppen der 'neuen Ehrenamtlichkeit' engagieren.

Und das heißt zugleich, daß Vorsicht bei Kampagnen angezeigt ist: Trifft die General-Mobilisierung nicht auf adäquate Angebote vor Ort, werden die eventuell unsicheren Interessenten leichtfertig enttäuscht und ihre Bereitschaft dauerhaft auf Eis gelegt. Sämtliche Erkenntnisse der Steuerungstheorie deuten zudem darauf hin, daß moderne Staatlichkeit über keine große Eingriffstiefe mehr verfügt und erfolgreicher mit einer Art

²⁹⁸ Vgl. Bobzien, M./Stark, W./Straus, F. (1996); vgl. auch Ansätze dazu in Großbritannien: Salamon, L. M./Anheier, H.K. (1995)

²⁹⁹ Vgl. Salamon, L.M. (1995)

³⁰⁰ Vgl. Kraus, W./Knaier, W. (1989)

³⁰¹ Vgl. Osborne, S.P. (1995)

»dezentraler Kontext-Steuerung« ist.³⁰² In dem sensiblen Bereich freiwilligen Engagements, das noch viel weniger politisch steuerbar ist als andere Sektoren, ist eine dezentrale, regionale und lokale Unterstützung von Freiwilligen-Zentren der bessere Weg.

Genauso wichtig ist dabei, den Grundsatz der Trägerunabhängigkeit oder zumindest der Kooperation zu beherzigen. Ein kontraproduktives Element der deutschen Tradition seit der Weimarer Republik besteht darin, daß die großen Wohlfahrts- und Sozialverbände konzertiert und kartelliert vorgehen, wenn Gelder *verteilt* werden. Wenn die Gelder jedoch in Projekten *ausgegeben* werden, bricht sich häufig eine verbandspolitisch motivierte Fragmentierung Bahn, die Synergie-Effekte zwischen verbandlichen Projekten unbeachtet läßt, Kooperation unterbindet und Ressourcen-Optimierung verhindert.

Freiwilligen-Zentren bieten sich daher ebenfalls als ein institutioneller Anreiz zur Kooperation an, wenn dort themenbezogen sowohl Freiwillige mobilisiert als auch gemeinschaftliche Angebotsformen der Träger initiiert werden. Eine sinnvolle Organisationsform neuer Freiwilligen-Zentren wäre die politisch moderierte Beteiligung aller Wohlfahrtsverbände und anderer Institutionen an der Gründung neuer Freiwilligen-Zentren, um das kontraproduktive Wechselspiel von Kartellierung und Fragmentierung zu durchbrechen. An solchen Formen könnte sich die Politik direkt oder indirekt beteiligen. Mit wohlwollender Skepsis sollte beobachtet werden, ob die Caritas-Zentren mit ihrer an sich produktiven Idee offen für neue Kooperations-Formen sind. Sollten sie in erster Linie zur Mitglieder-Rekrutierung und verbandlichen Konsolidierung genutzt werden, würden sie das eigentliche Ziel konterkarieren und sogar verhindern, neue Formen freiwilligen Engagements zu erschließen.

Weil die meisten Freiwilligen-Agenturen gemäß ihrer Programmatik eine Querschnittsaufgabe bei der Förderung freiwilligen Engagements haben, passen sie allerdings auch selten in die versäulte Förderkulisse von Stiftungen und öffentlichen Institutionen. Förderinstrumente sollten aus diesem Anlaß produktiv gebündelt werden, um auch neue Organisationsformen zu stabilisieren.

(2) Vereine und Initiativen ermutigen zu Ambiguität und zu neuen Schneidungen

a) Gruppen, die sich möglichst wenig ambivalente Arrangements zu schaffen versuchen, verlieren in der Tendenz ihre Innovationsorientierung. Nonprofit-Organisationen sind nicht per se innovationsorientiert. Sie sind es dann, wenn sie als **offene Systeme** in vielfältigen Austauschbeziehungen mit ihrer Umwelt stehen und Ambiguitäten ertragen können. Vereine, in denen z.B. Frauen nichts mit Männern, Junge nichts mit Alten, Arbeitende nichts mit Arbeitslosen zu tun haben (wollen), sind in der Tendenz von Auszehrung bedroht. Das innovative Potential einer Nonprofit-Organisation wird nach Osborne (1995) durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, die zusammen einen innovativen Mix ergeben. Innovative Nonprofit-Organisationen haben eine **flexiblere und zukunftsorientiertere Einstellung gegenüber ihrem Umfeld** als andere. Sie sind auch über viel-

³⁰² Vgl. Teubner, G. (1982); Willke, H. (1992, 1995)

fältige Beziehungen. besser in ihr organisatorisches Umfeld integriert. Dies zeigt sich u.a.daran, daß sie mehr Geld von staatlichen/städtischen Stellen erhalten.

b) Vereine, Initiativen müssen **nichtintendierten Nutzen** bieten. Das tun sie dann, wenn im Austausch mit anderen neue Erfahrungen und Rollendefinitionen möglich sind. Ein singuläres Vereinsziel kann sich abnutzen. Kontakte mit anderen bringen neue Ideen, aber auch einfach Spaß, Erfahrung, soziales Leben.

Beispiel: Jemand ist im Eishockey-Fanclub Mitglied und organisiert dort – mit anderen – Reisen der Fans zu den Auswärtsspielen. Es gibt aber auch Treffen der Eishockeyfanclubs im Sommer außerhalb der Saison, wo es dann Fußballturniere gibt (mit Fanclubs aus Österreich und Südtirol, also Erlebnisbereiche jenseits von Eishockey)³⁰³.

c) Vereine, Initiativen müssen **offen sein für biographische Entwicklungen** ihrer Mitglieder. Wenn man etwas nur in einer eng umgrenzten Lebensphase (z.B. Jugend) bzw. unter sehr spezifischen Lebensumständen (z.B. Single, männlich) tut, ist es schwer, biographische Übergänge zu vollziehen, ohne sich gleichzeitig aus den jeweiligen Gruppenbezügen zu verabschieden. Viele junge Erwachsene scheiden aus Vereinen, Initiativen mit Veränderung ihrer Lebensumstände (z.B. Partnerschaft, Beruf) aus. Wo der Partner mitkommen kann, wo es im Vereinsleben Rollen für beruflich stark eingebundene Mitglieder gibt, muß das nicht so sein.³⁰⁴

Beispiel: Die Gewerkschaften tun sich schwer mit den Arbeitslosen und den Scheinselbständigen.

Beispiel: Bundesliga-Clubs, American Football-Clubs: hier wird in letzter Zeit viel getan, um die Zielgruppe zu erweitern; nicht nur Männer, sondern auch Frauen, Familien.

Beispiel: Suchtgruppen (Anonyme Alkoholiker). Auch hier werden die Angehörigen mit einbezogen.

Vereine, Initiativen müssen auch **offen sein für neue Mitglieder aus sozialen Randgruppen**. Vereine, Initiativen, die explizit versuchen Personen aus sozialen Randgruppen zu integrieren und dafür ihr Profil verändern, sollten besonders gefördert werden.

(3) Die Kommunalverwaltungen müssen die sozialen Netze der Gemeinde-Bürger wiederentdecken und mit ihnen umgehen lernen

In den letzten Jahren ist die »Politikebene Stadt«³⁰⁵ zunehmend stärker ins Blickfeld gerückt. Danach wird Lokalpolitik als Ort »umfassender Produktions-, Austausch- und

³⁰³ Vgl. Keupp, H. u.a. (1996)

³⁰⁴ Vgl. ebd.

³⁰⁵ Zimmer, A. (1997), S. 132.

Konsumptionsbeziehungen«³⁰⁶ betrachtet. Grell/Gappert³⁰⁷ stellen fest, daß die Fundamente für eine bürgerliche Infrastruktur (*civic infrastructure*) jedesmal dann gelegt, bzw. verstärkt werden, wenn Verwaltung, Wirtschaft und Nonprofit-Bereich zusammenarbeiten, um soziale Fragen anzugehen. Unter *civic infrastructure* wird hier das Gesamt der Netzwerke, Normen und sozialen Praktiken zur Entscheidung und Problemlösung in einer Gemeinde verstanden. Vereine und Initiativen sind nicht mehr die bloße Machtbasis von Lokalpolitikern, sondern werden zu alternativen Dienstleistungsanbietern und Partnern von Kommunalpolitik und -verwaltung.

Allerdings sind die Kommunalverwaltungen bislang sehr zögerlich, innovative Prozesse im Sinne einer *enabling administration*³⁰⁸ aktiv anzustoßen und mit dem dabei entstehenden, wenig verwaltungsförmigen, Prozeß umzugehen. Verwaltungen tun sich schwer mit anderen Organisationskulturen (z.B. in Selbsthilfegruppen). Wo sie mit ihnen zusammenarbeiten, haben sie die Tendenz, als Ressourcengeber auch die Organisationskultur massiv zu beeinflussen und in der Tendenz Innovation eher zu blockieren, denn zu fördern.³⁰⁹

Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die aktuelle Diskussion um eine – durchaus notwendige – Reform der staatlichen und kommunalen öffentlichen Verwaltung. Dabei besteht die Gefahr, daß die Kommunen sich in einer Rhetorik verfangen, die sie auf eine Rolle als 'Servicefirmen' für einen individualisierten Gemeinde-'Kunden' reduziert. Denn die Diskussion wird dominiert vom Denkansatz des sogenannten *Neuen Steuerungsmodells*³¹⁰, der unter Verwendung der Metaphern des (*Wirtschafts*)-*Unternehmens*, des *'Konzerns Stadt'* und des *Bürgers als Kunden* rein effizienzorientiert argumentiert und die politische Dimension kommunaler Verwaltung ausblendet. In einem so dominierten Diskurs ist es schwer, die Offenheit der Verwaltung für innovative Formen sozialer Organisation (z.B. Agenda 21) zu propagieren. Die Rolle des Anstoßgebers (*enabling administration*) ist in der Verwaltung noch wenig etabliert und verstanden. Die Schnittstellen zwischen der Verwaltung und innovativen Formen des Freiwilligenengagements bedürfen dringend der Optimierung³¹¹.

Beispiel: Agenda 21. Viele bayerische Gemeinden nähern sich dem Prozeß erst, seit es ein Handbuch samt Fragebogen vom Bayerischen Sozialministerium gibt, seitdem also die quasi verwaltungsmäßige Abarbeitung der Thematik ministeriell vorstrukturiert worden ist.

(4) Wohlfahrtsverbände zu »mediating structures« für aktivierbare Gemeinschaftspotentiale entwickeln

Ein großer Teil gesellschaftlicher Aktivitäten jenseits der Erwerbsarbeit wird im Sozialbereich ehrenamtlich erbracht und hat sich im institutionellen Einflußbereich der Wohlfahrtsverbände vollzogen. Genau in dieser Verknüpfung sind aktuelle Mobilisierungs-

³⁰⁶ Wollmann, H. (1991), S. 19.

³⁰⁷ Vgl. Grell, J./Gappert, G. (1993)

³⁰⁸ Vgl. Sanderson, I. (1992)

³⁰⁹ Vgl. dagegen den Ansatz des Empowerment: Stark, W. (1995)

³¹⁰ Vgl. KGSt (1993)

³¹¹ Vgl. Kraus, W./Knaier, W. (1989)

barrieren der vorhandenen Tätigkeitspotentiale begründet. Einerseits gibt es die Klage der Verbände, daß ihr Bestand an Ehrenamtlichen zurückgehen würde und andererseits besteht bei den korporatistischen Verbandsstrukturen eine reflexartige Abwehrhaltung gegenüber allen Formen zivilgesellschaftlich organisierter Tätigkeitsformen (Beispiel: Die massive Abwehr von Selbsthilfeinitiativen und kommunaler Selbsthilfeförderung).

Der Rückgang ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Wohlfahrtsverbände sollte allerdings nicht umstandslos als Ausdruck mangelnder Bereitschaft dazu gedeutet werden. Vieles weist darauf hin, daß die Passung zwischen den Organisationsformen der Verbände und den motivationalen Handlungsbereitschaften von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr stimmt. Verbände betrachten noch immer die Ehrenamtlichen, die sich bei Ihnen traditionellerweise angeschlossen haben, als »Einsatzreserve«, die in ihren hierarchisch aufgebauten institutionellen Handlungsketten einen fixen Platz zugewiesen erhalten. Damit werden sie zunehmend zu einem Hemmfaktor für die Entfaltung des »sozialen Kapitals« der kleinen Netze und Assoziationen.

Die Wohlfahrtsverbände stehen gegenwärtig unter einem massiven Rechtfertigungs- und Veränderungsdruck. Sie sehen sich der Anforderung ausgesetzt, ihr Handeln an neuen Qualitätskriterien auszurichten. Dazu gehört auch eine innovative Leitbildentwicklung. Bei der Entwicklung neuer Leitbilder für den Bereich der professionellen sozialen Dienste und der Erbringung staatlicher sozialpolitischer Leistungen könnte das Konzept einer »demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft« in Verbindung mit einer Empowerment-Perspektive orientierend wirken. Sozialpolitik muß ihr traditionelles programmatisches Zentrum von der Kompensation »beschädigten Lebens« verändern. Empowermentprozesse sind in einzelnen sozialpolitischen Handlungsfeldern bereits intensiv erprobt worden (vor allem im Selbsthilfebereich), aber sie sollten zum grundlegenden Gestaltungsprinzip von Sozialpolitik werden. Eine daran orientierte Wohlfahrtsgesellschaft muß »der Handlungsautonomie der Betroffenen und handlungsermächtigenden Strukturen (*empowerment*) stets Priorität einräumen, die auf die Selbstorganisation sozialer Dienste und Leistungen angelegt sind«³¹² Sozialpolitische Leistungen (seien es Transferzahlungen, Sachleistungen oder personale Dienstleistungen) sollten von der Prämisse geleitet sein, daß sie »Eigentätigkeit« und »Lebenssouveränität« voraussetzen und fördern. Wohlfahrtsverbände sollten im Sinne solcher Leitbildvorstellungen zu »mediating structures«³¹³ für die Förderung sozialen Kapitals werden.

Da Wohlfahrtsverbände ihren Handlungsauftrag und ihre finanziellen Ressourcen staatlicher Delegation verdanken, ist es erforderlich, die subsidiär zu erbringenden Leistungen an einem neuen Leitbild auszurichten und an öffentlich überprüfbare Kriterien zu binden. Solche Kriterien könnten sein:

- Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Freiwillige;
- Ausbildungs- und Supervisionsangebote für Freiwillige im bürgerschaftlichen Engagement;
- Sicherung eines spezifischen Budgetanteils für die Förderung von Selbsthilfe- und Freiwilligenaktivitäten;

³¹² Frankenberg, G. (1994), S. 221.

³¹³ Berger, P.L./Neuhaus, R.J. (1977)

- Nutzung von infrastrukturellen Ressourcen für solche Aktivitäten;
- Förderung von Projekten »bürgerschaftlichen Engagements«.

5.3 Allgemeine Rahmenstrategien zur Förderung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit

Unter die allgemeinen Rahmenstrategien zur Förderung von freiwilligem sozialen Engagement fassen wir zum einen Vorgehensweisen, die den normativ-rechtlichen Rahmen überprüfen und anpassen mit dem Ziel, **verbindliche rechtliche Regelungen** in dem Bereich zu schaffen. Zum anderen geht es darum, Einfluß auf die öffentliche Diskussion zu nehmen und von daher über **politische Kampagnen** den diskursiven Boden für eine Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung des sozialen Engagements zu bereiten. Damit dies gelingt, ist es notwendig, die Wertigkeit von freiwilligem sozialem Engagement zu betonen bzw. zu erhöhen. Die Politiker haben hier eine wichtige Scharnierfunktion zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen.

Da im modernen Ehrenamt davon auszugehen ist, daß interessierte Personen nicht mehr, wie im traditionellen Ehrenamt, ihr Engagement als eine lebenslange Verpflichtung betrachten, müssen immer wieder neue Anreize geschaffen werden, um das Engagement aufrecht zu erhalten. Wichtig wäre es deshalb, soziales Engagement mit einer Projektlogik zu verknüpfen, die einen vorhersehbaren Abschluß in sich trägt und damit eine Synchronisierung mit der eigenen Biographie ermöglicht ohne Gefahr, in eine altruistische »Geiselhaft« genommen zu werden (»Du kannst uns doch jetzt nicht allein lassen!«). Entsprechend schlägt Handy jedem, der beabsichtigt, sich in einer gemeinnützigen Organisation zu engagieren, vor, eine Antwort auf die Frage zu verlangen: »Wenn ich meines Engagements bei euch überdrüssig werde, werdet ihr mir dabei helfen, mich auf eine würdige Weise von euch zu trennen oder eine neue Herausforderung bei euch zu finden?«³¹⁴ Vereine und gemeinnützige Organisationen müssen sich darauf einstellen, daß Ehrenamtliche ihrem »individuellen Lebensfahrplan«³¹⁵ folgen und dementsprechend ihre Freizeitaktivitäten (einschließlich dem ehrenamtlichen Engagement) gestalten und verändern.

»Die Biographie der ehrenamtlich Tätigen, ihre Erfahrungen und Erwartungen, muß zu einer Kategorie werden, die bereits bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter und bei der innerverbandlichen Organisation des Engagements in den Blick genommen wird. Für die Gewinnung neuer Mitarbeiter bedeutet dies, daß eine Passung zwischen den Anforderungen des ehrenamtlichen Aufgabenfeldes und den Sinnorientierungen und biographischen Planungen des oder der Ehrenamtlichen vorliegen muß. Dabei stellt sich als arbeitsorganisatorische Anforderung an die Verbände und Organisationen, die Rahmenbedingungen derart zu gestalten, daß eine Balance zwischen der Realisierung selbstbezogener Aspekte für die Ehrenamtlichen und der Unterstützung Hilfebedürftiger möglich wird.«³¹⁶

³¹⁴ Handy, C. (1988), S. 38.

³¹⁵ Kühnlein, I. (1997a)

³¹⁶ Jakob, G. (1993), S. 285.

Wichtig ist die Schaffung von Gelegenheiten, von flexiblen Strukturen und variablen Angeboten sowie die individuelle Vermittlung von Tätigkeiten, wie sie z.B. in Freiwilligenagenturen erfolgt, die im Gespräch aus einem umfangreichen Angebot die persönlichen Motive und Lebenslagen der Helfer mit den spezifischen Aufgaben verknüpfen. Darüberhinaus sollten Möglichkeiten für einen vorübergehenden Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit (z.B. als sabbatical) geschaffen werden.

(1) Formen der »symbolischen Politik« (wieder) nutzen: Darunter sind demonstrative Gesten auf der politischen Ebene zu verstehen, die in die öffentliche Diskussion hinein wirken.

(2) Verbindungsgremium kreieren. Frankreich und Großbritannien haben auf staatlicher Ebene Gremien geschaffen, die die Verbindung zwischen Regierung und dem Nonprofit-Sektor auf Regierungsebene institutionalisieren. Ein solches Gremium erscheint schon allein zur Wahrnehmung der politischen Gestaltungsaufgabe der Regierung sinnvoll, da der Nonprofit-Sektor Sozialpolitik in großem Umfang konzeptionalisiert und realisiert.

(3) Social sponsoring ermöglichen.

Um die Möglichkeiten des Social Sponsoring für das weithin diskutierte Thema 'freiwilliges Engagement' zu öffnen, kann auch die Politik aktiv werden. Kleine Projekte haben eine sehr geringe Kapazität, sich im Kontext des Social Sponsoring darzustellen und bekannt zu machen. Hier sind die politischen Vertreter gefordert, stärker als Makler und Moderator zwischen Unternehmen und Projekten aufzutreten.

(4) Neue administrative Förderkonzepte initiieren, z.B. »Freiwilligenfonds«.

Auf örtlicher und regionaler Ebene sollte die Politik »Freiwilligenfonds« initiieren, an deren Finanzierung sich auch Unternehmen beteiligen. Dadurch erhalten die Fonds den Charakter einer gemeinschaftlichen Stiftung, die auch eine Art »Gütesiegel« an die finanzierenden Mitglieder der Stiftung ausgeben kann. Wenn ein Hauptgrund der Nicht-Aktiven für ihr fehlendes Engagement ist, nicht »gefragt worden zu sein«, dann müssen auch Politiker dieses »Fragen« beherzigen. Warum sollten neben die innerparteilichen Wettbewerbe um Mitgliederrekrutierung nicht auch Wettbewerbe um die Rekrutierung von Freiwilligen vor Ort treten?

(5) »Sozialen Boden düngen« – Strategien im Hintergrund

Vereine und Initiativen sitzen auf einem Geflecht von Netzwerkbeziehungen auf. Wichtig wäre, dieses Netz zu fördern und durch den Zugang zu Ressourcen zu stützen, z.B. durch Möglichkeiten sich zu treffen usw. Nicht alles, was daraus entsteht, gefällt der Politik, aber vieles davon ist gemeinschaftsbezogen. Man kann also Förderungen nicht an- und abschalten und wie einen Laserstrahl fokussieren. Im Gegenteil: Völlig zielgerichtete, rationalistische Förderprogramme fördern die Selbstbedienungsmentalität großer Verbände. Die schaffen es am schnellsten, sich in ein Programm 'hineinzudefinieren'; und sie provozieren schnell politische Kleinkriege.

Nach Milofsky/Messer³¹⁷ wirken politische Maßnahmen, die darauf zielen, die Bildung von sozialem Kapital zu fördern, am besten, wenn sie 'natürliche' soziale Systeme stützen und fördern, statt ihnen vorgefertigte Modelle überzustülpen. Effektive lokale Bewegungen sind oft nicht-intendierte und unerwartete Folgen anderer Aktivitäten. Direkter, rationaler Wandel scheitert oft gerade wegen seiner Direktheit und Eindeutigkeit. Solche Interventionen werden leicht zum Ziel politischer Konkurrenz und Ausbeutung, was die Veränderungsbestrebungen ins Leere laufen läßt. Ziel muß es sein, für das Politikfeld Stadt einen normativen und finanziellen Rahmen zu schaffen, der freiwilliges soziales Engagement in seiner lokalen und sozialen Bindung ermöglicht und fördert (vgl. Kap. 5.1.2.).

(6) Verwaltungs- und Politikforschung unterstützen

Der Bereich, in dem nichtstaatliche Vereine und Verbände Leistungen im Auftrag des Staates erbringen ist immens groß. Die Forschung darüber beschränkt sich in der Regel auf einzelne Maßnahmen. Es werden dann z.B. Projekte in einem bestimmten Feld der Sozialpolitik per Begleitforschung evaluiert. Was fehlt, ist eine allgemeine Theorie der »political tools«, d.h. der Steuerungsmechanismen und -prozesse zwischen Politik/Verwaltung und dem tertiären Bereich.³¹⁸ Hier wäre eine Orientierung der Forschung unter Zuhilfenahme von Fördermaßnahmen von Bedeutung.

³¹⁷ Vgl. Milofsky, C./Messer, J. (1995)

³¹⁸ Vgl. als Ansatz und ersten Entwurf: Salamon, L.M. (1989)

Literatur

- Bäcker, G./Heinze, R. G./Naegele, G. (1995): Die Sozialen Dienste vor neuen Herausforderungen. Münster.
- Backes, G. (1987): Frauen und soziales Ehrenamt. Augsburg.
- Backhaus-Maul, H./Olk, T. (1994): Von Subsidiarität zu »outcontracting«: Zum Wandel der Beziehungen von Staat und Wohlfahrtsverbänden in der Sozialpolitik. In: Streeck, W. (Hg.): Staat und Verbände. PVS-Sonderheft 25. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 100-135.
- Badelt, C./Holzmann, A. (1993): Care for the elderly in Austria: Innovative Projects on the Local Level. In: Evers, A./Svetlik, I. (eds.): Balancing Pluralism. New Welfare Mixes in Care for the Elderly. Aldershot, S. 147-177.
- Baethge, M. (1994): Arbeit und Identität. In: Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt.
- BAG (=Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) (1994): Gesamtstatistik der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege. Stand: 1. 1. 1993. Bonn: Eigenverlag.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.
- Beck, U. (1995): Eigenes Leben. Skizzen zu einer biographischen Gesellschaftsanalyse. In: Beck, U./Vossenkuhl, W./Ziegler, U.E.: Eigenes Leben. Ausflüge in die unbekanntere Gesellschaft, in der wir leben. München.
- Beck, U. (Hrsg.) (1997): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main.
- Bellah, R. u.a. (1985): Habits of the Heart: Individualism and Commitment in American Life. Berkeley.
- Belle, D. (1983): The impact of poverty on social networks and supports. In: Marriage and Family 5, S. 89-103.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1995): Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen. Gütersloh.
- Berger, P. L./Neuhaus, R. J. (1977): To empower people. The role of mediating structures in public policy. Washington, D.C.
- Bertram, H. (1994): Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/30, S. 15-35.
- Best, H. (Hg.) (1993): Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation. Informationszentrum Sozialwissenschaften. Bonn.
- Blaffert, S./Claussen, W./Schulte, M. (1996): Tauschen statt kaufen. Tauschring-Initiativen in Deutschland. In: Raum-Planung, 73, S. 111-114.
- Bobzien, M./Stark, W./Straus, W. (1996): Qualitätsmanagement. Alling.
- Bock, T. (1994): Ehrenamt – Definition, historische Entwicklung, Perspektiven. In: Akademie für politische Bildung/Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit: Ehrenamt – Krise oder Formwandel? Tutzing, S. 3-20.
- Borgmann-Quade, R. (1986): Gewinnung finanzieller Ressourcen und Verbändepolitik. In: Thränhardt, D. u.a. (Hg.): Wohlfahrtsverbände zwischen Selbsthilfe und Sozialstaat. Freiburg i.Br., S. 150-167.
- Boris, E. T. (1997): Definition and Classification Issues in the Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. Paper at the Evaluation Conference. Queenstown, Maryland, April 3-4.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen, S. 183-198.
- Brähler, E./Wirth, H.-J. (1995): Abwendung von sozialen Orientierungen: Auf dem Weg in einem modernisierten Sozialdarwinismus? In: dies. (Hg.): Entsolidarisierung. Opladen.
- Bruhn, M. (1990): Sozio- und Umweltsponsoring. München.
- Bulmer, M. (1987): The Social Basis of Community Care. London.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1995): Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung. ipos-Umfrage November 1995. Mannheim

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1996a): Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1996b): Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Stuttgart.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1997): Ältere Menschen im sozialen Ehrenamt. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 116. Stuttgart.
- Burmeister, J. (1994): Sozio-Sponsoring – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung in Bayern. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 1, S. 31-35.
- Bútorová, Z./Daniel, D.P. (eds.) (1995): Nonprofit Sector and Volunteering in Slovakia. SAIA-SCTS a FOCUS Slovak Academic Information Agency – Service Center for the Third Sector. Bratislava.
- Coleman, J. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, (Supplement) 94, S. 95-120.
- Cox, R. H. (1996a): The consequences of welfare retrenchment in Denmark, Working Paper, University of Oklahoma.
- Cox, R. H. (1996b): From safety net to trampoline. Policies of activation in the Netherlands and Denmark. Working Paper, University of Oklahoma.
- Dettling, W. (1995): Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh.
- Deutsche Gesellschaft für Freizeit (1995): Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft. Daten und Stellungnahmen zu Punkten der Großen Anfrage im Deutschen Bundestag. o.O.
- Deutscher Caritasverband (1997a): Freiwilligen-Zentren. Modellverbund im Deutschen Caritasverband. Freiburg i. Br.
- Deutscher Caritasverband (1997b): Caritas-Werkheft 1997: Freiwilligenarbeit. Not sehen und handeln. Freiburg i.Br.
- Diewald, M. (1986): Sozialkontakte und Hilfebeziehungen in informellen Netzwerken. In: Glatzer, W./Becker-Schmitt, R. (Hg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Haushalte und Familien. Frankfurt a.M., S. 51-84.
- Diewald, M. (1989): Der Wandel von Lebensformen und seine Folgen für die soziale Integration (Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 104). Berlin.
- Diewald, M. (1991): Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken. Berlin.
- Elster, J. (1987): Subversion der Rationalität. Frankfurt am Main.
- Emnid/Generation BRAVO (1997): Generation BRAVO. Eine repräsentative Umfrage unter 3.200 in Deutschland lebenden Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren im Zeitraum vom 18.2. bis 22.3.1997. München.
- Engelhardt, H. D./Simeth, A./Stark, W. u.a. (1995): Was Selbsthilfe leistet. Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Vertretungen. Freiburg.
- Engels, D. (1991): Soziales, kulturelles, politisches Engagement. Sekundäranalyse einer Befragung zur ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe. Köln.
- Etzioni, A. (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart.
- Evers, A. (???): Begrenzte Anerkennung, oder: warum sind Solidaritäten und Gemeinschaftsbindungen nur beschränkt politikfähig? In: Fechter, Matthias (Hg.): Mut zur Politik. Gemeinsinn und politische Verantwortung. Fulda, S. 115-128.
- Evers, A./Leichsenring, K. (1996): Reduktion oder Redefinition politischer Verantwortung? Modernisierung sozialer Dienste in Delft und Stockholm. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. Wien.
- Evers, A./Olk, T. (Hg.) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.

- Fink, U. (1990): Die neue Kultur des Helfens. Nicht Abbau, sondern Umbau des Sozialstaates. München.
- Fischer, A. (1982): Das Verhältnis der Jugendlichen zu den Parteien. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Opladen, S. 674-690.
- Fischer, A. (1985): Zukunft und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1985): Jugendliche und Erwachsene '85: Generationen im Vergleich. Leverkusen. Band 1, S. 105-132.
- Fischer, A./Fuchs, W. (1981): Vorstellungen von der Zukunft. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1982): Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Opladen, S. 378-420.
- Fischer, A./Fuchs, W./Zinnecker, J. (1985). Einleitung. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugendliche und Erwachsene '85: Generationen im Vergleich. Leverkusen, Band 1, S. 9-32.
- Fischer, C. S. (1982): To dwell among friends. Personal networks in town and city. Chicago.
- Fischer, C. S. u.a. (1977): Networks and Places. Social relations in urban settings. New York.
- FOCO (Hg.) (1996): Forward to the roots...Community Organizing in den USA – eine Perspektive für Deutschland? (Stiftung Mitarbeit – Brennpunkt-Dokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 29). Bonn.
- Frankenberg G. (1994): Solidarität in einer Gesellschaft der Individuen? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaates. In: G. Frankenberg (Hg.): Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft. Frankfurt, S. 210-223.
- Fricke, W. (Hg.) (1995): Zukunfts des Sozialstaats. Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn.
- Fukuyama, F. (1995): Konfuzius und die Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen.
- Fung, K. K. (1995): Doing well by doing good – a market for favors. In: Independent Sector (1995): Non-profit Organizations as Public Actors: Rising to New Public Policy Challenges. 1995 Spring Research Forum. Washington, DC.
- Fuß, R. (1993): Förderung der Selbsthilfe und Selbstorganisation als sozialpädagogischer Ansatz. In: G. Schwarz (Hg.): Profil und Professionalisierung. Praxis der Sozialarbeit im Umbruch. München, S. 95-99.
- Gaskin, K. u.a. (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg i. Br.
- Gensicke, T. (1994): Wertewandel und Familie. Auf dem Weg zu »egoistischen« oder »kooperativem« Individualismus? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/30, S. 36-47.
- Glatzer, W. (1984): Haushaltsproduktion. In: Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main/New York, S. 366-388.
- Goll, E. (1991): Die freie Wohlfahrtspflege als eigener Wirtschaftsfaktor. Theorie und Empirie ihrer Verbände und Einrichtungen. Baden-Baden: Nomos.
- Götting, U. (1997): Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Wandel der Sozialpolitik in Bulgarien, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn, 1989-1995. Dissertation an der Universität Bremen. Manuskript.
- Grell, J./Gappert, G. (1993): The new civic infrastructure: Intersectoral collaboration and the decision-making process. In: National Civic Review (Spring 1993), S. 140-148.
- Gross, P. (1994): Die Multioptionsgesellschaft. Frankfurt am Main.
- Gross, P. (1995): Abschied von der monogamen Arbeit. gdi impuls 3/1995, S. 31-39.
- Gross, P. (1996): Das Verschwinden monogamer Arbeit. Hauswirtschaft und Wissenschaft 3/1996, S. 99-105.
- Grunow, D. (1983): Gesundheitsselbsthilfe im Alltag. Stuttgart.
- Guldimann, T. u.a. (1978): Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Starnberger Studien 2. Frankfurt am Main.
- Habermann, U. (1993): Folkelighed of frivilligt arbejde (mit englischer Zusammenfassung). Copenhagen.
- Handy, C. (1988): Understanding voluntary organizations. London.
- Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.) (1996): Mit der Jugend Staat machen. Dokumentation eines Expertengesprächs mit der INRA-Jugendstudie der Hanns-Seidel-Stiftung. Grünwald.
- Häring, D./Seibel, F.-W. (1987): Die freien Wohlfahrtsorganisationen im britischen Sozialstaat – Nutznießer oder Leidtragende? In: Bauer, R./Thränhardt, A. M. (Hrsg.): Verbandliche Wohlfahrtspflege im internationalen Vergleich. Opladen, S. 132-168.

- Hauert, F./Lang, R. (1995): Sozial-Sponsoring – vom Nutzen eines »Wundermittels«. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 4, S. 131-139.
- Hegner, F. (1992): Organisations-«Domänen» der Wohlfahrtsverbände: Veränderungen und unscharfe Konturen. In: Zeitschrift für Sozialreform, 3, S. 165-190.
- Heinze, R. G. (Hg.) (1986): Neue Subsidiarität. Leitlinien für eine neue Politik? Opladen.
- Heinze, R. G./Bucksteeg, M. (1996): Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potentiale und Fördermöglichkeiten. In: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zukunft des Sozialstaates. Düsseldorf.
- Heinze, R. G./Offe, C. (Hrsg.) (1990): Formen der Eigenarbeit. Opladen.
- Heinze, R. G./Olk, T./Hilbert, J. (1988): Der neue Sozialstaat. Analyse und Reformperspektiven. Freiburg i. Br.
- Heinze, R. G./Olk, T./Wohlfahrt, N. (1992): Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur? ILS-Schriften 64.
- Heinze, R. G./Schmid, J./Strünck, C. (1997): Zur politischen Ökonomie der sozialen Dienstleistungsproduktion. Der Wandel der Wohlfahrtsverbände und die Konjunkturen der Theoriebildung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2, S. 242-271.
- Hitzler, R. (1996): Orientierungsprobleme: Das Dilemma der Kirchen angesichts der Individualisierung der Menschen. In: Leviathan, 2, S. 272-286.
- Hitzler, R./Honer, A. (1994): Bastelexistenz. In: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt am Main, S. 447-465.
- Hodgkinson, V. A./Weitzman, M. S. (1992): Volunteering and Giving among Teenagers 12 to 17 Years of Age. Washington, DC.
- Hofer, B. (1996): Helferpflege. Qualitative und inhaltsanalytische Untersuchungen über die Bedeutsamkeit von Anleitung und Begleitung bei Helferinnen und Helfern in sozialen Tätigkeitsfeldern. Diplom-Arbeit. Universität Regensburg.
- Höfer, R./Straus F. (1997): Arbeitsorientierung und Identität. In: Lutz, B.: Entwicklungsperspektiven von Arbeit (im Erscheinen).
- Hondrich, K.-O./Koch-Arzberger, C. (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Hradil, S. (1996): Eine Gesellschaft der Egoisten? Gesellschaftliche Zukunftsprobleme, moderne Lebensweisen und soziales Mitwirken. In: Gegenwartskunde, 2, S. 267-296.
- Igl, G. (1996): Rechtsfragen des freiwilligen sozialen Engagements. Rahmenbedingungen und Handlungsbedarf. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Immerfall, S. (1996): Das Kapital des Vertrauens. In: Gegenwartskunde, 4, S. 485-495.
- Independent Sector (1990): Giving and Volunteering in the United States. Findings from a national survey. Washington D. C.
- Infratest/Sinus/Becker, H. (1990): Die Älteren. Bonn.
- Inglehart, R. (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main/New York.
- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS) (1984): Ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich. Aktivitäten, Potentiale, Meinungen. Bonn/Bad Godesberg.
- Institut für empirische Psychologie/IBM Jugendstudie (1995): »Wir sind o.k.«! Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren. Köln.
- ISAB (1997): Modellprojekt zur Untersuchung von Selbsthilfeinitiativen in der BRD. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Jakob, G. (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen.
- Jakob, G. (1994): Ehrenamtliches Engagement im sozialkatholischen Milieu: Biographische Grundlegung und verbandliche Rahmenbedingungen. In: Hoerning, E.M./Corsten, M. (Hg.): Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens. Pfaffenweiler, S. 221-236.
- Jeppson Grassman, E. (1993): Frivilliga insatser i Sverige – en befolkningsstudie. Socialdepartementet. Stockholm.

- Joas, H. (1992): Die Kreativität des Handelns. Frankfurt am Main.
- Joas, H. (1995): Der Kommunitarismus – eine neue »progressive Bewegung«?. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 3, S. 29-38.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1981): Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Opladen.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1985): Jugendliche und Erwachsene '85: Generationen im Vergleich. Leverkusen.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1992): Jugend '92: Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1997): Jugend '97: Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Opladen.
- Jung, H. (1994): Wertewandel im freiwilligen Bürgerengagement. In: Akademie für politische Bildung / Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit: Ehrenamt – Krise oder Formwandel? Tutzing, S. 21-64.
- Kandler, J. (1995): Rückflüsseffekte der städtischen Zuschüsse für Selbsthilfeinitiativen für die öffentliche Hand. In: Engelhardt u.a.(1995), 76-102.
- Keupp, H. (1988): Riskante Chancen. Das Subjekt zwischen Psychokultur und Selbstorganisation. Heidelberg.
- Keupp, H. (1987): Soziale Netzwerke – eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs? In: Keupp, H./Röhrle, B. (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Frankfurt am Main/New York, S. 11-53.
- Keupp, H. (1997): Handeln in Gemeinschaft als Quelle der Selbstverwirklichung – für einen bundesrepublikanischen Kommunitarismus. In: Stiftung Mitarbeit u.a. (Hrsg.): Solidarität inszenieren... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Dokumentation einer Tagung. Bonn, S. 13-37.
- Keupp, H. u.a. (1996): Erwerbsverläufe, soziale Netzwerke und Identitätsentwicklung junger Erwachsener. Projektantrag an die DFG Bonn. Fortsetzungsantrag. Universität München.
- Keupp, H./Röhrle, B. (Hrsg.) (1987): Soziale Netzwerke. Frankfurt am Main/New York.
- KGSt, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (1993): Das Neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung. Bericht 5/1993. Köln.
- Knauff, E. B. (1992): America's Teenagers as Volunteers. Washington, DC.
- Körper-Stiftung (Hg.) (1993): Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? Hamburg.
- Kraan, R. J. u.a. (1991): Care for the Elderly. Significant Innovations in three European Countries. Frankfurt am Main/Boulder.
- Krafel, F.-J. (1989): Anders leben lernen. Weinheim/Basel.
- Kraus, W./Knaier, W. (1989): Die kommunale Selbsthilfeförderung in München. Weinheim.
- Kühnel, W. (1992): Orientierungen im politischen Handlungsraum. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1992): Jugend '92: Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Opladen, Band 2, S. 59-72.
- Kühnlein, I. (1997): Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit: Ziele und Motivationsstrukturen. Unveröffentlichtes Thesenpapier aus der Arbeitsgruppe Zukunft der Arbeit. Münchner Projektgruppe für Sozialforschung MPS. München.
- Kühnlein, I. (1997): Öffentliche Eigenarbeit. Vortrag auf dem DFG-Rundgespräch "Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit". München.
- Lang, R./Hauert, F. (1995): Handbuch Sozial-Sponsoring. Weinheim.
- Leibfried, S./Tennstedt, F. (Hg.) (1985): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaates, Frankfurt am Main.
- Mayr-Kleffel, V. (1991): Frauen und ihre sozialen Netzwerke. Opladen.
- Meier, B. (1996): Sozialkapital in Deutschland – eine empirische Skizze. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Institut der deutschen Wirtschaft, 231, 6/96.
- Meyer, P. C./Budowski, M. (Hg.) (1993): Bezahlte Laienhilfe und freiwillige Nachbarschaftshilfe. Zürich.
- Milofsky, C./Messer, J. (1995): Seedbeds for social capital formation: policies to enhance local philanthropic cultures. In: Independent Sector (1995). Nonprofit Organizations as Public Actors: Rising to New Public Policy Challenges. 1995 Spring Research Forum. Washington, DC.

- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (MAGS) (1993): Seniorengenossenschaften als Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Stuttgart.
- Morgenwelt PR, Agentur für SocialMarketing und Fundraising GmbH (Hrsg.) (1994): Benefit Fax-Nachrichten, 6. Köln.
- Müller-Kohlenberg, H.: Die Helferrückwirkung. Was profitiert der Helfer von seiner Hilfeleistung? In: Heinze, R. G./Offe, C. (Hg.) (1990): Formen der Eigenarbeit. Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 212-224.
- Müller-Kohlenberg, H./Kardorff, E. v./Kraimer, K. (1994): Laien als Experten. Frankfurt/Main.
- Mutz, G. (1996): Dynamische Arbeitslosigkeit. Unveröffentlichte Expertise für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bonn.
- Mutz, G./Kühnlein, I./Burda-Viering, M./Holzer, B. (1997): Öffentliche Eigenarbeit. Sozialwissenschaftliche Untersuchung des "Haus der Eigenarbeit" in München. Abschlußbericht an die *anstiftung*. mps texte 1/97. München.
- Mutz, G./Ludwig-Mayerhofer, W./Bonß, W./Eder, K./Koenen, E. J. (1995): Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit. Opladen.
- Nadai, E. (1996): Gemeinsinn und Eigennutz. Bern.
- Offe, C. (1997): Was tun mit dem »Überangebot« an Arbeitskraft? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4S. 239-243.
- Offe, C./Heinze, R. G. (1986): Am Arbeitsmarkt vorbei. Überlegungen zur Neubestimmung »haus-haltlicher« Wohlfahrtsproduktion in ihrem Verhältnis zu Markt und Staat. In: Leviathan, 14, S. 471-495.
- Offe, C./Heinze, R. G. (1990): Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Frankfurt am Main/New York.
- Olk, T. (1987): Das soziale Ehrenamt. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 14, S. 84-101.
- Olk, T. (1989): Vom »alten« zum »neuen« Ehrenamt. Ehrenamtliches soziales Engagement außerhalb etablierter Träger. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 1.
- Olk, T. (1991): Ehrenamtliche Arbeit in England. Freiburg i. Br.
- Olk, T. (1995): Ehrenamt und Caritas. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements innerhalb des Deutschen Caritas-Verbandes. Unveröff. Manuskript. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Olk, T.: Förderung und Unterstützung freiwilliger sozialer Tätigkeiten – eine neue Aufgabe für den Sozialstaat. In: Heinze/Offe (Hg.): Formen der Eigenarbeit. Opladen, S. 244-265.
- Osborne, S. P.: The genie of the lamp? The role of voluntary organizations in innovation in social care services: Evidence from the United Kingdom. In: Independent Sector (1995): Nonprofit Organizations as Public Actors: Rising to New Public Policy Challenges. 1995 Spring Research Forum. Washington, DC.
- Otto, U. (1995): Seniorengenossenschaften. Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik? Opladen.
- Pabst, S. (1994): Wohlfahrtsverbände zwischen Interesse und Kultur. Die Armutspolitik der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Diplomarbeit an der Universität Bremen.
- Paulwitz, I. (1988): Freiwillige in sozialen Diensten. Volunteers und Professionelle im Wohlfahrtssektor der USA. Weinheim/München.
- Paulwitz, I. (1995): Wem gebührt die Ehre? Das Ehrenamt im europäischen Vergleich – die Eurovol-Studie. In: aktiv und gemeinsam, 1 (3), November, S. 1-2.
- Pieper, R. (1989): Zur Produktivität des Produktivitätsbegriffes in Altersfragen. Kritische Anmerkungen aus der Sicht eines Nachbarschaftsprojekts. In: Knopf, Detlef/Schäffter, Ottfried/Schmidt, Roland (Hg.): Produktivität des Alters. Berlin, S. 78-104.
- Projektgruppe Panel (1995): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5-15.
- Prokop, E./Schroll-Decker, I./Hofer, B. (1996): Ehrenamtliche soziale Arbeit in der städtischen Gesellschaft. Forschungsbericht des Lehrstuhls Pädagogik I an der Universität Regensburg über Erhebungen bei Helferinnen und Helfern der Münchner Helfer Information. München.

- Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy*, Vol. 6, 1, S. 65-78.
- Putnam, R. D. (1996): Symptome der Krise – Die USA, Europa und Japan im Vergleich. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): *Demokratie am Wendepunkt*. Berlin, S. 52-80.
- Rauschenbach, T./Sachße, C./Olk, T. (Hg.) (1995): *Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch*. Frankfurt am Main.
- Rauschenbach, T./Schilling, M. (1995): Die Dienstleistenden: Wachstum, Wandel und wirtschaftliche Bedeutung des Personals in Wohlfahrts- und Jugendverbänden. In: Rauschenbach/Sachße/Olk, S. 321-355.
- Riedmüller, B./Olk, T. (1994): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. *Leviathan Sonderheft 14*. Opladen.
- Röhrle, B. (1994): *Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung*. Weinheim.
- Rorty, R. (1995): *Hoffnung statt Erkenntnis. Eine Einführung in die pragmatische Philosophie*. Wien.
- Roth, R. (1995): Kommunitaristische Sozialpolitik. Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Professionalität und Ehrenamt in der Sozialpolitik. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 8 (3), S. 44 – 53.
- Salamon, L. M. (Hg.) (1989): *Beyond privatisation. The tools of government action*. Washington, DC.
- Salamon, L. M./Anheier, H. K. (1994): *The Emerging Sector: The Non-Profit-Sector in Comparative Perspective – An Overview*. Baltimore.
- Salamon, L. M./Anheier, H. K./Sokolowski, S. Wojciech u.a. (1995): *The Emerging Sector: A Statistical Supplement*. Baltimore.
- Sanderson, I. (1992): Introduction. The context of quality in local government. In I. Sanderson (Hg.): *Management of quality in local government*. Essex, S. 1-15.
- Schattenhofer, K. (1992): *Selbstorganisation und Gruppe*. Opladen.
- Schauer, R./Anheier, H. K./Blümle, E.-B. (Hrsg.) (1997): *Der Nonprofit Sektor im Aufwind – Zur wachsenden Bedeutung von Nonprofit-Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Eine Dokumentation*. Linz.
- Schmidtchen, G. (1997): *Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt*. Opladen.
- Schulte, D. (Hg.) (1996): *Erneuerung des Sozialstaates*. Köln.
- Schulte, M. (1996): *Nicht-monetäre Tauschringe in Deutschland: Neue Ansätze zur Gestaltung lokaler Wirtschafts- und Sozialbeziehungen? Diplomarbeit, Ruhr-Universität Bochum, Geographisches Institut*.
- Schwarz, N. (1996): Ehrenamtliches Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. In: *Wirtschaft und Statistik*, H. 4, S. 259-266.
- Schwarze, J. (1992): Geringfügige Beschäftigung in der Erwerbsstatistik – Anmerkungen zur Änderung des Leitfragenkonzeptes im Mikrozensus und Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels für 1990. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, (25), S. 534-543.
- Schwarze, J. (1997): Nebenerwerbstätigkeit in Deutschland nimmt zu – Zur Frage der Versicherungspflicht. In: *DIW-Wochenbericht*, (64), S. 406-412.
- Silbereisen, R. K./Vaskovics, L. A./Zinnecker, J. (Hg.) (1996): *Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996*. Opladen.
- Smith, C. (1994): Der neue Hang zu wohlütigem Handeln. In: *Harvard Business Manager*, 4.
- Social and Cultural Report 1996. The Netherlands (1997):* Rijswijk.
- Sozialministerium Baden-Württemberg (1996): *Wir tun etwas gemeinsam. Die Politik des Sozialministeriums Baden-Württemberg*. Stuttgart.
- Spiegelhalter, F. (1990): *Der dritte Sozialpartner. Die Freie Wohlfahrtspflege – ihr finanzieller und ideeller Beitrag zum Sozialstaat*. Freiburg i.Br.: Lambertus.
- Stark, W. (1995): Was Selbsthilfe leistet – ungewöhnliche Zugänge und unerwartete Stärken von Selbsthilfe und Eigeninitiative. In: Engelhardt u.a. (1995), S. 9-12.
- Stark, W. (1996): *Selbsthilfe und Selbstorganisation in München. Bericht über Trends, Entwicklungen und Perspektiven für den Stadtrat der Landeshauptstadt München*. München.
- Stark, W. (1996): *Empowerment*. Lambertus. Freiburg.